

Verhandlungen

des

vierten österreichischen

sozialdemokratischen Parteitages

abgehalten zu Wien

vom 25. bis einschließlich 31. März 1894

in

Schwender's Kolosseum (Amorsaal).

Nach dem stenographischen Protokolle.

Preis 25 kr., mit Postversendung 30 kr., für Deutschland 50 Pf.

Wien 1894.

Verlag von Ludwig A. Bretschneider (VI. Gumpendorferstraße 60).

In Kommission bei der

Ersten Wiener Volksbuchhandlung (Ign. Brand)

Wien, VI. Gumpendorferstraße 8.

Tagesordnung.

Sonntag, den 25. März, Vormittags 10 Uhr:

Eröffnung und Konstituirung des Parteitages.

I. Parteibericht. Referent: Gen. Adler, Popp.
II. Organisation. Referent: Gen. Reumann.
III. Das allgemeine Wahlrecht und der Generalstreik. Referent: Gen. Ellenbogen.
IV. Der Achtstundentag und die Maifeier. Referent: Gen. Schrammel.
V. Der Arbeiterschutz und das Parlament:
   a) Reform der Gewerbeordnung, } Referent:
   b) Ausdehnung der Unfallversicherung, } Gen. Adler.
   c) Bruderladen. Referent: Gen. Dr. Verkauf.
VI. Die Parteipresse. Referent: Gen. Popp.
VII. Neuwahl der Parteivertretung.
VIII. Sonstige Parteiangelegenheiten.

Als Einberufer fungirte die Parteivertretung, bestehend aus den Genossen:

Adler Viktor
Ellenbogen Wilhelm.
Revole Karl.
Popp Julius.
Preßl Adolf.
Reumann Jakob.
Schrammel Anton.
Wutschl Ludwig.

Bureau des Parteitages:

Vorsitzende:

Popp (Wien), Zeller (Reichenberg), Hybes (Brünn), Mankofsk (Lemberg).

Schriftführer:

Grünwald (Wien), Radimsky (Wien), Remec (Brünn), Kiesewetter (Reichenberg), Saska (Innsbruck).

Opfern verbunden, umso rascher und ruhiger sein wird, je mehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht; daß aber die herrschenden Klassen die Aufklärung durch gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Monopolisirung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Kaution und Stempel, sowie des Verbotes der Kolportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an, wo für die Männer die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Werth des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschworenengerichte auf alle Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk;

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

III. Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und „Sozialreform“.

Was heute vorzugsweise „Sozialreform“ genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiter-Versicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor Allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Klassen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiter-Versicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: Die theilweise Ueberwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterklasse und die möglichste Einengung, wo möglich Beseitigung der selbstständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Uebungsstätten der Organisation und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des sozialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle dem arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst theuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen „Sozialreform“.

Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirkliche soziale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstande und die Beseitigung seiner Ausbeutung zum letzten Ziele haben muß, daß aber freilich diese soziale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird.

So lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist nur eine theilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ihre energische Durchführung. Die physische Verelendung der Arbeiterklasse findet in der hohen Kindersterblichkeit, in dem kurzen Lebensalter, der frühen Invalidität der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebenshaltung, welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit der Thätigkeit für menschliche Ziele, vor Allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermaßen Einhalt thun.

Die österreichische Gewerbeordnung erfüllt diesen Zweck ganz ungenügend. Sie ist schwächlich und lückenhaft in ihren Bestimmungen, gibt jede einzelne Vorschrift dem Mißverstand und der Willkür der Verwaltungsbehörden preis. Die Gewerbe-Inspektion ist unwirksam, weil unzulänglich in ihren Mitteln und äußerst beschränkt in ihren Befugnissen.

Eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum Mindesten umfassen:

1. Volle Koalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Kartellen der Arbeiter.
2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.
3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).
4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.
5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.
6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.
7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Groß-Industrie, Transportgewerbe, Handwerk, Haus-Industrie) zu gelten.
8. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.
9. Arbeiter-Organisationen, welche auf fachlicher und lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrole der Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung mitzuwirken.

Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll international ausgebaut und in geeigneter Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werden.

Partei-Organisation

beschlossen vom Parteitage zu Wien 1892.

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig oder materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

II. Vertrauenspersonen.

Bezirks-Organisation.

Die Vertrauenspersonen werden von den lokalorganisirten Genossen und Genossinnen gewählt. Die Anzahl derselben richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, und bilden diese Vertrauenspersonen zusammen die Bezirks-Organisation. Der Umfang der Bezirks-Organisation wird wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein und wird von der Landes-Konferenz festgestellt. Die Bezirks-Organisation bestimmt ihre Vertreter für die Landes-Organisation.

Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig machen, werden Agitationsbezirke ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen gebildet.

Ueber spezielle Fälle im Rayon der Bezirks-Organisation entscheidet die Bezirks-Konferenz, doch ist der Landes-Konferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie weiter auch der Parteitag Beschlüsse der Landes-Konferenz aufheben kann. Ohne, oder bis zur Aufhebung derartiger Beschlüsse haben selbe Giltigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung durch die Bezirks-

Konferenz die Landes-, und ohne die Landes-Konferenz der Parteitag Beschlüsse diesbezüglich fassen.

III. Landes-Organisation.

Die Landes-Organisation bildet ein Agitations-Komité. Dieses befaßt sich mit der Organisation und sorgt für die nöthige Agitation im Kronlande. Gleichzeitig hat die Landes-Organisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirks-Organisationen möglichst regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden. Nach Möglichkeit sind dieselben zur Deckung der allgemeinen Partei-Auslagen an die Parteivertretung abzuliefern.

Zur Besprechung und Erledigung von Partei-Angelegenheiten tritt die Landes-Organisation über Berufung des Agitations-Komités nach Bedarf zu einer Konferenz zusammen und entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Landes.

Die Landes-Konferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirks-Organisationen des betreffenden Landes die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

Jede Landes-Organisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich Bericht über den Stand der Bewegung in dem betreffenden Kronlande zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Landes-Organisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Landes-Organisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteileitung einzuberufen sind.

IV. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig alle zwei Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der Landes-Organisationen stattfinden.

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt.

Dem Parteitag obliegt die Berathung und Beschlußfassung über alle die Partei berührenden Angelegenheiten.

V. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus neun Personen bestehende Parteivertretung, welche die Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Dem Redaktionspersonale der Parteiblätter dürfen jedoch nur ein Drittel derselben angehören. Die Auftheilung der Arbeiten bleibt den Genossen der Vertretung selbst überlassen und sind dieselben dem Parteitag verantwortlich.

Die Wahl einer fünfgliedrigen Kontrol-Kommission wird vom Parteitage einer Landes-Organisation zugewiesen.

Die Mitglieder der Parteivertretung und des Kontrol-Komités haben am Parteitage Sitz und Stimme.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit Bericht zu erstatten.

Die Parteivertretung hat alle Verlautbarungen durch sämmtliche politische Parteiblätter erfolgen zu lassen, und ist jedes politische Parteiblatt gehalten, solche Verlautbarungen ohne Verzug aufzunehmen.

VI. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von politischen Parteiblättern sollen nur dann erfolgen, wenn ein nachweisbares Bedürfniß vor-

handen ist und ihr Bestand gesichert erscheint, und wenn vor Allem die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte vorhanden sind. Blätter, die gegründet werden ohne Zustimmung des Parteitages oder der Landes-Konferenz, haben so lange von der Partei nicht unterstützt zu werden, bis sie von einem Parteitage oder einer Landes-Konferenz anerkannt werden.

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen, und müssen dieselben, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 15 Delegirten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.

3.

Sobald ein Antrag die nöthige Unterstützung gefunden, erhält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.

4.

Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegirten. Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen.

5.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbstständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbstständiger Anträge — darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

6.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

7.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

8.

Nur die Theilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu betheiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur, über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort ertheilt werden.

Präsenzliste.

Niederösterreich.

Wien.

Adler Viktor, Dr.
Boschek Anna.
Bretschneider Ludwig, VI.
Brügel Ludwig, XIX.
Ellenbogen Wilhelm, Dr.
Feigl Daniel, IX.
Glas Charlotte.
Gröbner Johann, VIII.
Große Andreas, IV.
Grünwald Julius, XVIII.
Gruber Ignaz, VII.
Hauschka Anton, XIX.
Hofer Heinrich, I.
Hueber Anton, XV.
Hübsch Franz, X.
Jäger Franz, III.
Jersohn Martin, XIII.
Kleedorfer Eduard.
Kořinek Karl.
Krapf Franz.
Krejci Alois (Redakt.)
Markreiter Anton, XVII.
Newole Karl.
Pelikan Emil, II.
Pollaczek Emanuel, I. (Ersatz).
Popp Adelheid.
Popp Julius.
Preßl Adolf.
Reumann Jakob.
Rousar Josef.
Schrammel Anton.
Schuhmeier Franz, XVI.
Silberberg Ignaz, V.
Smetana Rudolf.
Tomschik Josef, XIV.
Wels Johann, XII.
Wutschl Ludwig.

Provinz.

Bauer Johann, Schwechat.
Belohlawek Theodor, Neunkirchen.
Berstel Emanuel, Ternitz.
Dobiasch Josef, Gmünd.
Hoffmann Eduard, Perchtoldsdorf.
Holub Johann, Klosterneuburg.
Knoll Franz, Pottendorf.
Koczka Lukas, Donaufeld.
König Josef, Mannersdorf.
Krbetz Fabian, Reichenau.
Leitner Johann, Wr.-Neustadt.
Oehribauer Eduard, Traisen.
Prchal Emanuel, Gloggnitz.
Sajons Johann, Krems.
Scheibenpflug Ferdinand, St. Pölten.
Steinbauer Hans, Waidhofen a. d. Ybbs
Suchy Josef, Atzgersdorf.
Wallner Adolf, Hainfeld.
Walter Georg, Donaufeld.
Windhofer Johann, Baden.

Oberösterreich.

Hackl Stefan.
Haidt Ernst, Schärding.
Irnstetter Marie, Linz.
Neander Johann, Linz.
Prähauser Jakob, Salzburg.

Böhmen.

Albrecht Adolf, Reichenberg.
Altmann Anna, Franzensthal
Aron Wilhelm, Kuklena.
Bandler Eduard, Rumburg.
Behr Anton, Aussig.
Bruck Anton, Hohenstein.
Czasny Felix, Proßnitz.
Hanich Josef, Steinschönau.
Havíř Franz, Schumitz.
Hermann Karl, Kratzau.
Janda Anton, Pilsen.
Jobst Johann Ant., Asch, Eger.

Kacovsky Franz, Prag.
Kiesewetter Wilhelm, Reichenberg.
Klement Jan, Taus.
Kohn Alois, Hohenstadt.
Köhler Robert, Haindorf.
Lausmann Josef, Eibenberg.
Maresch Johann, Eger.
Möse Florian, Grottau.
Mudra Johann, Libuschin bei Kladno.
Peukert Anton, Niemes.
Pospisil Alois, Kladno.
Preibisch Anton, Warnsdorf.
Prohaska Adolf, Budweis.
Radimsky A., Böhmisch-Brod.
Regner Franz, Prag.
Reznicek Frantisek, Prag.
Roscher Franz, Reichenberg.
Schiller Karl, Reichenberg.
Schott Karl, Falkenau a. d. Eger.
Seidel Josef, Krumau.
Seliger Josef, Teplitz.
Stark Simon, Brüx.
Steiner Josef, Pilsen.
Stezka Albert, Prag.
Storch Franz, Bensen.
Trübenecker Raimund, Gablonz.
Vanek Karl, Pilsen.
Wagner Franz, Brüx.
Wotawa Adalbert, Kolin.
Zeller Eduard, Reichenberg.

Mähren.

Baier Franz, Brünn.
Bill Ignaz, Neutitschein.
Cech Josef, Trebitsch.
Cinger Peter, M.-Ostrau.
Czermak Johann, Brünn.
Druschle Karl, Sternberg.
Eldersch Mathias, Brünn.
Frömmel Johann, Römerstadt.
Gritzbach Johann, Zwittau.
Hybes Josef, Redakteur, Josefstadt.
Ingwer Isidor, Dr., Brünn.
Kalab Josef, Lösch.
Matousek Wenzel, Iglau.
Mück Leonhard, Kojetein.
Nemec Anton, Brünn.
Neumann Wilh., Littau, M.-Neustadt.
Richter Josef, Deutsch-Liebau.
Rieger Eduard, Brünn.
Schinzel Alois, M.-Schönberg.
Zinburg Marie, Brünn.

Schlesien.

Heidrich Dagobert, Wigstadl.
Jorde Ernest, Bielitz.
Polke Emil, Gräfenberg.
Thiel Adolf, Freudenthal.
Weiser Josef, Troppau.
Zimmermann Wilhelm, Jägerndorf.

Tirol.

Filzer Johann, Kitzbühel.
Saska Ignaz, Innsbruck.
Zelger Michael, Innsbruck.

Kärnten.

Schatzmayr Wilhelm, Villach.

Steiermark.

Ehrlich Eduard, Graz.
Gans Josef, Graz.
Gstöttner Franz, Köflach.
Krainer Matthäus, Mürzzuschlag.
Resel Johann, Graz.

Galizien.

Daszynski Ignaz, Krakau.
Fraenkel Joachim, Lemberg.
Kozakiewiecz Jan, Lemberg.
Mankowski Anton, Lemberg.

Küstenland.

Gerin Antonio.
Zadnik Ludwig, Triest.

Krain.

Grablowitz Anton, Laibach

Deutschland.

Bebel August, Berlin.
Gerisch Albin, Berlin.
Singer Paul, Berlin.

Bericht der Parteivertretung an den Parteitag.

Allgemeines.

Der letzte Parteitag zu Pfingsten 1892 hat zum ersten Male der österreichischen Sozialdemokratie eine feste Organisation gegeben, und die wichtigste Arbeit, welche die Vertrauensmänner der Partei zu leisten hatten, war, diese in's Werk zu setzen. Das System der Vertrauensmänner zur Vertretung der lokalen Gruppen hatte sich bereits eingelebt, und unmittelbar nach dem Parteitag schritten die meisten Provinzen daran, in Landes-Konferenzen die Einheitlichkeit und Verbindung herzustellen. Das von unserer Organisation aufgestellte Prinzip, die vollständigste Oeffentlichkeit zu wahren, die bestehenden Gesetze, so rückständig und engherzig sie sein mögen, niemals ohne Noth zu verletzen, bewährte sich vollständig. Nicht aus irgend welcher Geheimthuerei entsprang die Nothwendigkeit, Vertrauensmännerbesprechungen in Form von auf geladene Gäste beschränkten Versammlungen nach § 2 abzuhalten, sondern der einzige Grund dafür war und ist der, sich gegen gesetzwidrige Einmischungen und Behinderungen von Seite der Behörden zu schützen. Regelmäßig wurden die in diesen geschlossenen Besprechungen verhandelten und gefaßten Beschlüsse durch die Presse der Oeffentlichkeit übergeben, alle Vertrauensmänner als solche öffentlich bezeichnet und so jede Handhabe vermieden, die Organisation entweder mit dem Geheimbundsparagraphen des Strafgesetzes oder mit dem Vereinsgesetz in Konflikt zu bringen. Noch im Jahre 1892 hatte sich bekanntlich die oberösterreichische Statthalterei zum Organ des Wunsches gemacht, diese Form der Organisation zu verhindern, und hatte die Abhaltung des Parteitages in Linz verboten. Die Aufhebung dieser Untersagung von Seite des Ministeriums mußte erfolgen und damit anerkannt werden, daß das Prinzip unserer Organisation nicht im Gegensatz zu dem derzeit geltenden Gesetz stehe. Ungefähr zur gleichen Zeit wurde ein gesetzwidriger Versuch, sozialdemokratische Vereine, die sich offen als solche bezeichneten, zu untersagen, auf dem Wege der Durchführung des Rekurses vereitelt und so die Behörden gezwungen, auch die Form der Organisation in politischen Vereinen, die der Parteitag besonders empfohlen hatte, anzuerkennen.

Es war von den Genossen in allen Provinzen ein großes Maß von Arbeit aufzuwenden, um zunächst für die bis dahin ziemlich ungeregelte Agitation eine feste Eintheilung zu treffen, die Organisationsbezirke zu schaffen und hiemit erst eine Uebersicht über das, was bereits geleistet und was noch zu thun ist, zu ermöglichen. Die Aufgabe der Parteivertretung auf diesem Gebiete war, den Genossen überall mit Rath zur Seite zu stehen, auf möglichste Gleichmäßigkeit und Einhelligkeit hinzuwirken und nicht zuletzt, jedem Versuche der Behörden, an irgend einem einzelnen Punkt durch sinnwidrige Auslegung oder Anwendung des Gesetzes die Fortbildung

der Organisation zu stören, mit der Energie der ganzen Partei und insbesondere mit der Waffe der Presse entgegenzutreten. Sie hatte auf diesem Gebiete die Funktion eines Instituts für politische Rechtshilfe. Die einheitliche Organisation der Sozialdemokratie hatte in dieser Beziehung die Aufgab e, eine einheitlichere Handhabung des Gesetzes von Seiten der Behörden zu erzielen. Daß auf diesem Gebiete noch viel zu leisten ist, ergibt sich bei der Eigenthümlichkeit der österreichischen Verhältnisse von selbst. Es sind einzelne Kronländer, in welchen der Organisation noch heute der hartnäckigste Widerstand entgegengesetzt wird und wo dieselbe noch heute Stück für Stück erkämpft werden muß. Wir nennen gewisse Bezirke von Böhmen, Steiermark und vor Allem Galizien. Wir können sagen, daß Bezirkshauptmannschaft um Bezirkshauptmannschaft erst mit der Thatsache vertraut gemacht werden mußte, daß die von uns gewählte Organisation von Seite des Gesetzes unangreifbar ist, und mit der Nothwendigkeit, so bitter sie für jene Faktoren sein möge, die Organisation der Sozialdemokratie gewähren zu lassen.

Die Erfolge, welche auf dem Gebiete der Agitation zu verzeichnen sind, zeigten sofort, daß unsere Organisation eine brauchbare sei. Nicht nur war durch die Herstellung eines Netzes von Agitationsbezirken eine weit größere Uebersichtlichkeit und Vollständigkeit erzielt, die Kräfte konnten durch Uebernahme umgrenzter Aufgaben auch derart vertheilt werden, daß die Zersplitterung weit mehr vermieden wurde als bisher. Die Wirkung war erstens die Einbeziehung von breiten Schichten der industriellen Arbeiterschaft in Gebieten, in denen die Sozialdemokratie bisher kaum gekannt war. Sie zeigte sich aber auch zweitens in dem Eindringen unserer Partei in die Landbevölkerung. Mit welcher Wucht, und mit welchem Erfolg unsere Genossen arbeiteten, dafür ist der beste Maßstab die Furcht unserer Gegner, welche sich, abgesehen von den Erscheinungen im Parlament und in der Taktik der bürgerlichen Parteien, auch höchst drastisch in einzelnen lokalen Symptomen zeigte. Es ist höchst bezeichnend, daß es in allerletzter Zeit selbst in dem sich von der Sozialdemokratie am wenigsten bedroht wähnenden Lande Tirol für nothwendig gehalten wurde, in eigenen Hirtenbriefen eine Abwehrorganisation gegen unsere Partei zu empfehlen. Die Folge wird zeigen, daß Hirtenbriefe die Entwicklung unserer Partei zu hemmen ebenso ohnmächtig sind wie Verfolgungen.

An dieser Stelle sei erwähnt, daß die Mißhelligkeiten, mit welchen sich der letzte Parteitag zu befassen hatte, definitiv beseitigt sind. Die Personen, welche damals in erster Reihe ein trauriges Interesse in Anspruch nahmen, sind spurlos verschwunden. Die tüchtigsten Elemente von Denjenigen, welche damals versprachen, in Reih' und Glied mit der Masse der Genossen zu treten, haben redlich Wort gehalten und kämpfen heute zum Theil an verantwortungsvollen Stellen Schulter an Schulter mit uns. Der Rest, welcher sich als Fraktion der „Unabhängigen" und „theoretischen Anarchisten" und dergleichen aufspielt, vermag trotz der Unterstützung der bürgerlichen Presse auf keinem Punkte unsere Arbeit zu hindern, geschweige positive agitatorische oder organisatorische Erfolge zu erzielen. Einiger als je steht das klassenbewußte Proletariat Oesterreichs da.

Die Aufgabe, welche die Parteivertretung auf dem Gebiete der Agitation zu erfüllen hatte, war aber durchaus nicht eine blos anregende, vermittelnde und ordnende, sondern sie machte sich thätiges Eingreifen zur selbstverständlichen Pflicht, wenn auch im Großen und Ganzen durch die Bezirks- und Landesorganisationen der umfangreichste Theil besorgt wurde. In den letzten zwölf Monaten allein wurden von der Parteivertretung

184 Versammlungen beschickt. Daß beiweitem nicht allen mit Recht gestellten Anforderungen genügt werden konnte, ist bedauerlich, aber begreiflich bei dem Umstande, daß sämmtliche Mitglieder der Parteivertretung entweder einen Privatberuf oder ein ihre Kräfte mehr als voll in Anspruch nehmendes Amt in der Partei haben.

Wenn auch auf Seite der Mitglieder der Parteivertretung die größte Bereitwilligkeit selbstverständlich vorhanden ist, so ist ihre Kraft durch eine freilich weniger auffallende, aber umso nothwendigere Arbeit so sehr in Anspruch genommen, daß sie mit dem besten Willen nicht allen an sie gestellten Wünschen gerecht werden können.

Ein wichtiger Charakterzug der österreichischen Arbeiterbewegung, der sich in den letzten zwei Jahren immer mehr ausbildete, ist die Organisation der weiblichen Arbeiter. Wir dürfen mit Stolz sagen, daß sich vielleicht in gar keinem anderen Lande die Heranziehung und Einreihung der Proletarierinnen mit gleich großem Erfolge und ohne die dabei sonst vorkommenden Störungen und Unzukömmlichkeiten vollzog. In allen Orten, wo es überhaupt eine sozialdemokratische Bewegung gibt, hat sich auch bereits ein fester Kern für die Frauenorganisation gebildet, der überall ohne separatistische Gelüste durchaus in Reih' und Glied der allgemeinen Organisation steht. Ihr entsprang eine Anzahl von agitatorischen Kräften, welche die volle Anerkennung nicht nur von Seite der Parteigenossen verdienen, sondern deren Thätigkeit auch die Behörden durch wiederholte und schwere Verfolgungen konstatirten.

Mit wenig Worten sei hier des erfreulichen Aufschwunges der gewerkschaftlichen Bewegung gedacht. Die Streitfrage zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bewegung, welche in anderen Ländern die Diskussion in der Arbeiterschaft vielfach beschäftigt, existirt in Oesterreich nicht. Sozialdemokratische und gewerkschaftliche Bewegung sind nur zwei Seiten einer und derselben Sache. Es gibt keine gewerkschaftlich organisirte Gruppe von Arbeitern, die, mit voller Einhaltung der von dem rückständigen Vereinsgesetz für nichtpolitische Vereine gezogenen Grenzen, nicht von sozialdemokratischem Geiste beseelt wäre. Es gibt keinen Sozialdemokraten, der nicht wünschen würde und nicht alle Kraft daran wenden würde, die gewerkschaftliche Organisation zu fördern. Der zu Weihnachten in Wien stattgehabte erste österreichische Gewerkschafts-Kongreß, welcher die Grundlinien zu einer umfassenden Reichsorganisation der Gewerkschaften zog, hat gerade dieses Verhältniß in's schärfste Licht gestellt. Wir sahen auf dem gewerkschaftlichen Kongreß nur Parteigenossen, und wir werden auf dem Parteitage die tüchtigsten Vertreter der Gewerkschaften finden. Was die gewerkschaftliche Bewegung in Oesterreich vor Allem braucht, ist Bewegungsfreiheit, deren Vorbedingung politisches Recht ist. Das politische Recht ist nur durchzusetzen durch eine kräftige Organisation der Arbeiterschaft.

Besonders erfreulich ist die Entwicklung der tschechischen Sozialdemokratie und deren immer nähere und festere Verbindung mit unserer Partei. Der Parteitag, welchen die tschechischen Genossen zu Weihnachten 1893 in Budweis abhielten, zeugte von einer mächtigen und stetig wachsenden Organisation, deren Grundlage im Wesentlichen die gleiche ist wie die unserige. Es wurde auf diesem Parteitage auch das Verhältniß zur gesammtösterreichischen Sozialdemokratie, welches trotz aller engen Beziehungen ein unklares geblieben war, definitiv und in wünschenswerthester Weise festgestellt. Die tschecho-slavische Partei hat zur Grundlage das uns gemeinsame Hainfelder Programm, und es wurden folgende drei in dieser Beziehung wichtige Punkte beschlossen:

1. Das Parteiprogramm kann nur von der gesammtösterreichischen Partei abgeändert werden. 2. Die Taktik vereinbart die tschecho-slavische sozialdemokratische Partei mit der gesammtösterreichischen, die Art ihrer Organisation bestimmt sie sich selbst. 3. Die ordentlichen gesammtösterreichischen Parteitage werden von der tschecho-slavischen Partei regelmäßig beschickt. Diese Sätze: Einheitlichkeit des Programms, Vereinbarung der Taktik und Selbstständigkeit der Organisation, verbürgen ebenso die solidarische Verknüpfung und einheitliche Actionsfähigkeit der gesammten österreichischen Sozialdemokratie, als sie für die besonderen Bedürfnisse der Organisation den nöthigen Spielraum gewähren. In der That gestalten sich auch die praktischen Beziehungen zwischen der tschechischen und unserer Organisation immer enger, je mehr Kraft und Selbstständigkeit die tschechische Organisation gewinnt. Wie an den österreichischen Arbeitern deutscher und polnischer Zunge die Lockrufe der nationalen, sich noch so demokratisch und sozialreformerisch geberdenden radikalen Bourgeoisparteien ohne jeden Erfolg abprallen, ebenso hat sich die Prinzipientüchtigkeit und Klarheit der tschechischen Genossen in sehr schwieriger Zeit bewährt.

Die internationalen Beziehungen zu unseren Bruderparteien im Auslande haben sich seit dem letzten Parteitag in jeder Beziehung befestigt. Der große, gemeinsame Kampf für die gemeinsame Sache führt zusammen, und im Einzelnen sind es besonders die sich mehrenden gewerkschaftlichen Verbände auf internationaler Grundlage, welche die Nothwendigkeit eines engeren Verkehres schaffen und festere Bande knüpfen. Vielfach ist es aber auch auf politischem Gebiet nicht allein bei allgemeinen Sympathiebeweisen geblieben, sondern zu reellen Leistungen gekommen. Die Sozialdemokratie Deutschlands, mit welcher uns geschichtliche, politische und ökonomische Verhältnisse am unmittelbarsten verknüpfen, hat bei jeder Gelegenheit ihrer jungen österreichischen Bruderpartei werkthätige Solidarität bewiesen; so hat sie insbesondere durch eine sehr ausgiebige Spende über die Schwierigkeiten hinweggebracht, in welche die österreichischen Preßverhältnisse die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ versetzt hatten, und so einen beträchtlichen Ausbau dieses umfangreichsten Organes der österreichischen Sozialdemokratie ermöglicht. Ebenso wurde der Prager Parteipresse in einem kritischen Momente von den deutschen Genossen mit der erforderlichen Summe beigesprungen. Indem wir diesen Beweis echt sozialdemokratischer Solidarität hervorheben, müssen wir unser Bedauern aussprechen, daß unsere Partei noch zu jung und im Verhältniß zu ihren ungeheueren Aufgaben zu schwach entwickelt ist, um den ausländischen Genossen mehr als blos symbolische Beweise ihrer brüderlichen Gesinnung zu geben.

Das wichtigste Ereigniß auf internationalem Gebiete war der Züricher Kongreß im August 1893, auf welchem Oesterreich durch 34 Delegirte, darunter fünf Vertreter der tschecho-slavischen Partei und drei Genossinnen, vertreten war. Die für die gesammte internationale Arbeiterbewegung höchst wichtigen Resultate dieses Kongresses zu kennzeichnen, erscheint überflüssig, und es sei nur konstatirt, daß in Bezug auf einen für uns Oesterreicher besonders wichtigen Punkt, in Bezug auf die Maifeier, die österreichischen Delegirten einen entschiedenen Fortschritt in der Auffassung dieser Demonstration auch in anderen Ländern durchsetzten.

Unter den Ereignissen in Oesterreich, welche an dieser Stelle zu besprechen sind, verdient die Maifeier des Jahres 1893 einen ganz besonderen Platz. Daß der mächtige Hebel für die sozialdemokratische Bewegung, welcher in der Maifeier liegt, wenn sie in echt proletarischem Geiste aufgefaßt und durchgeführt wird, in Oesterreich richtig und mit Erfolg be-

nützt wird, ist eine von allen Bruderparteien einstimmig anerkannte Thatsache. Der letzten Maifeier setzten sich wieder dieselben Schwierigkeiten im verstärkten Maße entgegen wie sonst. Der Druck der Behörden wie der Unternehmerschaft schien kaum zu überwinden. Aber die begeisterte Energie und Festigkeit unserer Parteigenossen bewirkte, daß die Maifeier 1893 einen weit größeren Umfang und vor Allem einen noch bedeutsameren Charakter hatte, als alle vorhergegangenen. Ein besonderes Moment kam hier in Betracht: die Wahlrechtsbewegung unserer belgischen Genossen und ihre Erfolge. Nachdem in kühnem Ansturm unter kluger Benützung besonders günstiger Umstände das belgische Proletariat die prinzipielle Anerkennung des allgemeinen Wahlrechtes durchgesetzt hatte, war es für Oesterreich, das letzte europäische Industrieland mit ständischem Wahlrecht, eine entschiedene Sache, daß nun dieser Punkt auch auf die politische Tagesordnung Oesterreichs nicht mehr prinzipiell und allgemein, wie stets, sondern höchst aktuell gesetzt sei. Schon bei der Maifeier kam dies zum Ausdruck, und wie wir Oesterreicher von jeher durch unsere besonderen Verhältnisse veranlaßt waren, neben die Forderung des Achtstundentages gleichwerthig politische Forderungen zum Gegenstand der Maidemonstration zu machen, so gestaltete sich mit ursprünglicher Kraft die letzte Maifeier zur mächtigen Demonstration für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Der Ruf, der in allen Straßen und vor allen Palästen Wiens und in allen Provinzstädten mit Naturgewalt ertönte: „Nieder mit dem Wahlunrecht, nieder mit der Rechtlosigkeit!" dieser Ruf mußte nicht nur die Taktik der Sozialdemokratie für die nächste Zeit bestimmen, sondern er bestimmte auch den Gang der politischen Ereignisse in Oesterreich überhaupt.

Der 1. Mai 1893 war in seinem Verlaufe gleichzuhalten einer Volksabstimmung, deren Beschlüsse die Parteivertretung einfach auszuführen hatte. Unmittelbar nach der Maifeier versandte die Parteivertretung ein Zirkulär an die Organisationen, in welchem nähere Einzelheiten der Wahlrechtsbewegung vorgeschlagen wurden. Eine Reihe von Massenmeetings eröffnete die Aktion, eine Flugschriftenvertheilung („Eine Frage an die Rechtlosen") in für Oesterreich bisher unerhörtem Umfange wurde auf den 15. Juni verlegt, den Tag, an welchem es der deutschen Arbeiterschaft vergönnt war, an die Wahlurne zu treten und ihr politisches Gewicht in die Wagschale zu legen. Der Sturm der Bewegung war ein so gewaltiger, daß sich die Regierung, sowie die gegnerischen Parteien dem Eindruck nicht verschließen konnten, daß die gewohnte Methode des protzigen Schweigens und der gewaltsamen Unterdrückung hier nicht am Platze sei. Der Antrag der Jungtschechen auf allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht hatte, nicht durch sie, aber wohl durch die österreichische Arbeiterschaft eine politische Bedeutung ersten Ranges gewonnen. Allerdings immer wieder wurde es mit der altgewohnten Gewaltanwendung versucht. In Brünn und in Prag wurden Versammlungsverbote erlassen, die, im Gesetz nicht begründet, wie sie waren, als Provokationen wirkten, und Proletarierblut, sowie schwere Verurtheilungen leiteten den Kampf ein, der noch manche Opfer kosten wird. Die Rathhausdemonstration in Wien, am 9. Juli, wurde durch den eisernen Willen der Wiener Arbeiterschaft zum Trotz und im Gegensatz zu allen Machtfaktoren durchgesetzt; der glänzende Verlauf dieser Demonstration, der mächtige Eindruck, den sie hervorbrachte, gestaltete sie zu einem politischen Ereigniß ersten Ranges.

Das politische Oesterreich war sich klar, daß es nicht möglich sei, die heutige Verfassung aufrecht zu erhalten; es wurde sich darüber klar in demselben Moment, wo das Proletariat seinen unverkennbaren Willen ausge-

sprochen hatte. So viel aber war sicher: Die Sozialdemokratie mußte auf einen langen und schweren Kampf gefaßt sein, in dessen Verlauf vielleicht alle Kampfmittel, die das Proletariat überhaupt hat, zur Anwendung kommen und darum bei Zeiten erwogen und vorberathen werden mußten. Von diesem Standpunkt ausgehend, richtete die Parteivertretung im August 1893 ein Rundschreiben an die Vertrauensmänner, in welchem deren Aufmerksamkeit auf den Erfolg gelenkt wurde, welchen unsere belgischen Genossen zum Theile der Anwendung des Massenstreiks verdanken. Es wurde den Parteigenossen überall nahegelegt, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob, inwieweit und unter welchen Umständen dieses Kampfmittel auch von uns anzuwenden sei. In der Massenversammlung am 20. August im Wiener Prater war zum ersten Male öffentlich vom Massenstreik die Rede und seitdem ruhte die Diskussion darüber nicht.

Am 8. Oktober fand über Anregung der Parteivertretung in Wien eine Reichs-Konferenz statt, welche von Vertretern aller Provinzorganisationen besucht war, und beschloß: „Die Parteivertretung wird beauftragt, falls das Abgeordnetenhaus in der gegenwärtigen Sitzungsperiode den Antrag auf allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht ablehnen oder gar nicht in Berathung ziehen sollte, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Frage des Massenstreiks zu setzen. Bis dahin ist in der Parteipresse und in Versammlungen die Diskussion über den Massenstreik als politisches Kampfmittel zu eröffnen und zu führen. Die Wahlrechtsagitation in allen ihren Formen ist ungeschwächt fortzuführen." Die Parteivertretung wurde zugleich mit der Einberufung des Parteitages für Ostern 1894 beauftragt.

Am 9. Oktober noch stand die Situation so, daß weder von der Regierung noch vom Parlament irgend ein Zeichen vorlag, daß die Wahlrechtsbewegung ernst genommen und die nöthigen Konsequenzen daraus gezogen würden. Am 10. Oktober sollte das Parlament zusammentreten und für den 9. Oktober Abends waren für ganz Oesterreich Massenversammlungen veranstaltet, darunter 16 allein in Wien, in welchen das Parlament aufgefordert wurde, die politische Lebensfrage für zwei Drittel der Bevölkerung, die Wahlreform, in die Hand zu nehmen. Am 10. Oktober brachte Graf Taaffe seinen bekannten Antrag ein. Damit war nun auch von Seite der Regierung und der Krone anerkannt, daß der von der Sozialdemokratie geführten Wahlrechtsbewegung Folge gegeben werden müsse. Was nun folgte: die Koalition der Parteien, der Sturz des Ministeriums Taaffe, das Koalitionsministerium, ist in frischester Erinnerung. Die unter der Führung der Sozialdemokratie eingeleitete Bewegung der rechtlosen Volksmassen hatte alle Parteien in eine reaktionäre Masse zusammengeballt, zu dem ausgesprochenen Zwecke, mit allen Mitteln dem Volke sein Recht vorzuenthalten oder mindestens ihm seine Durchsetzung so schwer als möglich zu machen.

Das Ministerium Windischgrätz hatte es bei seinem Amtsantritte für seine erste und wichtigste Aufgabe erklärt, die Wahlreform durchzuführen, und es mußte zunächst abgewartet werden, wie diese Wahlreform aussehen werde. Am Tage vor dem Wiederzusammentritt des Parlamentes wurde dasselbe durch Massenversammlungen im ganzen Reiche (darunter 21 in Wien) an seine Pflicht erinnert. Die bloße Ankündigung dieser Versammlungen genügte, die Regierung zu veranlassen, ihre bis dahin verschwiegenen „leitenden Grundsätze zur Wahlreform" zu veröffentlichen. Heute sind wir über die Pläne der Regierung und der Koalitionsparteien im Reinen, und sobald die Position unserer Gegner so klar war, erfolgte ein neuer Ansturm, der sie belehrte, daß jene Pause nicht ein Zurück-

weichen, sondern die Sammlung zu neuem Kampfe bedeutete. Die Aufgabe des Parteitages wird es sein, darüber zu entscheiden, wie, mit welchen Mitteln der Kampf weiter geführt werden muß.

Die Sozialdemokratie Oesterreichs und mit ihr die zur Geschäftsführung beauftragte Parteivertretung hat es für nothwendig erachtet, die Wahlrechtsbewegung in den Mittelpunkt der sozialdemokratischen Agitation zu setzen. Sie ist es, welche die politische Lage beherrscht, die den größten Theil der Arbeit in Anspruch nimmt. Darüber aber sind die anderen Forderungen unseres Programms weder zurückgestellt, noch vernachlässigt worden. Bei jeder Gelegenheit wurde insbesondere der Frage des Arbeiterschutzes die intensivste Aufmerksamkeit zu Theil. Insbesondere aber glauben wir hervorheben zu müssen, daß über der praktischen Agitations- und Organisationsthätigkeit der grundsätzliche Theil unseres Programms nirgends in den Hintergrund gestellt wurde. Bei allem Eifer für die Erreichung der nöthigen Waffen für den Kampf, deren wichtigste das Wahlrecht ist, wurde nirgends das Ziel dieses Kampfes auch nur einen Moment übersehen, und nirgends zeigt sich in Oesterreich irgend ein von unseren Gegnern so sehr herbeigesehntes Symptom dafür, daß die revolutionäre Sozialdemokratie sich etwa in eine radikale Reformpartei zurückbilde. Je größer die politische Bedeutung ist, welche unsere Partei auch in Oesterreich erlangt, je kräftiger die Arbeiterklasse unseres Landes aufzutreten lernt, umso deutlicher wird ihr selbst ihr letztes Ziel: Die Beseitigung der Ausbeutung, die Beseitigung des Klassenstaates!

Partei-Organisation und Agitation.

Dem dritten österreichischen Parteitage im Jahre 1892 fiel die Aufgabe zu, die Organisation der Partei auf dem Prinzipe der vollsten Oeffentlichkeit aufzubauen und durchzuführen, um so deren Aktionsfähigkeit zu erhöhen. Der vierte österreichische Parteitag hat zu prüfen, ob diese Organisation sich bewährt hat, ob sie der Agitation nützlich gewesen ist. Die an die Parteivertretung eingelangten Berichte der Landesorganisationen gewähren zwar keinen vollen Einblick in die Ergebnisse der Organisationsarbeiten seit dem Jahre 1892, und das Ziffernmaterial läßt an Vollständigkeit Vieles zu wünschen übrig, aber es zeigt sich heute bereits, daß einem nächsten Parteitage ein sehr umfangreicher Bericht vorliegen wird, da man im ganzen Reiche die hiezu nothwendigen Vorarbeiten vollendet hat. Dies ist ein nicht zu unterschätzender Fortschritt in der Partei-Organisation und berechtigt zu den besten Hoffnungen.

Unmittelbar nach dem dritten österreichischen Parteitage suchten die Genossen des Reiches die Beschlüsse desselben durchzuführen, und in rascher Folge wurden Bezirks- und Landesbesprechungen einberufen, Vertrauenspersonen aufgestellt und Organisationsbezirke geschaffen. Die Partei-Organisation, wie sie am Parteitage zu Wien 1892 beschlossen wurde, ist nun im größten Theile des Reiches durchgeführt und hat sich, von einzelnen Mängeln abgesehen, glänzend bewährt. Die Berichte der Landesvertretungen, die wir in gedrängter Kürze wiedergeben, zeigen uns den Umfang der Organisation und die Ergebnisse der Agitation.

Berichte.

Niederösterreich hielt zwei Landes-Konferenzen ab. Die eine fand am 25. September 1892, die andere am 15. Oktober 1893 statt. Nach dem gefaßten Beschlusse ist das Land, wie folgt, in 14 Agitationsbezirke eingetheilt:

1. Wien;
2. Atzgersdorf, Liesing, Perchtoldsdorf, Rodaun, Kalksburg, Mauer, Siebenhirten, Altmannsdorf, Hetzendorf;
3. Floridsdorf, Stockerau, Korneuburg, Oberhollabrunn, Mistelbach, Aspern, Stadlau;
4. Baden, Mödling, Leobersdorf, Pottenstein, Weißenbach, St. Veit a. d. Triesting, Felixdorf, Sollenau, Steinabrückl;
5. St. Pölten, Herzogenburg, Wilhelmsburg, Melk, Pottenbrunn, Hohenberg, Stattersdorf;
6. Wiener-Neustadt, Reichenau, Gloggnitz, Neunkirchen, Ternitz, Erlach, Pitten, Eggendorf, Zillingsdorf;
7. Pottendorf, Ebenfurt, Siegersdorf, Ebreichsdorf, Ober- und Unterwaltersdorf, Neufeld, Landegg;
8. Mannersdorf, Bruck a. d. Leitha, Marienthal, Hainburg;

9. Krems, Langenlois, Mautern;

10. Gaming, Scheibbs-Ulmersfeld, Amstetten, Waidhofen an der Ybbs, Ybbs;

11. Waidhofen an der Thaya, Groß-Siegharts, Eggenburg, Zwettl, Horn;

12. Klosterneuburg, Tulln.

Im Organisationsbezirke Wien zählt die Partei 197 Organisationen als: Bildungs- und Fachvereine, Lesezimmer und politische Vereine. Von letzteren zählt Wien 9 mit einer Mitgliederzahl von 700. Die anderen Organisationen umfassen eine Mitgliederzahl von 42.630 Personen, darunter 2800 Frauen. Versammlungen fanden im Jahre 1893 in Wien 980 statt, wovon 814 freie und 166 Volksversammlungen. Aufgelöst wurden 23, verboten 10 Versammlungen. In den Provinzorganisationsbezirken zählt die Partei 48 Organisationen mit 3034 männlichen und 245 weiblichen Mitgliedern. Versammlungen wurden im Jahre 1893 abgehalten 179, wovon 53 Volksversammlungen, 126 freie Vereinsversammlungen waren. Aufgelöst wurden 6, verboten 10 Versammlungen. Niederösterreich zählt insgesammt 245 Organisationen mit 43.330 männlichen und weiblichen Mitgliedern. Die Gesammtzahl der Versammlungen betrug im Jahre 1893 1097. Aufgelöst wurden 20, verboten 29 Versammlungen. Die „Volkstribüne", das Organ der niederösterreichischen Landesorganisation, erscheint zweimal monatlich, gegenwärtig in einer Auflage von 8500 Exemplaren. Zur Zeit des Parteitages 1892 zählte die Auflage 2600 Exemplare. Verurtheilt wurden 1893 in Wien 122 Personen. Für dieselben wurden an Geldstrafen bezahlt insgesammt 119 Gulden. Arrest- und Kerkerstrafen wurden in der Gesammtdauer von **5** Jahre **5** Tagen verhängt. In den übrigen Organisationsbezirken wurden 47 Genossen und Genossinnen verurtheilt, meistens wegen Uebertretung unseres berüchtigten § 23 P.-G. An Strafgeldern wurden insgesammt 18 Gulden bezahlt. Die Gesammtdauer der Arreststrafen betrug 5 Monate 27 Tage und 2 Stunden. Hervorgehoben sei noch, daß in Niederösterreich die Agitation unter der bäuerlichen Bevölkerung rührig betrieben wird, und daß der Sozialdemokratie manche Anhänger in der bäuerlichen Bevölkerung erstehen. Im Sommer 1893 fand in Platt eine Bauernversammlung unter freiem Himmel statt, welcher zirka 3000 Bauern aus Platt und der entferntesten Umgebung anwohnten. Die Gründung eines Bauernvereines auf sozialdemokratischer Grundlage ist bevorstehend.

Außer den deutschen bestehen auch zehn tschechische Organisationen mit 1671 männlichen und 268 weiblichen Mitgliedern. Diese Organisationen haben alle ihren Sitz in Wien.

Oberösterreich hielt zwei Landes-Konferenzen, und zwar am 25. März 1893 und am 11. März 1894 in Linz ab. Das Land ist in zehn Organisationsbezirke getheilt, und zwar:

1. Mauthausen, Berg, Schwertberg;
2. Steyr, Sierning, Sierninghofen, Unterhimmel;
3. Weyer, Gaflenz, Weißenbach;
4. Linz, Kleinmünchen, Traun, Enns;
5. Wels, Lembach, Vöcklabruck;
6. Ried, Wolfsegg, Gerspolzhofen;
7. Schärding, Braunau;
8. Gmunden, Ebensee, Ischl, Mondsee;
9. Ober-Mühlviertel, Urfahr, Ottensheim, Gallneukirchen;
10. Rohrbach, Eigen, Haslach;

Oberösterreich zählt zehn Bildungsvereine mit einer Gesammtmitgliederzahl von 984 Mitgliedern, einen Arbeiterinnen-Bildungsverein mit 97 Mitgliedern. Fach- und Gewerkschaftsvereine bestehen 14 an der Zahl mit 899 Mitgliedern, Arbeiter-Gesangvereine sind 6 mit einer Mitgliederzahl von 146. Die Gesammtzahl der in den genannten Organisationen stehenden Genossen und Genossinnen beträgt 2126. Vereinsversammlungen wurden im Jahre 1893 109 abgehalten, Volksversammlungen 55, im Sinne des § 2 Vers.-G. 114, aufgelöst wurden zwei Versammlungen. Schwurgerichtsverhandlungen fanden zwei statt und endeten mit Freispruch. Im Sinne des Versammlungs-Ges. §§ 2, 3 wurden 23 Personen angeklagt und freigesprochen. Der Uebertretung des § 23 machten sich insgesammt sieben Personen schuldig. Fünf davon wurden zusammen zu 64 fl. Geldstrafe, zwei zu je 48 Stunden Arrest verurtheilt. Eine Uebertretung des § 24 wurde mit 50 fl. Geldstrafe geahndet.

Salzburg hielt zwei Landes-Konferenzen ab, welche am 16. April und am 31. Dezember 1893 stattfanden. Das Land wurde in folgende fünf Organisationsbezirke eingetheilt:

1. Salzburg und Umgebung;
2. Hallein;
3. Thalgau;
4. Bischofshofen;
5. Saalfelden.

Bildungsvereine bestehen vier mit 492 Mitgliedern; Gewerkschaftsvereine sechs und eine Ortsgruppe der Verkehrsbediensteten mit zusammen 452 Mitgliedern. Ferner besteht ein Arbeiter-Sängerbund mit 51 Mitgliedern. Die Gesammtzahl der Vereinsmitglieder beträgt 995 Personen.

Volksversammlungen wurden im Jahre 1893 20 abgehalten, § 2-Versammlungen 40, Vereinsversammlungen 110. Zusammen wurden 170 Versammlungen abgehalten. Man sieht, daß auch hier die Parteithätigkeit ungemein rege ist.

Steiermark hielt am 25. und 26. Dezember 1892 eine Landes-Konferenz ab, in welcher das Land in neun Agitationsbezirke getheilt wurde:

1. Mürzzuschlag, Spital, Neuberg, Langenwang, Krieglach;
2. Bruck a. d. Mur, Kindberg, Kapfenberg-Diemlach, Aflenz-Thörl und Frohnleiten;
3. Leoben-Donawitz, Seegraben und Niklasdorf;
4. Trofaiach, Vordernberg, Eisenerz;
5. Rothemann, Trieben-Liezen;
6. Knittelfeld, Zeltweg, Judenburg, Bischofsfeld, Fohnsdorf und Unzenmarkt;
7. Voitsberg, Köflach, Wies;
8. Graz und Umgebung, Deutsch-Feistritz, Uebelbach, Gratwein, Weiz;
9. Marburg, Cilli, Trifail.

An Vereinen zählt Steiermark: Den „Allgemeinen Arbeiter-Bildungs- und Rechtsschutzverein" für ganz Steiermark mit 10 Ortsgruppen, 30 Zahlstellen und einer Mitgliederzahl von 2258 Personen und sieben Bildungs- und Lesevereine mit 510 Mitgliedern, Fach- und Gewerkschaftsvereine 14 und vier Ortsgruppen mit fünf Zahlstellen und einer Mitgliederzahl von 1465. Von drei Gewerkschaften und einer Ortsgruppe fehlen die Angaben über Mit-

gliederzahl. Diese Vereine hielten vom Februar 1892 bis Februar 1894 264 Versammlungen ab. Politische Vereine sind in Steiermark zwei, welche 40 Versammlungen abhielten. Volksversammlungen wurden in Steiermark 55, öffentliche Vereinsversammlungen 44 abgehalten. Verboten wurde in Graz eine und in Voitsberg eine Volksversammlung. Auflösungen kamen zahlreich vor, besonders in Bruck an der Mur.

Am 1. Mai wurde der geplante Umzug verboten, weil „ein Wochentag ist".

Die Wahlrechtsbewegung nahm hier große Dimensionen an. Am 18. Juni 1893 fanden in allen größeren Orten Steiermarks zahlreich besuchte Versammlungen statt, und die am 15. Oktober in Graz abgehaltene Wahlrechtsversammlung war von mehr als 15.000 Personen besucht.

In Graz erscheinen zwei politische Parteiblätter, der „Arbeiterwille", vierzehntägiges Blatt, in einer Auflage von 2500, und der „Beobachter" in einer Auflage von 2300. Außerdem erscheint seit November 1893 das slovenische Parteiblatt „Delavec", welches noch der Unterstützung der Genossen bedarf.

Bestraft wurden wegen § 23 Pr.-G. fünf Genossen, § 14 V.-G., § 314 St.-G. mehrere Genossen, wegen § 11 der kais. Verordnung vom Jahre 1854 drei Genossen. Zwei Strafen wurden über Rekurs aufgehoben. Wegen Aeußerungen über den Staat wurde ein Genosse zwei Monate in Untersuchungshaft angehalten und schließlich zu zwei Monaten Arrest verurtheilt. Ein Genosse wurde desselben Deliktes wegen freigesprochen. Eine Untersuchung wurde wegen Verbrechen § 65a eingeleitet, jedoch fallen gelassen. Eine Ausweisung wurde über Einschreiten aufgehoben.

Die Bergarbeiter des Köflach-Voitsberg-Wieser Reviers sind in einem Allgemeinen Bergarbeiter-Verein organisirt, der in Köflach seinen Sitz hat und in Voitsberg und Wies Ortsgruppen besitzt. Obwohl die Zahl der Mitglieder dieses Vereines der Gesammtzahl der Bergarbeiter nicht entspricht, so hat er doch die Führerschaft der gesammten Bergarbeiter dieser Reviere inne.

Die Bergarbeiter Steiermarks sind vom besten Geiste erfüllt und davon sind wir überzeugt, würden bis auf einen geringen Bruchtheil einer vom Vereine oder von unserer Partei ausgegebenen Parole Folge leisten. Ebenso die Bergarbeiter des Trifailer und Wöllauer Reviers, die theilweise, sowie die des Fohnsdorfer Reviers, Mitglieder des steiermärkischen Arbeiter-Fortbildungs-, Rechtsschutz- und Unterstützungsvereines sind.

Kärnten hielt zwei Landes-Konferenzen ab, deren eine am 25. September 1893 in Villach, deren andere am 11. März 1894 in Klagenfurt stattfand. In der ersteren Konferenz wurde Kärnten in fünf Organisationsbezirke getheilt, in letzterer Konferenz in neun Bezirke, und zwar:

1. Villach, Fellach, Bleiberg, Tarvis, Feistritz;
2. Klagenfurt, Ferlach, Viktring;
3. St. Veit, Straßburg, Gurk, Weitensfeld, Althofen, Guttaring, Friesach;
4. Hüttenberg, Mößl, Witting;
5. Feldkirchen, Himmelberg, Auserteichen;
6. Spital a. d. D., Pusarnitz, Milldorf, Millstatt;
7. Völkermarkt, Griffen, Ruden, Lippitzbach, Bleiburg, Eisenkapl;
8. Prävali, Streiteben, Lischa, Homberg;
9. Wolfsberg, St. Paul, St. Andrä, St. Leonhard.

Im Februar 1894 verzeichnete Kärnten sechs Bildungsvereine, sieben Fachvereine, wovon sich drei über ganz Kärnten erstrecken, und einen politischen Verein, dessen Thätigkeit sich ebenfalls über Kärnten erstreckt.

Volksversammlungen fanden vom 25. September 1892 bis Februar 1894 32 statt, wovon vier unter freiem Himmel. § 2-Versammlungen wurden 100 abgehalten. In Prävali wird, wahrscheinlich durch den Einfluß der Alpinen Montan-Gesellschaft, jede Volksversammlung verboten.

Die Maifeier wurde an vielen Orten durchgeführt. In Klagenfurt wurden wegen dieser Feier 20 Arbeiter, meist Familienväter, von der Alpinen Montan-Gesellschaft gemaßregelt.

Die Wahlrechtsbewegung ist eine hochgehende.

Die Einnahme von Agitationsgeldern für die Zeit vom 25. September 1892 bis 28. Februar 1894 stellt sich wie folgt: Villach fl. 353·64, alle übrigen Orte zusammen fl. 91·88, Summe fl. 445·52. Ausgaben für Agitation fl. 419·20, Saldo fl. 26·32.

Krain hat die am Parteitage 1892 beschlossene Organisation noch nicht durchführen können, macht aber alle Anstrengungen dazu. Der Rechtsschutzverein, dessen Thätigkeit sich über ganz Krain erstreckt, zählt 1100 Mitglieder. Ein politischer Verein zählt 46 Mitglieder. Zudem besteht ein Eisenbahner-Lese- und Fortbildungsverein, welcher in eine Ortsgruppe des Fachverbandes der Verkehrsbediensteten umgewandelt werden dürfte, mit 150 Mitgliedern. Die Gesammtmitgliederzahl unserer in Vereine organisirten Genossen beträgt 1296. Das slovenische Parteiorgan „Delavec" wird in 1000 Exemplaren gedruckt, aber ein großer Theil der Auflage muß gratis abgegeben werden, da die Arbeiter das Blatt wohl lesen möchten, aber vermöge der schlimmen Erwerbsverhältnisse nicht kaufen können. Bis nun betragen die Einnahmen des Blattes fl. 338·46, die Ausgaben fl. 333·89. Die Nummer am 1. März wurde konfiszirt wegen zweier Artikel, deren einer in der Wiener „Volkstribüne", der andere in der „Volks-Zeitung" erschienen war, ohne konfiszirt zu sein.

An Verurtheliungen sind zu verzeichnen: 8 Genossen in Stein, Uebertretung § 23 Pr.-G., vier davon 4 Tage Untersuchungshaft, erstrichterliches Urtheil einer 3 Wochen, zwei 14 Tage, zwei 8 Tage Arrest, 4 freigesprochen. Ueber Berufung erster 3 Tage, zweiter 2 Tage, zwei Genossen 24 Stunden Arrest. In Laibach 5 Genossen desselben Delikts verurtheilt, erstrichterliches Urtheil 2 zu je 3 Wochen, 1 zu 8 Tagen, 2 freigesprochen. Ueber Berufung 2 Genossen 8 Tage und ein Freispruch. In Sagor 3 Genossen, ebenfalls § 23, einer 10 fl., zwei 5 fl. Geldstrafe. Ueber Berufung einer freigesprochen, für die zwei letzteren mußte bezahlt werden.

An Agitationsgeldern wurden hier seit dem Parteitag bei 200 fl. eingenommen haben. Blocks sind erst seit kurzer Zeit in Verwendung, aber nur in Laibach. Der Bewegung wurden verschiedene Hemmnisse in den Weg gelegt. In Oberkrain ist kein Lokal zu bekommen, es gibt daselbst eine ansehnliche Masse von Arbeitern. Die Wirthe wollen sich mit der Industrie-Gesellschaft nicht einlassen. In Weißenfels trieb man den Genossen das letzte Local ab, in welchem sie früher Versammlungen abgehalten hatten. Die Bezirkshauptmannschaft Radmannsdorf delegirte als Regierungsvertreter den Werksdirektor.

Im Großen und Ganzen macht hier die Bewegung Fortschritte, mehr zu leisten fehlt es an Mitteln und Kräften.

Triest. In Triest ist die sozialistische Bewegung verhältnißmäßig noch sehr jung, selbe hat jedoch trotzdem schon verschiedene Wandlungen durchgemacht.

Der erste Versuch zu einer selbstständigen Arbeiterorganisation wurde mit der Gründung der „Confederazione Operaia“ (Arbeiterverbindung) im Jahre 1889 gemacht, die Thätigkeit derselben wurde jedoch durch mißlungene Streiks und Maßregelungen (z. B. Gen. Gerin) lahmgelegt, auch die Führung war eine mangelhafte, die Arbeiter, resp. Mitglieder slovenischer Zunge fühlten sich zurückgesetzt, da man keine richtigen Kräfte in dieser Sprache hatte. Durch ein verfehltes Vorgehen von Seite der Vereinsleitung bei der Wahlbewegung 1891 wurde dieser Verein behördlich aufgelöst. Damit wurde auch das italienische Blatt gleichen Namens als Vereinsorgan unterdrückt, dazu kam noch, daß wegen der Maibewegung selben Jahres 1891 Einige in Untersuchungshaft gesteckt wurden, wodurch nun die italienischen Leute derart niedergedrückt wurden, daß es bis heute noch nicht möglich ist, sie wieder zusammen zu einer ordentlichen Thätigkeit zu bringen.

Es wurde zwar dann noch das Blatt „Avanti!“ herausgegeben, aber wieder eingestellt. Dann erschien wieder im Herbste 1892 der „Il Proletario“. Dieses Blatt ging hauptsächlich daran zu Grunde, weil sich anarchistische Tendenz und Elemente in die Redaktion einschlichen, nicht daß das Blatt anarchistisch gewesen wäre, aber genug, die Polizei und der Staatsanwalt witterten Anarchismus, weil ein ausgesprochener Anarchist dabei war, das Blatt wurde immer konfiszirt (von acht Nummern sieben), es ging sodann ein.

Inzwischen wurde im Sommer 1891 von den deutschen Arbeitern der „Deutsche Leseverein“ gegründet, selbstverständlich konnte derselbe in Triest keine Rolle spielen oder Einfluß ausüben, die Masse der Arbeiter blieb von demselben vollständig unberührt, deutsche Arbeiter sind eben sehr wenig stabil in Triest. Dieser Verein wurde anläßlich der 1. Maibewegung 1892 von der Polizei willkürlich aufgelöst, der Grund war, daß eine irredentistische Landkarte im Vereinslokal gefunden wurde. Der Obmann, Genosse Pregant, wurde deshalb zu fünfzig Gulden Geldstrafe verurtheilt.

Ein slovenisches Blatt „Delavski List“ erschien eine Zeit lang in Triest, wurde jedoch durch Konfiskationen und andere Chikanen zu Grunde gerichtet. Der Redakteur, Genosse Zadnik, wurde, weil er dem Staatsanwalt ein „unerträgliches Vorgehen“ vorwarf, zu vier Wochen Arreststrafe verurtheilt.

Im Sommer 1892 wurden einige deutsche § 2-Versammlungen abgehalten, welchen italienische und slovenische folgten, sodann ging man daran, wieder einen Verein zu gründen; die Sache ging mehr von slovenischer Seite aus. Die Italiener wurden von der anarchistischen Ansicht beherrscht, mitgerissen, daß die Organisation zwecklos sei. Die Deutschen hielten sich von Allem zurück.

Erst im März 1893 wurden die Statuten des neuen Vereines bestätigt, nachdem an das Ministerium rekurrirt werden mußte.

Gegen den 1. Mai 1893 wurde es wieder etwas lebendiger, bei einer Versammlung am 9. April 1893 erschienen zirka 1000 Personen. Am 1. Mai wurde die Versammlung vereitelt. Gefeiert haben an diesem Tage gegen 4500 Personen. Der Tag verlief in vollster Ordnung.

Die konstituirende Versammlung des „Allgemeinen Arbeiter-Bildungs-, Rechtsschutz- und Unterstützungsvereines“ für Küstenland am 14. Mai 1893

wurde vom anwesenden Regierungsvertreter aufgelöst, da er dieselbe nicht als Vereinsversammlung anerkannte. Anwesend waren gegen 300 Personen. Als Mitglieder ließen sich 70 einzeichnen. Heute zählt der Verein 140 Mitglieder.

Für das allgemeine Wahlrecht wurden drei Versammlungen abgehalten, eine italienische mit 400 Theilnehmern am 23. Juli 1893, eine deutsche am 18. Juni 1893 mit 80 Theilnehmern, eine slovenische am 20. August 1893 mit 400 Theilnehmern. Bei der Einführung der Blocks zur Einhebung der Parteibeiträge wurden Gen. Zadnik zu sechs Tage, Gen. Poljsak zu zwei Tage Arrest verurtheilt und das auf Grund eines Gubernial-Zirkulares vom Jahre 1834 wegen unbefugter Geldsammlung.

Die Parteiorganisation ist jetzt sehr schwach, italienischerseits ist ein Stillstand eingetreten, nur slovenischerseits wird eine Bezirksorganisation unterhalten.

Die Polizei thut natürlich auch alles Mögliche, um die Bewegung zu ersticken.

Die Gründung des „Allgemeinen Arbeiter-Bildungs- und Rechtsschutzvereines" wurde verboten; als das Verbot vom Ministerium aufgehoben wurde und die konstituirende Versammlung stattfand, löste dieselbe der anwesende Kommissär ohne einen gesetzlichen Grund auf. Er zeigte noch dazu die Proponenten beim Gerichte auf Grund des § 19 des Versammlungsgesetzes an, wurde jedoch ordentlich abgeführt, den das Gericht fällte ein freisprechendes Urtheil.

Die Versammlung am 1. Mai 1893 wurde durch Einschüchterung des Wirthes von Seite der Polizei vereitelt. Eine Versammlung zu Gunsten der Wahlreform unter freiem Himmel auf dem „Piazza Grande" im August 1893 wurde verboten. Grund: Verkehrsstörung.

Die Verhaftungen, welche Anfangs Oktober vorigen Jahres angeblich wegen anarchistischer Umtriebe vorgenommen wurden, scheinen angezettelt gewesen sein. So wurde Gen. Petric wegen einer Korrespondenzkarte, welche von Fiume an ihn kam verhaftet, den es war Aussicht vorhanden, daß vom Rechtsschutzverein eine Filiale in Muggia neben Triest, wo sich viele Arbeiter von der Schiffswerfte der Firma Strudolf befinden, errichtet wird. Da kam der Polizei gerade die Thätigkeit des sich Anarchist nennenden Rovigo recht, welcher einige Arbeiter von dort an sich fesselte; er wurde mit noch vier Anderen, welche für den Verein agitirten, in Untersuchungshaft gezogen. Nun wurden die Letzteren Ende Februar auf freien Fuß gesetzt, wissen aber absolut nicht, warum sie gesessen sind; mit Rovigo wird es nicht anders sein. Freilich, der Zweck wurde erreicht, man errichtete in Muggia eine eigene Abtheilung der Sicherheitswache von 24 Mann, die Leute bekamen Angst und die Organisation ist unmöglich gemacht.

Tirol und Vorarlberg. Die erste Landes-Konferenz fand am 21. und 22. Mai statt, die Eintheilung in Bezirke und diese selbst wurden jedoch in dem Organisationsberichte nicht bekannt gegeben. Bildungsvereine zählt das Land 17 mit einer Mitgliederzahl von 1176, Fachvereine 18, Mitgliederzahl 1446 und politische Vereine 2 mit 257 Mitgliedern. Die Gesammtzahl beträgt 2879 Mitglieder. Im Jahre 1893 wurden 630 Vereinsversammlungen, 10 freie, Jedermann zu-

gängliche Vereinsversammlungen und 44 Volksversammlungen abgehalten. Die Maifeier durch Arbeitsruhe wurde in Tirol von 2485 Personen durchgeführt, 5 Maiversammlungen wurden aufgelöst, 102 Personen wurden gemaßregelt. Die Wahlrechtsbewegung wurde durch eine große Demonstration eingeleitet. Am 18. Juni 1893 fand in Innsbruck ein öffentlicher Aufzug und eine Volksversammlung unter freiem Himmel statt, an welchen zirka 4000 Personen theilnahmen. Das Landesorgan „Volkszeitung" zählt 1200 Abonnenten. Die politische Presse findet in Tirol 1018, in Vorarlberg 638 Abnehmer, die Fachpresse in Tirol 1074, in Vorarlberg 227 Abnehmer.

In Innsbruck wurden die Genossen Karl Schmidt, § 23, zu fünf Gulden Geldstrafe, Gen. Brandner, § 23, zu acht Tagen Arrests, derselbe Genosse wegen § 2 V.-G. zu fünf Gulden Geldstrafe und Gen. Laimgruber wegen § 11 der kais. Verordnung vom Jahre 1854 zu acht Tagen Gefängniß verurtheilt. In Rattenberg wurde Gen. Sentabe wegen § 2 V.-G. in erster Instanz freigesprochen, in zweiter Instanz zu drei Tagen Arrests verurtheilt. Brixlegg. Gen. Wurst in München wurde wegen § 63 verhaftet, jedoch nicht ausgeliefert. Bozen. Am 8. Mai 1893 wurden sieben Genossen verhaftet, drei davon ohne Grund ausgewiesen. Diese Ausweisungen wurden über Rekurs aufgehoben. Meran. Am 2. Mai wurden 27 Genossen wegen Kontraktbruch zu zwölf bis 24 Stunden Arrests verurtheilt. Am 18. Juni wurde Gen. Coufal verhaftet, vier Wochen in Untersuchungshaft angehalten und schließlich zu 14 Tagen Arrest verurtheilt.

Böhmen. Das Land ist getheilt in die nord-, west- und südböhmischen Organisationen der deutschen Genossen und in die Distriktsorganisationen der slavischen Genossen.

Die Theilung Böhmens für die slavischen Organisationen ist wie folgt durchgeführt:

1. Westböhmische Organisation Distrikt Pilsen.
2. Südböhmische Organisation Distrikt Budweis.
3. Ostböhmische Organisation Distrikt Kuklena-Königgrätz.
4. Nordböhmische Organisation Distrikt Aussig. (In diesem Distrikt wird die Organisation gemeinsam mit den deutschen Genossen geführt.)
5. Zentral-Organisation Distrikt Prag.

In Böhmen tritt scharf die Nothwendigkeit hervor, daß von Landesorganisationen in Zukunft Abstand genommen und Kreisorganisationen an Stelle derselben zu treten haben.

Organisationsberichte der slavischen Genossen gingen der Parteivertretung nicht zu. Ein nur mangelhafter Bericht der slavischen Organisation Westböhmens ist das Einzige, was dem Parteitage vorgelegt werden kann.

Westböhmen. Distrikt Pilsen, slavische Organisation.

An Vereinen zählt Westböhmen:

1 politischen Verein mit 225 Mitgliedern.
13 Fachvereine mit 1271 Mitgliedern.
33 Bildungsvereine mit 3513 Mitgliedern.
Zusammen in Vereinen organisirt 5009 Personen.

Oeffentliche Versammlungen, Meetings, Vorträge, Mitglieder-Vereinsversammlungen wurden in den letzten zwei Jahren 458 abgehalten. Verboten wurden 18.

Die Parteipresse wird in Vertrieb gebracht, und zwar die politische Presse „Posel Lidu“ in einer Auflage von 2850 Exemplaren, das satirische Organ „Zumbera“ in einer Auflage von 2900 Exemplaren.

In Untersuchung standen im Jahre 1893 insgesammt 78, verurtheilt wurden 21 Personen. Die Arreststrafen betrugen insgesammt $55^{1}/_{2}$ Tage, die Geldstrafen 22 Gulden 50 Kreuzer. Unter den Verurtheilten befinden sich drei Frauen.

Von den Berichten der deutschen Genossen Böhmens sei als umfangreichster der Thätigkeitsbericht Nordböhmens, und zwar der des Reichenberger Bezirkes als erster gebracht.

Nordböhmen. In zwei Landes-Konferenzen, deren eine am 5. Februar 1893 in Reichenberg, deren zweite am 24. September 1893 in Warnsdorf stattfand, wurde dieser Landestheil in zehn Organisationsbezirke eingetheilt:

1. Reichenberg,
2. Gablonz,
3. Warnsdorf,
4. Rumburg,
5. Steinschönau,
6. Aussig,
7. Teplitz,
8. Friedland,
9. Gabel,
10. Böhmisch-Leipa.

Die umfangreiche Thätigkeit, welche die Genossen dieses Landestheiles entfalten, veranlaßt uns, kurze Berichte der einzelnen Ortsorganisationen wiederzugeben. Im Gesammtberichte sagt die Landes-Parteivertretung in Reichenberg:

Seit dem letzten Parteitage ist die Organisation in ganz Nordböhmen ziemlich ausgebaut worden, und die sozialdemokratische Bewegung hat große Fortschritte gemacht, welche in der Presse, sowie in Vereinen und Versammlungen deutlich zu Tage treten. Besonders aber war es der politische Verein „Vorwärts“ in Reichenberg, welcher in den letzten zwei Jahren eine große Thätigkeit mit Abhaltung von Wanderversammlungen im ganzen Reichenberger Handelskammergebiete entfaltet hat. Es wurden von diesem Vereine in dieser Zeitperiode nicht weniger als 263 öffentliche Wanderversammlungen, welche alle mehr oder weniger Volksversammlungen gleichkamen, 53 Volksversammlungen, sowie einige Vereinsversammlungen abgehalten. Einzudringen vermochte man bis jetzt nicht im Schluckenauer Bezirk, da die Bezirkshauptmannschaft bei Versammlungen die Anwesenheit des ganzen Vereinsausschusses verlangte! Ferner war es unmöglich, in dem industriereichen Trautenau Versammlungen abzuhalten. Die Wichtigkeit von solchen Vereinen erkennend, wurden auch in Böhmisch-Leipa, Aussig und Teplitz je ein politischer Verein gegründet.

Die Volksversammlungen, welche die verflossenen zwei Jahre in ganz Nordböhmen abgehalten wurden, lassen sich an Zahl nicht genau feststellen, da kein Register geführt wurde. Doch waren die Wahlrechtsversammlungen im Sommer 1893 zahlreich besucht, besonders die unter freiem Himmel abgehaltenen.

Davon sei erwähnt die Versammlung auf dem Saskaler Berge bei Reichenberg, die von 25.000 Personen besucht war; auf dem Spitzberge bei Gablonz waren 10.000 anwesend; in Warnsdorf 7000 und in Aussig 10.000. Die Nachwahlen in's Abgeordnetenhaus, welche

im Tetschener, sowie im Reichenberger Landbezirke stattfanden, hatten in agitatorischer Beziehung eine gute Wirkung.

Der Kandidat der sozialdemokratischen Partei für den Tetschener Wahlbezirk Rudolf Wedlich erhielt noch einmal so viel Stimmen wie bei den Hauptwahlen. Gen. Dr. Viktor Adler vereinigte im Reichenberger Bezirke bei der Nachwahl im Jänner 1893 den dritten Theil der abgegebenen Stimmen auf sich. Diese Wahl, oder besser gesagt, die bei dieser Angelegenheit abgehaltenen Wählerversammlungen, zirka 30 an der Zahl, hatten einen Prozeß gegen Gen. Adler zur Folge, welcher mit einem Freispruche vor den Geschworenen endigte.

Auch der gegen den Redakteur des „Freigeist", Wilhelm Kiesewetter, angestrengte Prozeß endigte vor dem Geschworenen in Reichenberg mit einen einstimmigen Freispruche.

Verurtheilt hingegen wurden die Genossen Josef Schiller und Karl Hermann, Kratzau, wegen Eingriffen in Amtshandlungen (bei einer Versammlung). Schiller erhielt ein Monat und Hermann 14 Tage Arrest. Gen. Köhler, Haindorf, wurde aus dem Gablonzer Bezirke ausgewiesen. Verurtheilungen wegen Uebertretungen des § 23 des Preßgesetzes fanden die verflossenen zwei Jahre in ganz Nordböhmen eine große Anzahl statt.

Die Maifeier im Jahre 1893 war wohl in Nordböhmen nicht so imposant wie die im Jahre 1890, aber doch zufriedenstellend. Da nun beim letzten Züricher Kongreß, welcher mit drei Genossen aus Nordböhmen beschickt war, die deutschen Genossen erklärten, den 1. Mai an dem Tage, auf welchen er fällt, zu feiern, dürfte der künftige 1. Mai eine gehobenere Stimmung unter der Arbeiterschaft Nordböhmens finden.

Die Presse hat in Nordböhmen mit dem Aufschwunge der Partei Neugründungen zu verzeichnen: die „Volkswacht", welche in Eger erscheint, sowie die „Fackel", welche in Aussig herausgegeben wird. Der „Freigeist" erscheint in Reichenberg in einer Auflage von 5000 Exemplaren vierzehntägig und dürfte mit Anfangs April dieses Jahres wöchentlich herausgegeben werden.

Auf die einzelnen Bezirke übergehend, sei hier in erster Linie der Bericht Gablonz-Tannwald gebracht.

Die Zahl der politischen, Fach- und Bildungsvereine und deren Mitglieder ist folgende:

Politischer Verein keiner. Etwa 500 Arbeiter gehören dem politischen Verein „Vorwärts" in Reichenberg an. Fachvereine bestehen: Fachverband der Glas-, Porzellan- und Thonwaarenarbeiter Nordböhmens mit dem Sitze in Gablonz, mit 36 Ortsgruppen und 2500 Mitgliedern, Fachverein der Steinmetzgehilfen mit 150 Mitgliedern (Proschwitz), Fachverein der Holzarbeiter für Gablonz und Umgebung mit 170 Mitgliedern, Ortsgruppe der Textilarbeiter in Schumburg mit 90 Mitgliedern.

Bildungsvereine: Proschwitz mit 120 Mitgliedern, Gablonz mit 250 Mitgliedern, Morchenstern mit 95 Mitgliedern, Maxdorf mit 63 Mitgliedern, Polaun mit 105 Mitgliedern und Schumburg mit 170 Mitgliedern. Der politische Verein hat demnach 500, die vier Fachvereine zusammen 2910, die sechs Bildungsvereine 803 Mitglieder, zusammen 4213 Mitglieder.

Es fanden statt 60 Wanderversammlungen des politischen Vereines „Vorwärts", 75 Volksversammlungen und 744 Versammlungen der Fach-, Lese- und Bildungsvereine, zusammen 879 Ver-

sammlungen. Die niedrigste Ziffer des Besuches der Wander- und Volksversammlungen beträgt 150, die höchste (auf dem Spitzberg unter freiem Himmel) 8000 Theilnehmer. Die niedrigste Ziffer der Theilnehmer an den Fach- und Bildungsvereins-Versammlungen ist 15, die höchste 300.

Stand der Parteipresse: Es erscheint in Gablonz a. d. N. das zweimal monatlich herausgegebene Fachblatt „Solidarität", Organ der Glas-, Porzellan- und Thonwaarenarbeiter Oesterreich-Ungarns. Vom 1. Jänner 1894 an 3000 Abonnenten. Konfiskationen kamen 16 vor.

Außerdem wird hier noch herausgegeben ein in unbestimmten Zeitabschnitten erscheinendes Unterhaltungsblatt: „Die Erholungsstunden", Verlag der „Solidarität". Bisher sind drei Hefte erschienen. Auflage 1000.

Ueber die politischen Verfolgungen ist zu berichten: In 81 Fällen wurden Genossen wegen Uebertretung des § 23 Preßgesetz angeklagt. Dieselben wurden in 76 Fällen zu 1 fl. bis 10 fl. verurtheilt. Wegen Uebertretung gegen die kaiserliche Verordnung aus dem Jahre 1854 wurden die Genossen Anton Schäfer zu drei Tagen, Hermann Schier und Hugo Linke zu je fünf Tagen seitens der k. k. Bezirkshauptmannschaft verurtheilt. Etwa 30 Glasarbeiter, darunter sieben Frauen, wurden wegen Auflaufs und Uebertretung der Gewerbeordnung anläßlich eines Streiks zu einem bis vier Tagen seitens der k. k. Bezirkshauptmannschaft verurtheilt.

Gegen 35 Arbeiter der Hoffmann'schen Fabrik wurden von der k. k. Bezirkshauptmannschaft wegen Arbeitseinstellung ohne Kündigung am 1. Mai 1893 zu 24 Stunden bis zu sechs Tagen verurtheilt, trotzdem keine Kündigung in genannter Fabrik besteht.

Gegen den Gen. Robert Preußler wurde die Untersuchung wegen Verbrechens § 65 b eingeleitet, jedoch wieder eingestellt.

Gegen den Gen. Stumpe wurde die Untersuchung wegen § 300 eingeleitet und ebenfalls eingestellt.

Gen. R. Trübenecker wurde wegen § 303 angeklagt und freigesprochen.

Gen. Preußler wurde wegen Vergehens gegen § 24 Pr.-G. zu zehn Tagen Arrest verurtheilt.

Gen. Dr. Viktor Adler wurde aus Anlaß der im Gablonzer Bezirke gehaltenen Reden wegen Verbrechens § 65, Verbrechens § 122, Vergehens gegen § 300, 302, 395 und Uebertretung gegen § 491 angeklagt, jedoch von Schwurgerichte in Reichenberg freigesprochen.

Gen. Robert Preußler wurde wegen Uebertretung des § 491 zu drei Tagen Arrest verurtheilt.

Gen. Richard Stumpe wurde wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes zu fünf Tagen Arrest verurtheilt.

Gen. Robert Preußler wurde wegen Vergehens gegen § 491 angeklagt, jedoch freigesprochen.

Gen. Robert Preußler wurde wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes angeklagt, jedoch freigesprochen.

Von vielen kleineren Fällen erhielten wir keine genaue Kenntniß.

Warnsdorf hielt seit dem letzten Parteitage zehn Volksversammlungen ab, eine wurde verboten. Besucht waren diese Versammlungen durchgehends von 3000 Personen, die unter freiem Himmel im Edelgrund von 8000 Personen. Vereine bestehen in Warnsdorf: der Arbeiterbildungsverein beiderlei Geschlechts mit 500 Mitgliedern. Filialen dieses Vereines sind in Wolfsberg, Kreibitz und Schönlinde. Die Ortsgruppe des Fachvereines der Textilarbeiter (Sitz Reichenberg) hat ungefähr 800 Mitglieder. Zeitungen werden von den Warnsdorfer

Arbeitern viel abonnirt und gelesen, doch ist ihre Zahl nicht genau anzugeben. Politische Verfolgungen gab es in den letzten Jahre mit Ausnahme der Mai-Gemaßregelten und Verurtheilten keine.

Rumburg. Die Organisation zählt einen Arbeiter-Fortbildungsverein mit rund 700 Mitgliedern, worunter über 100 weibliche; einen Fachverein der Drechsler mit 140 Mitgliedern; einen Arbeiter-Sängerbund mit 180 Mitgliedern, wovon zirka 50 ausübende, die übrigen unterstützende sind. Im Entstehen ist ein Fachverein der Textilarbeiter begriffen, die diesbezüglichen Statuten wurden bereits das dritte Mal eingereicht.

Allgemeine Volksversammlungen fanden in Rumburg seit dem Parteitage 1892 deren 7 statt, welche durchwegs einen imposanten Verlauf nahmen. Konferenzen des gesammten Agitationsbezirkes fanden ebenfalls mehrere in Rumburg statt, und wurde die erste hier abgehaltene zum Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung. Der Einberufer derselben, Genosse Josef Aschermann, war wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes angeklagt, mußte aber nach sechsmaliger Verhandlung und weitgehender Zeugeneinvernahme freigesprochen werden. Die Maifeier im Jahre 1893 muß als eine glänzende bezeichnet werden. Die Arbeitsruhe war zwar keine vollständige, aber doch eine annehmbare. Maßregelungen wegen der Maifeier fanden statt.

Der Stand der Parteipresse ist ebenfalls ein guter, und ist der Abonnentenstand zwischen 200 und 220, davon sind gegen 70 gewerkschaftliche, die übrigen politische Blätter, ausgeschlossen hievon sind die humoristischen Blätter, wie die „Glühlichter" und „Der wahre Jakob". Abonnentenstand zum letzten Parteitage 150.

Schönlinde. Hier besteht eine Mitgliedschaft der Zentrale Warnsdorf mit 300 Mitgliedern.

Im Jahre 1893 fanden 3 Volksversammlungen und 8 Parteiversammlungen statt. Eine Volksversammlung wurde in Kreibitz abgehalten.

Die Maibewegung kostete in Schönlinde bedeutende Opfer. Es fanden wegen Kontraktbruch 256 Verurtheilungen statt, und zwar von 12 bis 48 Stunden. 244 Personen wurden gar nicht erst vor Gericht geladen.

Wolfsberg. Vereinsfiliale von Warnsdorf mit 110 Mitgliedern.

Altehrenberg (zum Bezirke Warnsdorf gehörig). Der Arbeiter-Bildungsverein zählt 245 Mitglieder.

Es fanden 11 Parteiversammlungen und 2 Bezirks-Konferenzen statt. An den Volksversammlungen nahmen 1100 Personen Theil.

Die Parteipresse zählt 50 Abonnenten gegen 35 zur Zeit des letzten Parteitages.

Grund-Georgenthal. Der Arbeiter-Bildungsverein dieses Ortes zählt 161 Mitglieder, die Zahlstelle des Textilarbeitervereines 50 Mitglieder.

Es wurden 4 Volks- und 12 Parteiversammlungen abgehalten.

Parteiblätter werden ungefähr 50 abonnirt.

In Bensen besteht ein Fachverein der Manufakturarbeiter mit 151 Mitgliedern. Vereinsversammlungen wurden 21 abgehalten.

In Altstadt besteht eine Mitgliedschaft aus 115 Mitgliedern. Volksversammlungen wurden 4 abgehalten, § 2-Versammlungen 6, Meetings wurden 2 verboten.

Franzensthal. Der Fortbildungsverein zählt 70 Mitglieder.

Es fanden 4 Volksversammlungen und 5 Parteiversammlungen statt.

Politische Blätter kommen nach Franzensthal 121 Exemplare, Fachblätter 13 und humoristische Blätter 40 Exemplare.

Graslitz. Der Arbeiter-Bildungsverein „Fortschritt", der seit 1887 besteht, zählt 150 Mitglieder, hält regelmäßig seine Monatsversammlungen mit öfteren Vorträgen und allwöchentlich seine gut besuchten Vereinsabende mit Diskussion ab. Mit Ende des Jahres 1893 wurde hier eine Ortsgruppe der Textilarbeiter (Zentrale Reichenberg) errichtet, der sich bereits über 100 Mitglieder beider Geschlechter angeschlossen haben.

Weiters haben bereits die Proponenten die genehmigten Statuten eines zu gründenden Fachvereines der Instrumentenmacher in Händen, und ist bei der Ausdehnung dieser Branche in Graslitz eine starke Betheiligung zu erwarten.

In Pechbach hat der Arbeiter-Bildungsverein „Vorwärts" mit über 50 Mitgliedern seinen Sitz.

In Schönwerth, ein Ort, in dem die Bauernschaft vorwiegend ist, wurden im Oktober 1893 die Statuten eines Arbeiter-Bildungsvereines beiderlei Geschlechter an die Statthalterei eingereicht und — zurückgewiesen. Die Vorbereitungen zu nochmaliger Einreichung sind im Gange.

Vom Jahre 1893 an fanden hier Volksversammlungen statt: Eine zum ersten Mai; zwei Wahlrechtsversammlungen und eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Ziele der Sozialdemokratie". Der Besuch war ein überaus zahlreicher zu nennen, der Verlauf ein günstiger. Sämmtliche Resolutionen, die am Schlusse der Versammlungen eingebracht wurden, fanden einstimmige Zustimmung. Die Abnehmerzahl der verschiedenen Partei- und Fachblätter dürfte sich mit 1. Jänner 1894 auf 200 belaufen.

Ueber politische Verfolgungen, Prozesse u. s. w. läßt sich wenig berichten, da sich hier die Behörde ziemlich passiv verhält.

Eibenberg. Vereine. 2 Bildungs- und 2 Fachvereine. Eibenberg: Bildungsverein 156 Mitglieder, Textilarbeiterverein 40 Mitglieder. Schwaderbach: Fachverein gewerblicher Arbeiter 70 Mitglieder. Silberbach: Bildungsverein 50 Mitglieder. Im Ganzen 316.

Volksversammlungen seit dem letzten Parteitag: In Eibenberg 6, von 500 bis zu 2000 Personen besucht. Die mit 2000 Personen unter freiem Himmel. Vereinsversammlungen können ungefähr 40 sein, davon 4 öffentlich. In Schwaderbach 3, von 300 bis zu 600 Personen besucht. Vereinsversammlungen 16, davon 2 öffentlich. Silberbach 3, von 300 bis zu 500 Personen besucht. Oeffentliche Vereinsversammlungen 1. Andere Versammlungen 30. Im Ganzen 93 Versammlungen.

Presse. Eibenberg: Politische Blätter 40, Fachblätter 50. Schwaderbach: Politische Blätter 15, Fachblätter 5. Silberbach: Politische Blätter 20, Fachblätter 7. Im Ganzen 137.

Gerichtliche Verfolgungen kamen vor: 2 Verhandlungen wegen § 2-Versammlungen, davon eine mit dem Freispruch endigend, bei der anderen 50 fl. Strafe. Die Strafe fiel auf Dr. jur. Kraus. Eine Verhandlung wegen Uebertretung des Koalitionsrechtes gegen drei Genossen und eine Genossin, welche mit dem Freispruch endigte. Eine Verhandlung wegen Uebertretung des § 23 P.-G. 2 fl. 50 kr. Strafe. Ferner noch eine Ver-

handlung wegen Uebertretung des § 10 des Vereinsgesetzes, deren Resultat ein Freispruch war, sowie fünf Einvernahmen wegen Vereinsangelegenheiten.

Oberleutensdorf und Umgebung. Es bestehen da 3 Bildungs- und 1 Fachverein mit einer Mitgliederzahl von 300. Sozialistische Zeitschriften werden gelesen 200 deutsche und 75 tschechische. Wegen einer § 2-Versammlung erhielt ein Genosse drei Tage Arrest. Wegen Aufwiegelung und Ruhestörung ein Genosse sieben Monate schweren Kerker.

Aus dem Organisationsbezirke Zwickau-Niemes wäre zu vermelden: Zwickau. Der Geselligkeitsverein „Eintracht" zählt 80 Mitglieder, die Ortsgruppe der Textilarbeiter 150. Vom „Freigeist" sind 35, vom „Textilarbeiter" 115 Abonnenten. Stattgefunden haben 3 Volksversammlungen, 2 Wanderversammlungen des politischen Vereines, sowie eine Anzahl von Vereinsversammlungen.

In Kunnersdorf bei Zwickau zählt der Bildungsverein 115 Mitglieder. Derselbe hielt 13 Versammlungen ab. Zeitungen werden gehalten: 3 „Glühlichter", 15 „Volksboten", 6 Wiener „Arbeiter-Zeitungen", 6 „Volkstribünen", 3 „Gesellschafter", 3 „Volksfreund".

In Lindenau fanden 2 Volks- und 2 Wanderversammlungen statt. Nebstdem besteht in diesem Orte ein Arbeiter-Bildungsverein.

Niemes. Der Fortbildungsverein zählt 87 Mitglieder. Volksversammlungen haben die letzten zwei Jahre in Niemes 2 und in Höflitz 1 stattgefunden. Vom politischen Verein „Vorwärts" haben in Niemes 2, in Reichstadt 2 und in Wartenberg 1 stattgefunden. Politische Prozesse fanden im Bezirke außer einigen Beanständungen wegen Uebertretung des § 2 des Vers.-G. keine statt.

Gabel. In dieser Ortschaft fand eine Wahlrechtsversammlung, sowie je eine Wanderversammlung der politischen Vereine aus Reichenberg und Leipa statt. Der Leseverein dieses Ortes ist schwach, sowie die ganze Bewegung darniederliegt.

Haindorf. Es besteht im Orte ein Leseverein mit 150 Mitgliedern. Derselbe hält alle 14 Tage eine Vereinsversammlung und von Zeit zu Zeit öffentliche Versammlungen ab. Ferner besteht eine politische Lokalorganisation.

Buschullersdorf hat neben dem Leseverein, welcher 70 Mitglieder zählt, noch ein Lesezimmer in Hemrich. Die Genossen dieses Ortes stehen auch in der politischen Organisation. Liebwerda hat einen Leseverein. Volksversammlungen wurden nebst einer Anzahl Versammlungen des politischen Vereines „Vorwärts" die letzten zwei Jahre im Bezirke 5 abgehalten. Auch fand eine Wahlrechtsversammlung unter freiem Himmel statt, welcher 600 Personen beiwohnten.

Von politischen Verfolgungen wäre zu vermelden, daß Genosse R. Köhler wegen der §§ 23 und 24 des Pr.-G. zweimal verurtheilt und aus dem politischen Bezirke Gablonz ausgewiesen wurde.

Grottau und Umgebung. Die Thätigkeit der Vereine zeigt folgender Ueberblick: Der Arbeiter-Bildungsverein beiderlei Geschlechts von Grottau und Umgebung hielt 20 Versammlungen mit 18 Vorträgen ab. Zahl der Mitglieder 65. Der tschechische Arbeiter-Bildungsverein hielt 20 Versammlungen mit 4 Vorträgen ab. Beständige Mitgliederzahl 41. Der Fachverein der Berg- und Hüttenarbeiter von Grottau hielt 13 Versammlungen mit 10 Referaten ab. Die Mitgliederzahl beträgt 20. Die Ortsgruppe oder Zahlstelle von Grottau hielt 3 Versammlungen mit 3 Vor-

trägen ab. Die Ortsgruppe hat ihre Thätigkeit wegen Mangel an Mitgliedern eingestellt.

Die Bezirksorganisation hat in den zwei Jahren acht Volksversammlungen und eine allgemeine Frauenversammlung mit der Genossin Trotzmüller als Referentin abgehalten. Der politische Verein „Vorwärts", mit dem Sitz in Reichenberg hielt in Grottau und Umgebung folgende politische Wanderversammlungen ab: 4 in Grottau, 2 in Ullersdorf, 2 in Ketten, 1 in Nieder-Berzdorf, 1 in Spittelgrund. Ferner wurden 27 Versammlungen nach § 2 des Versammlungsgesetzes abgehalten. Die Bezirksorganisation von Grottau hat in zwei Werkstätten das Vertrauensmännersystem eingeführt. Anläßlich der Maifeier wurden am 2. Mai 45, 14 Tage später 7 Maßregelungen von den Arbeitgebern vorgenommen. Auf Grund dieser Maßregelungen wurden 280 fl. an die Arbeitslosen verabfolgt. Die politische Behörde nahm während dieser zwei Jahre bei 7 Genossen Hausdurchsuchungen vor. Die Bezirksorganisation von Grottau und Umgebung zählt 90 beständige Genossen.

Kratzau. Der Organisation gehören neun Mitgliedschaften an. Außer den sieben unten genannten gehören noch Karlswald und Friedrichshain dazu. In diesen Ortschaften bestehen 6 Lesevereine, 1 Arbeiter-Bildungsverein und 1 Arbeiter-Sängerbund mit zusammen 600 Mitgliedern und wurden gegen 120 Vereinsversammlungen abgehalten.

Versammlungen wurden in folgenden Orten abgehalten: Kratzau: 5 Volksversammlungen, 1 Frauenversammlung und 1 politische Wanderversammlung, 10 Bezirks-Konferenzen und 22 § 2-Versammlungen; Christofsgrund: 2 politische Versammlungen, 1 Frauenversammlung; Wetzwalde: 2 Volksversammlungen, darunter eine unter freiem Himmel; Neundorf: 2 Volksversammlungen, 1 politische Versammlung; Wittig: 2 politische Versammlungen; Weißkirchen: 1 Volksversammlung, 1 politische Versammlung; Engelsberg: 1 Volksversammlung, 1 politische Versammlung; zusammen: 11 Volksversammlungen, 2 Frauenversammlungen, 8 politische Versammlungen und gegen 70 § 2-Versammlungen.

Arbeiterblätter werden abonnirt: „Freigeist" 293, „Textilarbeiter" 142, „Arbeiter-Zeitung" 43, „Glühlichter" 37, „Volksfreund" 35, „Arbeiterinnen-Zeitung" 13, „Bauarbeiter-Zeitung" 5, „Tischler-Zeitung" 5, „Gesellschafter" 5, „Volkstribüne" 18, „Bäcker-Zeitung" 5; zusammen: 522 Exemplare deutsch und einige tschechische Blätter. Kalender wurden 200, Mai-Flugblätter 2000, Mai-Festschriften 500 und sonstige Broschüren gegen 600 abgesetzt.

Haussuchungen waren vier. Zwei bei Gen. Hoffmann und zwei bei Gen. Hermann in Kratzau; beschlagnahmt wurden 2000 Stück Mai-Flugblätter, 40 Stück Zukunftsstaats-Debatten u. A. m., welches aber nach einem freisprechenden Urtheile am 30. Juni 1893 wieder zurückgegeben wurde. Wegen einer Volksversammlung in Engelsberg wurden die Genossen Josef Schiller und Karl Hermann, welche bei der ersten Verhandlung in Kratzau freigesprochen wurden, bei der Appellverhandlung in Reichenberg bestraft; und zwar Gen. Schiller mit einem Monat und Gen. Hermann mit 14 Tagen Arrest und zur Tragung der Kosten verurtheilt. — Wegen Betheiligung am Festzuge beim Gründungsfeste des Allgemeinen Arbeiter-Bildungsvereines in Kratzau wurden 31 Vereine angeklagt und deren Vorstände bei der Verhandlung am 26. Oktober 1893 freigesprochen.

Der 1. Mai verlief hier gut und feierten fast sämmtliche Fabriken und nahmen an den Versammlungen und Festlichkeiten 1500 Arbeiter Theil.

Die Bewegung ist also gut und konnten 16 fl. Blocksgelder abgeliefert werden.

Teplitz-Eichwald. Wir haben 12 Bildungs-, 1 politischen, 9 Gewerkschafts-, 2 Turn- und 2 Gesangvereine. Auch bestehen bis jetzt 9 Bezirksorganisationen. Die Mitgliederzahl läßt sich nicht vollständig festsetzen. Politische Versammlungen haben zirka 55 stattgefunden, deren Verlauf ein guter war; Vereinsversammlungen lassen sich nicht festsetzen. Die Abnehmerzahl unserer Presse läßt sich nicht genau bestimmen, doch wird eine immense Zahl von unseren Parteiblättern hauptsächlich kolportirt.

Politische Verfolgungen haben wir zu verzeichnen: zwei Prozesse wegen Religionsstörung, wovon der eine zu Gunsten der Angeklagten, der andere noch nicht entschieden ist, des Weiteren haben wir mehrere § 23-Prozesse gehabt. Zwei davon sind noch in der Schwebe, die anderen wurden meistens zu unseren Gunsten erledigt.

Friedland. Dieser Bezirk zählt acht Bildungsvereine, deren Mitgliederzahl nicht bekannt gegeben wurde. Drei Ortsgruppen zweier Fachvereine und eine Zahlstelle mit zusammen 220 Mitgliedern. 26 Volksversammlungen und 5 Volksversammlungen unter freiem Himmel wurden abgehalten. Politische Vereinsversammlungen fanden 8 statt. Die Zahl der Versammlungen versteht sich seit dem letzten Parteitage. Von acht politischen Verfolgungen erfolgten vier Verurtheilungen und eine Ausweisung.

Aussig zählt acht Bildungsvereine, vier Fachvereine und einen politischen Verein, welch letzterer 1875 Mitglieder zählt. Die Gesammt-Mitgliederzahl der Vereine beträgt 2675 Personen. Der politische Verein hielt im Jahre 1893 100 Versammlungen ab. Ebenso wurden in diesem Jahre zehn Volksversammlungen abgehalten, sowie eine Wahlrechtsversammlung mit 15.000 Theilnehmern.

Verurtheilungen von Genossen erfolgten zusammen 18, und zwar die Genossen Gustav Hübel 8 Monate Kerker, Ernst Berner 50 fl. Geldstrafe, 24 Stunden Arrest, 2 Tage Arrest, 50 fl. Geldstrafe, 14 Tage Arrest, 24 Stunden Arrest, 2 Tage Arrest, 3 Tage Arrest, Franz Schuhmeier 3 Tage Arrest, Anton Behr 20 fl. Geldstrafe, 5 fl. Geldstrafe, Josef Schütz 5 fl. Geldstrafe, Josef Popr 5 fl. Geldstrafe, Wenzel Straz 8 Monate Kerker, Wenzel Holek 3 Tage Arrest, Palancek 2 Tage Arrest, Franz Cerny 2 Tage Arrest.

Politische Parteiblätter erscheinen zwei. Der „Gesellschafter" dreimal monatlich in einer Auflage von 2200 und die „Fackel" einmal monatlich, Auflage nicht angegeben. Beide Blätter sind finanziell gesichert.

Westböhmen. Die westböhmische Bewegung hat fünf Bezirksorganisationen, und zwar: Asch, Eger, Falkenau, Ellbogen, Kaaden. In diesen fünf Bezirken bestehen 37 Vereine, in Bildung begriffen sind 18 Vereine; außerdem ein keramischer Gewerkschaftsverein (Sitz in Aich) mit zehn Ortsgruppen. Gesammtmitgliederzahl sämmtlicher Vereine 7670.

Zahl der Versammlungen beiläufig 300, Verlauf derselben normal. Hiezu sei bemerkt, daß, um den allzu häufigen Volksversammlungsverboten vorzubeugen, etwa ein Drittel der ganzen Versammlungen auf Grund des § 2 abgehalten wurden.

Der Stand der Presse ist ein äußerst ungünstiger. Die westböhmische Industrie besteht aus zwei großen Gruppen, und zwar der keramischen Arbeiter und der Berg- und Hüttenarbeiter, die mit Vorliebe ihre eigenen

gewerkschaftlichen Blätter abonniren. Der Stand der „Volkswacht" war zur Zeit des letzten Parteitages etwa 1400 Abonnenten. Die Zahl stieg im Laufe der Zeit auf 1800 und ist gegenwärtig durch Streichen der vielen Restanten auf 1400 gesunken.

Politische Verfolgungen kamen vereinzelt vor, dagegen ist die Maßregelung derjenigen Genossen, welche es wagen, offiziell thätig zu sein, in voller Blüthe.

Südböhmen. Bericht über die Thätigkeit der Bezirksorganisation Krumau für das abgelaufene Jahr.

Am Beginn des Jahres 1893 betheiligte sich die organisirte Arbeiterschaft das erste Mal an den Gemeindewahlen und brachte es auf die ansehnliche Minorität von 124 Stimmen. Die Majorität der abgegebenen Stimmen betrug 352. Für den Wahlfond wurden eingenommen fl. 14·50, ausgegeben fl. 15·52.

Am 1. Mai wurde während des Tages gearbeitet, Abends fand eine sehr gut besuchte Versammlung statt, in welcher wahre Feststimmung herrschte.

Oeffentliche Volksversammlungen fanden drei statt. Die erste zu Pfingsten mit Gen. Ad. Prohaska aus Budweis (böhmisch) und Josef Seidel aus Krumau (deutsch); die zweite am 18. Juni unter freiem Himmel mit dem Abgeordneten Dr. Ferd. Kronawetter; die dritte am 11. November mit dem Gen. Franz Lill aus Chodau als Referenten. Die Besucherzahl belief sich bei der ersten und dritten gegen 350 bis 400, hingegen bei der Wahlrechtsversammlung mit Kronawetter auf 1000 bis 1200, und zwar aus allen Gauen des Böhmerwaldes.

Der Arbeiter-Bildungsverein hielt drei außerordentliche General- und sechs Plenarversammlungen ab. Die vorgenommene Statutenänderung, wodurch auch Nichtmitgliedern die Bibliothek zugänglich ist, erweist sich als ein gutes Mittel gegen den § 23 des Preßgesetzes. Der Verein zählt gegenwärtig 480 Mitglieder, besitzt in Oberplan ein Lesezimmer, ein solches in Goldenkran ist im Entstehen, zahlt 30 kr. Reiseunterstützung und 10 kr. per Tag und Mitglied Krankengeld.

Für den Agitationsfond wurden außer dem Wahlfond fl. 42·14 eingenommen und fl. 44·39 ausgegeben.

Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß die Statuten für einen politischen Verein für ganz Oesterreich genehmigt sind und am 11. Februar die konstituirende Versammlung stattfindet.

Die Bergarbeiter Böhmens besitzen 67 Vereine mit 20.000 Mitgliedern. Außerdem wird am 15. April 1894 ein Verband für ganz Oesterreich gegründet. Zwei Fachblätter mit 3700 Auflage.

Mähren. Hier besteht eine slavische und eine deutsche Organisation. Von ersterer ist kein Bericht eingesendet worden und es ist daher lediglich die deutsche Organisation erwähnt. Landes-Konferenzen wurden nach dem dritten Parteitage bis heute zwei abgehalten. Die erste fand in Mähr.-Schönberg am 15. August 1892, die zweite am 2. April 1893 in Sternberg statt. In dieser letzten Konferenz wurde der Beschluß gefaßt, daß Mähren und Schlesien zusammen eine Landesorganisation bilden sollen, und wurde eine gemeinsame Parteivertretung gewählt. Mähren ist in 14 Organisationsbezirke eingetheilt. Diese sind: Brünn (mit dem südlichen Mähren), M.-Schönberg, M.-Neustadt, Römerstadt, Sternberg, Zwittau, M.-Trübau, Olmütz, Neutitschein, Hof-Bautsch, Znaim, Müglitz, M.-Ostrau, Landskron.

Bezirks-Konferenzen fanden vom 25. August 1892 bis zum 31. Jänner

1894 68 statt. Lokal-Konferenzen in demselben Zeitraum 78. Am 31. Jänner 1894 zählt Mähren 26 Bildungsvereine, 6 Fachvereine mit dem Wirkungskreis über ganz Mähren, 5 Fachvereine in Brünn mit der Thätigkeit über diese Stadt und 5 Provinz-Lokalvereine. Insgesammt also 42 Vereine gegen 36 Vereine am 2. April 1893. Die Mitgliederzahl der Bildungsvereine beträgt 2739, der Fachvereine 1522. Insgesammt 2261 Mitglieder. Außerdem sind 3 Gesangvereine und 6 Krankenvereine der Arbeiter zu erwähnen. Versammlungen dieser Vereine seit 2 April 1893 262. Der politische Verein „Volksfreund" zählte am 2. April 1893 1163 Mitglieder. Versammlungen hielt der Verein vom 15. August 1892 bis 31. Jänner 1894 63 ab. Verboten wurden in Mähren und Schlesien 18, aufgelöst in Schlesien 2. Volksversammlungen wurden abgehalten vom 15. August 1892 bis 2. April 1893 18, verboten wurden 5. Vom 1. Jänner 1893 bis 31. Jänner 1894 68 Volksversammlungen, verboten 10. Massenversammlungen vom 27. November 1893 an 9.

Die Presse weist folgenden Absatz auf: Kalender 18.000 Stück, politisches Organ „Volksfreund" wöchentlich einmal, Auflage 3000 Exemplare.

Politische Verfolgungen für **Mähren:**

Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit, Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, Wachebeleidigung (18. und 19. Juni 1893), angeklagt 57, freigesprochen 8, verurtheilt 49 von 24 Stunden Arrest bis 14 Monate schweren Kerker, zusammen über 17 Jahre.

Prozeßkosten sammt Unterstützungen 1600 fl.

Dundela (pflichtgemäße Obsorge) 14 Tage 300 fl.

Elderich § 24 10 fl.

Ingwer § 24 50 fl.

Ingwer § 305 3 Wochen Arrest (Ausweisung).

Rieger (Bielitz) § 491 1 Woche Arrest.

Goldschmied § 461 (Vereinsversammlungs-Anzeige) 1 Woche Arrest.

In Olmütz 5 Genossen § 23 zu je 24 Stunden.

Mährisch-Schönberg Schinzel § 23 5 fl.

Schlesien. Die Landes-Konferenz fand am 2. und 3. April in Sternberg gemeinsam mit Mähren statt; Schlesien wird in vier Organisationsbezirke getheilt, und zwar:

1. Freiwaldau mit Zuckmantel, Jauernig, Friedeberg und Weidenau;
2. Jägerndorf mit Troppau, Freudenthal, Benisch, Olbersdorf, Engelsberg und Würbenthal;
3. Odrau mit Teschen, Friedek, Freistadt, Oderberg, Wagstadt, Wigstadl und Königsberg;
4. Bielitz und Alt-Bielitz mit Alexanderfeld und Lobnitz.

Die Zahl der Vereine stellt sich in Schlesien:

Bildungsvereine 1. Juni 1892 fünf, Mitgliederzahl 334; Fachvereine zwei, Mitgliederzahl 335; Bildungsvereine am 1. Jänner 1894 siebzehn mit 1462 Mitgliedern, Fachvereine zehn mit 960 Mitgliedern. Ueber ganz Schlesien: Ein Bildungsverein mit 500 Mitgliedern. Ueber Schlesien und Galizien ein Fachverein mit 230 Mitgliedern.

Volksversammlungen vom Juni 1892 bis Jänner 1894 wurden 19 abgehalten, § 2-Versammlungen 46. Die Presse fand folgende Abnehmerzahl: Jänner 1892 605, Jänner 1894 1480.

Politische Verfolgungen fanden statt:

Bielitz zwei Genossen, § 23, je acht Tage Arrest, ein Genosse, Religionsstörung § 122, zwei Monate Arrest.

Zuckmantel. Gen. Polka, § 11 der kaiserlichen Verordnung 1854, R.-G.-Bl. 96, 48 Stunden Arrest.

Wigstadl, § 2, zwei Genossen angeklagt, freigesprochen.

Odrau. Gen. Zimmermann § 491, zwei Tage Arrest.

Bautsch, § 23, Geldstrafe fl. 2·50.

Wagstadt, wegen Verletzung des Vers.-G. § 13, Geldstrafe 5 fl.

Troppau. Gen. Schwach, § 23, erste Instanz 5 fl. Geldstrafe, zweite Instanz freigesprochen. Gen. Benisch, Kroker, Swoboda, Schramek und Schwach §§ 2 und 8 Vers.-G., ein Genosse 5 fl. Geldstrafe, vier freigesprochen.

Troppau. Gen. F. Kubitschek, § 63, sechs Monate Arrest.

Jägerndorf. Gen. Hruschka, § 23, 3 fl. Geldstrafe.

Galizien. Dieser Bericht fehlt; bei einer Haussuchung in Galizien wurde derselbe entwendet.

Kassabericht.

An Beiträgen zur Agitation hat die Parteivertretung seit dem letzten Parteitag erhalten und zwar für die Zeit vom 1. Juli 1892 bis 28. Februar 1894:

Agitationsfond:

Einnahmen.	Gulden
Für Blocks	3.362·04
Agitationsbeiträge Provinz	819·14
Durch Sammlungen	909·04
Aufgenommene Darlehen	350·—
Rückgezahlte Darlehen	63·21
Ueberschuß aus dem Erlös von Mai-Festzeichen 1892	450·—
Von der „Arbeiter-Zeitung" und den „Glühlichtern" entnommen	1.804·96
Diverse	126·19
Summe	7.884·58

Ausgaben.	
Passivsaldo (Mehrausgabe) bis 1. Juli 1892	722·75
Agitationskosten	3.247·68
Für Gerichtskosten	971·81
Gewährte Darlehen	306·49
Gehalte	1.566·—
Für den deutschen Wahlfond . . . M. 500 =	302·58
Unterstützung der italienischen Genossen an Turati . . . £. 100 =	43·25
Verschiedene Reisekosten	724·02
Summe	7.884·58

Unterstützungsfond:

Einnahmen.	
Ueberschuß von Mai-Festzeichen 1892	450·—
Einnahmen vom 1. Juli 1892 bis 28. Februar 1894	1.758·69
Ueberschuß von Mai-Festzeichen und Mai-Festschriften 1893	987·05
Von der „Arbeiter-Zeitung" entnommen	111·68
Summe	3.307·42

Ausgaben.	
Passivsaldo (Mehrausgabe) bis 1. Juli 1892	597·22
Vom 1. Juli 1892 bis 28. Februar 1894	2.710·20
Summe	3.307·42

Die hier angeführten Ziffern betreffen selbstverständlich nur die der Parteivertretung in Wien zugekommenen Beträge. Was die Opferwilligkeit der Genossen den Landes-, Bezirks- und lokalen Organisationen zur Verfügung gestellt hat, kann hier nicht zusammengestellt werden und übertrifft sicher um ein Vielfaches die angeführte Summe.

* * *

Die Parteivertretung hat während ihres Bestandes zwei Reichs-Konferenzen einberufen. Die erste tagte in Wien am 6. Jänner 1893. An derselben nahmen Theil die Genossen: Kiesewetter für Böhmen, Rieger, Mähren und Schlesien, Resel, Steiermark und Krain, Eich, Kärnten, Weiguny, Oberösterreich, Hudec, Galizien, Schuhmeier, Niederösterreich. Für die Partei-Kontrole erschienen die Genossen Preibisch, Warnsdorf, Trübeneker, Gablonz. Es wurden Beschlüsse gefaßt wegen der 1. Mai-Feier, der Beschickung des Züricher Kongresses, der Einführung des Blocksystems und wegen der Art der Abführung der eingenommenen Gelder an die Landes- und Parteivertretung. Auch ein die Herausgabe des Kalenders betreffender Beschluß wurde gefaßt.

Die zweite Reichs-Konferenz tagte am 8. und 9. Oktober in Wien und es ist hervorzuheben, daß an dieser auch die Vertreter der tschechischen Organisationen theilnahmen.

Anwesend waren die Genossen: Resel, Steiermark, Holzhammer, Tirol und Vorarlberg, Weiguny, Oberösterreich, Kiesewetter, Böhmen, Steiner (slav. Organ.), Pilsen, Rejsek (slav. Organ.), Budweis, Mihula (slav. Organ.), Prag, Krapka (slav. Organ.), Prag, Schwarz (slav. Organ.), Königgrätz, Rieger, Mähren und Schlesien, Prokopp (slav. Organ.), Mähren, Smetana (slav. Organ.), Niederösterreich, Grosse, Niederösterreich.

Für die Partei-Kontrole waren anwesend die Genossen: Karl Schiller, Reichenberg, und R. Köhler, Haindorf. Beschlüsse wurden gefaßt bezüglich der Wahlrechtsbewegung und des Massenstreiks, der Bergarbeiter-Organisation und der „Arbeiter-Zeitung".

Ferner hat die Parteivertretung in der Zeit vom 14. Juni 1892 bis zum 18. März 1894 für 186 Versammlungen, die außerhalb des Landes Niederösterreich veranstaltet wurden, Referenten entsendet. Mitglieder der Parteivertretung referirten von diesen in 110 Versammlungen, außerdem in zahlreichen Volksversammlungen Niederösterreichs und in Wien. Der internationale Kongreß in Zürich wurde durch zwei Mitglieder der Parteivertretung beschickt, ebenso wurden an die Parteitage in Berlin 1892 und Köln 1893 von der Parteivertretung Delegirte entsendet. Bezirks- und Landes-Konferenzen in Oesterreich wurden 13 beschickt. Sitzungen fanden allwöchentlich eine, nach Bedarf auch zwei statt. Ein allgemeines Bild der Thätigkeit der Parteivertretung gibt der beiliegende politische Bericht. Alle hervorragenden politischen Bewegungen wurden von der Parteivertretung wahrgenommen und in agitatorischer Weise verwerthet, soweit es unserer Organisation entsprechend möglich war. Und so glaubt die Parteivertretung ihrer Pflicht nach Kräften nachgekommen zu sein und überläßt das Urtheil darüber dem Parteitage.

Erster Verhandlungstag am 25. März 1894.

Vormittagssitzung.

Gen. Schrammel (den Vorsitz übernehmend): Als vor Jahren bei uns in Oesterreich am Hainfelder Parteitag Männer aus einer durch die Reaktion zertrümmerter Organisation zusammenkamen, um die Fahne der sozialdemokratischen Partei wieder zu erheben, da dachte wohl keiner von Ihnen, daß diese schwere Arbeit so bald gelingen sollte. Aber schon nach Ablauf von mehr als zwei Jahren war das Bedürfniß vorhanden, eine Organisation zu schaffen, um den Anforderungen der Partei gerecht zu werden. Das arbeitende Volk Oesterreichs hat die Situation erkannt und rascher als man glaubte, ist die Bewegung unter dem Proletariat eine so mächtige geworden, daß die frühere Form der Organisation lange nicht mehr genügte.

Seit jener Zeit sind abermals zwei Jahre verflossen, und da hat es sich gezeigt, daß diese neugeschaffene Organisation die schönsten und edelsten Früchte brachte. Durch eifrige Agitation ist Aufklärung und Wissen unter die Massen des Volkes gekommen und heute kann die sozialdemokratische Partei mit Stolz Millionen ihrer Anhänger zählen. Feste, kräftige und sagen wir mächtige Organisationen sind heute vorhanden, und der vierte österreichische sozialdemokratische Parteitag hat sich nicht mehr allein mit der Form der Organisation, sondern mit der Macht der Organisation zu befassen.

Zwei der wichtigsten Forderungen stehen auf unserer Tagesordnung; es sind dies: allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht und Achtstundentag, welche sich das arbeitende Volk Oesterreichs, dank der politischen Unreife der herrschenden Klasse, schwer zu erkämpfen haben wird. Und gerade jetzt, wo das Parlament auf seinen Lorbeeren ausruht, haben sich die wahren Volksvertreter zusammengefunden, um für Freiheit und Recht der gesammten Menschheit einzutreten und sie zu erkämpfen. Als solche begrüße ich Sie und heiße Sie herzlich willkommen!

Ich begrüße die deutschen Genossen Bebel, Singer und Gerisch. Ich begrüße die tschechischen Genossen, die gesammten Provinzgenossen und unsere Wiener Genossen. Es lebe die Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall) Und damit eröffne ich den heutigen vierten Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie. Ich bitte ein Präsidium für die Verhandlungen des Parteitages zu wählen.

Ueber Antrag des Gen. Grosse (Wien) werden folgende Genossen in's Präsidium gewählt: Als Vorsitzende: Popp (Wien), Zeller (Reichenberg), Hybes (Brünn), Mankowski (Lemberg), Ersterer für die tschechische, Letzterer für die polnische Sprache; als Schriftführer: Grünwald (Wien), Nemetz (Brünn), Kiesewetter (Reichenberg), Saska (Salzburg) und Radimsky (Wien).

Gen. Popp (Wien) dankt für das ihm durch die Wahl in's Präsidium ausgedrückte Vertrauen und bittet um Ruhe und Zurückhaltung bei der Debatte. Zur Geschäftsordnungs-Debatte hat das Wort

Gen. Neumann (Wien): Wir haben Ihnen zwei Vorlagen vorgelegt, die eine betreffend die Anträge, Geschäftsordnung und Tagesordnung, die andere enthält den Bericht der Parteivertretung. Der letztere ist lückenhaft, weil einzelne Berichte später eingelaufen sind. Ich beantrage, die Geschäftsordnung, die sich auf dem letzten Parteitage bewährt hat, anzunehmen und vor dem Eingehen in die Debatte eventuelle Abänderungsanträge in Betreff der Tagesordnung einzubringen.

Gen. Feigl (Wien) beantragt im Interesse der Arbeiten des Parteitages volle Redefreiheit für den Punkt: „Allgemeines Wahlrecht und Generalstreike".

Gen. Hanich (Brünn) stellt den Antrag, bei dem Punkte „Allgemeines Wahlrecht und Generalstreik" die Redezeit auf 20 Minuten festzusetzen.

An der Debatte betheiligen sich Resel (Graz), Schuhmeier (Wien), Hübsch (Wien), Zeller (Reichenberg), Dr. Ingwer (Brünn), Köhler (Gablonz).

Vorsitzender Popp bringt zunächst die Geschäftsordnung mit Ausschluß der Punkte 5 und 6 zur Abstimmung. Dieselbe wird angenommen.

Zu Punkt 5 wird der Antrag Feigl-Schuhmeier angenommen.

Gen. Steiner (Pilsen) stellt den Antrag, daß in wichtigen Angelegenheiten nach Nationalitäten abgestimmt werde.

Gen. Dr. Adler (Wien): Die tschechischen Genossen wünschen nicht, daß in allen Punkten, die hier besprochen werden, nach Nationalitäten abgestimmt werde. Nur in solchen, die die Organisation betreffen, ist, insoferne die Tschechen eine von uns gesonderte Organisation haben, ebenso ihre wie unsere Zustimmung nothwendig.

Hierauf wird Punkt 6 der Geschäftsordnung angenommen, mit der Abänderung, daß bei Angelegenheiten, welche die Organisation betreffen, die Abstimmung nach Nationen vorgenommen werde.

Der Antrag, daß die Anträge und diejenigen Reden, von denen es die slavischen Genossen besonders wünschen, in die nichtdeutschen Sprachen übersetzt werden, wird angenommen.

Gen. Bebel überbringt die herzlichsten Grüße und Glückwünsche der Parteigenossen Deutschlands. Der Umstand, daß unsere Parteivertretung drei ihrer Mitglieder hieher entsandte, daß ein Genosse von einem großen Theil der deutschen Arbeiterpresse hieher geschickt wurde, um über die Verhandlungen Bericht zu erstatten, beweist, welch lebhaftes Interesse die deutsche Partei Ihren diesmaligen Verhandlungen entgegenbringt. Mit großer Freude beobachten wir die Entwicklung, die die österreichische Partei in dem letzten halben Jahrzehnt genommen hat. Sie hat sich innerhalb der österreichischen Monarchie zu einer Macht emporgearbeitet, die von entscheidendem Einfluß auf die Geschicke des Reiches geworden ist. Die bürgerliche Presse behauptete, als sie von unserer Delegirung vernahm, daß wir kämen, um hier Bremserdienste zu verrichten. Da täuschen sie sich gewaltig. Erstens sind wir nicht Freunde des Bremsens, und zweitens wissen Sie selbst am besten, was Sie zu thun haben. Wir sind nicht hiehergekommen, um zu bremsen, auch nicht um zu schieben, wir sind einfach gekommen, um zu sehen, zu hören und zu lernen. Denn, Genossen! Wie die eine Person von der anderen, wie ein Land vom anderen, so kann eine Bewegung von der anderen lernen. Wenn wir auch in Deutschland, begünstigt durch Umstände, die außerhalb unseres Verdienstes liegen, eine Bewegung haben, die weit mächtiger geworden ist als die österreichische, so wissen wir doch nur gar zu gut, daß die jeweiligen Verhältnisse der einzelnen Länder eine ganz andere Taktik und Kampfesweise bedingen. Um zu sehen, wie Ihr Eure Verhältnisse auffaßt, und welcher Art der Kampfesweise Ihr für nothwendig erachtet, ist einer der Zwecke, weshalb wir hiehergekommen sind.

Will man in einer oder der anderen Frage unsere Meinung, unseren Rath haben, so werden wir ihn mit Vergnügen geben, aber ohne irgend eine Aufdringlichkeit von unserer Seite und ohne Verpflichtung von Eurer Seite. Wir wissen ja, daß das Ziel, das wir verfolgen, ein gemeinsames ist, wir wissen, daß es gilt der Beseitigung der heutigen Klassenherrschaft, der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen und die Errichtung einer Gesellschaft auf dem Boden der Freiheit und Gleichheit, und daß dieses Ziel nur auf internationaler Basis möglich ist. Wir müssen, um mich einmal militärisch auszudrücken, uns gegenseitig vergewissern, wie die einzelnen Armeekorps innerhalb der großen gemeinsamen Armee marschiren. Wir sehen, wie die Fürsten, namentlich jene, die sich als verbrüdert zu betrachten pflegen, es für nothwendig erachten, sich zeitweilig zu besuchen, um nachzusehen, ob ihre Armeen in der nöthigen Schlagfertigkeit sich befinden. Wir sind heute auch hier, um zu sehen, wie weit die Schlagfertigkeit der österreichischen Arbeiterpartei gediehen ist, denn daß wir auf internationaler Basis arbeiten müssen, lehrt nicht nur die Geschichte unserer Entwicklung, das lehrt uns auch das Verhalten unserer Gegner. Anläßlich des Inkrafttretens des deutsch-russischen Handelsvertrages theilte der deutsche Reichskanzler Graf Caprivi in Danzig mit, daß der deutsche Kaiser den Abschluß des Handelsvertrages noch aus einem besonderen Grunde begünstigte. Er sei sich bewußt, daß das 20. Jahrhundert Eventualitäten herbeiführen werde, die ein enges Aneinanderschließen der europäischen Mächte zur Nothwendigkeit machten. Ein großer Theil der deutschen Presse hat sich den Anschein gegeben, als sei er im Zweifel, was diese Ausführung zu bedeuten habe. Parteigenossen, wir täuschen uns nicht, wir wissen genau, was darunter zu verstehen ist. Wir wissen aber auch, daß gegenüber dieser internationalen Verbrüderung unserer Feinde wir alle Ursache haben, auch unsererseits eine allgemeine Verbrüderung herbeizuführen. (Lebhafter Beifall.) Als ein Zeichen besonderer internationaler Freundschaft, die bei den engen Beziehungen, die gerade zwischen Deutschland und Oesterreich seit Jahrhunderten bestehen, selbstverständlich ist, mögen Sie unser Erscheinen hier auffassen. Parteigenossen! Wir wünschen Ihren Berathungen, die wir mit Aufmerksamkeit verfolgen werden, den besten Erfolg und rufen Ihnen zu: „Marschiret vorwärts, immer vorwärts!“ (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Schriftführer Nemec verliest die eingelaufenen Begrüßungsschreiben und Telegramme. (Dieselben sind im Anhang abgedruckt.)

Franz Hainz aus Budapest überbringt die Grüße und Sympathien der Organisation von Erzsebet-Falva bei Budapest.

Dr. Adler schlägt vor, ein Begrüßungstelegramm an die in Mons zu einem Kongresse versammelten belgischen Genossen zu richten. Redner begründet dies damit, daß die belgischen Genossen uns den Weg gewiesen haben in dem Kampfe um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht (Sehr gut!) und sich heute in einer ähnlichen Lage befinden wie wir, obwohl sie bereits die prinzipielle Anerkennung des allgemeinen Wahlrechtes haben. Ich meine, daß wir ihnen ein Zeichen unserer Sympathie, unserer Solidarität widmen sollen. Ich beantrage, folgende Depesche an die Genossen in Mons abzusenden: „Die österreichische Sozialdemokratie begrüßt die Genossen Belgiens als Vorbilder und Vorkämpfer um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Hoch die internationale Sozialdemokratie!“ (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag des Gen. Dr. Adler wird angenommen.

Schuhmeier (Wien) stellt den Antrag, ein Begrüßungstelegramm an Friedrich Engels in London abzusenden. (Beifall.)

Koczka spricht sich bei rückhaltsloser Anerkennung der großen Verdienste Friedrich Engels' um die Sozialdemokratie gegen diesen Antrag aus, indem er hierin einen reinen Personenkultus erblickt, den die Sozialdemokratie immer verdammt habe.

Dr. Adler: Die Aufnahme, die das Begrüßungsschreiben Friedrich Engels' hier gefunden hat, hat uns gezeigt, wie wir den Gen. Engels kennen und was wir von ihm halten. Aber Gen. Koczka wird es wissen, ebensogut wie wir Alle, daß wir in Engels mehr feiern als eine Person; daß wir in Friedrich Engels den Genossen von Karl Marx feiern und das Symbol der ganzen Geschichte von der internationalen Arbeiterbewegung, für die Gegenwart sowohl, als für die Zukunft. Es ist daher keineswegs ein Personenkultus, den wir treiben. Indem wir Engels begrüßen, begrüßen wir die revolutionären Parteien der ganzen Welt. (Beifall.)

Der Antrag wird hierauf angenommen.

Gen. Josef Seidel (Krumau) stellt den Antrag, zwischen den 5. und 6. Punkt der Tagesordnung einzuschieben: Die Revision des Parteiprogramms von Hainfeld.

Gen. Dr. Ellenbogen (Wien) stellt den Antrag, den von Seidel beantragten Punkt als letzten auf die Tagesordnung zu setzen.

In der sich daran anknüpfenden Diskussion spricht sich Koczka für den Antrag Seidel aus. Seidel glaubt, daß man zur Vorberathung dieser Aenderung wenigstens eine Kommission einsetzen könne.

Gen. Resel (Graz) beantragt Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Josef Seidel, was abgelehnt wird, nachdem Gen. Silberberg (Wien) dagegen sich ausgesprochen hatte.

Gen. Dr. Ingwer (Brünn) spricht sich für den Antrag des Dr. Ellenbogen aus.

Gen. Behr (Aussig) glaubt, daß es am zweckmäßigsten wäre, die Angelegenheit einer Kommission zu überweisen.

Gen. Krejci führt aus, daß auf dem slavischen Kongreß in Budweis eine ähnliche Anregung gegeben wurde, daß aber damals auf den heutigen Parteitag verwiesen wurde.

Gen. Beblolavek (Wr.-Neustadt) stellt den formellen Antrag, eine Kommission zu wählen, welche ihren Beschluß am Samstag dem Parteitage vorlegen soll.

Gen. Dobiasch (Gmünd) spricht für den Antrag Seidel. Nachdem noch Gen. Feigl (Wien) gesprochen, wird der Antrag des Gen. Seidel abgelehnt, der des Gen. Dr. Ellenbogen angenommen.

Ebenso wird der Antrag Beblolavek, nachdem die Genossen Dr. Ingwer und Hueber dagegen gesprochen, abgelehnt.

(Schluß der Vormittagssitzung 12 Uhr 45 Minuten.)

Nachmittagssitzung. Beginn der Sitzung 3 Uhr.

Vorsitzender Gen. Popp eröffnet die Versammlung und ertheilt Genossen Dr. Adler das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung: dem Parteibericht.

Gen. Dr. Adler: Genossen und Genossinnen! Wenn die Parteivertretung ihrer Pflicht genügt, über die Thätigkeit der Partei in den letzten Jahren, seit dem letzten Parteitag, Bericht zu erstatten, so sind eigentlich nur wenige Ausführungen nöthig, da wir diesmal, wie der letzte Parteitag uns beauftragt hat, Ihnen einen gedruckten Ueberblick in die Hand gegeben. Er ist allerdings noch höchst unvollständig; unvollständig in Bezug auf die Organisation, denn in dieser Beziehung waren wir vollständig abhängig von dem, was uns die einzelnen Land- und Bezirksorganisationen eingesendet haben, er ist unvollständig in Bezug auf den allgemeinen Theil, denn es ist nicht möglich, die Summe von Arbeit, die Summe von lebendigem Leben, das unsere Partei gerade in den letzten zwei Jahren in Oesterreich entfaltet hat, in einem kurzen Bericht wiederzugeben. Mit

einem Wort, die Sozialdemokratie hat sich thatsächlich seit diesen letzten zwei Jahren erst als organisirte Partei konstituirt. Sie ist erst in diesen zwei Jahren dazu gelangt, als eine einheitlich organisirte Partei auch aufzutreten.

Wir dürfen sagen: Bis zum letzten Parteitag war Alles nur Vorbereitung, nur die Ziehung der Grundlinien eines Programms, das war nur ein vorläufiger Aufbau. Die Möglichkeit, unsere Organisation anzuwenden, zu sehen, wie sie wirkt, haben wir erst in den letzten zwei Jahren gehabt. Parteigenossen! Es ist nothwendig, daß wir heute den Blick hinwegrichten über die Einzelheiten der Agitation, über die kleinen und großen Zufälle in der Politik, auf das Ziel unserer Partei, daß wir in's Bewußtsein bringen, was die Sozialdemokratie in Oesterreich ist und was sie in aller Welt ist. Die Sozialdemokratie ist in Oesterreich die Organisation des Proletariats als Klasse, welche um ihre Befreiung kämpft. Dieser Klassenkampf des Proletariats nimmt zu verschiedenen Zeiten verschiedene Formen an. Dieser Klassenkampf zerfällt in eine Reihe von Einzelkämpfen, in eine Periode der Stagnation und des Aufschwunges, von Siegen und Niederlagen; manchmal auch ein Konzentriren auf einen bestimmten Punkt, aber niemals darf die Partei, niemals wird die Partei dessen uneingedenk sein, daß alle politischen Kämpfe nur dienen der ökonomischen Befreiung des Proletariats, der Beseitigung des eigentlichen Klassenstaates. Nun, Genossen, wenn wir daran vergessen würden, die Gegner ließen uns nicht daran vergessen. Immer und immer wieder wird von den Gegnern das Moment des Klassenkampfes in den Vordergrund gebracht, wird uns gezeigt, daß wir die Organisation der Bourgeoisie und der Feudalen als herrschende Klassen gegen uns haben; das haben wir zu spüren in der politischen Verwaltung, in der Gesetzgebung, in der Justiz. Darüber helfen alle Phrasen nicht hinweg. Ich erwähne es ausdrücklich, weil die bürgerliche Presse immer und immer wieder darauf hinarbeitet, immer nach einem Symptom hascht, als ob die österreichische Sozialdemokratie oder irgend eine auf dem Kontinent sich zu jener Reformpartei umwandeln würde, wie sie uns gerne hätten. Dieser sagen wir: Wenn wir so pflichtvergessen wären, wenn wir unser Programm vergessen würden, Ihr treibt uns dazu, Ihr zwingt uns dazu, uns auf den einzig richtigen, den klassenrevolutionären Standpunkt zu stellen. (Sehr gut!) Nun, Genossen! Wir werden uns im Verlaufe dieses Parteitages mit einer Reihe von einzelnen Dingen zu beschäftigen haben, von einzelnen Maßregeln und einzelnen taktischen Schritten; alle diese aber verlieren jeden Sinn, jeden Zusammenhang, wenn wir uns nicht fühlen als die Vertreter des klassenbewußten Proletariats, als die revolutionäre Partei.

Nun, Genossen, als der letzte Parteitag auseinanderging, hatte er die Grundlinien einer Organisation geschaffen, von der — das können wir ja offen sagen — wir zu jener Zeit nicht wußten, ob sie Fleisch und Leben haben werde. Vielfache Zweifel mußten aufsteigen, ob das Netz der Organisation, wie es aufgerichet war, auch den festen Zusammenhang bis in die entferntesten Provinzen herstellen könne. Und Sie müssen sagen, es ist gelungen über Erwarten. Wir wissen sehr gut, wie lückenhaft die Organisation noch ist. Wir wissen sehr gut, wie viel noch auszufüllen ist, wie das Netz noch durchaus weitmaschig ist, wie es noch Schichten des industriellen Proletariats gibt, wo wir noch nicht eindringen.

Aber unsere Organisation ist so weit gekommen, das können wir sagen, daß in den allermeisten Provinzen, ganz wenige Bezirke ausgenommen, durch die Vertrauensmänner und Bezirksorganisationen die Möglichkeit geschaffen wurde, Anknüpfungspunkte zu finden, und überall sind die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei auch die Vertrauensmänner der Arbeiterbevölkerung. Die Organisation hat zur Grundlage die Selbstständigkeit aller einzelnen Organisationen und die Zusammenfassung zu einer gemeinsamen Aktion und die Möglichkeit einer Zusammenfassung in der Parteivertretung. Die Parteivertretung hat zum ersten Male in

diesem Zeitraum in Oesterreich überhaupt funktionirt. Ich zweifle nicht, daß hier in vielen Beziehungen berechtigte Vorwürfe werden gemacht werden, ich zweifle nicht, daß sie vielleicht Vieles anders hätten machen müssen und können. Aber die Parteivertretung ist sich bewußt, daß unter sehr schwierigen Verhältnissen, in einer Zeit, wo die Partei einen sehr raschen Aufschwung genommen hat, sie den Ereignissen gewissermaßen mehr nachfolgen mußte als sie ihnen vorangehen konnte. Es hat sich nicht gehandelt um eine Leitung, sondern die Parteivertretung hat sich gefühlt als die Exekutive der gesammten Partei. Als solche hat sie sich gefühlt und als solche hat sie gehandelt.

Als vor zwei Jahren der Parteitag auseinanderging, hatte die Sozialdemokratie in Oesterreich allerdings eine politische Bedeutung, sie hatte diese Bedeutung und ihre Ausdehnung verdankt hauptsächlich dem Umstand, daß sie jederzeit sich gefühlt hat als das Sprachrohr des gesammten Proletariats. Aber die politische Bedeutung, welche die Sozialdemokratie in Oesterreich heute hat, ist eine ganz andere. Wenn Sie zurückdenken an die Zeit vor zwei Jahren, da war Oesterreich ein Sumpf, auf dem sich nichts regte, da gab es in Oesterreich politisches Leben eigentlich sehr wenig. Sie erinnern sich, daß die Politik des Fortwurstelns und Fortfrettens die Signatur war. Den Forderungen des arbeitenden Volkes stand diese Politik abweisend, negativ und vor Allem schweigend gegenüber. Wir hatten weniger zu überwinden den aktiven Druck, der immer auch ausgeübt wurde, als den absoluten, passiven Widerstand, das Ignoriren alles dessen, was im Proletariat vorging. Die Zeiten haben sich geändert, die Sozialdemokratie ist heute nicht mehr eine Fraktion innerhalb der Arbeiterschaft, die Lärm macht, die Sozialdemokratie ist heute bewußt nicht nur für sich, sondern für die gesammte Arbeiterschaft, ja noch mehr, für die gesammten besitzlosen Volksklassen in Oesterreich die anerkannte Führerin in ihrem Kampfe. Heute wissen die gesammten besitzlosen Volksklassen, daß sie, mögen sie mit unseren theoretischen Ueberzeugungen einverstanden sein oder nicht, in allen praktischen Fragen, in allen aktuellen Fragen der Politik dieser besitzlosen Volksklassen nur einen Anwalt haben, nur ein Sprachrohr, nur einen, der ihnen vorangeht, das ist die Sozialdemokratie. Diese Anerkennung hat sich die Sozialdemokratie in diesen zwei Jahren erkämpft, das macht, daß sie heute ein politischer Faktor geworden ist. Nun, Genossen, wie ist das gekommen? Ich übergehe die organisatorische Arbeit und die Ausbildung unserer Presse.

Das Wichtigste ist, daß die österreichische Sozialdemokratie in der Lage war, in einer Lebensfrage für die ganze fernere Entwicklung des Volkes, das in Oesterreich wohnt, führend vorzugehen. Für die Rechtlosen in Oesterreich, zwei Drittel des gesammten Volkes, war der Druck dieser Rechtlosigkeit seit Jahren gleich groß. Die Grundlage unserer Verfassung sind Privilegien der Besitzenden, die Grundlage dessen, was man in Oesterreich die Staatsgrundgesetze, liberale und freisinnige Gesetzgebung nennt, die Grundlagen sind Rechtlosigkeit der Besitzlosen, geändert hat sich darin nur, daß die Besitzlosen eine Stimme gefunden haben, und es war, das läßt sich als geschichtliche Thatsache nicht leugnen, das Zusammentreffen des Aufschwunges und Vorwärtsgehens der Sozialdemokratie mit der belgischen Arbeiterbewegung, mit dem Siege der belgischen Genossen im Kampfe um das Wahlrecht, welches einen großen Anstoß für Oesterreich gegeben hat. (Sehr richtig!) Das ist eine geschichtliche Thatsache, die ebenso sicher ist wie daß im Jahre 1848 der Anstoß zur Revolution in Oesterreich und Deutschland aus Paris gekommen ist. Die Folgen dieses Ereignisses zeigten sich sofort. Die belgischen Genossen haben genau so wie die Oesterreicher viele Jahre um das Wahlrecht gekämpft, sie haben einen sehr intensiven Kampf insbesondere in den letzten acht Jahren geführt. Die belgischen Genossen haben im April 1893 nicht die erste Schlacht, sondern nur die entscheidende Schlacht gewonnen. Aber während die früheren Schlachten des bel-

gischen Proletariats an der österreichischen Arbeiterschaft vorbeigingen, ohne einen Widerhall zu finden, ohne eine Wirkung hier hervorzurufen, war diese Schlacht im Jahre 1893 eine Bewegung von ganz anderer Wirkung, weil in Oesterreich bereits die Vorbedingung vorhanden war, um dieser Bewegung einen Widerhall zu geben. Daß dies allgemein in ganz Oesterreich empfunden wurde, hat der 1. Mai 1893 gelehrt. Die Feier unterschied sich überall dadurch von der vorhergegangenen, daß die frühere Maifeier ein proletarischer, allgemeiner Protest, eine proletarische, allgemeine Demonstration war, während diesmal die Maifeier durchaus die aktuelle Spitze auf das Wahlrecht richtete. Man muß die Massen in Wien gesehen und gehört haben, als sie aus dem Prater kamen. Jeder, der sie hörte, und man hörte bis in die Hofburg hinein den Ruf: „Es lebe die Sozialdemokratie, es lebe das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht!" wußte in dem Momente: es hat eine neue Aera in Oesterreich begonnen. (Beifall.) Was bis dahin nur die Unterdrückten dumpf als Unrecht empfunden, das ist heute anerkannt von allen Faktoren, die überhaupt politisch denken und beschließen, ist anerkannt als politische Unmöglichkeit. An diesem Tage wurde es klar, daß die heutige Verfassung in Oesterreich nicht mehr zu halten ist, weil das Verbrechen zur Unmöglichkeit geworden.

Nun, Genossen, der 1. Mai 1893 war gleichzuhalten einer Abstimmung, einer unmittelbaren Volksabstimmung des gesammten Proletariats in Oesterreich. Und diese Willensäußerung in Formen zu bringen, ihr die Möglichkeit zum Durchbruch zu geben, war die Aufgabe der Parteivertretung. Wir hätten unsere Aufgabe schlecht verstanden, wenn wir nicht unmittelbar nach dem 1. Mai jenes bekannte Rundschreiben an die Landesorganisationen erlassen hätten. Hier muß ich einen Umstand erwähnen, den ich noch nicht berührt habe. Es lag dem Parlamente ja schon seit Anfang des Jahres 1893 ein Antrag vor auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes von Seite der Jungtschechen. Es lag ferner eine Anzahl von Anträgen vor, die ebenso weit und noch weiter gingen, aber nicht so ausgearbeitet waren. Erinnern Sie sich, daß das Einbringen dieser Anträge, obwohl sie von einer parlamentarischen Fraktion getragen und unterstützt wurden, eine politische Bedeutung thatsächlich nicht hatte, während in dem Moment, wo die österreichische Arbeiterschaft diese Forderung in die Hand nahm, sofort auch diese Anträge Leben bekamen. Die Massenversammlungen, die zu dieser Zeit stattfanden, haben für unsere Parteigenossen nichts Neues bringen können, aber die indifferenten Massen sind dadurch herangezogen worden, wir sind in's flache Land dadurch eingedrungen. Wir hatten eine Gelegenheit, um diesen Massen zu zeigen, wie man mit ihnen umspringt, wir haben uns dadurch Bundesgenossen geschaffen, die auch für die Folge von großem Werth sein werden. In der Politik gilt zwar nur die Macht, aber auch das Gefühl, daß Unrecht geschieht, ist eine Macht, und diese Macht im Volke geweckt zu haben, ist das Verdienst der Wahlrechtsagitation. Wie stets die österreichische Regierung glaubte, eine Bewegung zu beseitigen, indem man einem „Schreier" einen Knebel in den Mund steckte, so versuchte die Regierung auch diese Wahlrechtsbewegung auf kurzem Wege abzuthun. Und in keinem Kronlande ist derart „energisch" und „schneidig" vorgegangen worden als in Böhmen. (Lebhafter Beifall.) Die Regierung hatte ihre Gründe dazu. Es hatte sich dort eine kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Opposition herausgebildet, die ihre Vertretung in den Jungtschechen hat. Sie sind vielleicht nicht besser als die Jungdeutschen, aber sie sind jedenfalls klüger und machten wenigstens den Versuch, die besitzlosen Volksklassen hinter sich zu bekommen, ein Versuch, der nicht gelingen konnte, weil in diesen Massen schon der Geist des klassenbewußten Proletariats steckte. Aber die Möglichkeit war vorhanden, daß eine Verbindung der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Opposition mit den proletarischen Elementen in den tschechischen Gebieten stattfinden könnte. Gerade in Böhmen ist aber der Sitz der mächtigsten Schichte, der eigentlichen Herrschergewalt in Oesterreich, des

Feudaladels. Diese Leute aber waren durch jene Opposition in ihren eigensten, persönlichsten, materiellsten Interessen getroffen, und noch mehr durch die Gefahr einer Verbindung mit dem Proletariat. Daher kam es, daß dort in Böhmen rücksichtsloser über Alles hinweggegangen wurde als irgendwo anders.

In Böhmen und Galizien existiren einzelne Beamte, die sich nur als Beamte der Adelsoligarchie ansehen. (So ist es!) Daher kommt es, daß in Böhmen Blut geflossen ist, daß man dort gegen die jungtschechische Bewegung einen Ausnahmszustand annonzirt hat, um ihn gegen das Proletariat auszunützen. (Beifall.) In Oesterreich haben wir nicht einen Feind, nicht einen geschlossenen Gegner, wir müssen eben bei der verschiedenen Entwicklung der Länder unseren Kampf den Verhältnissen jedes Landes anpassen. Es ist nicht möglich, in Böhmen, in Prag oder einem böhmischen Bergwerksbezirke, z. B. Kladno, mit denselben Mitteln zu arbeiten wie in Wien oder Galizien, wo der Bezirkshauptmann eine Macht hat, die er in Inneröstereich wirklich bereits verloren hat. Nun komme ich auf die Demonstration am 9. Juli 1893 in Wien vor dem Rathhaus zu sprechen. Wir wissen, daß diese Demonstration, trotzdem sie von allen Instanzen, den kommunalen, staatlichen und polizeilichen, verboten, doch abgehalten wurde. Die Regierung hätte die Macht gehabt sie zu unterdrücken, man hätte, wie heute Budapest, Wien militärisch besetzen können, aber sie wußte, wie auch wir, daß die Weltgeschichte nicht aufhört, wenn geschossen wird. Es ist zwar unangenehm, niedergeschossen zu werden, aber auch verdammt unangenehm, schießen zu müssen. Wir Sozialdemokraten gewinnen aber von Tag zu Tag an Macht, gewinnen immer mehr an Boden, ohne daß geschossen wird. Unsere Taktik ist nicht, an die Gewalt zu appelliren, wir haben ja keine, wir haben die leere Hand, aber wir haben heute in einem gewissen Grade schon die Macht, die sich stets vermehrt und vom 9. Juli bis zum 10. Oktober 1893 gewaltig vermehrt hat, bis zu dem Tage, an dem schwarz auf weiß von der Gesammtregierung, der Krone anerkannt werden mußte: Die heute bestehende Verfassung ist ein Unrecht, eine Unmöglichkeit. Zu dieser Ansicht wurde aber die Regierung nicht plötzlich erleuchtet; daß diese Erleuchtung über sie gekommen ist, war das Resultat der Agitation des Proletariats.

Der 10. Oktober 1893 hat uns eine mangelhafte Wahlreform gebracht, die Vorlage erklärte vom Wahlrechte nur Jene ausgeschlossen, die nicht lesen und schreiben können. Aber was folgte dieser Vorlage? Alle bürgerlichen Parteien traten zusammen und es kam die Koalition zu Stande, die gegenüber dem früheren Zustande sich durch nichts als eine andere Form unterscheidet.

Die latente Form, die gelegentliche Koalition aller bürgerlichen Parteien oder vielmehr der Bourgeoisie mit der Feudalklasse gegen die Arbeiter ist immer in's Leben getreten, wenn es sich um eine bestimmte Aktion, um einen bestimmten Gesetzentwurf gehandelt hat. Aber der Entschluß des Ministeriums Taaffe, endlich eine in einigen Punkten vernünftige Wahlreform zu geben, bewirkte, daß die Parteien alles Schamgefühl fallen ließen, das bewirkte, daß Graf Hohenwart erklären konnte: „Es ist nothwendig, daß die Besitzenden zusammentreten zur gemeinsamen Abwehr gegen die Besitzlosen", und der liberale Plener sagte: „Ja, wir wollen mit Euch diese Abwehr machen und wir verlangen als Trinkgeld nur zwei Ministerportefeuilles." (Sehr gut!) Es kam das Koalitionsministerium und — da muß ich ein Wort sagen über die Ruhe, die nach dem 10. Oktober eintrat.

Diese Ruhe ist vielfach mißverstanden worden, und zwar nicht allein von den Gegnern, sondern auch von solchen Parteien, die uns freundlich gesinnt waren, und selbst von eigenen Parteigenossen. Es hatte sich gehandelt um den Kampf zwischen Taaffe und der neuen Koalition und da war allerdings die Versuchung sehr groß, für die Wahlreform des Grafen Taaffe gegen die Koalition einzutreten. Ich kann es hier sagen, daß die einzige Oppositionspartei im Abgeordneten-

hause, die Jungtschechen, es gar nicht begriffen haben, warum wir in diesem Momente nicht mit großem Ansturme gegen die Koalition losgegangen sind.

Sie, Parteigenossen, werden es verstehen, warum wir unmöglich unser Programm einer Augenblicksaktion zu Liebe auf's Spiel setzen konnten; wir konnten einer Regierung zu Liebe, welche den Ausnahmszustand in Wien und in Prag auf dem Gewissen hat, nicht die Kastanien aus dem Feuer holen, und wenn wir auch sehr wohl wissen, daß die Regierung Plener-Windischgrätz nicht um ein Haar besser ist als das Ministerium Taaffe. Es wäre geradezu ein politischer Selbstmord gewesen, wenn wir dies gethan hätten und die Kosten hätten wir bezahlt. Es wäre doch verdammt naiv gewesen, auf die Gesinnungstüchtigkeit und Festigkeit jener Regierung zu bauen. Diese Herren Schönborn, Falkenhayn, Bacquehem u. s. w. haben nicht einmal dem Grafen Taaffe Wort gehalten, wie hätten sie uns Wort gehalten? Wir hätten uns durch ein derartiges Vorgehen kompromittirt, wir wären in die Gefahr gekommen, eine zu Regierungszwecken ausgenützte Partei zu sein, wir hätten das Proletariat in Mißverständnisse geleitet. Wir mußten uns sagen: wir können nichts Anderes als warten, was die neue Regierung thun wird, wir müssen zunächst einen Angriffspunkt haben, wenn wir angreifen sollen. Wir haben die beiden Partei-Konferenzen einberufen, deren Resultat Sie kennen. Der Kampf um das Wahlrecht wird ein langer sein; wir werden nicht allein mit Flugschriften, mit Versammlungen und in der Presse kämpfen können; es wird wahrscheinlich nothwendig sein, alle jene Mittel, die das Proletariat überhaupt zur Verfügung hat, nacheinander in Anwendung zu bringen. Es mußten daher alle diese Mittel auch erwogen werden und da hat die Parteivertretung daran denken müssen, den Parteigenossen auch den Generalstreik oder Massenstreik zur Erwägung zu geben. Es wurde darüber sehr viel geschrieben und wurde diese Aktion der Parteivertretung in der bürgerlichen Presse und unter den Genossen verschieden beurtheilt; es scheint mir aber, daß diese Aktion im Wesentlichen nicht richtig aufgefaßt wurde. Niemals hat die Parteivertretung den Generalstreik empfohlen, niemals hat sie die Parole dazu ausgegeben. Dies wäre ja eine Kompetenzüberschreitung gewesen.

Das wäre etwas gewesen, wozu die Parteivertretung gar nicht das Recht hat.

Die Parteivertretung hatte aber die Pflicht, die Parteigenossen aufzufordern, diese Angelegenheit bei Zeiten zu erörtern, um dann der einzig kompetenten Stelle, dem Parteitag, die Frage in einer diskussionsfähigen Form vorzulegen. Die Meinung, daß bei uns eine Parteivertretung derlei anordnen kann, können die Bourgeoisparteien haben, wo wirklich der einzelne Führer handelt, dem die Heerde nur nachgeht. Die Parteivertretung hatte nicht einmal die Aufgabe, sich selbst vollständig einig und klar zu sein, ob der Massenstreik anzuwenden sei oder nicht. Es hat Leute unter uns gegeben, die gemeint haben, die Möglichkeit dazu sei näher, es hat Leute gegeben, die gemeint haben, der Massenstreik sei nicht möglich und zunächst wenigstens nicht anwendbar. Aber darüber, daß dieses Mittel diskutirt werde, darüber war die Parteivertretung einig. Parteigenossen! Die Situation für unsere Partei ist heute folgende: Wir haben gegen uns eine Regierung, welche zwei Lebensäußerungen von sich gegeben hat, wie sie der Arbeiterklasse gegenüber denkt. Die eine Aeußerung war jener Wahlreformentwurf, über den sie sich in einem anderen Punkt der Tagesordnung zu äußern haben werden. Die andere Aeußerung, die den meisten von Ihnen nicht bekannt ist, war eine neue Preßordonnanz, die seit dieser Woche in's Leben getreten ist. Der Justizminister Schönborn als Mitglied des konservativen Ministeriums Taaffe glaubte nicht so gegen die Presse vorgehen zu müssen als der Justizminister Schönborn als Mitglied des liberalen Ministeriums der Koalition. Das ist die Situation. Wir haben heute vor uns einheitlich geschlossen die ganzen

besitzenden Klassen. In der klerikalen Partei bröckelt es ab, und die armen Landpfarrer, die selbst Proletarier und Proletariersöhne sind, machen mitunter schüchterne Versuche, das Joch, das auf ihnen lastet, abzuschütteln. Es kommt vor, daß irgend welche kleine Theile der klerikalen Partei sich knirschend wehren, wenn sie zu feudalen Interessen ausgebeutet werden sollen. Aber diese kleinen Regungen werden unterdrückt, denn in dieser Partei wird ein eisernes Regime geführt, das mehr für sich hat, als die Anderen, denn sie können nicht nur Eisenbahnen vergeben und Straßen, sie können auch einen Gewissensdruck ausüben, und wir müssen gefaßt sein, daß wir vollständig isolirt unseren Kampf zu führen haben.

Die Koalition steht fest und es ist ein Erfolg der Sozialdemokratie in Oesterreich, daß allen den Ausbeuterparteien mit einem Male die Maske heruntergerissen wurde; nun wissen es alle Jene, die es bis jetzt nicht wußten, daß das österreichische Proletariat nur sich selbst etwas zu verdanken haben wird, und daß es nur einen bewußten, einen politischen Ausdruck hat in Oesterreich und das ist die Sozialdemokratie.

Genossen! Beurtheilen Sie die Thätigkeit der Parteivertretung strenge, wenden Sie aber dieselbe rücksichtslose, phrasenlose Beurtheilung auf sich selbst an und seien Sie, wie wir es mit gutem Gewissen sagen können, bewußt der Verantwortlichkeit, die die Leitung zu tragen hat, die nicht mehr Hunderttausende, sondern Millionen von Menschen in einen Kampf zu führen hat. Diese Verantwortlichkeit ist keine leichte, wir tragen nicht nur die Verantwortlichkeit für das, was wir etwa unberechtigt, unvorsichtigerweise thun, sondern wir tragen auch die Verantwortung dafür, was wir etwa unberechtigt unterlassen. In diesem Gefühle glauben wir unsere Pflicht gethan zu haben, in diesem Gefühle wollen Sie prüfen und selbst entscheiden. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Dr. Ellenbogen beantragt, daß die Genossen sich nicht vorzeitig in eine Debatte über Generalstreik und Wahlreform einlassen mögen, sondern daß blos Berichte gebracht werden.

Gen. Zeller übernimmt den Vorsitz und ertheilt das Wort

Gen. Popp: So erfreulich der allgemeine politische Bericht in unserer Partei ist, so ist der finanzielle Bericht das Gegentheil davon. Das hat seinen Grund darin, daß viele unserer Organisationen noch jung sind und daher eher einer Unterstützung bedürfen, als daß sie eine leisten könnten. Nach dem Beschlusse des letzten Parteitages wurde das Blocksystem eingeführt. Ebenso wie man früher dem Markensystem entgegengetreten ist und die Marken auf Grund des § 23 des Preßgesetzes verboten hat, so legte man auch dem Blocksystem, insbesondere auch in Wien, Hindernisse in den Weg. Es sind Beamte sogar auf die Idee gekommen, ob nicht darin eine Uebertretung gegen das Hoheitsrecht das Staates bezüglich der Geldausgabe gelegen sei. (Heiterkeit.) Das Blocksystem unmöglich zu machen, ist ihnen aber nicht gelungen.

Für die Blocks sind eingegangen aus Nordböhmen vom letzten Parteitag bis jetzt fl. 53·52, aus Galizien nichts, aus Kärnten ebenfalls nichts, aus Krain nur 7 fl., aus Mähren 85 fl., aus Niederösterreich 3059 fl., aus Oberösterreich und Salzburg ebenfalls nichts; aus Schlesien fl. 55·29, aus Steiermark 110 fl., aus Tirol und den übrigen Ländern nichts. In Galizien ist die Partei-Organisation noch zu jung. Erst beim letzten Parteitag war die galizische Organisation vertreten; die galizische Organisation wurde geradezu grausam verfolgt. Die Parteigenossen in Galizien sind kaum im Stande, die Kosten für die Familien der Inhaftirten aufzubringen, kaum im Stande, für die Prozesse die Mittel aufzubringen, und leider hat auch die Parteikasse nicht genügende Mittel zur Unterstützung. Eben heute kommt aus Galizien die Nachricht von der Verhaftung von fünf Genossen, und die Befürchtung, die in der vor ungefähr 14 Tagen eingebrachten Interpellation des Abg. Pernerstorfer ausgesprochen wurde, daß

Verhaftungen bevorständen, hat sich also bewahrheitet. Die Genossen sind verhaftet worden, ohne daß man weiß warum. Unter solchen Verhältnissen ist es leicht begreiflich, wenn die Genossen für die Parteikasse nicht beisteuern können. In Kärnten ist eine Großindustrie nicht vorhanden, sondern dort sind fast nur Kleingewerbe, und es ist leicht begreiflich, daß auch die Genossen von dort nicht beisteuern können. In Krain ist die Organisation erst im Anfange begriffen. Dasselbe gilt von Tirol, wo ja die Klerikalen ihren Hauptsitz haben. Als dort vergangenes Jahr ein Genosse versucht hat, eine Versammlung einzuberufen, um dort zu agitiren, wäre der Referent beinahe erschlagen worden. Nur einige Orte, Innsbruck und Vorarlberg, stehen in der Organisation und versuchen, die Agitation hinauszutragen. In Folge dessen sind die Einkünfte der Partei sehr gering, und wenn die Parteivertretung in agitatorischer Beziehung nicht allen Ansprüchen gerecht werden und die Provinzen nach ihren Wünschen unterstützen kann, so ist nicht zum geringsten Theil die finanzielle Lage der Partei daran schuld. Die Parteivertretung war gezwungen, von der „Arbeiter-Zeitung" und den „Glühlichtern" Geld zu entnehmen, um die nothwendigsten Kosten zu decken. Sie finden dies in der Rechnung eingestellt; das gilt für den Agitationsfond.

Der Unterstützungsfond besteht aus den Einläufen durch Sammlungen; das ist aber blos eine geringe Summe. Es ist auch deshalb die Unterstützung, welche wir auszahlen, sehr gering. Wir zahlen einer Familie, deren Ernährer verhaftet ist, 3 fl. wöchentlich. Wir waren gezwungen, einen Theil des Ueberschusses aus den Maifestzeichen und der Maifestschrift dem Unterstützungsfond zuzuwenden. Ueber die Maifestzeichen selbst wäre zu berichten, daß 40.000 Stück angeschafft wurden, davon sind in Wien allein fast 30.000 verkauft worden. Den Landesorganisationen wurden die Festzeichen zum Selbstkostenpreis abgegeben, nur die Landesorganisation Niederöstereich zahlte für 100 Stück 5 fl., die anderen 4 fl. Es sind für Maifestzeichen eingekommen fl. 1691·55, Auslagen fl. 1100·—, bleibt ein Ueberschuß von fl. 591·55, den Sie im Ausweise des Unterstützungsfonds eingestellt finden. Der Ueberschuß aus der Maifestschrift beträgt fl. 395. Sie finden im Ausweise die Gesammtsumme für Festschrift und Festzeichen von fl. 987·05. Etwas besser steht es mit dem Wahlrechtsfond. Es sind über 3000 fl. eingegangen; nach Abrechnung der Kosten für die Wahlrechtsbewegung verbleibt ein Fond von 1820 fl.

Ich eile zum Schlusse. Es werden die Genossen einsehen, daß die Parteivertretung nicht im Stande ist, für die Organisation und Agitation etwas zu thun, wenn ihr nicht die Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es werden stets Anforderungen an die Parteivertretung gestellt, besonders für die politisch Verfolgten braucht man Geld. Ich fordere die Genossen auf, alle Kräfte anzustrengen, um die Partei finanziell zu kräftigen. (Beifall.)

Gen. Steiner (Pilsen, tschechisch) berichtet über die tschechische Organisation. Vor zehn Jahren versuchte die Regierung Taaffe die Bewegung in Böhmen zu vernichten; es kam sogar zum Blutvergießen. Aber es ist ihr nicht gelungen. Selbst die jungtschechische Partei als kleinbürgerliche Partei hat uns in die Hände gearbeitet, indem sie die indifferenten Massen der Kleinbürger aufwühlte. Der Ausnahmszustand in Prag genirt uns nicht, wir sind an solche Kleinigkeiten gewöhnt. Da unsere Verhältnisse ganz andere sind, sind wir gezwungen, obwohl wir auf demselben Standpunkte stehen wie die anderen Sozialdemokraten, eine eigene Organisation zu haben, jedoch sind wir in jeder Beziehung mit Ihnen verbunden. Wir sind echte Proletarier, angewiesen auf uns allein, da wir nicht einmal eine freiheitliche Literatur haben wie die anderen Nationen. Wir haben uns aus eigener Kraft emporgearbeitet und werden trotz allen Ungemaches vorwärts gehen, trotz des Ausnahmszustandes, trotz des Omladinaprozesses.

Gen. Daszynski (Lemberg): Die Berichte aus Galizien kamen verspätet

an, weil ein Redakteur nach dem anderen, weil alle hervorragenden Genossen eingesperrt wurden. Im Jahre 1892, als die Organisation durch Vertrauensmänner beschlossen wurde, versuchten auch wir dieselbe durchzuführen. In der Provinz mußten wir zusehen, wie ein Vertrauensmann nach dem anderen von Stadt und Land vertrieben wurde; in Krakau, Lemberg und Stanislau konnten wir aber doch, trotz dieser Verfolgungen, eine regelrechte Organisation aufbauen, und zwar auf dem Boden der Beschlüsse vom Jahre 1892. Wir versuchten, die zerstreuten Berichte zu vereinigen. Dazu diente uns die galizische Landes-Konferenz, zu der auch Genosse Popp von der Parteivertretung kam. Er mußte dort den Eindruck bekommen, daß die Lage der Genossen in Galizien eine verzweifelte ist. Es wurde seinerzeit beschlossen, daß in Provinzen, wo einige Nationalitäten beisammen leben, nicht die administrativen Grenzen entscheiden sollen, sondern daß man sich an Sprachgebiete halten soll. Demgemäß wurde auch von Krakau aus eine umfangreiche und erfolgreiche Agitation in Polnisch-Schlesien getrieben. Für das Vorgehen der Behörden will ich ein kleines charakteristisches Bild liefern. Wir haben einen Prozeß gehabt, wo sieben Genossen zusammen zwei Jahre in Untersuchungshaft saßen. **Konfiszirt!** — — — — — — — — — — — — — — — — —

Berichterstatter der Kontrol-Kommission Gen. Träbenecker (Gablonz) beantragt auf Grund mehrerer stattgefundener Kontrolen, welche die volle Richtigkeit der Geschäftsführung und Kassagebahrung ergaben, der Parteivertretung das Absolutorium zu ertheilen.

Gen. Resel (Graz) schließt sich der Anregung des Gen. Ellenbogen an, nicht jetzt schon Wahlrecht und Generalstreik zu besprechen. Er bedauert, daß der Bericht aus Steiermark nicht so vollinhaltlich abgedruckt ist, wie er übersendet wurde.

Gen. Feigl (Wien): Ich richte an die Parteivertretung die Anfrage, ob das Rundschreiben bezüglich des Massenstreiks schon vor dem 20. August 1893 ergangen ist, und ob die Diskussion über diesen Gegenstand auf Grund eines früher gefaßten Beschlusses erfolgte oder über spontanes Vorgehen einzelner Genossen. Zugleich erwähne ich, daß vor einigen Tagen gelegentlich einer Sitzung Mitglieder der Parteivertretung zugestanden haben, daß die jetzige Kontrole der Preß-Kommission nicht mehr geübt werden könne und eine regere Kontrole eingeführt werden muß.

Gen. Hübsch (Wien): Ich habe in Erfahrung gebracht, daß gelegentlich des Anarchistenprozesses die Angeklagten und deren Familien aus dem Inhaftirtenfond unterstützt wurden. Es geht nicht an, daß wir solche Leute unterstützen, obwohl wir als edle Menschen großmüthig sein sollen. Aber trotzdem geht das Hemd näher als der Rock, wir müssen solche Leute unterstützen, die für unsere Ideen eintreten, für uns arbeiten. Sonst zersplittern wir unsere Kräfte. Ich werde später einen Antrag stellen, daß nur Leute unserer Gesinnung unterstützt werden.

Gen. Schatzmeyer (Villach): Ich konstatire und bitte zu protokolliren, daß im Berichte das Datum der Landesversammlungen in Kärnten falsch angegeben ist, und zwar soll es statt 25. September 1893 in Villach und 11. März 1894 in Klagenfurt heißen 25. September 1892 und 25. Dezember 1893. Daß Kärnten nicht so viel beisteuern kann, ist darin begründet, daß wir für unsere eigenen Zwecke kaum genug aufbringen. Die sozialistische Bewegung in Kärnten ist im Wachsen und gelegentlich der Wahl des Abgeordneten Steinwender, der das Mißtrauen der Sozialdemokraten erhielt, hat sie sich entsprechend bemerkbar gemacht. Allerdings herrscht in Kärnten nicht die politische Reife wie in anderen Ländern, hat ja gelegentlich einer unserer Versammlungen der Gemeindevorstand gesagt: Ja, wenn Ihr nicht Sozialdemokraten wäret, so würdet Ihr alle unsere Stimmen erhalten. Andere sagen: Für uns ist die Tauernbahn das Wichtigste, von anderen politischen Rechten wollen wir nichts wissen. Aber die Bewegung ist im Wachsen und wir wollen auf diesem Gebiete, so weit es möglich ist, vorwärts schreiten. (Beifall.)

Gen. Neander (Linz) bringt den Bericht über die Verhältnisse in Oberösterreich. Er rechtfertigt zunächst die Thatsache, daß auch Oberösterreich unter denjenigen Ländern figurirt, die an die Zentralleitung der Partei kein Geld abgeführt haben, damit, daß die eigentliche Organisation in Oberösterreich erst seit der im vorigen Jahre abgehaltenen Landes-Konferenz vom 25. März datirt, und daß die einlangenden knappen Mittel kaum hinreichen, die Bedürfnisse der Landesorganisation zu decken. Redner erwähnt, daß die Frauenbewegung in Oberösterreich eine sehr nennenswerthe ist, und daß die Frauen Oberösterreichs auch auf eigene Kosten eine Delegirte zum Parteitage entsendet haben. (Beifall.) Oberösterreich ist der beste Boden für die klerikale Agitation, indem dort Dr. Ebenhoch seinen Sitz hat, der ja, wie Sie wissen, ein Buch gegen die Sozialdemokratie geschrieben hat. Dort sagt er, die Arbeiter müssen erst Brod haben, bevor sie politisch thätig werden wollen. In den katholischen Arbeitervereinen, die die Klerikalen überall in Oberösterreich zu gründen versuchen, duldet man unsere Genossen nicht, man verbietet ihnen, zu reden oder auch nur Tinte und Papier zu benützen. Die Leute im Salzkammergute — sagt Redner — sind deshalb schwer für uns zu gewinnen, weil die Leute sich dort noch etwas darauf einbilden, k. k. Salinenarbeiter zu sein; aber daß wir auch dort bei unseren Versammlungen Erfolg haben, zeigt uns das Geheul unserer Gegner.

Ernst Haidt (Schärding-Lambach-Wolfsegg) konstatirt, daß auch in Schärding die Agitation bereits Wurzel gefaßt hat, obwohl von Seite unserer Gegner die erbärmlichsten Mittel angewendet werden. Nun zu den Bergarbeitern. Die Bergarbeiter hatten in den Sechziger-Jahren einen schönen Verdienst, der

ihnen zum größten Theile wieder entzogen wurde. Allerdings hat man den Arbeitern eine Entschädigung geboten in Form einer Alterszulage, indem sie nach zehnjähriger Arbeitszeit 5 Prozent Zulage und so weiter nach 30 Jahren 25 Prozent bekommen. Ja, aber welcher Bergarbeiter arbeitet denn 30 Jahre in einem Bergwerk? Man trachtet die Arbeiter dadurch festzuhalten, und zwar wird ihnen diese Zulage nur unter einer Bedingung gewährt, indem nämlich diese Zulage ihnen sofort entzogen wird, wenn sie sich für diese Wohlthat nicht dankbar erweisen, sich zu Streiks und dergleichen hinreißen lassen. Aus der Gegend von Lambach wäre zu berichten, daß die dortige bäuerliche Bevölkerung der sozialdemokratischen Partei sehr günstig gegenübersteht.

Gen. Peter Cingr (Mährisch-Ostrau) beantragt Schluß der Debatte, was nach einer Bemerkung Dr. Adler's mit der Aenderung angenommen wird, daß diejenigen Redner noch zum Worte gelangen, die thatsächliche Berichtigungen zum Parteiberichte vorbringen.

Gen. Grablowitz (Laibach) verwahrt sich dagegen, daß in Krain eine Bewegung nicht stattfinde. Eine in Laibach abgehaltene Versammlung sei von 1500 Personen besucht worden.

Gen. Jobst (Asch-Eger) fragt an, warum den aus Böhmen abgelieferten Geldern nicht die vom Vertrauensmanne Nitsche abgeführten elf Gulden dazugerechnet worden seien.

Gen. Popp erklärt gegenüber Hübsch, es sei in Hainfeld der Beschluß gefaßt worden, auch die Familien von Inhaftirten zu unterstützen, die nicht direkt der Partei angehören. Dieser Beschluß wurde unter dem Drucke des Ausnahms- und Anarchistengesetzes gefaßt und diesem Beschlusse zufolge wurden und werden auch die Familien der inhaftirten Anarchisten unterstützt. Sollte der Parteitag einen anderen Beschluß fassen, so werde sich die künftige Parteivertretung darnach richten. Die Anfrage des Gen. Jobst erledigt sich dadurch, daß diese 11 fl. durch den Vertrauensmann Johann Nitsche abgeführt wurden; aber dieser Betrag war nicht für Blocks, sondern als ein Beitrag für einen Referenten bestimmt.

Gen. Neumann beantwortet die Anfragen des Gen. Feigl dahin, daß das Zirkulär nach dem 20. August ausgeschickt wurde; der Beschluß, dieses Zirkulär auszusenden, wurde schon vor dem 20. August gefaßt. Wenn ich und Doktor Ellenbogen in der Frage des Generalstreiks unsere Meinung abgegeben haben, so geschah dies deshalb, weil wir geglaubt haben, auch als Mitglieder der Parteivertretung das Recht der freien Meinungsäußerung in Anspruch nehmen zu können, ohne eine Direktive seitens der Parteivertretung abzuwarten.

Gen. Dr. Adler (Schlußwort): Die Berichte, die hier vorgebracht wurden, waren umso wichtiger, als mein Bericht, mit welchem ich die Debatte eröffnete, sehr mangelhaft war. Ich würde es auch außerordentlich gewünscht haben, daß noch eine Anzahl solcher Berichte hier gehört worden wären und es ist mir ganz außerordentlich leid, daß insbesondere der Bericht über Trautenau hier nicht vorgekommen ist, weil wirklich dieser Bezirk von Trautenau innerhalb von Böhmen einer der allertraurigsten ist. Wir haben die größten Anstrengungen in der Presse gemacht, um diesen einen Bezirkshauptmann endlich zu biegen, es ist aber ebensowenig gelungen, wie es uns gelungen ist bei anderen Bezirkshauptleuten, welche direkt mit der Unternehmerschaft ihrer Bezirke verbunden sind.

Aber, Genossen, wenn es auch hier berichtet worden wäre, über diese Einzelheiten würden Sie ja ein anderes Bild ohnehin nicht bekommen haben. Es wurde gesagt, daß es eine Renommage ist, wenn wir sagen: wir sind berufen, Bezirkshauptmannschaft für Bezirkshauptmannschaft für das Staatsgrundgesetz zu erobern. Eine Thatsache will ich nur erwähnen, die fast unglaublich erscheint. Stellen Sie sich vor, daß in einem Schwurgerichtsprozeß ein Gerichtspräsident ein Gesetz

zitirt, nämlich einige Paragraphe des Strafgesetzes, die Streiks und Arbeitseinstellungen verbieten, als Gesetz zitirt, worauf der Vertheidiger aufsteht und sagt: Herr Präsident, diese Paragraphe sind doch seit dem 13. April 1870 aufgehoben, und der Richter antwortet: Ja, zeigen Sie mir das, in meinem Gesetzbuche steht das nicht. (Heiterkeit.) Die galizische Justiz laborirt an alten Auflagen des Strafgesetzes und die ganze österreichische Verwaltung an der vormärzlichen Auffassung der Polizei. Ich gebe dem Gen. Daszynski vollkommen Recht, daß wir in Oesterreich große Länderstrecken haben, wo sich die Klassenherrschaft noch nicht, ich möchte sagen — idealisirt hat zum modernen Staat, wo die Ausbeuterschaft sich noch nicht zusammengefunden hat zu dem gesetzlichen Ausdruck dieser die Ausbeuterschaft stützenden Gesetze, so daß wir auf der einen Seite sagen müssen, die Gesetze, unter denen wir leben, sind elend, und andererseits: Euere Beamten halten diese elenden Gesetze nicht.

Die Berichte der tschechischen Genossen müssen umsomehr erfreuen, als sie in ihrer Parteitaktik auf einem besonders schwierigen Posten stehen. Wenn wir deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich, wenn die polnischen Sozialdemokraten international sind, so versteht sich das von selbst. Die tschechischen Genossen haben, um sich dem internationalen Rahmen der Bewegung einzufügen, ganz besondere Schwierigkeiten zu überwinden, und zwar weil sie eine nationalradikale und mit sozialreformatorischen Allüren behaftete tschechische Partei neben sich haben und fortwährend den Schwierigkeiten ausgesetzt sind, daß diese Jungtschechen thatsächlich einzelne unserer Forderungen in den Vordergrund stellen und eine Solidarität zwischen ihnen und unseren tschechischen Genossen provoziren, wodurch es für sie viel schwieriger ist, sich reinlich von ihnen abzusondern. Wir Deutschen empfinden das in unserer Presse, es fällt uns viel leichter, die liberale Partei, die klerikale Partei, die polnischen Stanczycken zu bekämpfen, aber es fällt uns schwer, gerade die jungtschechische Partei — obwohl ich so gut weiß, wie alle Anderen, daß aus diesen Jungtschechen sehr bald Alttschechen werden — als eine Partei, die heute in der Opposition ist, so zu bekämpfen. Es ist dasselbe Verhältniß, das wir den Antisemiten gegenüber haben.

So sehr wir uns von den Antisemiten fern halten, so müssen wir doch als ehrliche Menschen zugestehen, daß die Antisemiten heute als Oppositionspartei verfolgt werden und daß wir sie insofern in Schutz nehmen müssen. Dieser Schwierigkeit sind die tschechischen Genossen aber noch mehr unterworfen, und innerhalb der nationalen Kämpfe in Böhmen ist es weit schwieriger, dort die internationale Fahne hochzuhalten als bei uns in Deutsch-Oesterreich, wo die Deutsch-Liberalen die nationale Idee so gründlich kompromittirt haben.

Ich muß noch über einen Punkt sprechen, der ganz übersehen wurde, das ist die gewerkschaftliche Bewegung, die einen ganz besonderen Aufschwung genommen hat. Es hängt unsere politische Bewegung innig mit der wirthschaftlichen zusammen, und die Gewerkschaften können ebensowenig ohne uns weiterzukommen als wir ohne die Gewerkschaften. Mit einem Worte möchte ich die ausgezeichnete Rede des polnischen Genossen berühren. Nach seinen Ausführungen hat die neue Organisation unter Anderem die Wirkung gehabt, daß nicht mehr die politischen Administrativgrenzen entscheidend sind, sondern daß wir uns aus rein praktischen Rücksichten auch nach den Sprachgrenzen richten; der Beweis dafür, wie günstig das wirkt, ist, wie er erwähnt, die Einwirkung der Krakauer Organisation auf die schlesische Bewegung. Dies kann nach meiner Ueberzeugung nicht hoch genug angeschlagen werden. Wenn wir die galizische Bewegung mit unseren allerdings kleinen Mitteln vielleicht mehr als sonst eine Bewegung unterstützen, so geschieht das nicht nur darum, weil wir den polnischen und ruthenischen Genossen unsere Sympathie entgegenbringen, sondern es geschieht aus wohlverstandenem Egoismus. Eines der wichtigsten Gebiete, einer der größten Industriebezirke ist das Ostrauer Kohlenbecken an der mährisch-schlesischen

Grenze. Das Gebiet wird beherrscht von König Rothschild und seinen paar Trabanten, den Gutmann's, Larisch's ꝛc. Dieses Gebiet ist der Schlüssel für die gesammte proletarische Bewegung in Mähren und Schlesien. In diesem Gebiete arbeiten aber außer tschechischen Arbeitern auch polnische. Diese polnischen Arbeiter, die zu den traurigst gestellten in ganz Oesterreich gehören, sind Agitationen vollständig unzugänglich, der deutschen wie der tschechischen. Sie können nur durch polnische Arbeiter herangezogen werden. Die polnische Agitation kann nur zu ihnen dringen auf dem Wege von Krakau über Biala. Wenn wir von Krakau bis nach Polnisch-Ostrau eine Organisation haben, wenn die Krakauer Genossen uns durch ihre Presse und Agitation die polnischen Bergarbeiter in Ostrau zu unserer Organisation bringen, dann werden wir in der Bergarbeitersache und in manchen anderen Angelegenheiten ganz anders auftreten können als heute. (Stürmischer Beifall.) Es ist unsere Aufgabe, zurückzugehen auf jene Schichten, an die man nicht denkt, weil man sie nicht sieht und die man nicht sieht, weil man sie nicht hört. (Bravo!)

Die Kritik der Parteivertretung war eine außerordentlich milde und für mich überraschend; ich habe die einzige Hoffnung, daß das bei den weiteren Punkten nachgeholt wird. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie, wenn Sie glauben, daß die Parteivertretung das ihr geschenkte Vertrauen verdient hat, ihr das Absolutorium zu ertheilen. (Beifall.)

Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wurde der Antrag der Kontrol-Kommission einstimmig angenommen. (Beifall.)

Gen. Popp übernimmt den Vorsitz.

II. Punkt der Tagesordnung: **Organisation.**

Referent Gen. Neumann (Wien): Werthe Parteigenossinnen und Genossen! Ich werde mich nicht über den Werth des Organisationsentwurfes äußern, weil bereits Genosse Adler angeführt hat, in welcher Weise die Organisation durchgeführt und welchen Erfolg der Organisationsentwurf, welcher im Jahre 1892 angenommen wurde, zu verzeichnen hatte. Eine Reihe von Anträgen zum Organisationsentwurf sind eingelangt und diese wollen wir prüfenden Blickes betrachten, damit es möglich sei, jene Aenderungen zu treffen, die sich als nothwendig ergeben haben.

Zum Artikel I des Organisationsentwurfes ist ein Antrag der Genossen des IX. Bezirkes eingebracht: „Dem Punkt I ist hinzuzufügen, über die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte.“ Ich mache darauf aufmerksam, daß die Antragsteller vielleicht die Tragweite dieses Beschlusses selbst nicht zu erfassen wußten. Wenn der Parteitag den Antrag annimmt, dann würde der arme Parteigenosse, der durch die wirthschaftlichen Verhältnisse von einem Ort zum anderen getrieben wird und da und dort Erwerb und Verdienst suchen muß, so und so viel Nachweise erbringen müssen, daß er wirklich Parteigenosse ist, und er müßte mit einem Parteipaß versehen werden. Ich glaube, daß der Organisationsentwurf, wie er 1892 angenommen wurde, nach dieser Richtung vollkommen klar und ausreichend sagt: „Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig oder materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.“

Ein zweiter Antrag der Genossen des IX. Wiener Bezirkes geht dahin, daß wo eine Branchenorganisation besteht, jeder Parteigenosse gewerkschaftlich organisirt zu sein hat. Das glaube ich, ist genügend, die Parteizugehörigkeit festzustellen.

In einem Antrag des XVII. Wiener Bezirkes heißt es, jeder Parteigenosse muß Mitglied einer gewerkschaftlichen Organisation sein. Ich glaube, daß die Fassung, welche die Genossen des IX. Bezirkes vorgeschlagen haben, besser ist und ich empfehle deshalb den Antrag der Genossen des IX. Bezirkes.

Die Anträge über Artikel II, Vertrauenspersonen, möchte ich in Verbindung mit Artikel VIII, Landesorganisation, bringen.

Hier hat die Parteivertretung einen Antrag eingebracht, dahingehend, daß an Stelle der bisherigen Landesorganisationen Kreisorganisationen zu treten haben, welche ein Kronland, oder wo nöthig, nur Theile eines Landes umfassen. Die neuen Organisationen haben dieselben Rechte und Pflichten wie die bisherigen Landesorganisationen. Die Parteivertretung hat sich bemüssigt gefühlt, den Antrag einzubringen, weil es sich herausgestellt hat, daß die Eintheilung nach Landesorganisationen den bestehenden Verhältnissen nicht entspricht. So muß Böhmen jetzt schon in eine Reihe von Kreisorganisationen eingetheilt werden, und ich glaube, daß diese Benennung den tschechischen Genossen entsprechen wird. Böhmen ist in eine nord-, west- und südböhmische Organisation eingetheilt. Deshalb hat auch die Parteivertretung dies vorgeschlagen. Es müßte also im Entwurfe statt Landesorganisationen und was jetzt heißt Landes-Konferenz oder Landesorganisation im zukünftigen Entwurf heißen: Kreisorganisation und Kreis-Konferenz. Ich bitte diesem Antrage die Zustimmung zu geben.

Bezüglich des Parteitages haben die Genossen des IX. und XII. Bezirkes vorgeschlagen, daß dieser alljährlich stattfinde. Das wäre der Parteivertretung selbst angenehm. Es wäre richtig, die Stimmen der gesammten Vertreter der Partei alljährlich zu hören, wie sie über die Thätigkeit der Parteivertretung urtheilen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir in einem armen Lande hausen und daß wir schwer die Mittel aufbringen, welche die Delegirung erfordert. Deshalb hat die Parteivertretung einen ähnlichen Antrag nicht eingebracht.

Bezüglich der Frauendelegirung schlägt die Parteivertretung vor, daß Orte, an welchen eine Frauenorganisation besteht, das Recht haben, außer den männlichen Vertretern auch eine Genossin zum Parteitage zu entsenden. Dieser Antrag geht weiter als der der Genossen des IX. Bezirkes, da nicht überall solche genau abgezirkelte Frauenorganisationen vorhanden sind, wie es die gewöhnlichen Organisationen sind. Die Frauen sind zum großen Theil in Fachvereinen organisirt, also nicht abgesondert von den Organisationen der männlichen Arbeiter, sie sollen aber deshalb doch das Recht haben, eine Genossin zu delegiren. Wir empfanden die Nothwendigkeit dieser Neuerung besonders dadurch, daß die Genossen es für sehr nothwendig für die Frauenorganisation hielten, daß die Genossin Altmann an dem Parteitag theilnehme. Die Genossin kam und nun erhalten wir eine Zuschrift, daß die dortigen Genossen ihr kein Mandat gegeben haben. Darüber werden Sie ja noch zu richten haben. Es soll aber weiterhin nicht nöthig sein, daß die Frauen an die Männer herantreten müssen, wenn sie Jemanden zum Parteitag delegiren wollen. Die Parteivertretung hat weiter vorgeschlagen, daß die neue Parteivertretung statt aus 9 aus 14 Mitgliedern zu bestehen habe. Um aber nicht einem zu großen Körper die Exekutive zu übertragen, soll die Parteivertretung einen engeren Ausschuß bilden, der, wenn eine größere Aktion nöthig ist, rasch zusammentreten kann. Es sollen weiters von nun an zwei Mitglieder der Kontrole am Sitz der Parteivertretung wohnen. Unter Kontrole verstehen wir eine solche, welche nicht nur die finanzielle Gebahrung, sondern auch die Beschlüsse und die Durchführung derselben durch die Parteivertretung zu überwachen hat. Die übrigen Mitglieder der Parteivertretung sollen vierteljährig mit dem engeren Ausschuß zusammentreten. Dadurch werden die bisherigen Reichs-Konferenzen überflüssig.

Den Antrag der Genossen des XIX. Bezirkes, daß dem Redaktionspersonale der Arbeiterblätter kein Mitglied der Parteivertretung angehören dürfe, empfehle ich zur Ablehnung. Die Beschlüsse der Parteivertretung bestimmen auch die Haltung unserer Parteiorgane, es muß daher ein Kontakt zwischen den Parteiblättern und der Parteivertretung vorhanden sein.

Der Antrag der Genossen des IX. Bezirkes, daß in dem Absatz 2 des

Punktes 1 der Organisationsbestimmungen nach „politischen Partei" hinzuzusetzen sei: „oder bürgerlichen politischen Verein", ist unmöglich annehmbar. Es können Fälle vorkommen, wo es die Taktik erfordert, daß die Genossen einem bürgerlichen politischen Vereine beitreten, um diese bestehende Organisation und die eventuellen materiellen Mitteln, die dieselbe hat, für die Parteizwecke zu verwenden, indem sie die Majorität in diesem bürgerlichen Vereine erlangen. (Lebhafte Zustimmung.) Daher ersuche ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Bezüglich der Einberufung des Parteitages beantragen die Genossen des IX. Bezirkes Wiens:

„Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen."

Mit diesem Antrage ist die Parteivertretung einverstanden.

Ich bitte gemäß den Anträgen der Parteivertretung die nothwendigen Aenderungen am Organisationsentwurfe vorzunehmen.

Unsere Organisation hat sich bisher bewährt. So wie sich die reaktionären und fortschrittlichen politischen Elemente zu einer starken Organisation vereinen, so nothwendig ist es, daß die Proletarier sich im Kampfe gegen die bestehende Gesellschaftsordnung vereinigen und fester fügen. Im Jahre 1892 konnten wir die volle Tragweite nicht ganz ermessen, und wir wollen, was nothwendig ist, ändern. Die Organisation hat sich bewährt, um eine Bewegung großer Massen zu erzielen, als es galt, Flugblätter zu verbreiten, hat unser Apparat gut funktionirt. Wir kommen bald in die Lage, die Debatte über den Generalstreik wird Sie darüber belehren, wieder große Massen in Bewegung zu setzen. Es wird sich hoffentlich zeigen, daß sich unsere Organisation dabei wieder vorzüglich bewähren wird. Ich bitte, die Anträge genau zu erwägen und die besten anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende verliest, daß folgende Anträge vorliegen:

Die Anträge der bisherigen Parteileitung lauten:

4. a) Zu Artikel II, Bezirksorganisation: Die Vertrauensmänner der Bezirksorganisation sind der Parteivertretung bekannt zu geben.

b) Zu Artikel III, Landesorganisation: An die Stelle der bisherigen „Landesorganisationen" haben Kreisorganisationen zu treten, welche ein ganzes Kronland, oder wo dies nöthig ist, auch nur einen Theil eines Kronlandes umfassen. Die neuen Organisationskreise haben die Rechte und Pflichten der bisherigen Landesorganisationen.

c) Zu Artikel IV, Parteitag: Orte, an welchen eine Frauenorganisation vorhanden ist, haben das Recht, außer dem männlichen Vertreter auch eine Genossin zum Parteitag zu entsenden.

Die Kreisvertretungen, sowie die Redaktionen der Parteiblätter, haben das Recht, einen Vertreter an den Parteitag zu entsenden, welchem berathende Stimme zukommt.

d) Der Artikel V, Parteivertretung, habe künftig zu lauten: Der Parteitag wählt eine aus 14 Personen bestehende Parteivertretung. Sechs vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Partei-Kontrole.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen.

Die Gesammtvertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährig einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Die Parteivertretung hat dem Parteitage Bericht zu erstatten und ist demselben verantwortlich.

Weiter sind noch folgende Anträge eingelaufen:

Punkt I. Zu dem Antrag, welcher die Genossen zur Mitgliedschaft in den Gewerkschaften verpflichtet, stelle ich folgenden Zusatzantrag:

„Ist die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft unmöglich, so hat an deren Stelle die Mitgliedschaft bei einem allgemeinen Bildungs- oder politischen Vereine zu treten, der seinen Sitz am Wohnorte der betreffenden Genossen hat."

Punkt II hat zu beginnen:

„Die Vertrauenspersonen werden von den lokalorganisirten Genossen und Genossinnen alljährlich in die direkte Wahl gewählt. Die Bekanntmachung der Wahlvornahme an die hierzu Berechtigten, sowie die Wahl selbst hat in geeigneter Weise zu erfolgen.

Die Anzahl der Vertrauenspersonen, welche zusammen die Bezirksorganisation bilden, richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen. (Alles Andere bleibt.)"

Punkt V, Absatz 4 hat zu lauten:

„Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen und ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten."

Punkt VII. Hinzuzufügen als Absatz 3:

„Die Verwaltungen der Landesparteiblätter sind gehalten, an die betreffende Landes-Konferenz, der Reichsparteiblätter an den Parteitag detaillirte Berichte über ihre finanzielle Gebahrung zu erstatten. Diese Berichte müssen an die von den Blättern zu veröffentlichenden Protokolle vollinhaltlich aufgenommen werden.

Franz Jäger (Wien), Johann Wels, Johann Gröbner, Markreiter, Ignaz Saska, Anton Hauschka, L. Brügel, A. Gerin, F. Krapf, A. Hueber, Em. Pollaczek, J. Gritzbach, Feigl, Holub, Suchy, Ed. Kleedorfer, Anna Boschek."

Ad d, Absatz 1 und 2. Der Artikel V, Parteivertretung, habe künftig zu lauten:

„Der Parteitag wählt eine aus 15 Personen bestehende Parteivertretung. Neun am Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Partei-Ausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen sechs Mitglieder der Parteivertretung bilden die Partei-Kontrole. Der Sitz des engeren Ausschusses ist in Wien, wo seine Mitglieder und zwei Mitglieder von der Kontrole wohnhaft sein müssen. Von den übrigen Kontroloren entfallen einer auf Mähren und Schlesien, einer auf Galizien und einer auf die Alpenländer. Dr. Ingwer."

„Der Parteitag beschließt, daß die niederösterreichische Kontrole die Befugniß erhält, alle, auch die Reichsfonde, ohne jedoch die Reichs-Kontrole zu beeinträchtigen, kontroliren zu können.

Jäger, Wels, Hofer, Gruber, Hueber, Pelikan, Feigl, Markreiter, Silberberg, Glas, Brügel, Schuhmeier, Pollaczek, Gröbner."

Gen. Ellenbogen (Wien) beantragt die Einsetzung einer Kommission, welche diese Anträge vorzuberathen und dem Parteitage die entsprechenden Anträge vorzulegen habe.

Nach einer kurzen Debatte, an der Gen. Haag, Häckel, Dr. Ingwer, Resel und Dr. Adler theilnehmen, wird beschlossen:

„Es wird eine Kommission zur Berathung der zu Punkt II vorliegenden Anträge und Berichterstattung an den Parteitag eingesetzt.

Dieselbe besteht aus den Mitgliedern der Parteivertretung und je einem Delegirten der Landesorganisationen; es ist jedoch unbenommen, daß mehrere Landesorganisationen vereint einen Vertreter entsenden. Die Antragsteller werden zur Sitzung der Kommission eingeladen."

Der Vorsitzende bemerkt, daß die Kommission am Montag Nachmittag tagt und daß am Montag Vormittag sofort in die Berathung des Punktes III der Tagesordnung eingegangen wird. (Lebhafter Beifall.) Der Bericht der Kommission steht dann vor Punkt IV auf der Tagesordnung.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr 15 Minuten Abends.)

Zweiter Verhandlungstag am 26. März 1894.

Vorsitzender Zeller (Reichenberg) eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 15 Minuten.

Vor Uebergang zur Tagesordnung gibt der Vorsitzende bekannt, daß Wiener Genossen den Antrag stellen, daß der Parteitag sich mit den Ausführungen Hübsch's nicht einverstanden erklärt, daß diejenigen Personen, welche zwar durchaus nicht Parteigenossen sind, aber trotzdem für die revolutionäre Idee eintreten, nicht unterstützt werden sollen.

Vorsitzender erklärt, diesen Antrag nicht zur Abstimmung zu bringen, da auf die Tagesordnung von gestern nicht zurückgegriffen werden soll.

Gen. Fränkl (Lemberg) erstattet Bericht im Namen der Einladungsprüfungs-Kommission. Die Kommission hat festgestellt, daß am Parteitag 133 Delegirte anwesend sind, und zwar 102 Deutsche, 24 Tschechen, 4 Italiener, 4 Polen und 2 Slovenen. Das Mandat der Genossin Anna Altmann aus Nordböhmen wurde von dem dortigen Vertrauensmann bezweifelt, da die Genossin nicht in einer vertraulichen, sondern in einer öffentlichen Sitzung ihr Mandat erhielt.

Die Kommission war anderer Ansicht und hat das Mandat anerkannt. Auch das Mandat des Gen. Kleedorfer wurde anerkannt. Das Mandat des Genossen Steinkellner (XIII. Bezirk) wurde annullirt, da hier eine Doppeldelegirung vorliegt. Ebenso wurde das Mandat des Gen. Krapf, der von der Preß-Kommission delegirt wurde, nicht anerkannt, da einer Kommission das Recht, Mandate zu ertheilen, nicht zuerkannt werden kann. Auch einen Protest der Genossinen des X. Bezirkes, betreffend die Delegirung der Genossin Wihlidal, wurde nicht berücksichtigt, da dieses Mandat in einer öffentlichen Versammlung nicht anerkannt wurde.

Gen. Silberberg meint, daß man der Preß-Kommission das Recht, einen Delegirten zu entsenden, nicht absprechen kann, wenn man es den Frauen und der Gewerkschafts-Kommission zuerkannt hat. Er beantragt, dieses Mandat zu bestätigen.

Nachdem Gen. Grosse gegen die Bestätigung, die Genossen Feigl, Doktor Adler, Schuhmeier für dieselbe gesprochen haben, wird nach dem Schlußworte des Berichterstatters der Bericht der Mandatprüfungs-Kommission mit der Aenderung angenommen, daß das Mandat des Delegirten der Preß-Kommission bestätigt wird.

Gen. Krejci macht darauf aufmerksam, daß in der „Sonn- und Montags-Zeitung" ganz verdrehte und entstellte Berichte über die Verhandlungen des Parteitages veröffentlicht worden sind; er empfiehlt, für die Zukunft die Journalisten auszuschließen, wenn die Berichte nicht anders gebracht werden sollten.

Gen. Dr. Adler weist darauf hin, daß die Erregung Krejci's begreiflich sei; es seien aber für die entstellten Berichte wohl nicht die Berichterstatter, sondern die Redaktionen der betreffenden Zeitungen verantwortlich zu machen. Uebrigens, meint Redner, kann es uns nur angenehm sein, von der liberalen Presse beschimpft zu werden. Was in Oesterreich vorwärts kommen will, muß vorerst von der liberalen Presse in den Koth gezerrt werden. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Gen. Brügel spricht in demselben Sinne.

Gen. Neumann beantragt, über diese Sache zur Tagesordnung überzugehen, was auch angenommen wird.

Ein Antrag des Gen. Wagner, den 3. und 4. Punkt der Tagesordnung zusammenzuziehen, wird nicht genügend unterstützt.

Es wird zum dritten Punkt der Tagesordnung: Das allgemeine Wahlrecht und der Generalstreik übergegangen.

Referent Gen. Dr. Ellenbogen: Parteigenossen! Die politische Atmosphäre, in welcher der heutige Parteitag sich versammelt hat, ist wesentlich verschieden von derjenigen, in welcher der letzte und vorletzte Parteitag zusammengetreten ist. Damals lag noch unser öffentliches Leben unter dem Drucke des politischen Indifferentismus. Das hat sich geändert. Es hat sich eine gewaltige Erregung der Bevölkerung bemächtigt, die öffentliche Meinung fiebert. Die Ursache dieses ganz eigenthümlichen Umschwunges war die Wahlrechtsbewegung des österreichischen Proletariats. Daß diese Bewegung so großartig geworden ist, daran sind verschiedene Dinge schuld, vor Allem unsere bekannten politischen Verhältnisse. **Konfiszirt!** — — — — — — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — — **Konfiszirt!** Die andere Ursache für die gewaltige Entwicklung der Wahlrechtsbewegung lag in der Entwicklung unserer Partei. Der indifferente Proletarier hat nur das dunkle Gefühl für die Unwürdigkeit seiner Stellung, das vollständig geklärte Bewußtsein erst ist es, welches eine solche Bewegung möglich macht. Eine geordnete planmäßige Bewegung ist nur möglich, wo ein klares Programm und eine festgegliederte Organisation vorhanden ist. Das Programm wurde der Partei in Hainfeld gegeben, die Organisationen wurden geschaffen durch den 1. Mai 1891. Eine Organisation nach der anderen entstand, und das ganze Reich bedeckte sich mit einem Netz von Vereinen. Die Bewegung war im Jahre 1893 schon so groß, daß man erwarten durfte, daß ein äußerer Anlaß genügen konnte, eine gewaltige Bewegung zu entfalten. Der äußere Anlaß kam, war der Sieg unserer belgischen Genossen im April 1893 — das war der Funke, der in das Pulverfaß flog. Schon am 1. Mai hatten in Galizien die Genossen eine Volksabstimmung eingeleitet, welche von einem für Galizien glänzenden Erfolg begleitet war. Auf eine Aufforderung der Parteivertretung, welche sofort die Nothwendigkeit erkannte, daß eine Bewegung in Szene gesetzt werden mußte, wurden im ganzen Reiche eine Unzahl von Versammlungen veranstaltet, und eine Statistik weist nach, daß vom 1. Mai bis 15. September nicht weniger als 438 Versammlungen lediglich mit der Tagesordnung „allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht" stattgefunden haben.

Wenn man bedenkt, daß die Bewegung gegen Ende Mai begonnen hat, so erstrecken sich die 438 Versammlungen blos auf Juni bis halben September. Von diesen Versammlungen waren 104 unter freiem Himmel. Von den 438 Versammlungen wurden 81 verboten und 10 aufgelöst, es fanden also mehr als 21 Prozent Rechtsvergewaltigungen statt.

In Budweis sind von neun Versammlungen sieben verboten worden, eine wurde aufgelöst und die letzte wurde nur deshalb erlaubt, weil der Bezirkshauptmann glaubte, der betreffende Einberufer sei ein Jungtscheche. (Heiterkeit.) Die bedeutendsten Versammlungen, darunter viele mit über 10.000 Menschen, fanden statt in Prag, Brünn und insbesondere in Wien. Es war von vornherein zu erwarten, daß die Bewegung nicht lange in der glatten Bahn fortlaufen würde,

und sie hat in der That in Prag und Brünn ihre Bluttaufe erhalten. Die Wirkung der Ereignisse in jenen Städten war sofort eine furchtbare Erbitterung in der ganzen Bevölkerung gegenüber der Polizei. Die Wirkung dieses Sieges war eine moralische Niederlage der Polizei. Es war die Aufgabe des Wiener Proletariats, aus dieser moralischen Niederlage der Polizei einen positiven Sieg des Proletariats herauszukonstruiren. Diese Aufgabe ist am 9. Juli glänzend gelöst worden.

Die Wirkung dieses Tages war nicht nur, daß die gesammte Presse sich mit der Wahlrechtsbewegung beschäftigte, sondern sogar Graf Taaffe hielt es für angezeigt, einen Vorschlag, betreffend die Errichtung der Arbeiterkammern, den Arbeitern zur Beruhigung zuzuwerfen. Die Arbeiter haben am 20. August auf diesen Vorschlag gepfiffen. Die Erregung wurde eine immer größere, und endlich scheint auch „oben" eine Erkenntniß gedämmert zu haben, und diese Erkenntniß hat sich geäußert in der Einbringung der Wahlreformvorlage des Grafen Taaffe. Die Vorlagen, welche Graf Taaffe während seiner 15jährigen Regierungsdauer eingebracht hatte, hatten alle bestanden in Vorschlägen, wie man das Proletariat unterdrücken könnte.

Die erste Vorlage, welche darin bestand, wie man dem Proletariat ein Recht geben könnte, hat genügt, um den Sturm des Parlaments heraufzubeschwören. Die letzte Ursache aber war, daß die Bourgeoisie sich bedroht fühlte durch diesen Antrag, nicht die Parteien, sondern die einzelnen Herren. Ich möchte beinahe sagen, daß die Dividenden den Grafen Taaffe gestürzt haben, nicht die politischen Erwägungen.

Die Koalition trat zusammen; in der Wahlreformdebatte, welche der Bildung der Koalition voranging, äußerte sich klar und deutlich der Charakter der Taaffe'schen Regierung, da erfrechten sich polnische Schlachzizen unter dem Schutze der Immunität das Proletariat zu beschimpfen (Pfui-Rufe), da leugneten die Abkömmlinge der 1848er-Revolution, Plener und Konsorten, jede demokratische Neigung, und mit zerschmetterndem Hohne faßte Graf Hohenwart die Situation in die Worte zusammen, „daß die Bürgerschaft ihre Interessen nicht besser wahren könne, als indem sie sich dem konservativen Prinzip anschließe".

Das war die Bilanz der Regierung Taaffe, die endgiltige Erziehung des Bürgerthums zur Reaktion. Nicht als ob ich glauben würde, das Bürgerthum wäre vor Taaffe weniger reaktionär gewesen".

Aber sein reaktionärer Charakter war verhüllt durch die sogenannten liberalen Errungenschaften, die Schulfreundlichkeit u. s. w. Alles das ging verloren im Augenblicke, als sie vor die entscheidende Frage gestellt wurden: Seid Ihr Freunde des Volkes oder nicht, seid Ihr oder seid Ihr nicht Freunde des bestehenden Unrechtes? Sie haben keinen Augenblick geschwankt, wie sie wählen sollen, sie haben sich als Feinde des Volkes, als Freunde des bestehenden Unrechtes erklärt und haben sich nicht gescheut, zur Konstatirung dieser Thatsache mit ihren geschworenen Feinden, selbst den Feinden ihres Schulprogrammes, der letzten Verbrämung, die sie aus ihrer liberalen Zeit bewahrt hatten, in die Koalition sich zu begeben. Und es war das Zusammentreten dieser Kolition ein zweiter Erfolg der Wahlrechtsbewegung. Sie hat den reaktionären Elementen die Maske vom Gesicht gerissen.

Jetzt kann es nicht mehr gelingen, uns zu betrügen. Uns? Davon kann gar keine Rede sein. Aber die indifferente Masse des Volkes. Trotzdem das Koalitionsministerium doch offenbar nichts Anderes ist als das Produkt des Wunsches der herrschenden Klassen, den Ansturm des Proletariats abzuwehren, trotzdem das Koalitionsministerium auf der Basis des Interessenschutzes der besitzenden Klassen aufgebaut ist, hatte das Ministerium die Stirn, bei seinem Amtsantritt zu sagen: Wir werden die Fürsorge für die arbeitenden Klassen zum

Prinzip machen, und ein zweites Prinzip wird Offenheit und Wahrheit sein. Wahrlich eine größere Lüge als diese „Offenheit und Wahrheit" ist noch nicht gesagt worden.

Es zeigte sich bald ein dritter Erfolg der Wahlrechtsbewegung. Das Ministerium hat erklärt: Wir sind zu Stande gekommen, um eine Wahlreform zu machen. Die Wahlreform ist unsere wichtigste Aufgabe, und wenn wir sie nicht lösen, so müssen wir gehen. Das Proletariat hatte damit etwas erreicht, was die katzenbuckelnden Herren im Parlamente nie erreicht haben. Ein Wunsch des Proletariats, mit nöthigem Nachdruck ausgesprochen, hat genügt, den Grafen Taaffe über die Wahlreform stürzen zu machen und auch jedes folgende Ministerium, welches nicht im Stande ist, die Wahlreform zu machen, über die Wahlreform stürzen zu lassen.

Was wäre näher gelegen, als daß das Proletariat, berauscht von seinem Erfolg, welchen es in der Wahlrechtsbewegung errungen hatte, beim Zusammentritt des Koalitionsministeriums gesagt hätte: Drauf und dran; jetzt ist das bestehende Wahlunrecht von autoritativer Stelle zugegeben worden; wir wollen unser Recht haben. Was wäre näher gelegen, als daß das Proletariat große Demonstrationen veranstaltet hätte? Das Proletariat hielt zurück in diesem Augenblicke, und es war nicht blos der Grund dafür maßgebend, den Gen. Dr. Adler angeführt hat, daß wir durch eine Demonstration uns zu Gunsten des Grafen Taaffe engagirt hätten, sondern auch die Erwägung, das Ministerium Windischgrätz befinde sich in größter Verlegenheit. Das äußerte sich schon darin, daß es die versprochene Wahlreform auf die lange Bank schieben wollte unter der Ausrede der statistischen Untersuchungen. Das Ministerium sollte eine Wahlreform machen, es fühlte aber daß es dazu nicht im Stande ist; es sollte ein Unrecht beseitigen, aber die koalirten Parteien verlangten, daß das bestehende Unrecht konservirt werde. Das war ein Widerspruch, aus dem herauszukommen dem größten Staatsmann nicht gelingen würde. Das Ministerium wußte, in welcher verzweifelten Lage es sich befand. In einer solchen Lage wäre dem Ministerium ein übereilter Schritt des Proletariats nur angenehm gewesen. Dann hätten sie sich aus der Verlegenheit geholfen. In diesem Augenblick war Zurückhaltung geboten. Das Proletariat wartete, bis ein Angriffspunkt von Seite des Ministeriums gegeben werde, es wartete auf die Wahlreform des Koalitionsministeriums. Diese ist nun gekommen. Das Ministerium hat lange gebraucht, bis es sich über diese Frage klar geworden ist. Das Ministerium hat diese Frage so gelöst, wie sie gewöhnlich gelöst wird, wenn man erst langwierige Untersuchungen zur Lösung solcher einfacher Fragen braucht. Die Lösung dieser Frage liegt nun vor in den leitenden Grundzügen einer Wahlreform, welche vom Koalitionsministerium veröffentlicht wurden. Vielleicht wären sie noch immer nicht veröffentlicht worden, wenn das Proletariat nicht gesagt hätte, jetzt haben wir lange genug gewartet. An dem Tage, an welchem in ganz Oesterreich unsere Versammlungen stattfanden, wurde das Kommuniqué veröffentlicht, das Ministerium sei mit den Grundzügen der Wahlreform fertig. Diese Grundzüge liegen nun vor. Wir sind gerade nicht verwöhnt, von den österreichischen Ministerien liebevoll behandelt zu werden und haben niemals besonderes Wohlwollen der herrschenden Klassen für uns erwartet. Aber was dieses Produkt einer fünfmonatlichen Untersuchung an Unverfrorenheit bietet, ist wahrlich noch nicht dagewesen.

Die Grundzüge der Regierungsvorlage bestehen darin, daß Alles, was bisher besteht, weiter bestehen soll, zweitens, daß eine Kurie geschaffen werde, in welche die Uebrigen hineinkommen sollen. Von den $4^1/_2$ Millionen Personen männlichen Geschlechtes über 24 Jahren sollen aber blos diejenigen wahlberechtigt werden, welche seit sechs Monaten in dem Wahlbezirk wohnhaft sind, ein öffentliches Obergymnasium u. dgl., eine gewerbliche Unterrichtsanstalt besucht haben, den einjährig-freiwilligen Militärdienst abgelegt haben oder mindestens zwei Jahre

ununterbrochen Mitglieder einer Krankenkasse sind oder seit zwei Jahren eine landesfürstliche Steuer entrichten. Nicht wahr, das Ministerium hat Wort gehalten, in jeder dieser Bestimmungen äußert sich seine „Fürsorge für die arbeitenden Klassen". (Sehr gut!) Das sind ja lauter Arbeiter, welche ein Obergymnasium besucht hatten oder Einjährig-Freiwillige waren (Heiterkeit) oder eine landesfürstliche Steuer entrichten. Der Abg. Baernreither hat verlangt, daß die einjährige Mitgliedschaft in einer Krankenkasse für die Ertheilung des Wahlrechtes genüge und er hat berechnet, daß dann 600.000 Arbeiter das Wahlrecht bekämen. Nach dem Regierungsvorschlage würden höchstens 300.000 Menschen das Wahlrecht erhalten. Nicht wahr, es ist wirklich eine „umfassende" Wahlreform, welche uns das Ministerium angeboten hat. Dieser Vorschlag ist geradezu ein blutiger Hohn für uns. Nach fünfmonatlichem Zögern, währenddem sie die Lasten des Volkes vermehren, die Wehrpflicht erweitern, den Ausnahmszustand über Prag verhängen, das Budget bewilligen, schlagen sie einen Entwurf vor, auf den wir, mit Respekt zu sagen, nur pfeifen können. Die anderthalb Millionen der heute Wahlberechtigten haben 353 Mandate, und die viereinhalb Millionen der bisher Ausgeschlossenen sollen 43 Mandate erhalten. (Gelächter.) Aber noch ein versteckter Gedanke liegt darin, der dem „offenen und wahren" Ministerium alle Ehre macht: Nur die bestsituirten Arbeiten bekämen das Wahlrecht; es soll da ein Unterschied zwischen bevorzugten und benachtheiligten Arbeitern, zwischen einer Arbeiteraristokratie und einem Arbeiterplebejerthum geschaffen werden; und deshalb auch müssen wir mit Verachtung diesen Regierungsvorschlag zurückweisen. (Beifall.) Das ganze Wahlrecht ist es uns nicht werth, daß wir in unsere Reihen Uneinigkeit bringen, geschweige denn ein solcher Wechselbalg von Wahlreform. Die Regierung, welche die Erbitterung des Volkes kennt, hat durch die Veröffentlichung des Entwurfes das Volk herausgefordert. Und wir werden auf diese Herausforderung die gebührende Antwort zu ertheilen wissen. (Lebhafter Beifall.)

Was sollen wir aber thun? Ueber den einen Punkt kann kein Zweifel sein: Dieser Vorschlag der Regierung darf nie und nimmer Gesetz werden. Wie sollen wir das verhindern? Ich komme da auf den Punkt, der Sie am lebhaftesten bewegt, zur Frage des Massenstreiks. Diese Frage ist in der Parteivertretung nicht erst in der Zeit des 20. August erwogen, sondern schon bei früherer Gelegenheit von Gen. Neumann angeregt worden. Es hat vor dem 20. August eine Sitzung der Parteivertretung stattgefunden, bei der Gen. Dr. Adler und ich nicht anwesend waren, und die Parteivertretung erklärte, sie halte den Massenstreik für ein geeignetes Mittel, um die Wahlrechtsbewegung zu einem bestimmten Ziele zu führen. Es wurde dabei nicht beschlossen, die Sache zu verkündigen, aber es stand jedem Mitglied der Parteivertretung frei, seine persönliche Meinung zu äußern. Gen. Neumann hat bei der Versammlung auf der Feuerwerkswiese den Gedanken des Generalstreiks angedeutet. Als ich dann zum Wort kam, stand ich noch ganz unter dem Einflusse des Züricher Kongresses und habe da die Worte von der „finanziellen Sicherung" des Generalstreiks gebraucht, die mir später übelgenommen wurden, und von denen ich zugebe, daß sie der wünschenswerthen Deutlichkeit entbehrt haben. Ich wollte die in Zürich zum Ausdruck gekommene Solidarität der internationalen Arbeiterschaft gerade in Bezug auf die österreichische Wahlrechtsbewegung hervorheben.

Nun, das Wort Generalstreik war in die Masse geworfen und der Diskussion überlassen. Die Parteivertretung konnte in dieser Frage nicht entscheiden, sie mußte die Entscheidung der ganzen Partei überlassen, was auch in dem Zirkular an die Landesorganisationen niedergelegt wurde. Die Reichs-Konferenz hat auch in dieser Beziehung den Beschluß gefaßt, den Punkt Generalstreik auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Darum sind die Vorwürfe von damals, und auch solche, die heute erhoben werden dürften, ungerecht.

Warum haben wir den Generalstreik in's Auge gefaßt? Weil er ein Mittel ist, das die Bourgeoisie am empfindlichsten trifft und sie dadurch zwingt, in von uns gewünschter Weise vorzugehen. Die Fabrikanten haben sich merkwürdigerweise dafür erklärt, es soll den Arbeitern das allgemeine und direkte Wahlrecht gegeben werden, weil sie hoffen, daß der Streik vom ökonomischen Gebiet auf das politische übertragen und die Arbeiter abgelenkt werden. Aber sie benützen den Einfluß nicht, den sie haben, ebenso wie sich die liberale Partei ihren Einfluß Stück für Stück aus der Hand winden ließ.

Bei einer so wichtigen Frage darf man aber nicht leidenschaftlich vorgehen, man muß sich von der kühlen Ueberlegung leiten lassen. Es ist kein Zweifel, daß der Generalstreik leicht zu Konflikten mit den Behörden führen kann. Aber das Vorgehen der Behörden ist nicht so einfach, diese müssen sich sehr genau überlegen, ob sie auf's Volk schießen lassen sollen. Am 9. Juli 1893 war ganz Wien militärisch besetzt, in den Kasernen die Garnison konsignirt, einzelne Lieutenants sagten beim Vertheilen der 20 Patronen zu den Soldaten, wenn es zum Schießen kommt, so müßt Ihr auf Kopf und Herz zielen (Pfui!) auf das Asphaltpflaster war Sand gestreut, es hätten ja die Kavalleriepferde stürzen können, alle Vorbereitungen waren getroffen. Wenn Graf Taaffe wollte, wäre ein Blutbad angerichtet worden. Aber man hat nichts gethan. Am 1. Mai 1890, wo man vor einer ganz neuen Thatsache stand, ist auch nichts geschehen. Warum? Ich will nicht sagen, daß man sich nicht getraut hat, aber die Behörden haben sich's überlegt; wenn geschossen wird, sind die Einzelnen todt, aber was dann kommt, können wir nicht wissen. (Sehr richtig!) Die Folgen eines solchen Vorgehens der Behörden sind unberechenbar, aber nur für sie selber. Die Revolution im Jahre 1848 ist auch nur wegen einer solchen Unüberlegtheit ausgebrochen, wegen des unzeitgemäßen Schießens in der Herrengasse. In dieser Hinsicht haben die Herren gelernt. Die Herrschenden müssen sich lange überlegen, bevor in brutaler Weise gegen ein Volk vorgegangen wird, von dem der Kaiser selber durch seine Unterschrift, das Ministerium durch die Einbringung der Wahlreform konstatirt haben, daß ihm gegenüber in Oesterreich ein Wahlunrecht besteht.

In gewissen Momenten sind sie aber gezwungen zu schießen, in Momenten der Verzweiflung, wo sie sich nicht anders helfen können. Darauf müssen wir Rücksicht nehmen bei einem Generalstreik, von dem Einzelne behaupten, daß er die Revolution selber wäre.

Von einem wirklichen Streik, bei dem kein Mensch arbeitet, ist keine Rede. Ich wiederhole die Worte Aveling's in Zürich: „wenn wir soweit wären, daß wir alle streiken könnten, dann würden wir etwas anderes thun als streiken, dann würden wir erst recht arbeiten, um mit einem Rucke den Kapitalismus entweder zum Himmel oder zur Hölle zu befördern". Dann wäre die Sache unser, dann brauchten wir nicht erst das Wahlrecht, dann hätten wir schon den sogenannten Zukunftsstaat.

Es kann sich blos um den Streik großer und für den Verkehr und die Produktion unmittelbar wichtiger Industriegruppen handeln. Es kann sich auch darum handeln, ob man nicht bei gewissen Betrieben die Pflicht auferlegt, nicht zu streiken, z. B. bei untergehenden Kleinbetrieben, wo es dem Unternehmer nur angenehm wäre.

Aber die wichtigsten Industriegruppen — Kohlenarbeiter, Verkehrsarbeiter, Gasarbeiter — kommen in dieser Frage des Massenstreikes in Betracht. Unter den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, wäre vielleicht noch das einer großartigen Demonstration zu erwähnen. Diese ist aber bei uns nach der Auffassung unserer Behörden etwas Ungesetzliches. Mit dem Massenstreik aber stehen wir von vornherein auf vollkommen legalem Boden; in der Wahlrechtsbewegung haben wir auf unserer Seite die Sympathien selbst von nicht ganz proletarischen Bevölkerungs-

klassen und der öffentlichen Meinung. Ferner haben wir bei einem Massenstreik die Möglichkeit, uns planmäßig vorzubereiten, zu organisiren, was bei einer Demonstration schwer oder ganz unmöglich ist. Von einzelnen Genossen wird betont, daß das Wahlrecht verbunden werden müsse mit dem Achtstundentag. In eine ausführliche Polemik gegen diese Ansicht will ich mich nicht einlassen; aber es ist zu bedenken, daß wir durch eine derartige Verquickung den lebhaften Widerspruch der Fabrikanten hervorrufen, welche sofort zu rechnen anfangen, wenn es sich um ihre materiellen Interessen handelt, während sie das Wahlrecht keinen Kreuzer kostet.

Die Situation steht so: Wir haben keine weite Alternative vor uns in Folge der Einbringung der Wahlreformvorlage des Koalitionsministeriums. Wir befinden uns in einer Zwangslage: Wenn wir hier zurückweichen, oder auch nur still stehen, so sind wir eine geschlagene Partei, nicht für den Moment allein, sondern für Jahre hinaus geschlagen. (Beifall.) Wir verlieren das Vertrauen der Parteigenossen; wir haben eine Anzahl von Indifferenten erobert, welche sofort abfallen würden, wenn wir uns feige oder auch nur unentschlossen zeigen. Wer im entscheidenden Momente nicht zu handeln versteht, der gibt sich geschlagen. Wir müssen daher eine Action beschließen, welche es unmöglich macht, daß diese Vorlage Gesetz wird.

Wir können nicht heute durch eine Resolution beschließen: Morgen beginnen wir den Massenstreik. Es kann sich nur darum handeln, daß die Bewegung fortgeführt wird im Sinne einer Organisation des Generalstreiks, welche im gegebenen Augenblick bei Erfüllung gewisser Bedingungen uns ermöglicht, in den Streik einzutreten. Ich bitte Sie, bei Berathung dieser Frage alle Leidenschaft zurückzudrängen. Nicht an Ihre Unerschrockenheit, nicht an Ihren Muth appellire ich, nicht an Ihre Empörung über die Rechtsvergewaltigung: das Interesse der Partei soll einzig und allein vor Ihrem Auge stehen. Die Wahlrechtsbewegung — wenn auch nicht das Wahlrecht selbst — ist durch und durch sozialdemokratisch, sie ist eine massenaufwühlende, massenerziehende, befreiende Bewegung, sie gipfelt in dem Sinne: Nieder mit diesem ganzen System, fort mit diesem System der Heuchelei und der Lüge, der Vergewaltigung auf allen Gebieten. Diese Wahlrechtsbewegung ist eine revolutionäre Bewegung und, Genossen, ich wünsche, daß revolutionäres Denken bei dieser Berathung ausschlaggebend sei. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Krejci will sich nicht mit der theoretischen, sondern nur mit der praktischen Seite der Frage befassen. Die tschechischen Genossen haben schon genug an den Versammlungen und Reden, ihre Geduld ist erschöpft. Sie sind der Ansicht, daß wir unser Recht erkämpfen müssen, daß ganz entschieden zum Massenstreik gegriffen werden soll. (Bravo!) Wie soll nun der Streik in Angriff genommen werden? Es hat sich der Budweiser tschechische Parteitag mit dieser Frage befaßt. Da haben die Vertreter der Bergarbeiter erklärt, daß sie für den Massenstreik nur dann zu haben sind, wenn ihre Forderung bezüglich des Achtstundentages berücksichtigt wird. Gen. Krejci meint, wir sollen in dieser Frage den Genossen Bergarbeitern entgegenkommen. Denn wenn Jemand im Stande ist, in Oesterreich den Achtstundentag zu erringen, so wären es einzig und allein die Bergarbeiter. Thatsächlich besteht der Achtstundentag in vielen Betrieben. Wenn wir sie unterstützen in der Forderung des Achtstundentages, werden sie für das Wahlrecht eintreten. Was die Forderung der industriellen Arbeiter nach dem Achtstundentag anbelangt, so ist diese Frage noch nicht reif genug. Die tschechischen Genossen sind für den Massenstreik, für das allgemeine Wahlrecht und verlangen die Konzession für die Bergarbeiter, daß die gesammte Arbeiterschaft ihre Forderung bezüglich des Achtstundentages unterstütze.

Gen. Hueber: Werthe Genossen! Es handelt sich hier beim Generalstreik nicht nur um die Beschlüsse des Parteitages, für welche Forderung der General-

streik organisirt werden soll, sondern es ist auch für die Partei eine große Frage, und zwar die Frage der Zersplitterung oder Einheit der Partei, und von diesem Standpunkte werde ich die Anklagen, die ich beim ersten Punkte gegen die Parteileitung nicht vorbringen konnte, bei diesem Punkte vorbringen, bei der Frage: die Taktik der Parteileitung. Wenn wir zurückblicken auf das vorige Jahre, den 1. Mai, da wird sich Jeder, der gesehen und gehört hat, der mitmarschirt ist, gesagt haben, die Geduld in dieser Frage ist bei der österreichischen Arbeiterschaft zu Ende. Und als der 1. Mai vorüber war, und ich bitte, mich auch nicht als Lokalpatrioten anzuschauen, ist es eigenthümlich, wie die Wahlrechtsbewegung eigentlich in Fluß gerathen ist. Ich will nur darauf hinweisen, daß, obwohl die Parteivertretung Zirkuläre versendet hat, wo eine energische Agitation in allen Theilen des Reiches für die Wahlrechtsbewegung verlangt wurde, dies mir vom Wiener Standpunkt nicht richtig zu sein scheint; gerade durch ein Mitglied der Parteivertretung ist auf Umwegen eine schärfere, eine publizistische Aeußerung in einem Blatte Niederösterreichs erfolgt, wo darauf gedrungen wurde, daß man endlich nach den Erfolgen des 1. Mai nicht mehr ruhen und rasten darf. In dieser Sitzung wurde dieser Genosse angegriffen, weil er auf eigene Faust ein Manifest für das allgemeine Wahlrecht veröffentlicht hat. Aber die weitere Folge der Wahlrechtsbewegung hat mich überzeugt, daß der Genosse eigentlich recht gehandelt hat. Als wir nach dem 9. Juli in Wien und später Versammlungen abhielten, als thatsächlich auf der Feuerwerkswiese das Wort Generalstreik, und zwar aus der Masse heraus gesprochen wurde, fühlte jeder Genosse in Oesterreich die Richtigkeit dieses Wortes.

Es ist hier erklärt worden, daß das Zirkulär bezüglich der Diskussion des Generalstreiks nach dem 20. August an die sämmtlichen Landesorganisationen versendet wurden. In der niederösterreichischen Landesorganisation habe ich als Bezirksvertreter nichts erhalten. Der zweite Vertreter hat erklärt, daß er etwas ungeschickt gesagt hätte, was auf dem Züricher Kongresse gesprochen worden. Wir wußten, daß die anderen Länder, wenn es auch nicht auf dem Züricher Kongreß beschlossen worden wäre, uns in unserer Wahlrechtsbewegung unterstützen würden.

Das österreichische Proletariat und die Sozialdemokratie in Oesterreich ist so weit klassenbewußt, daß Oesterreich auf eigenen Füßen eine Aktion einleiten kann, die nothwendig ist nach österreichischen Verhältnissen und im Interesse des Proletariats und im Interesse der Partei als internationaler Partei.

Es kam der verhängnißvolle 10. Oktober, verhängnißvoll nicht nur für den Grafen Taaffe, sondern auch für die bisherige Führung der Partei. Am 9. Oktober, am Vorabende jenes Tages, wurde in allen Versammlungen besprochen: Wenn man nicht hören will da drin, so werden wir belgisch sprechen. Belgisch ist gesprochen worden bis zum 10. Oktober. Ob auch dann die Ansicht nach dem 10. Oktober bei unseren leitenden Parteimännern war, ist eine andere Ansicht.

Gen. Adler hat gesagt, es wäre ein Fehler gewesen, in dem Momente, wo Taaffe gegangen war, etwas zu thun, weil wir der Gefahr ausgesetzt gewesen wären, für eine Regierungspartei gehalten zu werden.

Das ist eine politische Konstellation, die ja eine individuelle Meinung sein kann, ebenso auch die gegentheilige Meinung. Hier hat es sich nicht darum gehandelt, als Regierungspartei zu gelten oder sich davor zu fürchten, es stand eine Forderung unseres Programms auf dem Tisch des Hauses. Und diese Forderung war bereits von der Krone anerkannt, es war anerkannt, daß wir von den politischen Rechten ausgeschlossen sind. In diesem Momente hatte die österreichische Arbeiterschaft nicht zu fürchten, daß wir Regierungspartei werden, sondern in diesem Momente hatten wir für die Forderung unseres Programms einzutreten und dies ist das Wahlrecht. In Wien haben wir eine Kraft — ich will nicht persönlich werden, aber ich bekämpfe diese Kraft — die große Wirkung in der Masse hervor-

bringt, dies ist Dr. Adler. Ich erinnere an die Agitation für den § 23 des Preßgesetzes. Damals hat man in Hernals erklärt, wenn die Herren im Parlamente nicht nachgeben wollen, wenn sie die Stimme des Volkes nicht hören wollen, so kann es ihnen passiren, daß man eines schönen Tages so kommt, wie im Jahre 1869.

Dies war ein Fingerzeig gegen das Parlament. Doch derselbe Redner, der beim „Klein" dies gesagt hat, hat im Saale hier erklärt: „Aber Genossen! Ein Ausmarsch, eine Demonstration vor dem Parlamente kostet nur 200 berittene Polizisten und ein Bataillon Soldaten, und unsere Demonstration ist zu Ende." Ich halte dies für einen Fehler; entweder sagt man das Eine nicht oder das Andere nicht. (Sehr richtig!) Wenn man aber das Eine sagt, dann soll man auch konsequent bleiben, nicht aber, wenn man einmal entflammt hat und die Flamme hoch geht, mit der Spritze kommen, die nicht im Stande ist, die Flamme zu löschen.

Deshalb sind wir in Wien unzufrieden; wir sind unzufrieden vom 10. Oktober bis zum heutigen Tag in allen Fragen, welche wir ernstlich besprechen. Ich freue mich, endlich die Gelegenheit gefunden und den Parteitag vor mir zu haben; endlich kann ich reden und offen meine Meinung sagen, endlich kann ich die Meinung meiner Genossen vertreten und meine Genossen aufmerksam machen auf die Gefahren, die sich ergeben, auch nach den Beschlüssen des Parteitages. Wir alle hier sind überzeugte Sozialdemokraten mit Leib und Seele, und werden es auch bleiben. Aber in gewissen Fragen, wenn Sie sie beschließen, sind wir nicht einig, und ich würde gezwungen sein, den Parteitag zu verlassen.

Es hat die Parteileitung ein Zirkular versandt, es möge der Generalstreik diskutirt werden. Es ist berichtet worden, daß die Landesausschüsse dieses Zirkular erhalten haben. Nach dem 10. Oktober ist eine unheimliche Ruhe eingetreten, und wir haben nichts gemacht. Es ist gelegentlich einer Volksversammlung über die Landwehrnovelle ein Protest gegen diese Novelle veranstaltet worden, nachdem bereits diese Novelle vom Parlamente angenommen wurde. Ich gebe zu, daß die Novelle angenommen worden wäre, auch wenn die Protestversammlung früher stattgefunden hätte. Ich glaube aber, daß gerade die Einbringung der Landwehrnovelle Graf Taaffe veranlaßt hat, sich mit dem Wahlrecht zu befassen, und von der Krone die Sanktion für seine Wahlreform zu verlangen. Aber in der Frage der Landwehrnovelle ist nichts gethan worden.

Gen. Adler hat gestern gesagt, wir mußten warten, was dieses Ministerium geben will. Für mich war Alles von vorneherein klar. Als im Parlamente die drei Männer aufgetreten sind und der Stadnicki, da war es klar, daß diese Leute nichts geben werden. Wir brauchten nicht die Erklärung des Windischgrätz abzuwarten, die Erklärung war gegeben durch den Sturz des Taaffe.

Die Parteileitung hat aber die Erklärung abgewartet. Man hat zwar darin gesagt, daß man das Wahlrecht geben werde, aber auch, daß man gegen die friedenstörenden Elemente vorgehen werde, und darunter sind wir gemeint, nicht die Jungtschechen oder Antisemiten. Und was ist dann geschehen? Der Referent hat gesagt, daß man uns einen Faustschlag in's Gesicht gegeben hat, und wir haben diesen Faustschlag ruhig eingesteckt unter der Führung der bisherigen Parteileitung. (Sehr richtig!) Heute will man diesen Faustschlag pariren.

Es wäre Pflicht gewesen, nachdem das Ministerium Taaffe gegangen und man wußte, daß die Koalition zu Stande kommen werde, sofort einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, um die Ansicht der Genossen einzuholen.

Aber man hat sogar die Diskussion über den Generalstreik unterdrücken wollen. (Widerspruch.) Ich bitte, das war in der Wiener Lokalorganisation, als ich gegen die Resolution in der Protestversammlung aufgetreten bin und erklärt habe, daß es in dieser Frage kein Resolutioniren mehr gibt, sondern wir zur That schreiten mögen.

Man hat mich in der Lokalorganisation deshalb zur Verantwortung gezogen. Man hat dann vom Lokalausschuß von Wien den Antrag eingebracht, daß die Diskussion über den Generalstreik öffentlich verboten werde. Da bekommt man ein anderes Bild von dem, was die Parteivertretung verrichtet hat. Den Landesorganisationen schickt man eine Aufforderung zur Diskussion des Generalstreiks, und in Wien wird die Diskussion hintertrieben. Deshalb hat ein Häuflein Genossen der Diskussion über den Generalstreik in allen Versammlungen in Wien Eingang verschafft. Als Genosse Adler vom Lande nach Wien zurückkam, wurde thatsächlich nichts mehr vom Generalstreik gesprochen. (Oho-Rufe.) Erst auf unsere Agitation hin wurde davon geredet. Als Taaffe ging, erschien im „Vorwärts" eine Notiz, die böses Blut in Oesterreich gemacht hat. Das war hofmeisterisch, man wollte gerade bei der Frage des Generalstreiks einen Druck auf uns ausüben. Der Artikelschreiber des „Vorwärts" möge erst Oesterreich bereisen und die Gesinnungen der Arbeiter, die Unterdrückung der Arbeiter in ökonomischer und politischer Beziehung kennen lernen, und dann möge er über Oesterreich schreiben. Man schrieb dort, daß wir noch nicht so weit sind, um einen Sieg zu erringen. Auf einen Sieg können ebensowenig auch die Deutschen rechnen; aber in der 1. Mai-Frage würden wir uns schon mit den Deutschen messen können. Mögen sie uns das erst nachmachen und dann uns hofmeistern. Also — nach dem Sturze des Grafen Taaffe wurde der Generalstreik mit Elementargewalt in allen möglichen Orten besprochen. Durch diese Diskussion ist auch die Denkweise der Arbeiter eine andere geworden. Die belgischen Arbeiter haben den Generalstreik für das Wahlrecht in Szene gesetzt, aber bis heute haben sie das Wahlrecht noch nicht. Da hat man sich gefragt, ob es gut wäre, in Oesterreich in einen Generalstreik einzutreten, und zwar nur mit der einzigen Forderung des allgemeinen Wahlrechtes. Und da hat die Diskussion von großen Organisationen und verschiedenen Volksversammlungen ergeben, daß man in Oesterreich in einen Generalstreik für ein politisches Recht nicht eintreten darf, ohne daß eine ökonomische Forderung hinzugesetzt werde. Man hat in Wien von der Tribüne höhnisch gelächelt, daß wir zugleich den Achtstundentag hinzusetzen, ihn verquicken, oder wie man höhnisch sagte, verquacken wollen. Ist der Achtstundentag nicht gerade so eine Forderung des Proletariats wie das Wahlrecht? Ist er nicht vielleicht von noch größerem Interesse, wenn es möglich ist, ihn zu erringen? Deshalb ist die Diskussion weitergeführt worden, und ich bin beauftragt, in einen Generalstreik nicht leichtsinnig einzutreten, zum mindesten zu fordern, daß der Achtstundentag mit eingeflochten wird. (Beifall.)

Diese Frage ist hier in Wien oft diskutirt worden, wir haben hier drei Strömungen. Die eine will überhaupt nichts vom Generalstreik, die wollen ruhig sitzen bleiben und nur hie und da hervortreten. Eine andere Strömung will den Streik für das allgemeine Wahlrecht, weil es leicht zu erringen ist. Aber das ist eine Frage, über die sich streiten läßt. Die dritte ist die von mir vertretene.

Bebel wünschte, daß wir immer vorwärts gehen. Dieses Wort halten wir aufrecht; aber in Oesterreich ist man stehen geblieben, und stehen bleiben heißt in unserer Partei rückwärts gehen. Dagegen protestiren wir. Wenn wir den Generalstreik nur für das allgemeine Wahlrecht beschließen, so werden nicht nur die Bergarbeiter, sondern auch eine große Menge industrieller Arbeiter von unserer Organisation abfallen. Haben sich ja alle die letzten Streiks, welche verloren gegangen sind, in denen Organisationen zertrümmert wurden und große Mittel zu Grunde gegangen sind, dagegen gewendet, daß die Arbeiterschutzgesetze mit Spott und Hohn von der herrschenden Klasse mit Füßen getreten werden. Darum ist die Forderung berechtigt, beim Generalstreik auch den Achtstundentag zu verquicken.

Man möge nicht die Sozialdemokratie einzig und allein in einen politischen

Dusel versetzen, um auf die anderen Forderungen der Sozialdemokratie zu vergessen.

Es ist nicht gut, wenn wir den indifferenten Massen allein den Stimmzettel in die Hand zu drücken versuchen, es wird auch nöthig sein, daß sie von ihrer Arbeit auch einen Guldenzettel mehr haben. Das wird von mehr Wirkung sein.

Der Referent Gen. Ellenbogen hat uns als Referat geliefert, was man sonst in Volksversammlungen in Form einer Rede vorbringt, für unsere Debatte hat er jedoch keine eigentliche Richtschnur geliefert. Er hat uns die politischen Alluren unserer Gegner geschildert, aber keinen Vorschlag gemacht, wie wir vorzugehen haben, um nicht in eine Sackgasse zu gelangen, wo wir geschlagen werden müssen. Er hat verlangt, daß hier nicht demagogisch gesprochen werden soll. Ich protestire, daß, wenn hier Jemand auf Grund des Hainfelder Programms seine sozialdemokratischen Gefühle zum Ausdrucke bringt, er in den Verdacht gebracht wird, er spreche demagogisch. Bei uns gibt es Niemand, der demagogisch spricht.

Der Referent meint, daß uns großartige Demonstrationen nichts mehr nützen. Gen. Bernstein sagt in der „Neuen Zeit": „Es gibt gewisse Momente, wo eine Parteileitung und insbesondere die Sozialdemokratie Erfolge erzielen kann, wenn sie nur versteht, das Richtige zu treffen." Das habe ich bei der Parteileitung bisher vermißt und deshalb mißtraue ich ihr. Ich sage offen heraus, wie ich es mir gedacht habe; ich habe geglaubt, daß an uns Verrath geübt wurde. (Widerspruch.) Ich scheue trotz des Widerspruches nicht zurück, zu sagen, die Zurückhaltung nach den großen Massenversammlungen war nicht am Platze.

Das Ministerium Taaffe ist gestolpert und das jetzige Ministerium würde über die Verquickung des Wahlrechtes und des Achtstundentages ebenso stolpern. Aus diesen Gründen bin ich für den Generalstreik zur Erreichung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes und des Achtstundentages. Wird dieser Antrag nicht angenommen, so müßten wir daraus die Konsequenzen ziehen. (Beifall und Widerspruch.)

Vorsitzender: Es wäre dies ein ganz ungerechtfertigtes Vorgehen, wenn Sie den Saal verlassen wollten; wir haben uns hier gegenseitig auszusprechen und den Beschlüssen der Majorität zu fügen; denn sonst brauchten wir ja gar nicht zusammenzukommen. (Lebhafte Zustimmung.)

Gen. Dr. Ingwer (Brünn) weist von Neuem auf die Wichtigkeit des Generalstreiks hin. Redner polemisirt gegen Hueber und erklärt, es sei absolut unmöglich, unter den gegenwärtigen Verhältnissen den Achtstundentag zu realisiren. Sie wissen ja, mit welchen Schwierigkeiten der Elfstundentag erkämpft wurde und es wäre ein ganz unerhörtes Ereigniß, vom Elfstundentag auf den Achtstundentag überzugehen. Auch Karl Marx hat die Erringung der Zehnstundenbill in England als ein ganz bedeutendes Ereigniß bezeichnet. Es ist unsere Pflicht, nur für Dasjenige einen Generalstreik zu inszeniren, was realisirbar ist. Wir haben ja auch noch andere Forderungen auf unserem Programm, warum hat Gen. Hueber nicht verlangt, daß wir für diese in den Generalstreik treten? Redner vertheidigt die Parteileitung gegen den Vorwurf, daß sie nicht revolutionär gesinnt sei, weil sie den Generalstreik nicht für den Achtstundentag gefordert habe. Der einzige Vorwurf, der der Parteileitung gemacht werden kann, ist der, daß sie in der Zeit nach dem 10. Oktober nicht einen Parteitag einberufen hat, um über die nöthigen Schritte zu berathen. Daß die Parteileitung hier nicht selbstständig vorgehen konnte, ist selbstverständlich. Das wäre eine Kompetenzüberschreitung gewesen.

Redner ist nicht der Ansicht, daß gegenwärtig ein Massenstreik inszenirt werden kann; das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht könne nur im Wege einer allmäligen und langsamen Entwicklung errungen werden. (Oho-Rufe.)

Alles, was geschehen kann, ist, den Massenstreik vorzubereiten und uns vorzubehalten, zu welchem Zwecke wir den Massenstreik in Szene setzen, wenn er möglich geworden ist.

Wir können den Kampf nicht mehr in der Weise fortsetzen wie bisher. Zur Erreichung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes werden wir gelangen auch ohne Inszenirung des Massenstreiks. Wenn, wie Gen. Ellenbogen sagt, die Fabrikanten nicht gegen das Wahlrecht sind, was soll der Streik bedeuten, der doch gegen die Fabrikanten gerichtet sein soll? Wir haben genug gethan, wenn wir beschließen, daß der Massenstreik zu inszeniren ist, ob er für das Wahlrecht oder auch noch eine andere Forderung ausbrechen soll, darüber können wir immer noch später entscheiden. Der Massenstreik muß vorbereitet werden, wir müssen uns aber noch vorbehalten, zu welchem Zweck wir den Massenstreik durchführen wollen. (Beifall.)

Gen. Bauer (XI. Bezirk) bemerkt, von seinem Bezirke beauftragt zu sein, gegen den Generalstreik Stellung zu nehmen. Die gewalthabenden Faktoren werden keine Mittel zur Unterdrückung des Proletariats unversucht lassen. Die Organisation zum Generalstreik möge getroffen werden, aber außerhalb der Organisation ist die Frage des Generalstreiks noch viel zu wenig erörtert. Man möge die Frage des Generalstreiks auf den nächsten Parteitag verschieben. (Sehr richtig!

Gen. Brügel (XIX. Bezirk) erklärt im Namen des Bezirkes, daß durch den Generalstreik auch für den Achtstundentag zu Gunsten der Bergarbeiter gekämpft werde. (Bravo!)

Gen. Hackel (Steyr) erklärt im Namen der Genossen, für den Generalstreik eintreten zu wollen, wenn sich auch die Lebensmittel-, Verkehrs- und Industrie-Arbeiter anschließen, weil sonst eine Niederlage zu befürchten sei. Die Genossen wünschen, daß der Generalstreik auch für den Achtstundentag inszenirt werde.

Gen. Lausmann (Eibenberg, Erzgebirge) erklärt im Namen seiner Genossen für den Generalstreik zur Erkämpfung des Wahlrechtes zu stimmen, doch könnten sich seine Genossen wegen der Lage ihres Bezirkes dem Streik nicht anschließen.

Gen. Köhler (Haindorf, Böhmen) begrüßt den Kampf für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. „Wir sind mit der Idee des Generalstreiks einverstanden (Sehr gut!), die Forderung des Achtstundentages steht erst auf dem zweiten Platze. Die Genossen vom äußersten Norden Böhmens sind bereit, Alles für ihre Genossen zu opfern (Bravo!), aber jetzt wären diese Opfer umsonst. Redner räth, zuerst in den Kampf um das Wahlrecht und dann erst für den Achtstundentag einzutreten. (Beifall.)

Zingr (Mährisch-Ostrau): Es ist nothwendig zu wissen, wie es mit den Organisationen steht, worauf wir bauen können, dann können wir wissen, ob wir für den allgemeinen Streik eintreten dürfen. Ich vertrete Mährisch-Ostrau, das Königreich Rothschild. Dort herrscht heute noch die Knute und ein Ingenieur kann sich erlauben, die Arbeiter zu ohrfeigen und ihnen sogar ein Stück Kohle in's Gesicht zu werfen. Die Organisation ist noch jung, aber im Aufblühen begriffen; der seit fünf Monaten bestehende Fachverein zählt 1200 Mitglieder. (Bravo.) Ich kann heute nicht für den Streik meine Stimme geben, noch dagegen. Ihr werdet wissen, was Ihr zu thun habt. Wir werden solidarisch sein mit der Partei.

Mudra (Libusin), als Delegirter der Bergarbeiter, erklärt, daß diese prinzipiell für das Wahlrecht sind, aber sie knüpfen daran die Bedingung, daß auch gleichzeitig der Achtstundentag angestrebt werde. Wenn wir das Wahlrecht anstreben, so wird es durch die bloße Forderung nicht durchgeführt werden; wir müssen es durch unsere Macht erkämpfen. Bei den nächsten Punkten werden die

Bergarbeiter bekannt geben, wofür sie die Hilfe der Partei verlangen, wenn sie für das Wahlrecht eintreten. Redner meint, daß der Generalstreik vorbereitet werden müsse und daß es Zeit bedarf, ehe man dazu greifen kann.

Gen. Wagner (Brüx) berichtet namens der Bergarbeiter, die Bergarbeiter können nicht für den Generalstreik für's Wahlrecht gewonnen werden, wenn nicht vom Parteitag bindende Versprechungen gemacht werden, daß ihre ökonomischen Forderungen berücksichtigt und unterstützt werden.

Gen. Schott (Falkenau): Ich kann konstatiren, daß die westböhmische Bergarbeiterschaft in der Organisation so weit ist, um in den Generalstreik einzutreten. Jedoch müßte ihre materielle Lage verbessert werden, es müßte die Bruderladenreform und dann der Achtstundentag durchgesetzt werden. Wir stellen die Bitte an den Parteitag, daß ein Einfluß auf das Parlament zur Durchführung der Bruderladenreform ausgeübt werde. Wenn unsere Bergarbeiter den Achtstundentag und die Bruderladenreform gewährt sehen, werden sie nicht einen Schritt zurückweichen, bis das Wahlrecht erkämpft ist.

Gen. Neumann (Wien): Der schwerwiegendste Anwurf gegen die Parteivertretung war, daß sie zur Zeit, als Taaffe seine Wahlreform vorlegte, nicht eine Bewegung inszenirt habe. Die Parteivertretung stand im ersten Moment auf dem Standpunkte, daß damals eine eminente Gefahr für die Partei vorhanden gewesen wäre, wenn wir eingetreten wären für die Wahlreform des Grafen Taaffe — es wäre dem Ministerium des Grafen Taaffe sehr angenehm gewesen, wenn wir diesen taktischen Fehler begangen hätten — wenn wir durch das Eintreten für einen Taaffe'schen Entwurf die Parteiprinzipien verlassen hätten. Daher mußte abgewartet werden, welche Haltung das Parlament dieser Frage gegenüber einnehmen wird. Ein Zirkulär wurde an die Landesorganisationen verschickt. Daß Gen. Hueber es nicht gelesen hat, ist nicht unsere Schuld. Wir können nicht die Zirkulare an einzelne Persönlichkeiten versenden, sondern nur an die Landesorganisationen, welche sich darüber zu äußern hatten. Gen. Hueber hat auch geäußert, daß er uns sogar im Verdacht hatte, daß wir die Partei verrathen. Dem gegenüber glaube ich, wenn man hier droht, es werde eine Zersplitterung in der Partei geben, wenn wir nicht den Achtstundentag und das Wahlrecht verquicken, daß das Parteiverrath ist. (Beifall und Widerspruch.) Es ist eine gefährliche Sache, wenn gerade die Leute, die durch ihre demagogische Weise Parteiverrath üben, anderen Leuten Parteiverrath vorwerfen. (Großer Lärm und Zwischenrufe.)

Gen. Hueber: Das lass' ich mir nicht sagen. Der Vorsitzende muß das rügen!

Vorsitzender Zeller ersucht, die Redefreiheit voll zu wahren und Jeden seine Meinung aussprechen zu lassen, wie er sie aussprechen will. Daran wird sich Niemand hindern lassen, wenn ich ihn auch hindern wollte. Daher bitte ich, Zwischenrufe zu unterlassen.

Gen. Hueber: Verleumden lasse ich mich nicht!

Gen. Neumann: Ich weiß nicht, auf welcher Seite die Verleumdung liegt, das werden meine Ausführungen zeigen. Hueber ist nicht im Klaren über die Verhältnisse, welche vor Aussendung des Zirkulärs herrschten. Wir waren überzeugt, daß die Wahlreform nicht so bald durchgeführt wird. Wir waren überrascht, als die Regierung am 10. Oktober 1893 mit der Vorlage kam. Im Zirkular, in dem wir eine Aktion der Genossen für die Wahlreform fordern, sagen wir: Wir glauben nicht, daß es zu einem Massenstreik kommen wird, wir glauben, daß die sehr ernsten Vorbereitungen dahin führen werden, daß von der Regierung eine Aeußerung in dieser Beziehung geschieht. Wenn dies der Fall ist, so werden wir unsere Taktik entsprechend ändern. Unsere Haltung haben wir vorausgesagt, ist es da Verrath, wenn wir an unserem Beschlusse festhalten? (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist nicht wahr, daß Dr. Adler sich abfällig über den Massenstreik äußerte und es seither ruhig geworden ist. Es wurde weiter gesprochen, aber nicht so, wie Sie es gewünscht haben, und das werfen Sie uns vor. Mit dem Schlagworte Generalstreik allein läßt sich kein Hund vom Ofen locken.

Wir sagten nur, wir müssen unsere Kräfte sichten und ordnen, die Haltung eruiren, die die Partei gegenüber der Vorlage einnimmt. Deshalb hat die Parteivertretung die Reichs-Konferenz einberufen, welche beschlossen hat, diese Frage auf die Tagesordnung des zu Ostern 1894 einzuberufenden Parteitages — es wurde also ein Termin genau festgesetzt — zu stellen.

Die bisherigen Erfahrungen haben ergeben, daß es bezüglich der Organisation noch traurig aussieht. Wir wissen auch, warum unsere Organisation in Oesterreich noch zurück ist, weil die Mittel fehlen, die Kosten der Organisation zu bestreiten und auch die gesetzlichen Bestimmungen als Grundlage der Organisation fehlen. Dazu kommt, daß der Erfolg dieser Massenbewegung bald entschieden sein muß und diese Bewegung nicht auf eine längere Zeit ausgedehnt werden kann. Darum kann der Massenstreik nur um ein politisches Recht, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, inszenirt werden. Für ökonomische Forderungen werden wir ohnedies stets eintreten und es ist das Eintreten für das allgemeine Wahlrecht ein wichtiges Förderungsmittel, die ökonomische Lage der Arbeiter zu verbessern.

Ein großer Theil der Parteivertretung ist der Ansicht, daß trotz der mangelhaften Organisation der Massenstreik in absehbarer Zeit durchgeführt werden kann.

Gen. Ingwer meint freilich, es müßte etwas geschehen, Massenstreik nicht, aber eine Demonstration. Er meint, eine Demonstration nach dem Feierabend, wo nichts zu arbeiten ist. Eine Massendemonstration ist aber gleichbedeutend mit einem Massenstreik. Eine Demonstration ist nur wirksam, wenn sie zu einer Zeit, wo gearbeitet wird, inszenirt wird. Wir müssen also eine bestimmte Haltung einnehmen.

Es geht nicht an, daß diese Frage verschoben wird, und da stehen wir auf dem Standpunkte Derjenigen, welche glauben, uns durch maßlose Angriffe treiben zu müssen. Auch wir wollen vorwärts kommen, wir trachten schon seit den Sechziger-Jahren darnach. Nicht Sie sind es, die uns treiben, wir werden getrieben durch die Haltung der gegenwärtigen Regierung und durch die letzte Reformvorlage.

Ich will nun meine spezielle Ansicht äußern, die ich in der Parteivertretung noch nicht geäußert habe. Ich denke, daß wir hier den Beschluß fassen, daß die nächsten allgemeinen Wahlen nicht mehr unter dem gegenwärtigen Wahlsystem stattfinden dürfen; wir müssen gewappnet sein, in diesem Momente mit einem Massenstreik in die Wahlbewegung einzutreten. Ich glaube, daß wir auf diesem Wege zur Seite haben werden einen Theil der Bergarbeiter und einen Theil der industriellen Arbeiter. Wenn nun diese große und imposante Bewegung hineinfällt in eine Zeit, wo die politischen Wellen hoch gehen, in die Zeit der allgemeinen Wahlen, so können Sie versichert sein, daß wir in der That einen Erfolg haben werden. Diesen Gedanken bitte ich zum Beschlusse zu erheben. Dies bedingt eine Wartezeit bis zum Jahre 1896; aber bis dahin soll die Bewegung nicht stille stehen; ich will, daß eine mächtige Bewegung in allen Landestheilen in's Leben gerufen wird, und daß wir am Sonntag Vormittag unter freiem Himmel, auf der Feuerwerkswiese, eine große Versammlung abhalten (Bravo!), von der aus der Anstoß für alle Theile des Reiches gegeben wird und in der wir unsere Stellung gegenüber der Haltung der Regierung genau präzisiren.

Ich glaube, daß Diejenigen, die sagen, es gehe dieser Massenstreik nur in Verbindung mit der ökonomischen Forderung nach dem Achtstundentag an, wenn sie die Sache genauer überlegen, diesen Gedanken aus sehr einfachen Gründen aufgeben würden. Wenn man selbst schwach ist und kämpft, so muß man trachten, daß der Gegner so viel als möglich geschwächt wird. Geschwächt wird der Gegner,

wenn wir einzig und allein die politische Forderung stellen. Es ist nicht ganz richtig, daß die Ertheilung des Wahlrechtes den Fabrikanten nichts kostet. Aber Sie dürfen nicht vergessen, daß momentan der Schaden kein so großer ist, aber daß der Schaden da ist, wenn Sie für den Achtstundentag eintreten, und da haben Sie dann auf die Seite der Regierung einen mächtigen Bundesgenossen gejagt. In Folge dessen meine ich, daß es aus taktischen Gründen empfehlenswerth ist, wenn diese Forderungen getrennt werden und wenn das akzeptirt wird, was die Genossen Bergarbeiter uns vorgeschlagen haben. Es ist nothwendig, daß die Forderungen aus der Mitte der Bewegung gegenseitig unterstützt werden. Es ist richtig, daß in einem Theile der Kohlengruben die achtstündige Schicht eingeführt ist, und ich bin überzeugt, wenn die ganze Arbeiterschaft hinter den Bergarbeitern stehen wird, wird auch der Erfolg auf ihrer Seite sein. In der Frage der Wahlrechtsbewegung gibt es kein Zurück, und auf diesem Standpunkte stehen wir, wenn wir diese Beschlüsse akzeptiren. (Lebhafter Beifall.)

Die Verhandlung wird hierauf abgebrochen. (Schluß der Sitzung ½3 Uhr Nachmittags.)

Dritter Verhandlungstag am 27. März 1894.

Eröffnung um 3/4 9 Uhr Vormittags.

Vorsitzender Gen. Zeller verliest eine Zuschrift des Gen. Kautsky; ferner eine Erklärung des Gen. Kohn aus Hohenstadt, einen Antrag des Gen. H. Hofer, Wien, I. Bezirk,

einen Prozentsatz der Erträgnisse aus dem Verkaufe der Zeitungen, Broschüren u. s. w. einem Generalstreikfond zuzuführen (genügend unterstützt);

ferner einen Antrag,

im Falle eines Generalstreiks die Zahlung des Wohnungszinses zu verweigern (genügend unterstützt).

Gen. Hanich (Stein-Schönau) wendet sich gegen die Aeußerungen des Gen. Hueber. Die Presse bemächtigt sich solcher gefährlicher Worte. (Sehr richtig!) Es gibt in Oesterreich eine große Zahl von hervorragenden Genossen, die zu jenen gehören, die Gen. Hueber in die Kategorie der Schlafmützen rechnet, die nicht für den Generalstreik sind. Man kann sich auf Liebknecht und Kautsky berufen, die in ihren Schriften ziemlich scharf nachgewiesen haben, daß der allgemeine Streik eine Utopie ist. Es haben Viele für den Generalstreik gesprochen, aber Alle mit „wenn" und „aber".

Ich stimme vollkommen mit Gen. Ellenbogen überein, daß die leitenden Grundsätze zur Wahlreform für uns unannehmbar seien. Wenn aber die Grundsätze nichts weiter sind, als Hohn für die Arbeiterschaft, dann käme ja eben der allgemeine Streik; die Frage ist aber zur Diskussion gestellt; wir müßten jetzt schon zum Generalstreik vorbereitet sein. Verfügen wir aber noch nicht über die nothwendigen Mittel, so ist der allgemeine Streik noch nicht durchführbar.

Ein zweiter Grund, daß die Dinge für den allgemeinen Streik nicht sehr günstig liegen, hat sich aus den Schlußausführungen des Gen. Neumann ergeben. Er ist mit einem neuen Vorschlage gekommen. Mit diesem Vorschlage gibt man die Unmöglichkeit des allgemeinen Streiks auf Jahre hinaus zu. Der allgemeine Streik ist unmöglich für Oesterreich. Es ist nicht gut, wenn man sich immer auf Belgien beruft, gerade in dieser Frage. Ich berufe mich da gleich auf den heute verlesenen Brief des Gen. Kautsky. Zwischen Oesterreich und Belgien ist ein gewaltiger Unterschied. Belgien ist ein hochentwickeltes Industrieland, Oesterreich ist hauptsächlich ein Ackerbaustaat. Und wenn Sie glauben, Sie hätten die ganze ackerbautreibende Bevölkerung für sich, dann gehen Sie fehl. Es sind nur hie und da Ansätze zu einer Fühlung mit der Bauernbevölkerung vorhanden.

Somit haben wir schon einen Beweis, daß die erdrückende Majorität des österreichischen Volkes gegen den allgemeinen Streik ist. Der allgemeine Streik ist aber noch aus anderen Gründen nicht durchführbar. Man hat angefangen zu handeln und zu schachern. Die Bergarbeiter haben gesagt, wenn die Uebrigen für den Achtstundentag und die Revision des Bruderladengesetzes eintreten, so sind sie für das allgemeine Wahlrecht. Das ist ein falscher Standpunkt. Wir gehören Alle einer Partei an, haben Alle ein Programm. Entweder treten wir für etwas ein, oder nicht. Sie treten nur unter gewissen Bedingungen ein. Diese Bedingungen

aber können nicht eintreten; also treten Sie gar nicht ein. (Widerspruch von Seite der Bergarbeiter.) Nehmen wir an, Sie treten ein. Es ist gestern hervorgehoben worden, daß, wenn die Bergarbeiter streiken, die ganze Großindustrie lahmgelegt würde. Das ist nur in gewisser Beziehung richtig, insoweit die Fabrikanten mit inländischer Kohle heizen. Sie wissen, daß die englischen Kohlenarbeiter durch Wochen 300.000 an Zahl gestreikt haben, und Sie können nicht nachweisen, daß dies ein wesentlicher Schaden für die englische Industrie gewesen. (Widerspruch der Bergarbeiter.) Bei uns würden sich die Dinge anders gestalten. In Nordböhmen, von Trautenau bis Zittau, heizt man überhaupt nicht mit inländischer Kohle. In diesem Gebiete würde Ihr Streik keinen Einfluß ausüben, da müßten die deutschen Bergarbeiter mitstreiken. Wir sehen, daß ein allgemeiner Streik für ein Land nicht gut denkbar ist, weil kein Land isolirt ist. Es wurde ferner hervorgehoben, wenn die Verkehrsbediensteten in den Streik eintreten, so wäre er bald zu unseren Gunsten entschieden. Hier aber ist die Frage, sind die Verkehrsbediensteten so weit organisirt, daß sie das wagen können? Und wenn nicht, was haben sie davon? Wenn wir den Streik beschließen, so existirt für jeden Genossen, mag er diesem oder jenem Berufe angehören, die moralische Pflicht, sich in den Streik hineinzustürzen. Wenn aber nur ein Häuflein streikt und die überwiegende Majorität weiter arbeitet, so wäre die nächste Folge, daß wir es mit einer großen Zahl von Gemaßregelten zu thun haben würden, und wir kämen zu der finanziellen Frage, ob unsere Parteiverhältnisse es erlauben, die Betreffenden in entsprechender Weise zu unterstützen. Diese Frage kann nur durch die Organisation gelöst werden. Nun hat der letzte Gewerkschafts-Kongreß gezeigt, daß in Witkowitz von 9000 Arbeitern 308, in Pottendorf von 10.000 100, in Bielitz von 15.000 200, in Asch von 8000 bis 10.000 Textilarbeitern 230 in der Organisation stehen. Ich will selbst zugeben, daß diese Zahlen nicht ganz richtig sind. Die Verhältnisse sind besser, als sie in diesen Zahlen zum Ausdrucke kommen. Aber Sie werden zugeben, daß, wenn solche Daten vorliegen, wir nicht geneigt sein können, für den Streik uns einzusetzen.

Es ist noch von Gen. Hueber der allgemeine Streik zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts mit der Erringung des Achtstundentages verquickt worden. Das ist kein glücklicher Gedanke. Es ist unter Umständen leichter, einen Streik zu inszeniren zur Erringung wirthschaftlicher Vortheile als politischer Rechte, aus dem einfachen Grunde, weil man bei einem wirthschaftlichen Streik die Konjunktur ausnützen kann. Bei einem Streik zur Erringung politischer Rechte liegt es anders. Wir können uns die wirthschaftliche Konjunktur nicht auswählen, sondern müssen uns zum Gefecht stellen, wenn die Anderen es wollen. Deshalb ist ein Streik für politische Rechte noch gefährlicher als ein wirthschaftlicher Streik.

Einer großen Illusion hat sich Gen. Dr. Ellenbogen hingegeben, wenn er meint, die liberalen Fabrikanten seien für das Wahlrecht. Einige sind dafür. Wenn sie es aber im Großen und Ganzen wären, dann hätten sie unmöglich gegen den Taaffe'schen Entwurf jene Stellung einnehmen können, die sie eingenommen haben. Nur kleine und mittlere Unternehmer sind für eine Erweiterung unserer politischen Rechte. Diese aber geben auf wirthschaftlichem Gebiete keinen Ausschlag und haben auch wenig politischen Einfluß. Ihr Einfluß ist nicht zu vergleichen mit dem Einfluß der nordböhmischen Spinner- und Weberkönige.

Diejenigen von den Industriellen, die einen weitreichenden Einfluß besitzen, sind entschiedene Gegner des allgemeinen Wahlrechts und würden es auf einen eventuellen Kampf entschieden ankommen lassen. Bei dem Streik handelt es sich weiter auch um die Frage, wie lange kann und soll er dauern. Das hängt wieder nicht von uns ab, sondern von unseren Gegnern. Diese würden die Länge des Streiks bestimmen. Im Laufe einer nicht zu langen Zeit würde etwas ganz Anderes eintreten als der allgemeine Streik. Gen. Ingwer meinte, er sei mehr

für Demonstrationen. Da ist aber wieder die Frage, wie vielmal sollen diese wiederholt werden, und es ist nur konsequent, daß sie so lange wiederholt werden müßten, bis wir das Ziel erreicht haben. Wir finden also, daß wir mit dem allgemeinen Streik nicht gerade außergewöhnliche Vortheile erringen würden. Niemand von uns wird allerdings ein- für allemal auf den allgemeinen Streik verzichten, aber wir müssen sagen, daß wir heute durchaus noch nicht so organisirt sind, um uns auf eine solche Aktion einlassen zu können. Man kann sich nicht so sicher, wie Gen. Neumann meinte, auf Diejenigen verlassen, die nur mitgehen. Ich bin ein Gegner davon, daß wir heute oder morgen den Beschluß fassen, daß zum allgemeinen Streik übergegangen werde. Ich spreche hier im Namen meiner Mandatsgeber. Wir haben bei uns nur eine Hausindustrie; bei uns wäre es rein unmöglich, uns auf einen allgemeinen Streik einzulassen, wir würden ein großes Fiasko erleben. Die Hausindustriellen würden ausgelacht werden, wenn sie in einen allgemeinen Streik einträten. Ich glaube, das Mittel, das wir anwenden müssen, ist, daß wir die Leute ununterbrochen aufklären und organisiren. (Bravo!)

Vorsitzender Gen. Zeller verliest folgende

Erklärung:

Die Unterzeichneten erklären, daß sie die Ausführungen des Gen. Hueber, es werde ein Theil der Delegirten, falls der Generalstreik für den Achtstundentag und das Wahlrecht nicht beschlossen werden sollte, den Parteitag verlassen, als nicht für sie geltend bezeichnen müssen, und daß sie die Worte „Verrath" gegenüber der Parteivertretung nicht billigen.

Hofer, Feigl, Bretschneider, Markreiter, Jäger, Silberberg, Schuhmeier, Grünwald, Pelikan, Dworak, Gruber, Brügel, Bauer, Hölzel, Tomschik, Jersohn, Hauschka, Gröbner (sämmtliche aus Wien).

Gen. Trübenecker (Gablonz) schließt sich der Kritik des Gen. Hanich über die Rede des Gen. Hueber in Bezug auf den „Parteiverrath" an. Die Gablonz-Tannwalder Genossen, im Bezirk der ausgehungerten Glasarbeiter, sind natürlich für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, sind aber leider nicht für den Generalstreik, sie können nicht für denselben sein, weil die Glasindustrie seit Jahren vollständig darniederliegt, die Arbeitslosigkeit eine enorme, die Nothlage eine große ist, und es wäre den Exporteuren und Arbeitgebern eine sehr große Freude, wenn sie in den Streik eintreten würden. Bei uns ist, wie in Steinschönau, ein Streik aussichtslos, da die meisten Arbeiter Hausindustrielle sind. Aber ich will betonen, daß wir in dieser wichtigen Frage nicht den Ausschlag geben, es sind die Fabriksarbeiter, das Proletariat der großen Städte, die haben zu entscheiden. Prinzipiell sind wir für den Generalstreik. Aus praktischen Gründen halte ich ihn aber nicht für durchführbar, insbesondere für unsere Bezirke nicht. Die Fabrikanten sind nicht für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, weil dadurch auch ihr Klasseninteresse, ihr materielles Interesse tangirt wird, und diejenigen, welche sich anders gehaben und scheinbar für das Wahlrecht eintreten, heucheln. Wir müssen den Generalstreik für das Wahlrecht und den Achtstundentag zusammen inszeniren. Dann erst werden uns auch die nöthigen Massen zur Verfügung stehen. Für die Genossen, die ich vertrete, erkläre ich, daß wir auf jeden Fall unsere Pflicht thun werden, wenn die Partei es verlangt.

Gen. Schuhmeier (Wien): Die Bewegung, die durch den Saal ging, als Hueber das Wort ergriff, hätte die Meinung hervorrufen können, jetzt muß der Generalstreik schon beschlossen werden. Aber man war enttäuscht. Seine Rede gipfelte nur in Angriffen gegen die Parteileitung, die Mittel und Wege hiezu hat er gar

nicht angegeben, er hat nur gesagt, der Parteitag muß den Generalstreik beschließen. Es kommt uns aber heute darauf an, zur Frage des Generalstreiks Stellung zu nehmen, den Streik selber können wir nicht beschließen, weil in den einzelnen Provinzen Oesterreichs die Dinge ganz verschiedene sind. Der Einfluß des Gen. H a n i c h in Nordböhmen ist auf die ganze Partei nicht so maßgebend, daß er uns vollständig bestimmen soll. Wenn vorgegangen wird, muß es in erster Linie in Wien, dann in Prag, Brünn und Reichenberg, dann in den großen Städten geschehen. Wenn die Regierung in der Wahlrechtsfrage nicht vorschreitet, so wird es einfach in Wien, Prag, Brünn und Reichenberg zur Erhebung kommen, ob man es Generalstreik oder Massenstreik nennen will, der Name des Kindes ist gleichgiltig, es wird eine Erhebung der Volksmassen sein. Der Einfluß unserer Partei ist sehr weitgehend, aber wo Tausende von Menschen aufmarschiren, nützt unser Kommando nichts, da haben wir die Führung verloren. Die Massen werden von selbst in Bewegung kommen, wenn sie ihre Wünsche nicht befriedigt sehen.

Wir haben es also nicht auf den Beschluß ankommen zu lassen, ob Generalstreik oder nicht, aber wir müssen den Generalstreik organisiren. Und das geschieht eventuell am besten dadurch, daß wir unser Programm zur Verwirklichung bringen, weiter auf die Bourgeoisie losziehen.

Durch welche Mittel wir zum Ziele gelangen, wissen wir noch nicht, aber es steht das Eine fest, daß wir unsere Organisation ausbauen müssen. Freilich sind Einige gegen den Generalstreik und sagen, daß wir erst die Majorität der Arbeiter organisirt haben müssen. Das werden wir nie erlangen und so lange dürfen wir auch nicht warten.

Im Jahre 1888 hat Niemand daran gedacht, daß es möglich sein werde, den 1. Mai 1890 als Arbeiterfeiertag durch allgemeine Arbeitsruhe zu feiern. Und doch ist es geschehen; trotzdem wir damals die Organisation noch nicht gehabt haben, die wir heute haben. Den Massenstreik hält Redner hauptsächlich für eine Frage der großen Städte; die Frage ist speziell in Wien geboren. Konfiszirt!

— —

— —

— —

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — Konfiszirt!

Redner hält es nicht für angezeigt, den Ausbruch des Generalstreiks für eine bestimmte Zeit festzusetzen; es wäre ein Unsinn, dem Gegner zu sagen: An diesem oder jenem Tage bekommst Du eine gewaltige Ohrfeige, rüste Dich dazu!

Redner polemisirt gegen Gen. H u e b e r und hält es nicht für angezeigt, in den Generalstreik auch die Frage des Achtstundentages, die international geregelt werden müsse, einzubeziehen.

Für die Bergarbeiter mag der Achtstundentag durchführbar sein; für die industriellen Arbeiter jetzt noch nicht. Wir würden damit auch vor einer Gefahr stehen. Wenn wir in Folge eines Massenstreiks das allgemeine Wahlrecht erlangen, den Achtstundentag aber nicht, so würden die Genossen Bergarbeiter sagen, daß sie uns die Kastanien aus dem Feuer geholt haben. Gen. H u e b e r hat darauf hingewiesen, daß die Parteileitung den richtigen Moment verpaßt hat. Unser Wahlrecht liegt ja doch nicht in den Händen der Parteivertretung. Redner bedauert es, daß manche Genossen es verlangt haben, daß wir uns für etwas, was von irgend einer Regierung eingebracht wird, sofort hätten einsetzen sollen. Wir haben damals genau erwogen und gefunden, daß der Moment noch nicht gekommen ist, wo wir Stellung nehmen könnten; aber ich bin der Ueberzeugung, daß dieser Moment noch kommen wird. Wenn die Grundzüge der Regierung Gesetzeskraft erlangen sollen, dann scheint mir der richtige Moment gekommen, wo wir einzugreifen haben. In welcher Form dies geschehen wird — das wissen wir heute noch nicht; die Verantwortung dafür wird die Regierung haben.

Oesterreich ist ein verknöcherter Polizeistaat, da dürfen nicht zwei Leute beisammen stehen, und wenn solche Massen ausmarschiren, da wird es zu Zusammenstößen kommen, und dies zu vermeiden, hat die Regierung die Pflicht, und sie wird in der Frage nachgeben müssen, ehe sie Blut fließen lassen wird. Gen. Neumann hat die Meinung ausgesprochen, daß wir einfach erklären sollen, daß die nächsten Wahlen nicht mehr mit diesem Wahlmodus stattfinden dürfen. Das schaut aus wie eine neue Idee. Es geht aber nicht an, daß wir jetzt die Frage neuerdings auf zwei Jahre hinausschieben. Ich hoffe, daß innerhalb dieser zwei Jahre, daß noch in dieser Session ein Wahlreformentwurf Gesetzesvorlage werden wird, und dann müssen wir Stellung nehmen. Wir müssen heute hier am Parteitag erklären, daß wir nicht den Generalstreik an einem bestimmten Tag festsetzen werden, aber unserem Willen müssen wir Ausdruck geben, daß wir nicht gewillt sind, das Wahlunrecht in Oesterreich noch länger zu ertragen. Wenn wir das thun, wenn die Genossen in der Provinz erklären, daß sie, wenn es darauf ankommt, nicht ermangeln werden, sich an der Erhebung zu betheiligen, dann hat der Parteitag seine Aufgabe erfüllt.

Warum sind die Arbeiter in Reichenberg oder in anderen Gegenden so wenig organisirt? Weil sie nicht mehr die zwanzig Kreuzer haben, die sie monatlich abgeben können. Daraus die Kraft der Bewegung abzuschätzen, scheint mir ein schlechter Maßstab zu sein. Die politische Bewegung kommt den Genossen weit billiger. Wir werden die Organisation keinen Moment aus den Augen verlieren, weiterarbeiten wie bisher, und wenn der Moment herantritt, daß es gilt, die entscheidende Stimme dafür abzugeben, ob wir vorwärts gehen oder stehen bleiben sollen, dann wird die Stimme von meinem Bezirk dahingehen, vorwärts zu gehen, unbekümmert um das, was da kommt. **Konfiszirt!** — — —

Gen. Resel (Graz): Der Parteileitung wurde der Vorwurf gemacht, daß sie in der Frage des Generalstreiks nicht richtig gehandelt hätte. Ich schließe mich den Vorwürfen des Gen. Hueber nicht an. Ich habe zwar das Zirkulär erhalten, aber die Abfassung des Zirkulärs war derart beschaffen, daß etwas Bestimmtes darin nicht ausgedrückt war, und daß man hätte vermuthen können, die Parteileitung glaube, es gehe Alles sehr einfach, und ich selbst habe das auch geglaubt. Wir müssen bedenken, daß der Generalstreik eine Waffe ist, die allerdings sehr viel nützen, die uns aber gegebenen Falles auch vernichten kann. Der Gen. Schuhmeier meint, die Massen werden herauskommen. Aber wir haben die Führung der Massen in der Hand, wir können das Kommando geben, die Verantwortung freilich tragen jene Leute, welche die „leitenden Grundsätze" herausgegeben haben, die uns wirthschaftlich knebeln und zum Hunger verurtheilen und außerdem politisch rechtlos erhalten.

Immer, in jeder Versammlung heißt es, wir müssen uns organisiren. Genosse Schuhmeier hat Recht, wenn er sagt, daß die Organisationen nicht allein ausschlaggebend sind. Die Zahlen des Gen. Hanich beweisen gar nichts. Ich

erlaube sogar den organisirten Genossen, im Falle eines Generalstreiks nicht mitzuthun, ich will, daß die Anderen streiken, ich bin überzeugt, daß die Anderen leichter in den Streik eintreten, weil die organisirten Genossen es sich überlegen werden, die Organisation auf's Spiel zu setzen, während die Anderen nichts zu verlieren haben. Allerdings haben wir in Betracht zu ziehen, was wir als Partei verlieren können. Aber was ist denn die Organisation werth, wenn man um Alles bitten muß? Einige Genossen und insbesondere Gen. Wagner scheinen den Parteitag als eine Trödlerbude zu betrachten. Sie sagen, daß, wenn für die Bergarbeiter nicht das und das geschieht, sie nicht mitthun. Es ist von verschiedenen Leuten hervorgehoben worden, daß der Achtstundentag nicht als Forderung gelten soll. Allerdings will Gen. Hueber die beiden Forderungen verknüpfen, damit wir dann wenigstens das Wahlrecht bekommen.

Wenn die Leute aber nicht in den Generalstreik für das allgemeine Wahlrecht allein eintreten wollen, dann sollen sie es ganz bleiben lassen.

Von wem wollen die Bergarbeiter den Achtstundentag verlangen? Von der Regierung oder von den Industriellen? Wenn sie ihn von den Industriellen verlangen, dann müssen wir eine andere Taktik einschlagen. Für die Bergarbeiter in Steiermark, die den Achtstundentag haben, muß eine Aktion zur Festsetzung des Achtstundentages eingeleitet werden. Diese Aktion kann aber desto besser eingeleitet werden, wenn wir das Wahlrecht wenigstens zum Theil haben.

Wenn die Bergarbeiter nur in den Generalstreik eintreten, wenn ihnen die Ansprüche auf die Bruderlade gesichert werden, so beweisen sie damit, daß ihnen das Wahlrecht den Generalstreik nicht werth ist.

Ich wünsche, daß der Parteitag beschließen möge, in den Massenstreik einzutreten, zur gegebenen Zeit, wenn die Partei das Kommando ausgibt. Wir wollen aber nicht warten, bis die Massen selbst herauskommen, denn das würde eine Zersplitterung bedeuten.

Die Grazer sind bereit, mit in den Generalstreik einzutreten. Die Masse ist radikaler als die Genossen, welche sie in der Hand haben. Es gibt Leute in der Partei, welche der Masse abrathen, wenn sie für etwas einzutreten bereit ist. (Oho!) Wir sollen uns nicht belügen. Wenn man lange in der Partei ist, so lernt man Leute kennen, welche eigentlich nicht darin sein sollten. Ich meine nicht Genossen Hanich; wäre er eine Schlafmütze, dann hätte er über den Generalstreik nicht gesprochen. Gen. Hanich hat seinerzeit geschrieben, der Generalstreik wäre gegen die Beschlüsse des Züricher Kongresses. Das ist nicht richtig; dieser hat sich bedingt für den Generalstreik ausgesprochen. Gen. Dr. Ellenbogen hatte Unrecht, als er sagte, der Züricher Kongreß hätte sich für Unterstützung des Generalstreiks in einem Lande ausgesprochen. Die Genossen des Auslandes haben erklärt, daß sie machen werden, was möglich ist. Aber von direkter finanzieller Unterstützung kann keine Rede sein, weil ein Generalstreik nicht mit Geld unterstützt werden kann. Es ist überhaupt gefährlich, von Geld hier zu sprechen. Es würden die Leute dann weniger lang aushalten, weil sie sich denken, wenn Geld da ist, warum sollen sie nicht etwas kriegen?

Wir müssen bedenken, daß das österreichische Proletariat, die indifferente Masse zwar instinktiv fühlt, daß es nur eine Partei gibt, welche es ehrlich mit ihr meint, und das ist die Sozialdemokratie, daß die großen Massen aber sonst vom wissenschaftlichen Sozialismus keinen blauen Dunst haben. Die große Masse ist mißtrauisch, und deshalb bin ich entschieden dagegen, daß mit dem allgemeinen Wahlrecht der Achtstundentag verbunden wird, weil wir die Leute zum Narren halten würden. Die Leute würden sagen: Ihr habt nun das Wahlrecht, aber wir sind betrogen worden. Es hat ein Genosse am Parteitag von Mandatshascherei gesprochen. Es ist doch ein zweifelhaftes Vergnügen, in unserem Parlamente zu

sitzen. Wenn es sich blos um Mandatshascherei handelt — das ist ein Schlagwort, das nur Konfusion erzeugt — dann hätten wir keine Ursache, über den Generalstreik zu berathen, dann würden wir sagen, her mit den Kurien, dann hätten wir schon die Mandate. Wir aber wollen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge, und da kann ich den Bergarbeitern nur sagen, wenn wir den Einfluß haben, die Mandate der Kohlenbarone zu gefährden, dann können wir anders reden.

Ich will nun auf den Vorschlag des Gen. Neumann eingehen. Es ist früher davon gesprochen worden, daß es gefährlich gewesen wäre, für den Antrag des Grafen Taaffe einzutreten. Ich glaube, das hätte uns bedeutend weniger geschadet, aber es ist gefährlich, wenn wir der jetzigen Regierung staatsstreicheln helfen, dazu haben wir keine Ursache. Wir sind eine revolutionäre Partei und haben uns dazu nicht herzugeben. Anders wäre es gewesen, wenn wir damals, als Taaffe seinen Entwurf eingebracht hatte, etwas Ernstes unternommen hätten. Der Taaffe ist zu bekannt, als daß die Leute der Ansicht hätten sein können, wir hätten Taaffe zuliebe etwas gemacht. Ich bin deshalb gegen den Antrag Neumann. Auch bin ich nicht der Ansicht Schuhmeier's, daß wir warten sollen, bis die Massen herauskommen, sondern wir sollen sagen, im Falle die Verhältnisse im Parlamente derartige werden, daß Aussicht vorhanden ist, etwas zu erringen, dann ist in den Generalstreik einzutreten. Das Kommando dazu hat die Parteileitung zu geben im Einverständniß mit den Vertretern der einzelnen Provinzen. Ich glaube, daß dies die einzig richtige Lösung ist, welche wir geben können.

Eine 14tägige tüchtige Agitation genügt, um die Leute aus den Werkstätten herauszubringen. Die Arbeiter in den Fabriken sagen, daß es ihnen schon zu dumm sei. Es handelt sich darum, daß die Parteivertretung im günstigen Moment nur sagt: Wir halten Euch nicht mehr zurück, und die Leute kommen heraus. Ausschlaggebend sind aber nicht nur die großen Städte, sondern auch die anderen Industriebezirke. Wenn die Bergarbeiter z. B. 14 Tage streiken, tritt nicht ein Kohlenmangel ein, da Vorräthe genug vorhanden sind. Aber ein Durcheinander tritt ein, ein Mangel an Sicherheit in den Bergwerksbezirken, der die Gewalt der Besitzenden dezentralisirt und zersplittert. Und darauf dürfen Sie es nicht ankommen lassen; diese Zersplitterung ist aber nur möglich, wenn in allen Industriebezirken in den Streik eingetreten wird. Alle Parteigenossen, mit Ausnahme Hanich's und Trübenecker's, die unter dem Eindruck ihrer besonderen Verhältnisse stehen, sind der Ansicht, daß in den Generalstreik eingetreten werden muß. Es kann aber nicht voraus ein Zeitpunkt bestimmt werden, sondern wenn sich die politischen Verhältnisse günstig gestalten, wenn im Parlament eine Konfusion eintreten wird, dann werden wir diese Konfusion benützen, um die Herren Mores zu lehren.

Die Genossen von Graz bringen durch mich zur Kenntniß, daß wir gegebenen Falles, wenn die politische Situation der Erringung des Wahlrechtes durch den Generalstreik günstig ist, bereit sind, dafür einzutreten, daß wir aber, wenn eine andere Forderung noch damit verknüpft würde, nicht in den Generalstreik eintreten würden. Der Achtstundentag muß auf eine ganz andere Weise durchgesetzt werden als das Wahlrecht. An dem Wahlrecht sind alle Proletarier schon interessirt, sie fühlen, daß ihnen fortwährend Unrecht geschieht. Anders ist es mit dem Achtstundentag; wir haben Industrien, welche heute der Achtstundentag zu Grunde richten würde, und wir hätten es dann nicht mit der Regierung und einzelnen Kapitalisten zu thun, sondern mit der ganzen Staatsmacht und der ganzen Bevölkerung, die der Frage des Wahlrechtes sympathisch ist, uns sofort aber bekämpfen würde, wenn wir durch einen Generalstreik den Achtstundentag erringen wollten. Um diesen zu erreichen, sind einzelne Branchenstreiks nöthig, welche von der gesammten Arbeiterschaft allerdings unterstützt werden müssen. Wir haben, um das Wahlrecht zu erlangen, nur eine Macht, unseren Willen, die Arbeit stehen zu lassen. Wenn wir streiken und man uns niederknüppeln will, dann sind wir die Angegriffenen, und da steht

die Situation ganz anders als wenn wir Aufstände, Volkserhebungen inszeniren würden, wo wir die Angreifer wären.

Schriftführer Nemec (Brünn) theilt mit, daß 85 Redner noch sprechen sollen. Wenn jeder, wie bisher, eine halbe Stunde spricht, brauchen wir 43 Stunden. Die gesammte Arbeitszeit des Kongresses beträgt aber, selbst mit Hinzurechnung von Nachtsitzungen, nur 60 Stunden. Ich bitte daher, da ich keinen Antrag auf Beschränkung der Redezeit stellen kann, die einzelnen Redner, sich nicht in Polemiken einzulassen, sondern nur darzulegen, ob ihre Organisationen in der Lage sind, für den Generalstreik einzutreten oder nicht. Nur dadurch erhalten wir ein klares Bild und wird die Debatte nicht unmöglich gemacht.

Gen. Feigl (Wien): Das stenographische Protokoll der Rede Huber's ergibt, daß er nicht gesagt hat, falls der Parteitag den Generalstreik nicht beschließt, werde ein Theil der Delegirten den Parteitag verlassen, sondern nur er allein werde den Parteitag verlassen. Wir sind deshalb veranlaßt, unsere Erklärung zurückzuziehen. Dagegen halten wir aufrecht, daß wir das Wort „Verrath", das Huber gegenüber der Parteivertretung gebraucht hat, nicht billigen.

Gen. Steinbauer (Waidhofen a. d. Ybbs): Im Auftrage der Waidhofener Arbeiterorganisation habe ich zu erklären, daß wir gegen den Generalstreik zu Gunsten des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes sind. Der Generalstreik ist nur ein kräftiges Agitationsmittel für Erreichung wirthschaftlicher und ökonomischer Vortheile.

Gen. Prähauser (Salzburg): Wir haben keine prinzipielle Abneigung gegen den Generalstreik. Unsere Arbeiter glauben aber, daß er weniger Erfolg haben wird, wenn damit die Forderung des Achtstundentages verbunden wird, als wenn allein für das Wahlrecht eingetreten wird. Es ist aber für Inszenirung des Generalstreiks nicht möglich, einen bestimmten Zeitpunkt anzugeben.

Gen. Saska (Innsbruck): Die Tiroler haben die Ueberzeugung, daß heute, unter den gegenwärtigen Verhältnissen, ein Generalstreik ein Ding der Unmöglichkeit ist und wir dadurch nur unsere mit Mühe und Opfern errichteten Organisationen zerstören. Aber wir müssen trotzdem etwas thun, um unseren jetzigen politisch rechtlosen Zustand zu ändern. Die Parteileitung muß ihr Verhalten anders einrichten als am 10. Oktober, wo etwas hätte geschehen müssen.

Redner polemisirt gegen die Bemerkung Schuhmeier's, daß es nur auf die großen Städte ankommen werde. Bei dieser Bewegung muß das gesammte Proletariat zusammenstehen und darum werden auch die Tiroler nicht zurück sein, wenn die gesammte Partei etwas beschließt.

Gen. Hübsch (Wien) vertheidigt zunächst die Parteivertretung gegen den Vorwurf, daß sie im entscheidenden Momente über die zu ergreifenden Maßregeln im Unklaren gewesen sei. Ihm sei von den Genossen des zehnten Bezirkes sein Mandat ertheilt worden mit dem Auftrage, für den Generalstreik nur dann einzutreten, wenn auch wirthschaftliche Forderungen damit verknüpft werden. Es sei dies geschehen unter dem Eindrucke eines Streiks, der geführt wurde zur Verkürzung der Arbeitszeit. Redner glaubt, es sei nöthig, den Generalstreik erst zu organisiren und wenn die besitzenden Klassen fortfahren, unsere Forderungen nicht zu erfüllen, in denselben einzutreten. Redner beantragt folgende Resolution:

„Der Parteitag beschließt: Sollte sich die Regierung weiter sträuben, den politischen und wirthschaftlichen Forderungen nachzugeben, so wird die Parteivertretung beauftragt, den Generalstreik zu inszeniren und nach Rücksprache mit den Organisationen die Zeit für die Proklamirung desselben festzusetzen."

Diese Resolution wird genügend unterstützt und steht daher in Verhandlung.

Gen. Josef Rouschar (Wien): Die tschechischen Genossen sind verpflichtet, es auszusprechen, daß sie den Beschluß, den sie auf dem Budweiser Parteitag

gefaßt haben, aufrecht erhalten; nämlich den Beschluß, in den Generalstreik einzutreten, wenn gewisse politische und wirthschaftliche Forderungen nicht erfüllt werden. Die Forderungen der Bergarbeiter haben wir damit verknüpft, weil diese eine verkürzte Arbeitszeit erreichen müssen und leicht erreichen können. Hätten wir die Majorität der Arbeiter organisirt, so würde ein Massenstreik nicht mehr nothwendig sein. Für Demonstrationen sind wir nicht, weil wir ihrer schon überdrüssig sind und sie nichts nützen. Daher werden wir für den Generalstreik eintreten.

Gen. Silberberg (Wien) bespricht die Aeußerung des Referenten Gen. Dr. Ellenbogen, welcher meinte, daß bei einem Massenstreik insbesondere gewisse Branchen, wie die Kohlenarbeiter, Verkehrsbediensteten, Gasarbeiter u. dergl., in Betracht kommen. Ich bin der Anschauung, sagt Redner, daß es sich nicht so sehr darum handelt, ob die Kohlenarbeiter als solche in den Streik treten, als darum, daß die Kohlenarbeiter eine große Masse und in Oesterreich eine der stärksten Industrien sind. Was die Verkehrsbediensteten anbetrifft, so sehen wir, daß in ihrer Organisation nur ein sehr geringer Fortschritt zu verzeichnen ist, wie leicht erklärlich bei Leuten, die größtentheils im Staatsdienste stehen. Wir können also gewiß nicht so lange warten, bis diese Branche organisirt ist.

Redner wendet sich weiter gegen den Referenten Gen. Dr. Ellenbogen, welcher sagte, daß die Bourgeoisie für den Achtstundentag nicht zu haben ist. Das, meint Redner, kümmert uns nichts; deshalb wollen wir sie ja dazu zwingen, uns unsere Forderungen zu erfüllen.

Der Gen. Ingwer sagt, der Achtstundentag muß sich organisch entwickeln und berief sich auf Marx. Aber alle Theorie ist grau. Der Achtstundentag, wenn er sich organisch entwickeln soll, wird er sukzesive in 30 Jahren da sein, früher nicht. Wenn wir vom Achtstundentag sprechen, dann lassen wir das Hauptmoment von vornherein aus den Augen, das ist der Weltmarkt. Der Weltmarkt gibt ganz einfach die Preise der Produkte und darnach müssen sich die einzelnen Industrien richten. Wenn wir in Oesterreich für den Achtstundentag in den Generalstreik treten, werden wir weniger die Bourgeoisie als die Arbeiter schädigen. Es ist nicht möglich, daß gerade Oesterreich, wo die Industrie noch in den Kinderschuhen steckt, an der Spitze schreiten soll.

Noch ein Anderes: In welcher Weise glaubt man den Generalstreik zu inszeniren? Nun ist man der Ansicht, der Parteitag solle beschließen, an dem und dem Tag. (Hueber: Das habe ich nicht gesagt!) In dem Augenblick würden wir der Bourgeoisie die Waffe in die Hand geben, sich darauf vorzubereiten. Vielmehr stehe ich auf den Standpunkt des Gen. Schuhmeier, wir müssen ihn beschließen, selbst wenn wir der Ueberzeugung wären, daß er schwer durchführbar ist, um den Massen Rechnung zu tragen.

Gen. Reumann hat Ihnen einen Vorschlag gemacht. Wenn man uns eine Wahlreform macht, die man auch als Abschlagszahlung nicht annehmen kann, so werden wir diesen Schritt thun. Wir beschließen also, meine ich, den Generalstreik, doch knüpfen wir die Bedingung daran, daß der Generalstreik dann ausgeführt wird, wenn wir die Zeit gekommen sehen und Aussicht auf Erfolg ist. So wenig ich mich auf die gewerkschaftliche Organisation stütze, so gibt sie doch einen Maßstab für den Erfolg ab. Darum müssen wir die gewerkschaftliche Organisation stärken.

Gen. Hofer (Wien, I. Bezirk): Die Genossen des I. Bezirkes sind für den Massenstreik, jedoch in Verbindung mit dem Achtstundentag. Niemand hat uns mehr aus dem Herzen gesprochen, als der polnische Genosse Daszynski. So wie es in Galizien ist, so ist es auch in Böhmen und zum Theil in Oesterreich Die arbeitende Bevölkerung wartet auf die Organisation eines Massenstreiks.

Unsere Bevölkerung ist politisch, national, konfessionell und wirthschaftlich von der Bourgeoisie aufgehetzt.

Immer, bei allen Versammlungen hört man von den Kanonen. Aber heute kümmert man sich nicht mehr um Kanonen und Gewehre. Ein energisches Wünschen wird nicht auf jeden Fall ein Blutvergießen herbeiführen. Das hat ein Fall am 20. August gezeigt, wo wir ohne Erlaubniß der Polizei eine Standarte vorantragen ließen, ohne daß auf dem Praterstern deswegen einige Todte gelegen wären.

Eines hat mich erfreut und ich werde es meinem Gedächtnisse einprägen. Gen. Dr. Ellenbogen hat erklärt, daß die von der Regierung vorgelegte Wahlreform nie und nimmer Gesetz werden dürfe. Wir dürfen nie einen Abgeordneten aus unseren Reihen auf Grund dieses Entwurfes in's Parlament entsenden. Ich schließe mich den Ausführungen des Gen. Schuhmeier an. Die Organisirung der Volkserhebung liegt weniger in unserer Hand als in der Hand der Bourgeoisie. Wir sind für den Massenstreik, aber früher als auf die Art und Weise wie bisher der Massenstreik zur Geltung gelangen wird, wird die Erbitterung und Empörung zum Ausdruck gelangen und das heutige System beseitigen. Das ist unsere Ueberzeugung und die Ueberzeugung der Mehrzahl der Wiener Genossen.

Es gelangt zur Verlesung folgendes Schreiben über die Auflösung des Omladinisten-Kongresses in Jungbunzlau:

„Geehrte Genossen!

Der hier tagende Delegirtentag der „Omladina“ wurde durch Gendarmerie auseinander getrieben. Die Gendarmerie der ganzen Umgebung war auf den Beinen, die Garnison war konsignirt. Zwei Kommissäre kamen in Begleitung von zehn Gendarmen, um die Legitimationen zu revidiren; statt der Revision nahmen sie aber den Anwesenden die Karten weg, konfiszirten das Verzeichniß der Anwesenden und dem Einberufer Gen. Rosak eine Mappe mit Zeitschriften. Wir gingen zur Bezirkshauptmannschaft, um uns zu beschweren. Unterwegs fragte uns ein Gendarmerie-Postenführer, ob die Einberufer Rosak, Vrba, Voditschka unter uns sind, welchen eine Vorladung zur Bezirkshauptmannschaft eingehändigt wurde. Auf der Bezirkshauptmannschaft wurden die Einberufer sofort verhaftet (Pfui-Rufe) und in Haft behalten. Die Polizei-Kommissäre waren aus Prag, die Stadt wimmelte von Geheimpolizisten, so daß gewiß auf jeden Delegirten ein Spitzel kam.

Der Delegirtentag wird anderswo abgehalten werden.

Eueren Verhandlungen rufen wir ein donnerndes „Na zdar!“ zu.

Loskot. Murek. Kalina.“

(Rufe: Empörend! Hanba!)

Reichraths-Abgeordneter Pernerstorfer: Geehrter Parteitag! Was wir gehört haben, ist in Oesterreich nichts Neues. Ich wundere mich nur über die Erbitterung, die durch Sie geht, denn Derartiges erfahren wir ja täglich. Ich gebe die Versicherung, daß ich dieses Blatt dem Lorbeerkranze, den ich jedes Jahr dem österreichischen Ministerium des Innern bei der Budgetdebatte vorlege, einfügen werde, um den Herren im Parlamente wieder einmal ad oculos zu demonstriren, daß sie in allen Dingen, die auf die arbeitende Bevölkerung sich beziehen, nicht allein Gesetz und Recht nicht kennen, was eine alte Sache ist, sondern auch nicht die Gesetze des einfachen Anstandes. Ich werde trachten, dies in einer Form zu thun, welche vielleicht geeignet ist, den Herren die Schamröthe in's Gesicht zu treiben. (Bravo!)

Gen. Roscher (Reichenberg): Ich bin überzeugt, daß Herr Pernerstorfer das thun wird, und wir sind ihm von vorneherein dankbar. Es handelt sich zunächst noch um ein Anderes. Aus dem Schreiben geht hervor, daß viele Personen

in Haft sind. Ich stelle den Antrag, der Parteitag beschließe, daß die Parteivertretung beim Ministerium des Innern in dieser Angelegenheit vorstellig werde.

Gen. Feigl (Wien) stellt den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Roscher.

Gen. Roscher (Reichenberg): Mein Antrag bezweckt keine Bitte, sondern man gehe zum Ministerium und veranlasse eine diesbezügliche Aeußerung.

Gen. Nemec (Brünn): Die Ansicht des Gen. Roscher ist richtig. Man soll endlich annageln, was man in Mähren und Böhmen gegen die Sozialdemokraten sich erlaubt.

Gen. Dr. Adler: Dieser Vorfall ist nicht der einzige dieser Art, und nur deshalb wirkt er auf uns so ein, weil wir hier beisammen sitzen. Ich und die anderen Mitglieder der Parteivertretung sind bereit zu gehen und zu sagen, hier liegt eine Ungesetzlichkeit vor. Wenn Sie aber glauben, daß dadurch unmittelbare Hilfe den Verhafteten zu Theil wird, so überschätzen Sie unseren Einfluß im Ministerium des Innern und die Bereitwilligkeit der ganzen Regierung. Ich glaube, unsere nächste Pflicht ist, daß wir uns telegraphisch informiren, ob die Leute noch inhaftirt sind oder nicht, um darnach unsere Schritte zu richten. Ich fordere aber die Vertreter der bürgerlichen Presse, an die ich sonst nicht zu appelliren pflege, auf, diesen Vorfall einmal in die Blätter zu bringen. Wir wollen sehen, ob die Wiener Presse ein solches Attentat, welches im Widerspruch steht mit dem Gesetz und mit den Entscheidungen, todtschweigen wird. Ich mache den Appell nicht ohne Ursache. Wir werden in dem einen oder anderen Fall unsere Konsequenzen ziehen.

Gen. Roscher (Reichenberg) zieht seinen Antrag zurück.

Der Antrag Adler wird angenommen.

Der Vorsitzende bringt folgende Berichtigung zur Kenntniß:

Berichtigung. Der Delegirte der Parteigenossen des X. Wiener Bezirkes erklärte, daß die organisirten Metallarbeiter blos nur unter der Bedingung für den Generalstreik zu haben wären, wenn mit der Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechte auch wirthschaftliche Forderungen verbunden würden. Die Unterzeichneten ersuchen den Parteitag, zur Kenntniß nehmen zu wollen, daß Hübsch nicht berechtigt ist, eine derartige Aeußerung zu thun, da er von den Metallarbeitern ein Mandat hiezu nicht hatte, und erklären, daß die organisirten Metallarbeter wohl nicht auf dem Standpunkte des Generalstreiks stehen, jedoch keinesfalls mit der Verquickung der Frage des achtstündigen Arbeitstages und der Frage des Wahlrechtes einverstanden sind, da eine derartige Aktion die Lösung der Wahlrechtsfrage nur ungeheuer erschweren würde. Jos. Lischka, Heinrich Beer.

Hierauf wird die Sitzung um 12¼ Uhr geschlossen.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender Zeller (Reichenberg).

Nach Eröffnung der Sitzung um viertel 3 Uhr erklärt

Gen. Hübsch (Wien): Bezüglich der Erklärung des Sekretärs des Verbandes der Metallarbeiter und des Administrators des „Metallarbeiter" erkläre ich, daß ich das Sprachrohr der Genossen des X. Bezirkes bin und die Anschauungen darlegte, welche diese Genossen in einer Volksversammlung in einer Resolution zusammenfaßten, obwohl ich selbst ein Gegner dieser Anschauung bin.

Der Antrag: „Der IV. Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie wolle beschließen, es sei mit aller Kraft für eine große Massenpetition für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht einzutreten, ohne jedoch die

Organisation eines Massenstreiks aus dem Auge zu verlieren", unterschrieben von Dobiasch, Jobst, Maresch, Kleedorfer, Möse, Scheibenpflug, wird nicht genügend unterstützt. (Beifall.)

Gen. Kacofsky (Prag, tschechisch). Ich habe den Auftrag, für den Generalstreik einzutreten, wenn gründlich erwogen wird, ob er durchzuführen ist und ob die wirthschaftlichen und politischen Forderungen durchzusetzen sind.

Gen. Grablowicz (Laibach): Wir sind für den Generalstreik, wenn gründlich erwogen wird, ob ein geeigneter Moment vorhanden ist. Eine Verquickung des Wahlrechtes mit dem Achtstundentag ist nicht am Platze. Für den Achtstundentag muß auf andere Weise eingetreten werden als für das Wahlrecht und nicht gleichzeitig. Wenn auch bei uns der Massenstreik nicht so große Dimensionen annehmen kann wie in Industrieländern, wollen wir Alles thun, was in unseren Kräften steht, um die Aufgabe zu erfüllen, die der Parteitag stellen wird.

Gen. Jersohn (Wien): Die Genossen des XIII. Bezirkes erklären, mit Energie und aller Macht für den Generalstreik einzutreten, aber nicht allein für das Wahlrecht, sondern auch für den Achtstundentag. Ich selbst bin nicht dieser Anschauung, ich glaube, daß die beiden Forderungen nicht verknüpft werden können. Das Wahlrecht kann durch den Streik in Oesterreich allein erlangt werden, der Achtstundentag aber nur, wenn auch das Ausland mit eintritt. Wir müssen endlich die Glacéhandschuhe ausziehen, wir müssen den Pelz naß machen, wenn wir ihn waschen wollen.

Gen. Wanek (Pilsen): Die westböhmischen Arbeiter wollen, daß man nicht blos die Parole „Generalstreik" ausgeben, sondern sich auch klar werden soll, wie er durchgeführt werden soll. Er ist aber nur durchzuführen, wenn man mit der Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes die wirthschaftliche Frage des Achtstundentages für die Bergarbeiter verbinden wird, weil sich sonst viele indifferente Genossen schwer zum Generalstreik bewegen lassen werden. Der Zeitpunkt für den Generalstreik ist jetzt am günstigsten, wo die Koalitionsparteien in eine Art Konfusion gerathen sind und nicht wissen, wo aus, wo ein. Wir denken uns, daß jetzt nicht ein Generalstreik, sondern ein Massenstreik der Bergarbeiter, der Arbeiter in der Großindustrie, jener Branchen, die sich mit der Verfertigung von Lebensmitteln beschäftigen, und der Staatsanstalten inszenirt wird, den das Kleingewerbe und die landwirthschaftlichen Arbeiter möglichst unterstützen.

Gen. Filippo (Delegirter der italienischen Arbeiter aus Rom, Piacenza und Mailand) erhält das Wort zur Begrüßung und führt in italienischer Sprache aus, daß er in Sizilien, Rom und seit vier Jahren in Meran gearbeitet und Gelegenheit gehabt habe, das Elend der Arbeiter kennen zu lernen. Es ist nothwendig, daß sich die Arbeiter aller Länder vereinigen. In allen Ländern leben die Arbeiter in den schlechtesten Verhältnissen, ja sie sind dem Hungertode nahe. Er hofft, daß die Organisation der Arbeiter diese auf einen höheren Standpunkt bringen werde, um die Uebermacht der kapitalistischen Klasse zu brechen. Er hofft, daß eine Zeit kommen wird, wo es keinen Unterschied zwischen den italienischen, deutschen und französischen und anderen Arbeitern mehr geben wird. Er ermahnt die Arbeiterschaft einmüthig für das allgemeine Wahlrecht einzutreten, weil dies ein wirksames Mittel zur Hebung der Lage der Arbeiter ist.

Gen. Adler (Wien): Wie ich vorausgesehen habe, ist insbesondere die Periode zwischen 10. Oktober 1893 und Anfang Februar 1894 in's Auge gefaßt worden von jenen Rednern, die gegenüber der Parteivertretung Vorwürfe erhoben haben, die Periode nämlich, wo es in Frage stand, ob nach der Einbringung des Taaffe'schen Wahlreformentwurfes unsere Partei in den Streit zwischen den koalirten Parteien und dem Grafen Taaffe das Schwergewicht einer großen Demonstrationsbewegung hineinwerfen soll, was nicht anders gedeutet werden konnte, in ihrer Wirkung auch nichts Anderes gewesen wäre, als eine Parteinahme für

die Regierung des Grafen Taaffe, die wir durch 14 Jahre auf unserem Rücken gefühlt haben. (Beifall.)

Die Parteileitung mußte es sich angelegen sein lassen, daß das Proletariat, welches in der Bewegung steht, klar sehe, nicht irre geführt und auf Abwege gebracht wird. Für uns war es das Wichtigste, und das ist zugleich die Lebensfrage der Partei, daß der klassenrevolutionäre Geist des Proletariats, den wir durch jahrelange Erziehung gefördert haben, erhalten bleibt und in der sozialdemokratischen Partei keine Zweideutigkeit eintritt. Das war die Erwägung bei unserem Vorgehen. Es durfte nicht ein Delegirter hier, nicht einmal irgend einer aus der breiten Schichte unserer Genossen draußen den Verdacht haben, daß die Sozialdemokratie, eine revolutionäre Partei, sich irgend einer Regierung zur Verfügung stellt zu einem Zwecke, von dem es überdies sehr zweifelhaft war, ob er auch erreicht wird.

Es wurde hier das Wort „Verrath" ausgesprochen. Der Gen. Hueber wagte es nicht vor sich selbst, nicht vor seinem eigenen Gewissen, dieses Wort irgendwie ernstlich zu meinen. Er hat es hingeworfen nur als einen Gedanken, der ihm durch den Kopf gegangen ist. Ob es klug war, ihn hier öffentlich auszusprechen, das hat er mit sich selbst auszumachen.

Eine zweite Reihe von Anwürfen bezieht sich darauf, daß die Parteivertretung zu viel mit Gesetzlichkeit arbeite, daß jede Aktion in Bezug auf die bestehenden Gesetze genau in Erwägung gezogen werde. Richtig ist, daß noch keine einzige Aktion, die von der Parteivertretung als solcher in's Werk gerufen wurde, mit Recht als mit dem Gesetz in Widerspruch stehend bezeichnet werden konnte. Nun, Parteigenossen, diese Verhandlungen wurden nicht von uns, sondern von den Behörden eingeleitet und es liegt gerade der Erfolg unserer Bewegung darin, daß wir der Behörde und der Polizeiwillkür Stück für Stück den Boden abgraben, daß unsere Macht größer wird, ohne daß wir diese Macht anwenden müssen.

Nach einer kurzen Bemerkung gegen Hofer und Schuhmeier wendet sich Gen. Adler der Besprechung des Generalstreiks zu. Der Generalstreik wurde als Mittel zur Erreichung des Wahlrechtes hier von beinahe allen Rednern empfohlen, ein einziger Genosse, Hanich, der sehr scharf die Schwierigkeiten geschildert hat, so daß er ihn beinahe eine Unmöglichkeit nennt, hat trotzdem zum Schlusse gesagt: verzichten auf das Mittel des Generalstreiks möchte wohl keiner der anwesenden Genossen. Die Genossen, welche hier die Schwierigkeiten des Generalstreiks geschildert haben, verdienen die Achtung der Parteigenossen, weil sie sich einer höchst undankbaren Aufgabe unterziehen, weil sie in einer unpopulären Sache das Wort ergreifen, wozu sehr viel Muth gehört. Auch ich gehöre zu jenen Genossen, die den Generalstreik für eine viel gefährlichere Sache gehalten haben als Andere, und es ist wahr, daß ich gegen die Art der Agitation, wie sie auf der Feuerwerkswiese durch nach meiner Ansicht ganz unglücklich gewählte Worte eingeleitet wurde, Stellung genommen habe; ebenso aber ist es wahr, daß ich gegen die Diskussion des Generalstreiks nichts gehabt, sondern glaubte, daß wir die Verpflichtung haben, in dieser uns aufgedrängten Diskussion jedes Mittel, um vorwärts zu kommen, in Aussicht zu nehmen und vorzuberathen. Die Regierung und das Parlament sollen überzeugt werden, daß die Arbeiterschaft sich im äußersten Nothfalle nicht scheut, auch die äußersten Mittel zu ihrer politischen Selbsterhaltung anzuwenden.

Das zwingt uns zur genauen Ueberlegung dessen, was in unseren Kräften steht. Wir können nicht mehr Kraft einsetzen, als wir haben. Und wenn wir über unsere Kräfte die Gegner täuschen können, so mag das für uns von Vortheil sein; wehe aber der Partei, wenn sie sich selbst über ihre eigene Kraft täuscht. Das zu verhindern ist unsere Aufgabe und dazu war dieser Parteitag nothwendig. Wenn Sie die Reden im Geiste vorüberziehen lassen, sehen Sie wieder ein Beispiel, wie nicht blos im Großen, sondern auch im Individuellen Jeder das Produkt der ihn

umgebenden, hauptsächlich ökonomischen Verhältnisse ist. Wir waren gar nicht in der Lage, einen Ueberblick zu bekommen, weder über den Willen, noch über die Fähigkeit des Proletariats, in der Sache vorwärts zu kommen, vor diesem Parteitag. Wir haben gehört, wie der Proletarier der Residenz ganz anders über die Dinge denkt als der Vertreter der Proletarier in einem hausindustriellen Bezirk Böhmens oder Mährens. Hier können wir erst ein Urtheil gewinnen über die Verhältnisse, und Mancher, der gekommen ist, um den Parteitag zu belehren, wird vom Parteitag als Belehrter weggehen. Ich habe sehr viel gelernt. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die Verschiedenheiten der Verhältnisse ein einheitliches Vorgehen nur mit großen Schwierigkeiten möglich machen. Nun gehöre ich nicht zu Denjenigen, die das Ideal des Generalstreiks recht hoch stecken, damit sie ja nicht dazu kommen, ihn praktisch anzuwenden, aber so viel ist sicher, daß, wenn eine solche Arbeitseinstellung nicht mit einer ungeheueren Wucht, und zwar nicht nur in den Großstädten, sondern weit hinein in die kleinen Fabriksthäler eintritt, dann der Generalstreik von vornherein verloren ist, und umsomehr verloren ist, wenn damit das verknüpft ist, was Schuhmeier und Saska als Volkserhebung bezeichnen: Parteigenossen, es ist ein öffentliches Geheimniß, der belgische Massenstreik hat wenige Tage gedauert, und wir wissen nicht, wie lange er hätte fortgeführt werden können, aber so viel wissen wir allerdings, daß er nur gelungen ist und nur möglich war, weil die Armee im Sinne des Militarismus erstens in Belgien nicht vorhanden, und zweitens weil die vorhandene Armee einfach unzuverlässig war. Parteigenossen, was meinen Sie denn zu einer Volkserhebung, die sich auf einige große Städte mit großen Garnisonen konzentrirt? Mit dieser Volkserhebung — nennen Sie diese nun Generalstreik oder wie Sie wollen — wird unsere sehr zuverlässige Armee fertig. Sie sehen, ich habe wieder die Kanonen vor Augen; anders aber steht die Sache, wenn es sich um eine Arbeitseinstellung handelt, die in die Breite geht ebenso sehr wie in die Tiefe, wenn in dem letzten Thale, wo eine Fabrik isolirt steht mit 500 Arbeitern, die Arbeit steht; wenn in Wien täglich Hunderte von Depeschen einlaufen: auch bei uns, auch bei uns, auch bei uns.

Da hilft dann die Armee nicht, da ist es dann nicht die einfache Frage, wie viel Patronen der Mann zugetheilt erhalten hat; dann kommt es auf Dinge an, die nicht mehr mit Bajonneten zu schützen sind, weil man die Bajonnete nicht mehr vertheilen kann. Darum, Genossen, dürfen Sie weder den Generalstreik sich so umfassend vorstellen, aber Sie dürfen auch nicht glauben, wenn die Bezirksorganisationen der Provinzen und der Hauptstadt Wien beschließen: nun geht es los, damit schon etwas geschehen sei.

Ich bin der Ansicht, daß man den Massenstreik nur anwenden darf, wenn man muß. Es gilt für Jeden von uns, daß unser Leben uns nichts gilt gegenüber dem Zweck, der zu erreichen ist. Das gilt für den Einzelnen. Auch die Partei hat ein Leben. Auch für die Partei handelt es sich in gewissen Momenten um Tod und Leben. Es handelt sich da nicht nur um die aufgespeicherte Arbeit von jahrelanger Organisation von Hunderten und Tausenden von Genossen, sondern es ist vor Allem auch die Zukunft der Partei und wir sind verantwortlich nicht nur für die Unterlassung eines solchen Mittels, sondern wir sind auch verantwortlich für die Niederlage in einem solchen Falle, die gleichbedeutend ist mit dem ungeheuersten Rückschlag für das ganze Proletariat überhaupt. (Sehr richtig!) Wir dürfen diese Mittel nicht früher anwenden, bis wir sagen können, es ist unsere Ueberzeugung, daß erstens die Aussichten, daß dieses Mittel Wirkung habe, so groß als möglich sind, und zweitens, daß uns kein anderes Mittel mehr übrig bleibt, und drittens, daß der Preis dieser Anwendung auch dem Mittel halbwegs gleich wäre.

Die Geschichte der Partei in Oesterreich weist uns darauf hin, daß der Geist des Proletariats ein anderer ist als in anderen Ländern, und ich wundere mich, daß diese Geschichte so leicht vergessen ist. Diejenigen, die am meisten für

den Massenstreik eintreten, um das allgemeine Wahlrecht zu erringen, glauben, es genüge als Motiv nicht das allgemeine Wahlrecht, sondern es müßte gewissermaßen ein gewisses Mehr in die Wagschale gelegt werden, nämlich der Kampf für den Achtstundentag. Diese Genossen versuchen nicht einmal zu beweisen, daß es möglich sei, in einem Sprunge beide Forderungen zu erreichen, sondern ihr Motiv ist einfach das, das allgemeine Wahlrecht könnte vielleicht nicht genügen, um die Massen herauszubringen (Sehr richtig!) und weil das nicht genügt, muß man noch eine Forderung aufstellen. Aber ich sage, wenn wir mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechtes die Massen nicht herausrufen, dann dürfen wir nicht in den Massenstreik eintreten, dann ist die erste Voraussetzung für den Massenstreik, die revolutionäre Stimmung, der Höhepunkt der Energie des Proletariats, noch nicht vorhanden, dann **können** wir nicht, und weil wir nicht können, **dürfen** wir nicht. (Sehr richtig!)

Aber kann denn nicht der Achtstundentag ganz leicht mit dem allgemeinen Wahlrecht in Verbindung gebracht werden? Er hat nur eine Verbindung, daß er eine populäre und dringende Forderung ist.

Aber wir haben eine ganze Reihe von populären und dringenden Forderungen auf unserem Programm, die eben so leicht und schwer mit dem allgemeinen Wahlrecht in Verbindung zu bringen wären. Ein Genosse hat auseinandergesetzt, daß die Schwierigkeit des Achtstundentages nicht größer ist wie die des allgemeinen Wahlrechtes; er mag vollständig Recht haben. Das Eine allein ist aber zu prüfen, ob die Vorbedingungen eines Kampfes für das Wahlrecht dieselben Vorbedingungen sind wie die eines Kampfes für den Achtstundentag, ob nicht vielmehr die Situation, die politische Lage, in welcher das Wahlrecht zu erkämpfen ist, es möglicherweise ganz ausschließt, daß der Achtstundentag zugleich in diesem Momente zu erkämpfen ist.

Es wurde Karl **Marx** zitirt; ich glaube **Marx** ziemlich zu kennen, aber auswendig kann ich ihn nicht. Was ich aber von ihm gelernt habe, das war die oberste Regel aller Parteitaktik und vor Allem die oberste Regel aller revolutionären Taktik, das ist, daß die Wirklichkeit anzusehen ist.

Wir haben nicht nothwendig, die Verkleidungen, die mystischen, die mythischen und religiösen Verkleidungen zu benützen, wie sie die anderen Parteien brauchen, um ihre Götzenbilder auszustaffiren, um die Leute in einen Dusel hineinzutreiben. Unsere Aufgabe vielmehr ist es, den Thatsachen die Maske herunter zu reißen und die nackten Thatsachen zu zeigen.

Bei der Frage des Achtstundentages muß ich ein Wort über die Haltung der Bergarbeiter sprechen. Die Bergarbeiter sind für Oesterreich eine sehr wichtige Branche, sie sind in Oesterreich beinahe ebenso wichtig, als sie es in Belgien sind. Ja, sie sind für Oesterreich, das ist meine Ueberzeugung, noch viel wichtiger, weil die Bergarbeiter, weit mehr als in Deutschland, einen weit höheren Prozentsatz der eigentlichen industriellen Arbeiter einnehmen. Sie bilden eine geschlossene Masse von etwa 110.000 Arbeitern, eine geschlossene kompakte Masse an wenigen Orten beisammen, die an und für sich eine viel mächtigere Waffe in dem Momente sein werden, wenn sie überhaupt eine Waffe sind. Die Bergarbeiter aber sind zu einem Theil überhaupt nicht organisirt. Das ist nicht ihre Schuld, schuld daran sind die furchtbaren Zustände, unter welchen sie leben. Sie sind zum anderen Theile, obzwar organisirt, nicht einheitlich organisirt und nur zum dritten Theil sind sie, auf einem klaren Programm fußend, in der Organisation. Die Bergarbeiter, die Sie hier sehen, Genossen — müssen sich gerade in ihrer Branche mehr, weit mehr als Vertreter der ganzen Gruppe fühlen, als bei Ihnen Allen, weil sie durch die Art ihrer Arbeit, ihrer Umgebung und Wohnung und durch eine jahrhundertelange Geschichte aufeinander angewiesen sind. Die Bergarbeiter nun sind in dem Sinne eine moderne Organisation nicht. Die Bergarbeiter sind und müssen natur-

gemäß am empfindlichsten und in erster Linie von dem betroffen werden, was sie am meisten und unmittelbar drückt, und ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß, wenn ich in diesem Momente eine Urabstimmung bei den Bergarbeitern einleiten wollte, was ihnen wichtiger erscheine, der Achtstundentag — ich spreche von der Wahlreform gar nicht — oder die Bruderladenreform, die Bruderladenreform eine bedeutende Majorität bekommt. (Vereinzelte Sehr richtig! und Oho-Rufe.)

Das hängt Alles zusammen mit den Eigenthümlichkeiten dieser Branche, die ich vorhin angedeutet habe und die man kennen muß; man kann da nicht allgemein sprechen. Die Bergarbeiter kommen zu uns und sagen: Wir wissen das sehr genau, daß das allgemeine Wahlrecht nicht nur für das übrige Proletariat, sondern insbesondere für die Bergarbeiterschaft etwas ungemein Wichtiges ist; wir wissen, daß es ein Mittel ist, um die anderen Dinge zu erlangen; aber die, die hinter uns stehen, wollen praktische Erfolge unmittelbar in die Hand haben, und unsere Organisation ist nicht so weit, um das zu beherrschen. Und nun sagen sie weiter, wir sind bereit, mit Euch und für uns einzutreten in den Kampf für das allgemeine Wahlrecht. Wenn aber die Bergarbeiterschaft Vertrauen haben soll zur sozialdemokratisch organisirten Arbeiterschaft, dann muß diese Arbeiterschaft zeigen, daß sie auch Sinn und Opferwilligkeit für unsere speziellen Bedürfnisse hat. Das ist einfach die Lage. Ein Redner hat dies ein Feilschen genannt, wie im Koalitionsministerium. Genossen! Da besteht ein großer Unterschied. In den Koalitionsregierungen wird gefeilscht. Sie gleichen einem Markte, an dem jede Partei auftritt und sagt: Ich verrathe so und so viel Prinzipien, dafür verräthst Du so viel Deiner Prinzipien. Das ist die Grundlage ihres Vertrages. Wenn aber die Bergarbeiter zu uns kommen und sagen: Wir begreifen und fühlen mit Euch, daß das wichtig ist, verlangen aber von Euch, daß ihr auch für die Anderen Punkte Eures eigenen Programms, nicht nur unseres Programms, das volle Gewicht der Partei einsetzet, so ist dies kein Feilschen und kein Markten; das ist einfach die Anerkennung der Thatsachen in der Bergarbeiterbevölkerung. Sie werden von dieser Seite gedrängt zur Durchführung eines Programmpunktes, wie die Anderen von der anderen Seite zur Durchführung des allgemeinen Wahlrechts.

Ich bin überzeugt, daß es unmöglich ist, in einem und demselben Massenstreik, in einem und demselben Kampfe die Forderung des Achtstundentages mit der Wahlrechtsforderung zu verbinden, speziell auch nicht den Massenstreik zu verbinden mit einer Forderung der Bergarbeiter.

Wenn heute der Massenstreik für das allgemeine Wahlrecht kommt, so brauchen sie ihn nicht erst zu proklamiren; wir brauchen ihre Hilfe für den Massenstreik nicht. Denn wenn wir den Massenstreik durchzuführen in der Lage sind, wenn wir die Fabriken still setzen können, so sind die Bergarbeiter ohnehin stillgesetzt. (Sehr richtig!)

Die ungünstigste Zeit für einen Bergarbeiterstreik für den Achtstundentag wäre aber der Moment, wo es einen Massenstreik der industriellen Arbeiter gibt. Aber es muß beim Punkte „Maifeier und Achtstundentag" in aller Form erörtert werden, daß die Arbeiterschaft erklärt, die Maifeier habe zwar wunderbar der proletarischen Bewegung genützt, aber den Kampf für den Achtstundentag habe sie gar nicht so sehr gefördert, daß endlich mit einer speziellen Achtstundenbewegung für einzelne Branchen begonnen werden müsse. Jene Branche aber, die in erster Linie für den Achtstundentag in Frage kommt, geschichtlich, der Natur des Betriebes und den Fortschritten nach, sind allerdings die Bergarbeiter. Und da glaube ich, daß der Parteitag beim Punkte „Maifeier und Achtstundentag" erklären soll, die Maifeier solle fortbestehen wie bisher, aber es solle auch der Kampf für den Achtstundentag damit eröffnet werden, daß wir den Bergarbeitern die feierliche Zusicherung geben, daß in dem Moment, wo ihre

Organisation kräftig genug ist, um einen Schritt zur Erkämpfung des Achtstundentages zu unternehmen, die gesammte Arbeiterschaft, soweit sie klassenbewußt und organisirt ist, an ihrer Seite stehe mit allen ihren Kräften und allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. (Beifall.) Damit feilschen wir nicht, damit haben wir einfach einen Punkt unseres Programms auszuführen gesucht.

Nun ist aber die Frage, was sollen wir thun? Gen. Neumann hat vorgeschlagen, die Parteivertretung sei zu beauftragen, den Massenstreik vorzubereiten und auf keinen Fall zuzulassen, daß Neuwahlen unter dem gegenwärtigen Wahlsystem stattfinden. Ich bin sehr dafür, daß der Massenstreik vorbereitet werde, daß die Parteivertretung, wenn wir, zum Aeußersten getrieben, nicht anders können, wenn wir es mit unserer Verantwortlichkeit vereinbarlich finden, auch zu diesem Mittel zu greifen beauftragt werde. Ich verwahre mich aber entschieden dagegen, daß eine zeitliche Grenze festgestellt werde. Nach dem Vorschlage Neumann's könnte das Parlament, indem es an Altersschwäche stirbt, eventuell erst Ende 1896 oder Anfang 1897 mit der Wahlreform fertig werden. Damit hätten wir der Koalitionsregierung gesagt: Ihr könnt bis zum Jahre 1897 vollständig unbesorgt sein, bis dahin wird kein Massenstreik stattfinden. Zudem können wir unmöglich heute wissen, welche Lage in Oesterreich im Jahre 1897 sein wird. Wir können nicht einmal wissen, welche Taktik wir in einer Woche einschlagen müssen. Am 8. und 9. Oktober trat die Reichs-Konferenz zusammen und erklärte, wenn das Parlament die Wahlreform nicht zur Diskussion bringe, sei auf die Tagesordnung des Parteitages der Generalstreik zu setzen. Die Verfassung galt damals, am 9. Oktober, nochfür ganz unerschütterlich, es schien unmöglich, auf gewöhnlichem Wege daran zu rütteln. Und am 10. Oktober gingen einige Konferenztheilnehmer mit mir in's Parlament, um die Leute an der Arbeit zu sehen, und sie sahen eine vernichtete Volksvertretung. Ich hatte den Genossen auf der Konferenz gesagt: Wir können nicht bis auf Ostern hinaus unsere Taktik festlegen, es kann morgen etwas geschehen, was sie ändert. Zufällig ist diesmal wirklich am nächsten Tage etwas geschehen. —

In Oesterreich sind die Dinge so, daß wir uns nicht binden dürfen, weil wir sonst die Beweglichkeit der Partei einschränken. Das Einzige, was wir thun können, ist, unsere Mittel zu übersehen, um von ihnen im bestimmten Augenblicke Gebrauch zu machen.

Ich werde eine Resolution beantragen, die den Generalstreik als letztes Mittel in Aussicht stellt, aber nur für den Moment, wo die Regierung so harthörig, unsinnig und selbstmörderisch ist, daß sie das allgemeine Wahlrecht nicht durchsetzt. Ich erkläre ebenso offen, daß ich sogar davon überzeugt bin, daß es nicht dazu kommen wird. **Konfiszirt!** — — — — — — — — — — —

Wir werden also den Generalstreik als letztes Mittel anwenden, und er wird desto mehr Wirkung machen, je ernster wir ihn vorbereiten, je mehr wir beim Volke die Ueberzeugung von der Lebensfrage der Massen, der politischen Frage des Wahlrechtes wachrufen. Darum dürfen wir auch nicht an andere Demonstrationen vergessen, von denen behauptet wurde, daß sie schon langweilig und ermüdend werden.

Wir haben eben noch viel langweilige Arbeit vor uns. Jede Demonstration

schafft uns das Mittel, neue Ueberzeugungen zu schaffen, andere Kreise heranzuziehen. Wir müssen also entsprechend vorarbeiten. Die Vertrauensmänner werden das Amt kaum annehmen, wenn Sie ihnen die Hände binden, anders aber ist es, wenn Sie die Parteileitung zwingen, Stellung zu nehmen, alle Vorbereitungen zu treffen.

Es wurde davon gesprochen, die leitenden Grundsätze der Regierungsvorlage dürfen nicht Gesetz werden, dagegen muß man sich mit den äußersten Mitteln wehren. Wir werden aber nicht befragt, es handelt sich nicht um Annehmen oder Ablehnen, sondern wie wir uns zu einem solchen neuen Gesetze verhalten würden. Eines ist gewiß, die leitenden Grundsätze der Regierung werden von der Entrüstung und Verachtung des ganzen Volkes hinweggefegt werden. Ich begreife vollständig, daß sich eine Regierung so benimmt, wie es die Interessen vorschreiben, die sie vertritt. **Konfiszirt!** — — — — — — — — — — — — — — — —
— —
— —
— — — — — — — — — — — — — — — — — — — **Konfiszirt!** Wenn die Herren so verblendet sein sollten, Stadnicki für den Mann des Momentes zu halten, wenn die Taktik Stadnicki's die österreichische Politik bestimmen würde, dann würde es allerdings an der Zeit sein, daß die österreichische Arbeiterschaft diese Herren eines Besseren belehrt. Aber das ist ganz ausgeschlossen.

Ich beantrage folgende Resolution:

„Die von der Regierung vorgeschlagene Wahlreform wird als Verhöhnung der Arbeiterschaft mit Entrüstung zurückgewiesen. Der Parteitag erklärt das Wahlrecht mit allen der Arbeiterklasse zur Verfügung stehenden Mitteln erkämpfen zu wollen, dazu gehört neben den angewendeten Mitteln der Agitation und Organisation auch der Massenstreik.

Die Parteivertretung mit den Vertretern der Organisationskreise wird beauftragt, alle Vorkehrungen zu treffen, um, falls die Hartnäckigkeit der Regierung und der bürgerlichen Parteien das Proletariat zum Aeußersten zwingen sollte, den Massenstreik als letztes Mittel im geeigneten Zeitpunkte anordnen zu können."

Diese Resolution unterscheidet sich von den bisher eingebrachten dadurch, daß ein bestimmter Zeitpunkt nicht genannt ist, und daß der Parteivertretung ausdrücklich gesagt wird, der Parteitag weiß, daß er ein scharfes, ein zweischneidiges Schwert in ihre Hand legt, und der Parteitag die Parteivertretung beauftragt, von diesem Schwerte nur dann Gebrauch zu machen, wenn es an der Zeit ist und nicht früher als sie muß. Anders kann ich mir Ihre Verantwortung und auch nicht die der künftigen Parteivertretung vorstellen, aus wem immer sie bestehen möge.

Es wurde hier mit viel Aufgebot von warmen Worten von Ihrem Muth und Ihrer Opferwilligkeit gesprochen. Wir glauben diesen Worten; wir haben Beweise dafür, aber glauben Sie mir, diese Beweise liegen ganz anderswo, als daß wir hoffen, daß die Genossen an die Kanonen vergessen; sie liegen darin, daß die Genossen an die Kanonen denken und trotzdem Tag und Nacht dem Kerker in's Gesicht sehen und unter den größten Entbehrungen rastlos für kleine, unscheinbare Erfolge arbeiten, die kein Mensch sieht, die aber doch für uns von der größten Bedeutung sind. Es mag ja sein, daß sich das Proletariat einmal zu einem gewaltigen Schlußakte der gegenwärtigen gesellschaftlichen Tragödie aufrafft; aber immer sich an diesem Momente zu berauschen und darüber die gegenwärtige Arbeit gering zu schätzen, das wäre nicht minder ein Verrath als sich der letzten Entscheidung entziehen zu wollen. (Beifall.)

Ich weiß nicht, ob ich die Meinung der Majorität getroffen habe; aber das sage ich Ihnen: Wer hier stimmt, möge sich bewußt sein, daß es sich nicht um

eine Genugthuung für seinen persönlichen Muth oder um seine persönliche Opferwilligkeit handelt, sondern Jeder mag sich bewußt sein, daß er nicht nur für sein Opfer, sondern für das Opfer Derjenigen, die ihr Vertrauen in seine Hände gelegt haben, stimmt, und ich glaube, kein echter Parteigenosse hat mehr Muth für die Anderen als er für sich selber hat. Ich möchte wünschen, daß Sie die volle Schwere Ihrer Verantwortung heute empfinden und von ihr bei Ihrer Abstimmung durchdrungen sind; nur dann werden Sie der Sache des österreichischen Proletariats den Dienst erweisen, zu dem Sie hieher berufen sind. (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution des Genossen Dr. Adler wird genügend unterstützt und steht daher in Verhandlung.

Gen. Rieger (Brünn) steht vollständig auf dem Standpunkte Adler's, der nach seiner (Redners) Ueberzeugung allen Provinzgenossen aus der Seele gesprochen hat. Es besteht in dieser Frage ein gewisser Gegensatz zwischen den Wiener und den Provinzgenossen, doch hofft Redner, daß die Wiener Genossen sich der Gesammtheit der Provinzgenossen fügen werden.

Als die Parteivertretung, sagt Redner, jenes mehrerwähnte Zirkular an die Landesorganisationen in der Frage des Generalstreiks ergehen ließ, hat die Landesvertretung von Mähren die Genossen in den Bezirksorganisationen davon verständigt und an sie die Anfrage gerichtet, wie sie sich zu dieser wichtigen Frage stellen. Die Genossen haben geantwortet, daß sie im Prinzip sich allerdings für den Generalstreik erklären, daß aber die gegenwärtigen Umstände nicht geeignet sind, einen vollständigen Sieg des Generalstreiks in Aussicht zu stellen. Aus Städten, welche man als kleine Industriezentren betrachten muß, langten Zuschriften ein, welche besagten, daß die Mehrheit der Fabriken den Betrieb fortsetzen würde. Im Großen und Ganzen sind also die Genossen aus Mähren der Ansicht, daß ein Massenstreik derzeit undurchführbar ist, ein Massenstreik, in dem Brünn mit seinen tausenden Arbeitern eine große Rolle spielen muß. Daß die Brünner Arbeiter nicht zurückschrecken, haben sie gezeigt, indem sie die Ersten waren, welche zugleich mit den Prager Genossen ihr Blut für die Erringung des Wahlrechtes vergossen haben. Bei uns überwiegt die Anschauung, daß ein Massenstreik nur dann siegreich durchgeführt werden kann, wenn ein solcher Streik zu allerletzt organisirt wird.

Sollte der Parteitag den Massenstreik beschließen, dann werden die Brünner Arbeiter diesem Beschluß Rechnung tragen. Redner empfiehlt die Annahme der Resolution.

Gen. Richter (Liebau) gibt die Erklärung ab, das arbeitende Volk seines Bezirkes hat erklärt, für den Beschluß des Parteitages, ob er so oder so lautet, voll und ganz einzutreten. Es wäre traurig, wenn der Parteitag auseinanderginge mit der Erklärung, der Massenstreik sei undurchführbar. Redner akzeptirt die Resolution des Gen. Adler.

Gen. Regner (Prag) schildert die Situation der Prager Genossen. Wir erachten es als nothwendig, mit den politischen die wirthschaftlichen Verhältnisse zu verbinden, besonders für die Bergarbeiter. Die Kleingewerbetreibenden bei uns sind für das allgemeine Wahlrecht, wir müssen gerade jetzt thätig eingreifen, um die Koalition vorwärts zu treiben.

Für alle Bergarbeiter wird es nicht möglich sein, den Achtstundentag zu erringen. Wir sind für den Generalstreik, aber auf Grund des Budweiser Parteibeschlusses nur dann, wenn die wirthschaftlichen Forderungen nicht vernachlässigt werden. Wenn wir uns mit den Bergarbeitern und Gasarbeitern verbinden, so werden wir unser Ziel gewiß erreichen. Die Jungtschechen denunziren die sozialistische Bewegung auf das Erbärmlichste, ihr Eintreten für das allgemeine Wahlrecht ist eitel Spiegelfechterei, zudem die Jungtschechen für das Wahlrecht nichts

gethan haben und die Arbeiter nur als Staffage benützen wollten, um die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Die Spielerei mit dem Staatsrecht, dem Reskript und der pragmatischen Sanktion sind Beweise dafür, die letzten Prozesse in Prag haben gezeigt, daß die jungtschechische Partei fertig ist. Bei einem Massenstreik muß das erwogen werden, eine Niederlage der Arbeiter wäre ein Sieg der tschechisch-radikalen Bourgeoisie. Der heutige Parteitag soll die Mittel bestimmen, durch welche der Massenstreik durchzuführen ist.

Gen. Bill (Neutitschein) erklärt im Namen der Genossen von Neutitschein und Freiberg sich mit dem Massenstreik einverstanden, wenn auch die Organisation noch nicht weit fortgeschritten ist, und schließt sich im Namen seiner Genossen der Resolution des Gen. Adler an. (Bravo!)

Gen. Schatzmeier (Villach) sagt, er hätte mehr statistische Angaben erwartet, schließt sich aber der Resolution des Gen. Dr. Adler an.

Gen. Sadnik (Triest) konstatirt den Mangel einer jeden Wahlrechtsbewegung in Triest, so daß es den Anschein hat, als ob Niemand für das Wahlrecht wäre, was aber nicht der Fall ist, wünscht eine Vorbereitung und Agitation für den Generalstreik und schließt sich in dieser Beziehung der Resolution des Gen. Dr. Adler an, daß die geeignete Zeit für die Inszenirung des Generalstreiks abgewartet werde. (Bravo!)

Gen. Kořinek (Wien) verwahrt sich dagegen, daß die tschechischen Genossen für nicht international gehalten werden, weil sie für die Aufnahme der Forderungen der Bergarbeiter sind. Denn der Gen. Dr. Adler hat auseinandergesetzt, daß das wirklich ein Punkt unseres Programms ist. Die tschechischen Genossen haben am Budweiser Parteitag beschlossen, die wirthschaftlichen Forderungen der Bergarbeiter in den Massenstreik mit einzuflechten, daher können die tschechischen Genossen, nur wenn diese Forderungen in die Resolution aufgenommen werden, für die Resolution des Gen. Dr. Adler stimmen.

Gen. Behr (Aussig) stellt den Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf fünf Minuten.

Gen. Steiner stellt den Antrag, daß von jedem Lande ein Redner sprechen soll.

Nach kurzer Debatte, an der sich die Gen. Nemec, Daszynski und Koczka betheiligen, wird der Antrag des Gen. Behr angenommen.

Gen. Prchal (Gloggnitz): Ich erkläre, daß wir für die Organisation des Generalstreiks sind, aber nur dann, wenn wirthschaftliche Forderungen mit einbezogen sind. Wir sagen, das Wahlrecht allein ist es nicht werth, daß so viel Opfer fallen.

Gen. Knoll (Pottendorf) schließt sich dem Vorredner an.

Gen. Zimmermann (Jägerndorf): Ich bin dafür, daß das allgemeine Wahlrecht einzig und allein als Postulat von uns verfochten und nicht mit dem Achtstundentag verbunden wird. Den Achtstundentag können wir in unseren Werkstätten erringen, das Wahlrecht aber kann nur durch das Gesetz ertheilt werden.

Gen. Kleedorfer (Gewerkschafts-Kommission): Wir haben von vornherein gegen den Generalstreik Stellung genommen; wir konnten nicht anders handeln, weil wir wußten, daß wir nicht im Stande wären, ihn durchzuführen, weil wir die Genossen nicht zurückhalten können, wirthschaftliche Forderungen mit aufzustellen. Seitdem das Schlagwort vom Generalstreik gefallen, beschäftigen sich die besten Organisationen damit, im ganzen Reiche den Branchenstreik in's Leben treten zu lassen.

Wenn von vornherein erklärt worden wäre, wir wollen mit Arbeitsruhe Demonstrationen, wäre es anders geworden. So wollen jetzt die indifferenten Leute beim Streik für ihre Person etwas erreichen, sie bedenken nicht, daß das Wahl-

recht noch viel bedeutender ist als wirthschaftliche Forderungen. Wir haben nun den Vorschlag der Gen. Neumann und Schuhmeier vor uns. Schuhmeier hat gegen den Vorschlag Neumann's in's Feld geführt, daß wir den Gegnern nicht ankündigen dürfen, wann wir in den Streik eintreten wollen. Schuhmeier sagte, wir sollen eine Volkserhebung veranstalten. Der Vorschlag Schuhmeier's ist gleichbedeutend mit dem Vorschlage von Neumann. Ich halte den Antrag Neumann deshalb für besser, weil er Zeit bietet, auf unsere Indifferenten so einzuwirken, daß wir sie zurückhalten, für wirthschaftliche Forderungen gleichzeitig einzutreten. Auf die Bergarbeiter müssen wir Rücksicht nehmen. Es gibt noch außerdem Branchen, welche auf die Gelegenheit warten, in den Streik einzutreten. Nun haben wir vor kurzer Zeit erst auf dem Gewerkschafts-Kongreß beschlossen, die gewerkschaftliche Organisation auszubauen. Dieser Schritt aber könnte sie vernichten.

Gen. Scheibenpflug (St. Pölten): Als Vertreter des Organisationsbezirkes St. Pölten muß ich Ihnen leider sagen, daß bei uns die Verhältnisse derartige sind, daß wir vorläufig in einen Massenstreik nicht eintreten können. Sollte aber die Partei in eine Aktion eintreten, so werden wir sie nach besten Kräften unterstützen. Ich empfehle die Resolution des Gen. Dr. Adler.

Gen. Polke (Freiwaldau): Bei uns ist heute ein Eintreten in den Generalstreik unmöglich. Die Textilarbeiter können sich gar nicht organisiren, weil der einzelne Unternehmer die Arbeiter in Abhängigkeit erhält. Wir glauben, daß das allgemeine Wahlrecht durch einen Massenstreik eher zu erreichen ist als der Achtstundentag. Wir sind für den Generalstreik als letztes Mittel; wenn wir auch selbst nicht mitstreiken können, wollen wir die Genossen mit allen Mitteln unterstützen. Im Uebrigen stimme ich für die Resolution des Gen. Dr. Adler.

Gen. Frömmel (Römerstadt): Der Generalstreik ist bei uns heute nicht möglich, da die Leute noch viel zu abhängig sind. Aber wir haben beschlossen, daß wir den Streik materiell unterstützen werden. Ich bin für die Resolution des Gen. Dr. Adler.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 15 Minuten Abends.)

Abendsitzung. (Beginn 6 Uhr 10 Minuten.)

Vorsitzender Zellner (Reichenberg): Ich habe mitzutheilen, daß laut eines Telegramms aus Jungbunzlau die Genossen nicht mehr inhaftirt sind, die Untersuchung jedoch eingeleitet ist.

Gen. Dr. Adler (Wien): Im Abendblatt der „Deutschen Zeitung" ist nach einem ausführlichen Telegramme ersichtlich, daß diese Versammlung von der Behörde derart behandelt wurde, weil sie dachte, dabei die nationalen Omladinisten zu fangen, von denen sie glaubte, daß sie dort eine große Sache vorhaben. Währenddessen haben aber diese an einem anderen Orte eine große Versammlung abgehalten. (Heiterkeit.) Es handelt sich in diesem Falle nicht nur um eine Ungesetzlichkeit, sondern auch um eine Dummheit. Wenn die Sache in diesem Augenblick so steht, so wird es wohl angezeigt sein, daß wir die weitere Entwicklung abwarten und jetzt nicht deshalb zum Ministerium des Innern gehen. Wir werden sicher die Sache im Auge behalten. Vorläufig erscheint sie erledigt.

Vorsitzender: Der Delegirte Steinbauer hat die Vertretung der Waidhofener Genossen dem Gen. Hueber übergeben.

Es sind noch folgende Resolutionen zu diesem Punkte eingelaufen:

„Der Parteitag hält die Forderungen nach dem Parteiprogramme bezüglich des allgemeinen Wahlrechts aufrecht, erkennt jedoch, daß es gegenwärtig unmöglich ist, einen Generalstreik zu beschließen, und beschließt, daß die Genossen aller Orte, Provinzen oder Arbeitsbranchen Alles für die Erringung des Wahlrechtes mit

Entschiedenheit thun mögen, was möglich ist, und beschließt ferner, daß die Organisation in jeder Richtung ausgebaut, die Agitation für das Wahlrecht mit der Aufklärung ausgedehnt und die möglichsten Vorbereitungen zum Generalstreik als letztes Mittel getroffen werden.

Roscher, Lausmann, Köhler, Preibisch, Trübenecker, Hanich, Druschke, Hermann, Stark, Leusen, Richter, Polke, Frömmel, Riegner, Bill, Heidrich, Zimmermann, Dr. Ingwer, Weiser."

„Der vierte Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie erkennt die Nothwendigkeit an, zu einem Massenstreik behufs Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes greifen zu müssen, ohne den Tag des Ausbruches dieses Streiks feststellen zu können, da dieser Zeitpunkt von der Entwicklung der Wahlrechtsfrage abhängt.

Der Parteitag beschließt daher, die Parteileitung zu ermächtigen, im Einvernehmen und mit Zustimmung aller Landes-, resp. Kreisvertretungen den Massenstreik, wenn erforderlich, zu proklamiren.

Kiesewetter, Seliger, Möse, Behr, Albrecht, Peukert, Schiller, Hermann, Lausmann, Baier, Neumann, Schinzel, Köhler, Jobst, Maresch, Dobias."

„Der Parteitag beschließt: Sollte sich die Regierung noch weiter sträuben, den politischen und wirthschaftlichen Forderungen nachzugeben, so wird die Parteivertretung beauftragt, den Generalstreik zu inszeniren und nach Rücksprache mit den Landesorganisationen die Zeit für die Proklamirung desselben festzusetzen.

Fr. Hübsch, Wien, X. Bezirk."

Zusatzantrag zu Punkt III: „Das allgemeine Wahlrecht und der Generalstreik."

„Sollte der Generalstreik zum Beschluß erhoben werden, so hat gleichzeitig mit dem Generalstreik (Massenstreik) auch die Verweigerung des Wohnungszinses bis zur Beendigung des Streiks stattzufinden, um nebst den industriellen Unternehmern auch die Hausbesitzer zu treffen.

Silberberg, Hofer, Wels, Gruber, Gröbner, Koczka, Kleedorfer, Walter, Jäger, Hueber, Markreiter, Zewnik, Schuhmeier, Belohlawek, Dobiasch."

Zu Punkt III:

„Wir Bergarbeiter erklären, daß wir für die beiden Forderungen: allgemeines Wahlrecht und Achtstundentag, jederzeit bereit sind einzutreten und nicht eher davon abzugehen, bis dieselben errungen sind.

Simon Stark, Karl Schott, Johann Mudra, Wagner."

Gen. Dr. Adler (Wien): Ich beantrage zu der von mir gestellten Resolution einen Zusatz, der geeignet ist, die Schwierigkeiten, die sich für die tschechischen Genossen in Folge des Budweiser Beschlusses in Bezug auf die Bergarbeiter ergeben, zu lösen. Die Bergarbeiter sind damit einverstanden. Der Zusatzantrag lautet:

„Unabhängig vom Kampfe um das Wahlrecht ist der Kampf für den Achtstundentag zu führen und ist zu diesem Zwecke in erster Linie alle Anstrengung zunächst auf jenen Punkt zu vereinigen, wo er am ehesten zu erreichen ist. Der Parteitag erklärt, daß, sobald die organisirte Bergarbeiterschaft den Zeitpunkt gekommen erachten wird, in den Kampf für die Achtstundenschicht zu treten, die gesammte klassenbewußte Arbeiterschaft Oesterreichs deren Kampf mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen wird.

Die Parteivertretung ist verpflichtet, diesen Beschluß durchzuführen."

Unterzeichnet ist der Antrag von den Genossen: Schuhmeier, Dr. W. Ellenbogen, Popp, Dr. Adler, Neumann, Pelikan, Preßl,

Große, Jäger, Masek, Krapf, Singer, Schott, Stark, Silberberg, Newole, Koczka, Walter, Wels, Markreiter, Schrammel.

In dem Beschlußantrage ist ein Fehler in der Stylisirung unterlaufen, der, wie ich höre, speziell bei den Wiener Genossen die Ablehnung veranlaßt hat. Ich erkläre, daß, wo es heißt: Der Parteitag erklärt, das Wahlrecht mit allen der Arbeiterschaft zur Verfügung stehenden Mitteln u. s. w., heißen muß: Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.

Ich glaube nicht, daß mir bei einiger Ueberlegung irgend Jemand eine andere Meinung zumuthen kann. Dies zur Aufklärung eventueller Mißverständnisse.

Konfiszirt! — — — — — — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — Konfiszirt!

Die Resolution des Gen. Dr. Adler ist zu wenig, der können wir nicht bestimmen, weil wir dann zu Hause unsere Genossen nicht beschwichtigen können. Wenn wir den Massenstreik durchführen können, so können wir leicht sozialdemokratische Forderungen durchsetzen. Ist es möglich, ihn ruhig durchzuführen, so wollen wir auch den Achtstundentag damit erreichen. Berücksichtigen muß man auch, daß die Regierung sich uns feindlicher entgegenstellen wird als in anderen Ländern der Monarchie.

Gen. Behr (Aussig) erklärt im Sinne der von Gen. Kiesewetter beantragten Resolution stimmen zu wollen.

Gen. Smetana (Wien, tschechisch): Es handelt sich uns darum, wie weit wir gehen können, um unsere Forderungen durchzusetzen. Wir können einen Streik durchführen, welcher zu Gunsten der politischen Bewegung des Proletariats die gesammte Bourgeoisie zu treffen hätte; es muß möglich sein, dadurch auch die indifferenten Massen zu gewinnen. Die Verbindung mit dem Achtstundentag halte ich nicht für angezeigt, da wir sonst leicht beide Forderungen verlieren könnten, während die Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes leichter durchgesetzt werden kann.

Gen. Schrammel (Wien): Was Gen. Dr. Adler in der Resolution ausgedrückt hat, ist dasselbe, was die Parteivertretung nach dem 10. Oktober ausgesprochen hat. Die Parteivertretung hat sich niemals auf den Standpunkt gestellt, daß der Massenstreik schon gegenwärtig ausgeführt werden soll oder auf einen bestimmten Zeitpunkt festgestellt werden kann; den Zeitpunkt werden nicht wir, sondern unsere Gegner bestimmen.

Die Frage des Achtstundentages ist nur in internationalem Wege zu lösen; unrichtig aber sei es, daß man für die Frage des allgemeinen Wahlrechtes die Massen nicht gewinnen könne. Redner erklärt, sich der Resolution Dr. Adler's anzuschließen.

Gen. Dobiasch (Gmünd) konstatirt die im Gebiete Gmünd herrschende Erbitterung über das bestehende Wahlunrecht. Andererseits haben wir auch die traurigsten wirthschaftlichen Verhältnisse, und Redner ist daher beauftragt, für den Massenstreik nur dann einzutreten, wenn eine wirthschaftliche Forderung damit verknüpft ist.

Gen. Daszynski (Lemberg) glaubt, daß die Parteivertretung, als der entscheidende Augenblick, der 10. Oktober gekommen ist, nicht Herr der Situation gewesen ist. Schuld daran ist nicht nur die Parteivertretung, sondern auch die lose Verbindung derselben mit den Landesorganisationen. Er polemisirt gegen Dr. Adler, welcher sagte, daß es nicht möglich war, für die Wahlreform des Grafen Taaffe sich einzusetzen. Wenn wir vorgehen, sagt Redner, so gehen wir ja nicht für die Regierung vor, sondern gegen die Gegner der Wahlreformvorlage.

Die Parteivertretung ist bis zum letzten Momente sich nicht klar gewesen, mit welchem Antrage sie an den Parteitag herantreten soll, und insbesondere Genosse Ellenbogen hat uns da gar nichts gesagt. Es war daher sehr gut, daß die Parteivertretung von verschiedenen Rednern nach vorwärts geschoben wurde.

Es hat eine neue Aera auch für die Sozialdemokratie begonnen. Genosse Dr. Adler hat sich auch noch in seiner heutigen Rede Hoffnungen hingegeben, er hat gesagt, die Leute im Parlament werden nicht wagen, die Schildknappen der Stadnickis zu sein. Geben wir uns nicht solchen frohmüthigen Kombinationen hin, nein, wir sollen auf Alles gefaßt sein, wir müssen diese Leute vom Standpunkt der Stadnicki behandeln, wie sie es verdienen.

Ein einziger Genosse hat entschieden gegen den Streik gesprochen und statistisches Material angeführt. Aber die Ziffern sind unberechenbar. Hier ist die Seele der Bewegung und hier haben sich Alle für den Streik erklärt. Es ist manchmal im Leben einer Partei ein Augenblick, wo man lieber vor Kanonen stehen möchte, als mit Kolbenstößen tagtäglich traktirt zu werden. Man muß endlich dem Feind fühlen lassen, daß man es mit dem Groll des Volkes zu thun habe.

Wir werden der Resolution des Gen. Dr. Adler zustimmen, dagegen die Resolution des Gen. Neumann ablehnen, weil wir die Vorausbestimmung des Zeitpunktes verwerfen.

Gen. Storch (Bensen): Der Bezirk Bolzenthal, den ich vertrete, will nur dann in den Generalstreik eintreten, wenn blos für das Wahlrecht gekämpft wird, weil sonst der Streik von vornherein verloren ist.

Gen. Haidt (Schärding) ist für die Resolution des Gen. Dr. Adler mit dem Zusatzantrag bezüglich der Bergarbeiter. In seinem Bezirk ist Massenstreik gleichbedeutend mit Volkserhebung.

Gen. Zelaszkiewicz Kornel (Lemberg): Gen. Dr. Ingwer hat Zweifel erhoben daran, daß die Genossen in Krakau und Lemberg für die Erringung des allgemeinen Wahlrechtes in einen Streik eintreten würden; das kann ich zurückweisen mit Rücksicht auf die Versammlungen, die in den genannten Städten zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechtes stattgefunden haben. Mit den tschechischen Genossen fühlen die polnischen Genossen den Schlag mit, der das böhmische Volk durch die Ausnahmsgesetze getroffen hat; zwischen Böhmen und Polen ist nur der Unterschied, daß die Genossen dort laut, hier heimlich gemaßregelt werden.

Gen. Preibisch (Warnsdorf): Ich unterschreibe die Resolution des Gen. Roscher. Wir werden für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht unentwegt eintreten. Was die Aeußerung des Gen. Dr. Ellenbogen über die Fabrikanten betrifft, so muß er die Fabrikanten unserer Gegenden ausnehmen und überhaupt die Fabrikanten Nordböhmens, die „liberalen“ Fabrikanten, wie Genosse Dr. Adler gesagt hat.

Gen. Peukert (Niemes): Wir sind zum Schlusse gelangt, wenn wir einmal in die Wahlrechtsbewegung eingetreten sind, auch nicht stehen zu bleiben. Wir müssen eventuell auch zum Massenstreik schreiten; wir meinen aber nicht, daß jeder Arbeiter heraus muß. Wenn es möglich ist, soll man sich dem Generalstreik anschließen.

Genossin Glas (Wien): Genossinnen und Genossen! Es haben bis jetzt 58 Redner gesprochen, aber keiner hat mit einem Worte erwähnt, wie die Frauen in den Organisationen über den Generalstreik denken. (Sehr richtig!) Man mag über die Frauenbewegung denken, wie man will, aber man muß konstatiren, daß die Frauen bei allen Bewegungen in den Großstädten und in den Provinzen, soweit sie vermocht haben, die Bewegung unterstützt haben; dies ist geschehen bei allen Maidemonstrationen und bei der letzten Wahlrechtsbewegung. Die meisten Genossen haben selbst in den Versammlungen betont, daß durch die Frauen, wenn

nicht eine Verstärkung der Bewegung, so doch eine Erleichterung gebracht worden ist. Jene Genossen, die ausdrücklich erklärt haben, daß sie auch Frauen vertreten, halten es nicht für nothwendig, daß auch Frauen zum Parteitag gesendet werden. Wenn die Genossen das Versprechen gegeben haben, die Frauen zu vertreten, so haben sie an dieses Versprechen vergessen. (Sehr richtig!) Die Genossen haben nicht vergessen, zu erzählen, wie die Organisationen aussehen, in langen Berichten, aber es wäre weit wichtiger zu hören, wie die Provinzorganisationen der Frauen aussehen. Kein Redner hat gesagt, ob die Frauen für die Inszenirung des Generalstreiks eintreten.

Seien Sie überzeugt, Sie brauchen die Mithilfe der Frauen zum Streik, und Sie würden es vermissen, wenn die Frauen nicht solidarisch mit Ihnen vorgehen. Dies bezieht sich nicht nur auf die Frauen in Fabriken und Werkstätten, sondern auch auf die Frauen in der Hausindustrie und vor Allem auf jene, welche in der Wirthschaft thätig sind. Sie würden bei einer eventuellen Inszenirung des Streiks auf diese Frauen nicht verzichten können. Es ist eine große moralische Unterstützung, wenn die Frauen zu ihren Männern sagen werden: Streiket, wir wollen hungern, damit wir unser Recht erhalten. Die Resolution des Gen. Dr. Adler deckt sich größtentheils mit den Ansichten der Wiener Arbeiterinnen, und wir werden für den Generalstreik eintreten, wenn er sich als nothwendig erweisen wird und die Möglichkeit vorhanden ist, ihn günstig durchzuführen. (Beifall.)

Gen. Jobst (Asch): Wir haben die Verhältnisse schon lange satt. Als das Zirkulär der Parteivertretung bezüglich des Massenstreiks an uns gelangt war, haben wir die Sache energisch in die Hand genommen. Wir sind bereit in den Streik einzutreten, wenn die großen Städte dafür sind. Gen. Hanich hat gemeint, daß in Asch blos 300 in der Organisation stehen, dies gilt nur für die gewerkschaftlich Organisirten. Aber wir haben in unserem Bezirke viele Organisationen, die Nichtorganisirten sind am allererbittertsten über die Zustände, und diese Leute werden auch vor den Bajonneten nicht zurückschrecken.

Gen. Maresch (Eger) gibt die Erklärung ab, daß die westböhmischen Arbeiter in den Streik treten werden.

Gen. Seidel (Krumau): Ich bin der Ansicht, daß die sozialdemokratische Bewegung eine Bewegung der ökonomischen Verhältnisse ist und betrachte die politische Bewegung als Nebensache, weil durch Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse selbstredend bessere politische Verhältnisse eintreten müssen. Wenn wir Erleichterungen der Lebensweise, z. B. Existenzminimum oder Altersversorgung verlangten, so würde, um diese Forderungen zu erreichen, das Wahlrecht entschieden zu fordern sein. Dann würden wir die indifferente Masse leichter mitreißen.

Gen. Tomschik (Wien): Im Namen der Genossen des XIV. Bezirkes erkläre ich, daß wir für den Generalstreik sind; ich stimme für die Resolution des Gen. Dr. Adler. Was die Verkehrsbediensteten betrifft, erkläre ich gegenüber Gen. Silberberg, daß die Organisation derselben unsere Erwartungen übertroffen hat. Aber für einen Generalstreik können sie jetzt nicht sein, weil sie die mühsam errungene Organisation dadurch verlieren würden.

Gen. Gruber (Wien): Die Wahlreform der Regierung Windischgrätz hat uns den Weg gezeigt, den wir gehen müssen. Ich stimme für die Resolution des Gen. Dr. Adler mit dem Zusatzantrage, aber ich bin dagegen, daß man die Achtstundenfrage mit der Wahlreform verquicke, da wir dann nach zwei Seiten hin die Schlacht führen müßten. Wenn wir einen Erfolg in der Frage des Wahlrechts erringen, werden wir die indifferenten Massen leichter an uns heranziehen können.

Gen. Sajons (Krems): Uns ist es unmöglich, in den Generalstreik einzutreten, weil unsere Organisation zu schwach ist. Wenn es dazu kommen wird, werden wir aber die anderen Genossen mit allen Mitteln unterstützen.

Gen. Prochaska (Budweis): Der Vorschlag der Regierung ist eine Provokation der Arbeiter, und wir müssen darauf die gebührende Antwort geben. Ein Zurückweichen wäre eine politische Konkurserklärung. Wir brauchen nicht zu warten, bis der letzte Holzknecht des Fürsten Schwarzenberg organisirt ist. Ich kann weder für noch gegen den Generalstreik stimmen, aber sobald er zur Durchführung kommt, werden wir ihn mit allen Mitteln unterstützen.

Gen. Grünwald (Wien): Die Genossen des XVIII. Bezirkes sind der Ansicht, daß der Massenstreik, im Falle er zur Durchführung gelangt, nicht allein für das allgemeine, direkte Wahlrecht, sondern auch für den Achtstundentag gelten solle. Er werde nach den Ergebnissen der Debatte für den Antrag des Genossen Dr. Adler stimmen.

Gen. Pelikan (Wien, II. Bezirk): In unserem Bezirke herrscht die Meinung, daß der Generalstreik nicht durchführbar ist, ob für das Wahlrecht oder für den Achtstundentag. Trotzdem wurde über mein Anrathen mir das Mandat gegeben, hier nach der Ueberzeugung zu stimmen, die ich aus der Debatte gewinne. Und nach dieser werde ich für die Resolution des Gen. Dr. Adler stimmen.

Es wurde behauptet, daß die Wiener Lokalorganisation verboten hat, vom Generalstreik in Volksversammlungen zu sprechen. Das ist unwahr, es wurde gesagt, daß Diejenigen, die in der Organisation stehen, die Sache des Massenstreiks anders auffassen müssen als die, welche außerhalb stehen, und in Folge des Beschlusses der Reichs-Konferenz die Entscheidung über den Generalstreik dem Parteitage vorbehalten bleibe. Deshalb wurde es nicht für angezeigt gehalten, um für seine Person Propaganda zu machen, in Volksversammlungen vom Massenstreik zu reden. Einige haben sich darum nicht gekümmert und die Wiener Lokalorganisation hat gegen diese Disziplinlosigkeit Stellung genommen.

Gen. Koczka (Floridsdorf): Man kann in einem Bezirke leicht eine Meinung machen, wie man sie will, wenn man einfach hetzt und die Worte Massenstreik, wie andere Schlagworte nur zu Gunsten seiner Person, um zu glänzen, benützt und aus Haß gegen Einzelne oder gegen die Parteileitung anders vorgeht. In Floridsdorf herrscht die Meinung, daß der Massenstreik vorzubereiten sei. Das allgemeine Wahlrecht ist nicht so einfach zu erreichen, es muß etwas geschehen. Mit der Frage des Achtstundentages ist der Massenstreik nicht zu verbinden.

In seinem Namen und dem des zweiten Vertreters aus Floridsdorf, Genossen Walter, erklärt Redner, für die Resolution des Gen. Dr. Adler zu stimmen.

Gen. Albrecht (Reichenberg): Mit dem Resolutioniren und Petitioniren erreichen wir das Wahlrecht nicht. Man muß etwas thun, was für das Wahlrecht noch nicht gethan wurde, und darum sind wir für den Generalstreik für das direkte, allgemeine Wahlrecht.

Gen. Anton Gerin (Küstenland, italienisch) setzt auseinander, daß wir eine politische Partei sind und daher auch politisch auftreten müssen. Wenn auch die ökonomischen Forderungen die Grundlage unseres Programms bilden, so handle es sich doch gegenwärtig um einen politischen Kampf, mit dem ökonomische Forderungen nicht zu verbinden sind. Er tröstet die Genossin Glas wegen ihres Schmerzes über die Thatsache, daß die Frauen auf dem Kongresse vergessen wurden. Die Partei werde sie gewiß nicht vergessen. Ferner wendet er sich gegen die großen Worte, die gefallen sind und mit denen nichts ausgerichtet werde. Wir sind Sozialdemokraten — sagt Redner — wir sind bereit unser Blut hinzugeben für unsere Ueberzeugung und deshalb wollen wir in einen die größten Opfer, erfordernden Kampf eintreten — in den Generalstreik. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Krapf (Wien) meint, daß heute in der Partei kein Zweifel mehr bestehe daß politische Rechte für das Proletariat nothwendig sind. In Uebereinstimmung mit vielen Vorrednern warnt Redner vor einer Verknüpfung des ökonomischen

Moments, des Achtstundentages, mit dem allgemeinen Wahlrecht. Die Frage des Achtstundentages ist eine europäische, und wenn wir diese lösen wollen, so müssen wir aus Oesterreich erst einen europäischen Staat machen.

Gen. Stezka (Prag) erklärt, die Metallarbeiter Böhmens sind gegen jeden Generalstreik, der nur politisch ist.

Gen. Hermann (Kratzau) ist in seinem Mandat nicht gebunden. Wenn die Parteileitung eine Weisung zukommen läßt, so werden die Genossen das Vertrauen haben.

Gen. Roscher (Reichenberg) vertritt die Textilarbeiter. Die Parteivertretung ist seinerzeit der Meinung gewesen, wir sind schon nahe am Ziele, man glaubte, der Reichsrath werde aufgelöst. Wir in Böhmen haben uns nicht getäuscht. Wir erwarten von der Koalition nichts, das Votum des Parlaments beweist, daß man planmäßig die Frage verschleppen will. In Oesterreich haben wir gegen eine Million Textilarbeiter und 60 Perzent sind weibliche Arbeiter. Feig sind die böhmischen Arbeiter nicht, aber verelendet sind sie in vielen Bezirken bis zum Exzeß. Wir haben am 1. Mai gesehen, wie Mütter, Kinder und Greise zwischen den Bajonneten gegangen sind. Sie gingen wie in die Kirche, das ist ein Beweis für die Begeisterung. Es wäre lächerlich, wenn wir den Generalstreik für das Wahlrecht machen wollten. Sind wir so stark, dann werden noch einige andere Kleinigkeiten unseres Programms auch darankommen. Der Antrag des Genossen Adler ist eigentlich derselbe wie unser Antrag.

Gen. Seliger (Teplitz) wendet sich gegen den Vertreter der Duxer Bergarbeiter, der erklärte, daß sich die Bergarbeiter nicht mehr länger nasführen lassen wollen. In dem Bezirk Teplitz stehen die Bergarbeiter vollständig auf dem Standpunkt der Sozialdemokratie und sind mit der Parteileitung einverstanden. Die beiden Forderungen lassen sich nicht verquicken. Sie wollen die anderen Arbeiter, welche sich nicht für das Wahlrecht erwärmen können, ködern. Das ist unehrlich. Man wird die Masse haben, wenn man den Massenstreik inszeniren will. Genosse Hanich hat erklärt, daß die österreichischen Arbeiter in der Mehrheit gegen den Generalstreik wären. (Gen. Hanich: Das habe ich nicht gesagt!) Woher weiß er das? Ich stehe auf dem Standpunkte des Gen. Schuhmeier und meine, daß man keine positiven Beschlüsse fassen soll.

Gen. Wels (Wien): Ich wünsche, daß die Aeußerung des Gen. Pelikan berichtigt werde, daß der Antrag in der Wiener Lokalorganisation zur Abstimmung gelangt ist, daß den Bezirksgenossen verboten sein soll, über den Generalstreik die Debatte zu eröffnen. Im Namen des XII. Bezirkes erkläre ich mich mit dem Prinzipe des Generalstreiks einverstanden, wünsche aber, daß der Achtstundentag einbezogen werde.

Der Vorsitzende ertheilt das Wort dem als Gast erschienenen Reichsraths-Abgeordneten Pernerstorfer.

Abgeordneter Pernerstorfer (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Ich danke dem Kongreß, daß er mir gestattet hat, hier das Wort zu nehmen. Es ist das erste Mal, daß ich auf einem Kongreß der Arbeiterpartei mich selbst an der Debatte betheilige, nicht etwa, um irgendwie in die Streitfrage, um die es sich hier handelt, einzugreifen, auch nicht etwa, um einen guten Rath zu geben, was mir, wie Sie aus meiner Thätigkeit wissen, vollständig ferne liegt. Und wenn irgend etwas im Stande war, mir als einem nicht in der Partei Stehenden das Vertrauen weiter Kreise zu erwerben, so war es gewiß nicht zum Letzten der Umstand, daß ich mich grundsätzlich davon enthalten habe, meine Meinung über Taktik etwa Ihnen aufdrängen zu wollen. Es sind ganz andere Dinge, die mich bewegen, hier heute zu sprechen, und vor allen Dingen ein Umstand, der in meiner Person — Sie verzeihen, daß ich von mir spreche — selbst liegt. Es ist zuvörderst eine Art von Betrübniß darüber, daß ich während der Tage, die der

Kongreß dauert, der einzige Abgeordnete bin, der erschienen ist. Ich habe allerdings beizufügen, daß der Abgeordnete Kronawetter bisher verhindert war, zu kommen und noch im Laufe des Kongresses erscheinen wird. (Bravo!) Sie wissen ja ganz gut, wie die Dinge im österreichischen Parlament heute stehen, und es scheint mir nicht als völlig belanglos, doch auch mit einigen Worten auf die politische Situation hinzudeuten, in der wir uns befinden und die für die Frage der Erlangung des Wahlrechtes mir sehr von Wichtigkeit zu sein scheint.

Als die Wahlrechtsbewegung durch die österreichische Arbeiterschaft begann — das war etwa vor einem Jahre — da hatte wohl Keiner, weder in der Arbeiterpartei, noch außerhalb derselben, auch nur im Mindesten die Ansicht, daß der Kampf ein kurzer sein werde, und der Herbst des vorigen Jahres hat eine große Ueberraschung gebracht, Graf Taaffe hat plötzlich eine Seite an sich entdeckt, die in Oesterreich bisher Niemand an ihm wahrgenommen hat.

Wir wissen ganz gut, daß die Beweggründe, die ihn veranlaßten, seinen Vorschlag einzubringen, nicht die allerlautersten gewesen sind, daß er ein Nothbehelf war, mit dem er versuchen wollte, die bürgerlichen Parteien in Unordnung zu bringen und sich wieder eine feste Majorität im Hause zu verschaffen. Nun erscheint es mir sonderbar, daß von dem Augenblicke an, wo in Oesterreich, wo ja morgen Alles möglich, was heute unmöglich ist, das allgemeine Wahlrecht direkte Gestalt angenommen hat, nunmehr auch gleich in gewissem Sinne, nachdem der erste Angriff für das allgemeine Wahlrecht abgeschlagen worden ist, etwas fast wie Entmuthigung durch die Reihen der Kämpfer für das allgemeine Wahlrecht zu gehen scheint. Es ist dazu nicht der mindeste Grund vorhanden und deshalb exemplifizire ich auf die heutige politische Situation. Sehen Sie sich die heutigen politischen Parteien und die Regierung an. Sie wissen, daß die Parteien im Hause, die sogenannten großen Parteien — groß heißen sie wegen der Anzahl ihrer Mitglieder, die sie in sich vereinigen, und nicht wegen der Größe der Ideen (Heiterkeit) — gegen die Wahlreform sich vereinigt haben. Ich verrathe kein Geheimniß, wenn ich sage, daß es eine ganze Reihe von Mitgliedern des Hauses gegeben hat, von denen ich persönlich früher gehört habe, daß sie Anhänger des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes sind. Heute sind sie es nicht mehr; damals glaubten sie es ungefährlich sein zu können, weil sie meinten, auf ein Menschenalter hinaus könne davon keine Rede sein. Sobald dieser Gedanke aber in die Wirklichkeit trat, hörten sie auf, Anhänger desselben zu sein. Durch die Koalition der Parteien ist das Koalitionsministerium hervorgerufen worden, welches in seinem Wesen durchaus nicht in irgend einer Beziehung besser ist als das Taaffe'sche, ja in gewisser Beziehung schlechter. Graf Taaffe hat nie ein Geheimniß daraus gemacht, daß es ihm darum zu thun ist, sich von einem Tag zum anderen fortzufretten, und dieser burschikosen Ehrlichkeit lag ein gewisser sympathischer Zug zu Grunde. Er selber war ein Wurstel, daher mußte er sich fortwursteln. (Lebhafte Heiterkeit.)

Die Windischgrätz-Dragoner aber nehmen die ernsthafte Pose von Männern mit Prinzipien an, sprechen von Offenheit und Wahrheit und drapiren sich mit dem Gehaben und Gethue von Staatsmännern, und es ist nichts dahinter als die reine Sucht, ihre Sessel zu behalten; an die klammern sie sich. Und da sind zwei Männer in diesem Kabinet, welche es wirklich eine gewisse Zeit zu Stande bringen werden, daß das Kabinet bestehen bleibt. Das ist Herr v. Plener, der endlich dorthin gelangt ist, wohin das Ziel seiner Wünsche so lange gerichtet war, und jener klügste und schlaueste Kopf im Kabinet, der Schlachzize Madeyski, der alle übertrumpft an Schlauheit, und dem es schon lange darum zu thun war, die Allianz der Liberalen mit den Polen herbeizuführen, was ich immer die Koalition der standhaften Korruption genannt habe. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.) Man kann schon heute sehen, daß der Moment eintreten wird, wo

wenigstens ein Theil des Hohenwartklub zurückgedrängt wird, und wo die Koalition der Liberalen und Polen in die Wirklichkeit tritt. Aber heute schon macht sich auch ein Anzeichen geltend und ist gar nicht zu übersehen. Dieses Ministerium kann die Wahlreform nicht machen, jede der angeblich großen politischen Fragen überhaupt muß scheitern. Glauben Sie, daß sich die polnischen Schlachzizen und die Liberalen über ein Steuergesetz verständigen können, welches eine progressive Einkommensteuer in sich enthält? Davon kann keine Rede sein. Glauben Sie, daß sie die Reform des Strafgesetzes zuwege bringen können? Die Wahlreform können sie auch nicht zuwege bringen. Nichts Anderes können sie zu Stande bringen, als das Sitzenbleiben, und das versuchen sie mit aller Energie. Darin sind die Herren große Meister.

Wenn also die Wahlrechtsfrage, die selbst von diesem Ministerium nicht wird aufgehalten werden können, auch nur in der Weise wie bisher von der organisirten Arbeiterschaft weiter verfochten wird, und unaufhörlich der Ruf nach Reform ertönt und der Zug von Unzufriedenheit, der heute der einzige Trost für Alle in unserem unglücklichen Vaterlande ist, verbreitet wird von den intelligenten Arbeitern in alle indifferenten Klassen und Schichten, dann werden Sie endlich alle Völker Oesterreichs vereinigt haben, und das ist keine allzu schwere Arbeit. Dann wird die Einsicht, die den Herren nicht vom Verstande aus kommen wollte, von irgend einer anderen Seite kommen, man wird dem Drucke in entschiedenerem Sinne als bisher nachgeben müssen.

Als einer der Wenigen, der es im Abgeordnetenhause mit der Frage des allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrechtes ehrlich meint, möchte ich Ihnen sagen: Beschließen Sie, wie Sie wollen, das ist Ihre Sache, lassen Sie aber nie die Hoffnung sinken, daß in Oesterreich die organisirte Arbeiterschaft in der Frage des Wahlrechtes, wie in allen Fragen, die nach vorwärts führen, zum Siege gelangen wird. Stehen Sie einig und geschlossen im Kampfe da, der ja auch lange sein kann, beharren Sie auf der Widerstandsfähigkeit, die das österreichische Proletariat bisher so oft bewiesen hat. Sie haben in den letzten Jahren in Oesterreich etwas geleistet, was in der Geschichte Oesterreichs unvergeßlich bleiben sollte, sie haben Bezirkshauptleute gezwungen, die Gesetze anzuerkennen. In Oesterreich wird aber immer Derjenige etwas erreichen, der konsequent auf ein Ziel losgeht. Denn das ist etwas in Oesterreich Unerhörtes. Die Worte des Pessimismus, die heute gefallen sind, scheinen mir schlecht am Platze. Sie legen aber in einem gewissen Sinne wieder Zeugniß für Sie ab. Denn Sie sind bei aller Entschiedenheit besonnen genug, um ruhig abzuwägen, wie Sie vorzugehen haben. Sie sind die einzige Partei, die das Denken auf ihre Fahne geschrieben hat und in Fragen der Taktik nicht stürmisch und leidenschaftlich vorgeht, sondern nüchtern erwägt. Darin liegt Ihre Stärke, und diese dürfen Sie in dem wichtigen Kampfe, in dem Sie stehen, nie verlieren, und Sie werden sie nicht verlieren.

Uns wenigen Politisch-Radikalen aber, die wir heute in der parlamentarischen Gesellschaft oben sitzen, uns ist es ein Trost im politischen Leben, daß wir wissen, daß die Arbeiterschaft Oesterreichs eine geschlossene Armee bleiben, daß sie nicht mehr, wie in verflossenen Jahren, sich spalten, sondern in mächtiger Einheit vorwärts gehen wird auf dem betretenen Wege. Es ist wahr, Sie sind eine ökonomische Partei; aber es ist falsch, zu sagen, daß Sie nur eine ökonomische Partei sind. Sie sind ebensogut eine politische Partei, Sie sind eine Kulturpartei, oder besser gesagt, Sie sind die Kulturpartei. Sehen Sie sich die Liberalen an, die die Fahne ihrer Prinzipien hochhalten, obwohl die Fetzen schon längst in allen Winden flattern (Heiterkeit), sehen Sie sich die Klerikalen an, die ebenso korrupt sind wie die Liberalen, sehen Sie sich die Gesellschaft an, die uns alle sechs Jahre aus dem unglücklichsten Lande Oesterreichs, aus Galizien, hergeschickt wird. Bedenken Sie: es ist eine wichtige Kulturaufgabe, die Sie zu erfüllen haben; näm-

lich Raum zu schaffen in dieser verpesteten Atmosphäre für ehrliche Athemzüge, zu bewirken, daß nicht die ganze Last auf den Schultern weniger Männer ruht, sondern daß kräftige Männer in's Parlament kommen, die diese Last ertragen, aber auch im gegebenen Momente abschütteln und den Regierenden vor die Füße werfen können. Sie haben eine Kulturaufgabe in Oesterreich wie in keinem anderen Lande. Die Bourgeoisie in anderen Ländern mag tief stehen; aber so tief wie unsere Bourgeoisie, insbesondere in dem politischen Kampfe, steht sie nicht. Was an geistigem Inhalte in unserer Zeit irgendwie wichtig, groß und edel ist — ich wüßte nicht, daß das irgendwo eine Stätte fände, als bei der organisirten Arbeiterschaft. So schaaren Sie sich, wie immer Sie sich entschließen mögen, zu einer undurchdringlichen Kohorte zusammen. Der Sieg muß Ihnen gehören, weil Sie konsequente Verfechter einer Idee sind in diesem unkonsequenten Lande, aber auch deshalb, weil dieses Land das Land der Inkonsequenzen ist und weil die Arbeiterschaft gerade hier leichter eine Stufe überspringen kann, als in irgend einem anderen Lande Europas.

Sie haben bei uns die allerhöchste Aufgabe. Wir haben keine demokratische Partei; unsere liberale Partei hat sich ausgezeichnet durch den liberalen Verrath aller Prinzipien; unsere klerikale Partei weiß vom Christenthum und Evangelium längst nichts mehr. Alles, was den Kulturinhalt der Gegenwart und der Vergangenheit bildet, Alles, was edel, groß und schön ist, hat sich bei Ihnen gesammelt, bei dem Häuflein der Elenden und Verachteten. Auf diesem Häuflein steht heute die Hoffnung Oesterreichs, unseres Vaterlandes. Ich bitte und beschwöre Sie, bleiben Sie in dem Kampfe wacker und tüchtig wie bisher; lassen Sie sich nicht zurückdrängen; gehen Sie vorwärts mit aller Entschlossenheit wie bisher, mit aller Unbeugsamkeit und Rücksichtslosigkeit und ich werde der Letzte sein, der Sie etwa zur Vorsicht ermahnen würde, wenn es gilt, an dem Tage, der dazu bestimmt und passend ist, loszuschlagen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

(Schluß der Sitzung um halb 1 Uhr Nachts.)

Vierter Verhandlungstag den 28. März 1894.

Vormittagssitzung. Beginn der Sitzung 9 Uhr.

Gen. Popp eröffnet die Sitzung.

Gen. Hauschka (Wien) erklärt sich namens seines Bezirkes mit der Resolution des Gen. Dr. Adler einverstanden. Der Generalstreik soll nur für das Wahlrecht allein unternommen werden.

Gen. Hueber (Wien): Ich habe am ersten Tage das ausgesprochen, wozu ich verpflichtet war. Ich konstatire, daß ich gerade durch diese Aeußerung vom Parteiverrath der Parteileitung die Gelegenheit geben wollte, hier auf dem Parteitage diesem Vorwurfe entgegenzutreten. Ich war nur das Sprachrohr vieler Genossen. Es wäre ein Fehler gewesen, diese Strömung gegen die Parteileitung in anderen Händen zu lassen. Und da haben wir gesagt, daß wir selbst diese Strömung in die Hand nehmen und in das richtige Geleise zurückbringen wollen. Die Unsicherheit, die Muthlosigkeit, die in unseren Reihen platzgegriffen hat, wurde nicht nur vom Abgeordneten Pernerstorfer konstatirt, auch Daszynski und andere Genossen haben es bestätigt. Nach der Ruhe nach dem 10. Oktober wurde von den Genossen für richtig erkannt, daß es mit dem Schlage zu spät sei, es müsse auch noch der Achtstundentag hinzugefügt werden. Das war eine Folge der Unsicherheit der Lage. Die Durchführung des Achtstundentages ist keine Unmöglichkeit. Sie haben ja selbst Konzessionen gemacht, das beweist der Zusatzantrag des Gen. Dr. Adler zu seiner Resolution. Wir erklären uns mit der Resolution des Gen. Dr. Adler nicht einverstanden, es ist das wieder die Politik der Halbheit; wir bleiben konsequent auf der Forderung stehen, daß, wenn wir in den Generalstreik eintreten, wir auch den Achtstundentag fordern. Ich hoffe, daß Sie bei der Neuwahl der Parteivertretung Genossen wählen werden, wo wirklich die Parteivertretung das ist, was sie bis heute in Oesterreich nicht war, eine Parteivertretung der Einigkeit. Geschadet hat das Vorgehen des Gen. Dr. Adler in der Presse und in den Volksversammlungen, daß er abgewiegelt hat. Klüger wäre es gewesen, wenn er selber nicht Unsicherheit hervorgerufen hätte.

Gen. Gröbner (Wien) bringt die Erklärung der Genossen des achten Bezirkes, welche sich nur dann in den Generalstreik einlassen wollen, wenn die beiden Forderungen verknüpft werden. Es haben einige Vertreter auf dem Parteitage erklärt, daß sie im Prinzip für den Generalstreik seien. Gen. Gröbner faßt dies so auf, daß man den Anderen die Gefahr überlassen möchte. Genosse Ingwer kenne die Arbeiter nur aus Vereinen und Versammlungen. In den Werkstätten erklären sie aber, es ist ihnen nicht der Mühe werth, daß sie sich für das allgemeine Wahlrecht allein einlassen werden.

Gen. Karl Schiller (Reichenberg): Wir können nicht mehr vom Generalstreik ablassen, denn wir würden damit von der Forderung des allgemeinen Wahlrechtes zurücktreten. Wir können beschließen, den Generalstreik vorzubereiten, aber die Zeit der Inangriffnahme der Parteileitung zu überlassen. Den Zusatzantrag des Gen. Dr. Adler kann ich nicht unterstützen, weil damit gewissermaßen erklärt wäre, daß die Bergarbeiter allein für den Achtstundentag eintreten, während er doch eine Programmforderung von uns Allen ist.

Gen. Windhofer (Baden) erklärt im Namen seiner Genossen, sich einem Massenstreik anschließen zu wollen.

Gen. Jorde (Bielitz): Im Falle eines Streiks würden wir mit voller Macht für ihn eintreten.

Genossin Boschek (Wien): Die Arbeiterinnen erklären sich für den Generalstreik, jedoch nur, wenn außer für das Wahlrecht auch für die ökonomischen Forderungen gekämpft wird, weil die wenigen Vertreter, die wir in's Parlament bekämen, nicht im Stande wären, auf die Gesetzgebung hinzuwirken, daß eine Verbesserung der wirthschaftlichen Lage herbeigeführt wird.

Gen. Wagner (Teplitz) erklärt sich für den Generalstreik, aber nur, wenn die ökonomischen Forderungen mit verbunden werden mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechtes. Man muß dem wirthschaftlichen Druck einen Gegendruck entgegenstellen, da die wirthschaftlichen Verhältnisse unter den Bergarbeitern menschenunwürdig seien.

Gen. Kalab (Lösch bei Brünn) ist für den Generalstreik, wenn wirthschaftliche Forderungen mit den politischen verbunden werden, wie es auf dem Budweiser Kongreß geschehen sei.

Gen. Cech (Trebitsch) ist auch für den Streik, wenn beide Forderungen mit einander übereinstimmen.

Gen. Nemec (Brünn): Ich bin von den tschechischen Arbeitern Brünns beauftragt, für den Generalstreik für das allgemeine Wahlrecht und auch für wirthschaftliche Forderungen einzutreten. Bei uns ist die Unzufriedenheit eine derartige, daß überall Zündstoff vorhanden ist. Nun haben verschiedene Redner gesagt, wir müssen beide Forderungen zugleich durchsetzen. Das ist unmöglich. Wir haben noch nicht den Zehnstundentag, noch nicht einmal überall den Elfstundentag.

Gen. Stark (Brüx): Es wurde uns Bergarbeitern der Vorwurf gemacht, daß wir nicht für das Wahlrecht wären. Das ist unrichtig. Wir wissen den Werth der politischen Forderungen zu schätzen. Gen. Hanich hat gemeint, daß wir uns so lange organisiren sollen, bis wir die Majorität haben. Wir können nicht so lange warten, weil uns die Unternehmer vorauskommen. Die Bergwerksbesitzer wollen 1897 zusammentreten, um über die Durchführung des Achtstundentages zu berathen. Ich lege kein Gewicht darauf. Man hat gesagt, daß die Bergarbeiter für das Wahlrecht nichts thun wollen. Das ist nicht richtig. Aber in dem Leben der Bergarbeiter sind in erster Linie die materiellen Bedürfnisse im Auge zu behalten, und damit müssen wir rechnen. Doch wollen die Bergarbeiter keinen Zankapfel in die Organisation werfen. Die Verhältnisse haben sich in der letzten Zeit dahin geändert, daß die Forderung nach politischen Rechten in den Vordergrund getreten ist. Die Bergarbeiter schließen sich der Resolution des Gen. Dr. Adler an, nicht aus Schmeichelei, sondern aus Gründen der Vernunft, doch werden wir den Achtstundentag nicht vergessen, und vielleicht kommt der Streik für den Achtstundentag früher als die Kundgebung für das Wahlrecht. Die Bergarbeiter sind heute zum ersten Male als organisirte Vertreter eines Faches auf einem Kongresse, und deshalb muß man mit den Forderungen unserer Fachorganisation rechnen. Die österreichische Sozialdemokratie muß sich hüten, die gewerkschaftliche Bewegung in den Hintergrund treten zu lassen.

Gen. Kiesewetter (Reichenberg): Die Frage des Massenstreiks wurde nicht leichtsinnig aufgeworfen, sondern uns durch die Vorgänge in Belgien aufgedrängt. Die Parteileitung fühlte sich verpflichtet, die Reichs-Konferenz einzuberufen, wo beschlossen wurde, die Frage des Massenstreiks zu diskutiren. Nun müssen wir einen Schritt nach vorwärts machen, wenn wir zum Ziel gelangen sollen. Ich glaube, daß wir annehmen sollen, was in meiner Resolution enthalten ist. Sie sagt, daß im Prinzip der Massenstreik beschlossen werden soll, daß aber der Zeit-

punkt, an welchem er ausbrechen soll, nicht festzusetzen sei, daß dies von der Entwicklung der Wahlrechtsfrage abhänge, und daß es, was das Wichtigste ist, der Parteileitung in die Hand gegeben werde, mit Zustimmung der Landes-, respektive Bezirksvertretungen gegebenenfalls, das heißt, wenn es nöthig ist, diesen Massenstreik zu proklamiren. Wenn wir uns nicht eine Blöße geben wollen, müssen wir das thun. Ich bin gegen eine Verquickung der Achtstundenfrage mit dem Wahlrecht. Die politische Klugheit gebietet es, das ganze Augenmerk, die ganze Gewalt auf das zu richten, was zu erreichen ist, es kann nicht Alles auf einmal in Angriff genommen werden. Wenn wir die Achtstundensrage mit dem Wahlrecht verknüpfen, haben wir zwar die Bergarbeiter für uns, aber die Chancen stehen doch ungünstiger, wenn wir die Gegner des Achtstundentages auch mit als Gegner gegen das Wahlrecht haben. Ich bin entschieden gegen die Resolution Roscher. Es kommt mir vor, als ob sie sich nur auf die gewerkschaftliche Organisation beziehe, den Massenstreik aber bei Seite lasse. Er spricht zwar vom Generalstreik, meint aber, daß derselbe, wenn er einmal stattfinden könne, für etwas ganz Anderes als nur für das Wahlrecht stattfinden müsse. Die nordböhmische Arbeiterschaft steht in dieser Frage nicht hinter Roscher. Die nordböhmische Landesvertretung hat beschlossen, daß man sich im Prinzip für den Massenstreik zu erklären habe, daß aber natürlich der Zeitpunkt des Ausbruches nicht bestimmt werden könne. Ich bedauere es, daß gerade die Genossen von Wien es sind, die den Achtstundentag mit dem Wahlrecht verquicken. Wir müssen die ganze Gewalt auf einen Punkt konzentriren, und das ist das allgemeine Wahlrecht. (Bravo!)

Genossin Adelheid Popp (Wien): Die Genossin Boschek erklärte sich im Namen der Arbeiterinnen für den Generalstreik, wenn er in der Sache des Wahlrechtes und des Achtstundentages inszenirt wird. Auch ich verkehre ziemlich in den Kreisen der organisirten Arbeiterinnen und in den indifferenten Massen und kann im Namen der Arbeiterinnen erklären, daß wir den Generalstreik mit allen Mitteln in Bewegung setzen wollen, in erster Linie, um das allgemeine, direkte Wahlrecht zu erreichen, weil dieses dann ein wichtiges Mittel ist, einen weiteren Schritt für die Erreichung des Achtstundentages zu machen. Keine von uns ist bindend beauftragt worden, für das Eine oder das Andere zustimmen, jede hat das Recht, ihre Meinung frei auszusprechen.

Einige Wiener Genossen haben von dem Zirkulär der Parteileitung gesprochen. Ich, als Mitglied des Wiener Lokalausschusses muß konstatiren, daß in einer Versammlung der Wiener Lokalorganisation in der Gumpendorfer Bierhalle das Zirkulär verlesen, die einzelnen Punkte diskutirt und sämmtlichen Bezirksorganisationen Wiens empfohlen wurde, die Frage des Generalstreiks zu diskutiren. Wir im XVI. Bezirk haben auch in Folge dessen diese Frage diskutirt. Es kam aber bei uns nicht zur Meinung, daß der Ausbruch des Streiks nahe bevorsteht, sondern es wurde ausdrücklich erklärt, daß es bis dahin noch ein Jahr, vielleicht zwei Jahre dauern kann. Wenn Einzelne in der Sitzung nicht anwesend waren, ist das nicht Schuld der Parteileitung. Es wurde auch nicht das Verbot proklamirt, über den Generalstreik öffentlich zu sprechen. Es sollte nur bezweckt werden, daß die Diskussion nicht in der Weise geführt werde, wie sie in einzelnen Versammlungen gepflogen wird.

Gen. Feigl (Wien) erklärt, in Bezug auf das Zirkulär sich in Irrthum zu befinden, da er wahrscheinlich von Wien abwesend war. Gen. Dr. Adler ist ein liberaler Sozialdemokrat, und seine Resolution ist nur eine Konzession an die Stimmung des heutigen Parteitages. Klarer und bestimmter ist die Resolution Kiesewetter. Ich hoffe, daß auch mehr Klarheit in die Sache kommt und man nicht versucht, sich gegenseitig abzukühlen. Das wird auch nichts nützen, was kommen wird, ist nicht aufzuhalten. Gen. Dr. Adler und

Gen. Dr. Ellenbogen sind geschoben worden. Wir werden im Rahmen der gefaßten Beschlüsse sorgen, daß sie noch weiter vorwärts geschoben werden.

Gen. Ehrlich (Graz) wendet sich gegen die Redner, die für die Verquickung des Wahlrechtes mit dem Achtstundentag bei Durchführung des Massenstreiks auftreten. Diese haben nicht einmal gesagt, von wem sie den Achtstundentag verlangen, von der Regierung oder den Unternehmern. Nicht einmal vom Gewerkschafts-Kongreß, seit welchem erst die Verquickung der beiden Fragen datirt, konnte man die Ueberzeugung nach Hause nehmen, wie man sich es denkt, den Achtstundentag zu erreichen. Wir stimmen für den Generalstreik, nur um das allgemeine Wahlrecht zu erreichen. Beim Streik kommt es aber nicht allein auf die Großstädte an, auch auf die Provinz. Die Regierung muß wissen, daß es überall, auch im kleinsten Ort, Unzufriedenheit gibt, dann wird sie nachgeben. Er erklärt sich für die Resolution Kiesewetter.

Gen. Möse (Grottau) ist beauftragt, für den Generalstreik einzutreten und tritt der Resolution Kiesewetter's bei. Er versichert, daß die Genossen in Grottau stets für die Sache eintreten werden.

Gen. Havíř (Rausnitz, tschechisch) gibt im Namen der Bauern der großen Unzufriedenheit der bäuerlichen Bevölkerung Ausdruck, welche noch schlechter daran ist als die Arbeiter. Die Steuern und das Kapital drücken uns sehr hart, und die Reformen der Regierung sind nur Scheinreformen, welche eigentlich nur zu unserer größeren Bedrückung gemacht werden. Sämmtliche Bourgeoisparteien sind nicht darnach, uns zu helfen. Die Herren sitzen zwar, mit den Stimmen der Bauern gewählt, im Parlamente, doch für uns wollen und können sie nichts machen, da sie unsere Lage gar nicht begreifen. Man räth uns, unsere Wirthschaftsweise zu bessern, nimmt uns aber die Mittel, dies durchzuführen, und wenn wir noch so viel ernten, wer hat den Nutzen davon? Wir gewiß nicht. Die Parlamentarier sollen zu uns kommen, da werden sie sehen, welche Wirkungen die Reformen der Regierung haben. Alles, was man unternimmt, ist nicht dazu angethan, uns zu helfen. Wir brauchen politische Bildung und Aufklärung, um uns nicht ausbeuten zu lassen. Die Klerikalen und Antisemiten sind gleich unehrlich gegen uns Bauern. Wir haben bei uns zwei Zuckerfabriken, eine jüdische und eine christliche, doch in keiner bekommen die Bauern für ihre Rüben mehr und die Arbeiter werden bei den Christen schlechter behandelt als bei den Juden. Wenn bei den Bauern Bildung platzgreifen wird, dann werden sie, verbunden mit den Bauern, den Kapitalismus zu Grabe tragen. (Bravo!)

Gen. Čermak (Brünn, tschechisch): Die ganze Welt sieht auf unsere Beschlüsse, deshalb müssen wir sehr gewissenschaft vorgehen. Wir müssen heute den Generalstreik machen, wir können nicht mehr zurück; doch müssen wir trachten, auch ökonomische Forderungen durchzusetzen.

Gen. Resel (Graz) berichtigt gegen Stark, daß er sich nicht gegen den Achtstundentag erklärt habe, sondern nur glaube, daß der Kampf um den Achtstundentag in anderer Weise geführt werden müsse. Redner ist für den Zusatzantrag des Gen. Dr. Adler, spricht sich jedoch gegen die Resolution des Dr. Adler aus, in welcher er nur eine Abwiegelung erblickt. Er spricht sich insbesondere gegen den Passus in der Resolution aus, in welchem es heißt, daß man erst nach Erschöpfung aller anderen Mittel zum Generalstreik greifen solle. Es sind ja alle anderen Mittel bereits erschöpft, wir haben die schärfsten Resolutionen gefaßt, und wenn wir nicht die Demonstrationen des Dr. Ingwer haben wollen, so bleibt nur der Generalstreik übrig.

Gen. Trübenecker (Gablonz) hat gefunden, daß die Arbeiter weit mehr für den Achtstundentag sind, als für das allgemeine Wahlrecht. Trotzdem fühlt er sich zu der Erklärung verpflichtet, daß er im Laufe der Debatte eines anderen Sinnes

geworden ist und nicht mehr für gut hält, die Forderungen zusammenzugeben, daß man also allein für das allgemeine Wahlrecht eintreten solle.

Gen. Schott (Falkenau): Wir Bergarbeiter sind schon zum Generalstreik entschlossen und warten nur mehr das Losungswort ab. Wir sind so weit gelangt, daß wir zu jeder Zeit für das allgemeine Wahlrecht eintreten. Der Parteitag soll beschließen, wann dies geschehen soll. Es wird vielleicht ein internationaler Bergarbeiterstreik zur Erringung des Achtstundentages entstehen. Der Parteitag soll das Jahr 1894 für den Generalstreik festsetzen.

Gen. Neander (Linz): Bezüglich des Massenstreiks sind bei uns die Meinungen getheilt. Es sind Viele dafür, auch wirthschaftliche Forderungen damit zu verbinden. Wir haben uns vor Augen gehalten, daß wir dann bis zu den letzten Konsequenzen gehen müssen. Wir erklären uns solidarisch mit der Partei und werden für die Resolution Adler stimmen.

Gen. Leitner (Wr.-Neustadt) hat kein gebundenes Mandat. Eine zahlreich besuchte Volksversammlung seines Bezirkes hat beschlossen, keine Resolution in der Wahlrechtsfrage zur Abstimmung zu bringen. Das wurde auch gehalten. Wir wollten damit andeuten, daß wir auf etwas warten. Sie mögen daraus ersehen, daß wir den Ernst der Situation erfaßt haben. Wir verfügen aber in Wr.-Neustadt nicht über die Kraft, einen Appell an die Genossen für das Wahlrecht zu richten. Die wirthschaftlichen Verhältnisse in Wr.-Neustadt lassen es nicht zu. Prinzipiell bin ich mit der Resolution einverstanden, aber ich werde mich dabei in einem Widerspruch mit meinem Mandat befinden.

Gen. Fitzer (Kitzbüchel): Die Unter-Innthaler Genossen fühlen sich zu schwach, sich am Massenstreik zu betheiligen, werden ihn aber materiell unterstützen. Ich ersuche sämmtliche Parteigenossen, daß sie unentwegt für die politischen Rechte einstehen und auch den Bauernstand aus den Klauen der Machthaber entreißen.

Da Gen. Krejci nicht anwesend ist, wird die Rednerliste geschlossen und das Wort dem Genossen Bebel zu einer Erklärung ertheilt.

Gen. Bebel: Parteigenossen! Ich habe mir zu einer Erklärung das Wort erbeten, weil es mir nothwendig erscheint, eine solche abzugeben. Es ist aus der Mitte des Parteitages an uns das Verlangen gestellt worden, daß wir unsererseits zu der Sie eben beschäftigenden Frage Stellung nehmen möchten. Ich habe das abgelehnt. Es versteht sich von selbst, daß in dem Ziele, das Sie sich gesetzt haben, Sie unsere vollste Sympathie und eventuell auch unsere vollste Unterstützung finden werden. (Bravo!) Es ist eine Nothwendigkeit und wir haben auch die Ueberzeugung, daß, wie immer die Ereignisse bei Ihnen in Oesterreich sich entwickeln werden, das Ziel, die Eroberung des allgemeinen Stimmrechtes, Ihnen sicher zutheil wird. (Beifall.) Nachdem die französische Arbeiterschaft im Laufe dieses Jahrzehntes das fünfzigjährige Bestehen des allgemeinen Stimmrechtes begehen kann, die englische Arbeiterschaft in einer Reihe von Kämpfen stufenweise sich die Erweiterung des Stimmrechtes in einem Maße erobert hat, daß die Gewährung des allgemeinen Stimmrechts nur eine Frage der Zeit ist; nachdem ferner seit dem Jahre 1867 die norddeutsche Arbeiterschaft das allgemeine Stimmrecht erhielt und seit dem Jahre 1871, d. h. seit der Gründung des Deutschen Reiches, die gesammte Arbeiterklasse Deutschlands es erlangte; endlich die belgischen Genossen das ultramontane Ministerium zwangen, eine grundstürzende Wahlreform auf seine Fahne zu schreiben, ist es nach meiner Ueberzeugung nur eine Frage kurzer Zeit, daß auch die österreichischen Arbeiter das allgemeine Stimmrecht erlangen werden. Wir werden Sie nicht nur aus Sympathie für dieses Ziel unterstützen, wir haben auch ein großes Interesse daran, daß Sie das allgemeine Stimmrecht erlangen. Obgleich nahezu 25 Jahre in Deutschland, in Norddeutschland sogar länger das allgemeine Stimmrecht existirt, haben wir eine große Zahl von Gegnern desselben, die gerne eine Gelegenheit ergreifen würden, um uns desselben wieder zu berauben.

Ich will nicht auf die Ursachen eingehen, die seinerzeit veranlaßten, daß wir fast in überraschender Weise das allgemeine Stimmrecht erhielten. Es war nicht allein unser Verdienst. Die allgemeine Lage, die gesammte politische Situation, die in Norddeutschland im Jahre 1867 in Folge des Krieges vom Jahre 1866 bestand, machte die Gewährung des allgemeinen Stimmrechtes zur Nothwendigkeit. Ich habe nun die feste Ueberzeugung, daß alle Versuche unserer Feinde, das allgemeine Wahlrecht bei uns zu beseitigen, vergeblich sein werden in dem Augenblick, wo es gelingt, auch der österreichischen Arbeiterschaft das allgemeine Stimmrecht zu erlangen. Sie sehen daraus den innigen internationalen Zusammenhang, der selbst in Bezug auf die Erlangung oder Beibehaltung politischer Rechte für uns gegenseitig besteht. Es war mir daher doppelt interessant, als vor einigen Tagen ein rumänischer Genosse, der den Verhandlungen Ihres Parteitages beiwohnte, sich im Laufe der privaten Unterhaltung dahin äußerte: „Wenn es den österreichischen Genossen gelingt, das allgemeine Stimmrecht zu erobern, haben auch wir die Hoffnung, es zu bekommen." Man kann also sagen, genau so wie die Kultur in Europa von Westen nach Osten vorschritt, so geht es mit der Eroberung von politischen Rechten und Freiheiten.

Es ist nun ganz selbstverständlich, daß bei der Frage, wie kommen wir zum allgemeinen Wahlrecht, Sie die Mittel erwägen, die Sie ergreifen müssen. Das ist also eine Frage der Taktik. Die Frage der Taktik ist Sache der Genossen jedes einzelnen Landes. Sie will beurtheilt werden nach den speziellen politischen und ökonomischen Verhältnissen des betreffenden Landes, es muß insbesondere berücksichtigt werden die Macht der Partei, die sie in die Waagschale werfen kann, und die Gewalt, welche die Gegner ihr entgegenzusetzen im Stande sind. Hier dreinzureden ist für Fremde eine außerordentlich schwierige Sache. Ich habe Sonntag, als ich die Ehre hatte, Ihnen einige Worte der Begrüßung zuzurufen, ausgesprochen, wir sind hieher gekommen zu hören, zu sehen und zu lernen. Manchem ist es vielleicht als eine Art Kompliment erscheinen, das ich damit Ihnen machen wollte, es war aber sehr ernst gemeint. Ich darf sagen, daß wir in den drei Tagen, die wir in Ihrer Mitte uns befinden, recht viel gelernt haben. Ich hatte bisher geglaubt, die inneren politischen Verhältnisse Oesterreichs und die Lage der Partei ziemlich genau zu kennen. Es sind aber im Laufe dieser Tage durch die gehörten Reden und Gegenreden eine solche Reihe neuer Gesichtspunkte mir zum Bewußtsein gekommen, daß ich selbst überrascht war. Und gerade das ist für uns ein entscheidendes Moment, daß wir uns strengster Neutralität befleißen und es ablehnen, Ihnen mit irgend einem Rath zur Seite zu stehen. Sie müssen selbstständig handeln und beschließen.

Im Laufe der Debatte wurde besonders von Gen. Hueber auf einen Artikel des „Vorwärts" hingewiesen, in dem Ihnen gewisse Rathschläge in Bezug auf Ihre Haltung gegeben wurden.

Ich gebe zu, daß Sie Ursache hatten, diesen Artikel zu mißbilligen. Aber ich möchte hervorheben, daß gerade die Rücksicht auf das große Interesse, das die deutsche Bewegung an der Entwicklung der österreichischen nimmt, diesen Artikel diktirte. Ich habe aus dem Verlauf der Verhandlungen ersehen, wie schwer es ist, in die Angelegenheiten einer befreundeten Parteibewegung hineinzureden. Es kommen eine Menge Momente dabei in Betracht, die Fürst Bismarck einmal bei einer Gelegenheit im deutschen Reichstag sehr richtig als „unwägbare Imponderabilien" bezeichnete. Besonders ist das der Fall, wenn einmal der Kampf in vollem Gange ist und dann Ereignisse eintreten, die Niemand vorauszusehen vermag. Gen. Hueber hat meine Worte: „Marschiren Sie vorwärts, immer vorwärts", für seine Anschauung verwerthet. Ich nehme es ihm nicht übel, aber wenn das in meiner Gegenwart geschieht, muß ich meinen Worten eine gewisse Interpretation geben. Ich bin überzeugt, daß, was immer der Parteitag in den nächsten

Stunden beschließt, es kein Schritt nach rückwärts, sondern nur ein Schritt nach vorwärts sein wird. (Sehr richtig!) Aber es ist auch nothwendig, daß man, wenn man in so schwieriger Situation ist wie Sie, jeden Schritt genau erwägt. Es liegt in dem Wesen der Sozialdemokratie, daß ihr Streben beständig nach vorwärts gerichtet ist. Aber das Maß des Vorwärtsschreitens hängt von den jeweiligen Umständen ab, ob das Tempo langsamer oder schneller geht. Ich bin unter Umständen auch ein Freund des Stürmens. Es gibt Momente, wo der Sturm das einzig Richtige ist. Es gibt aber Momente, wo der Sturm das Verderblichste ist, was geschehen kann. Und es scheint mir, als ob Gen. Hueber, der als Stürmer aufgetreten ist, die Machtfaktoren nicht genügend in Betracht gezogen hat, die berücksichtigt werden müssen.

Gerade in Ihrer Situation kann unter Umständen ein Stürmen dazu führen, geschlagen zu werden, und das wäre das Bedenklichste, was geschehen könnte. Das Stürmen wäre dann der größte Rückschritt.

Parteigenossen, wir haben durch die Verhandlungen bestätigt gefunden, was wir vorausgesehen haben. Sie — Männer und Frauen — ich erkenne an, daß Ihre Frauenbewegung der deutschen in vieler Beziehung ein Muster sein kann — sind sich klar bewußt Ihrer Ziele, insbesondere haben Sie während Ihrer Verhandlungen eine Kampfesfreudigkeit bewiesen, die mich auf's Angenehmste berührte. Ich bin überzeugt, daß diese Kampfesfreudigkeit zum rechten Ziele führen wird. Der Abg. Pernerstorfer hat mit vollem Rechte gestern darauf hingewiesen, daß die österreichische Arbeiterklasse berufen ist, eine große Kulturmission zu erfüllen. Parteigenossen, ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß Ihr Euch dieser Eue rer Stellung bewußt seid, daß Ihr die Kräfte und Mittel, die zur Eroberung des Zieles führen, zu benützen versteht, und ich gehe in der Ueberzeugung nach Hause, daß Ihr Euer Ziel voll und ganz erreichen werdet. (Lebhafter Beifall.)

Referent Gen. Dr. Ellenbogen: Wer als Mitglied der Parteivertretung auf einem so verantwortlichen Posten steht, kann in wichtigen Fragen durchaus nicht alle Parteigenossen für sich haben, umsomehr als bei der hohen Intelligenz unserer Genossen sich jeder selbst seine Meinung bilden kann. Mir als Referent wurde vorgeworfen, daß ich kein Material für die Besprechung geliefert habe, daß das Referat lückenhaft sei. Aber ich konnte kein anderes Referat liefern als die Situation, die sich nach Einbringung der Regierungsvorlage über das Wahlrecht ergab, zu schildern und die Ansicht der Parteileitung darzulegen, daß man den Massenstreik zur Erringung des Wahlrechtes organisiren muß. Was die Ausführung desselben betrifft, so müßte man erst die Vertreter der einzelnen Bezirksorganisationen hören, ob sie im Stande sind, nach ihren Erfahrungen für den Streik einzutreten. Das ist geschehen, und die Verhandlungen haben in mehrfacher Beziehung die Einmüthigkeit, die unter den Genossen herrscht, gezeigt. Einmüthig waren sie im Ausdrucke der Entrüstung gegenüber der Regierungsvorlage, einmüthig in der Forderung, daß zu energischen Mitteln gegriffen werden muß. Kein einziger Parteigenosse hat auch direkt und unumwunden den Generalstreik abgelehnt. Auch Jene, welche den Generalstreik nicht sofort durchführen wollen. in Folge der Stimmung in den Kreisen ihrer Freunde in den engeren Bezirken, haben zwar gesagt, nach dem gegenwärtigen Stande unserer Organisation ist er unmöglich, aber er muß als Kampfesmittel in's Auge gefaßt und als Organisations- und Agitationsmittel auf die Tagesordnung unserer Aktion gesetzt werden. Wir sind also einig in Bezug auf die Frage, wie wir in der nächsten Zeit vorzugehen haben.

Es wurde behauptet, daß durch die Separirung der Bergarbeiter ein Keil in die Partei hineingetrieben werde. Das ist ebenso eine Phrase, wie die vom Markten und Feilschen. Die Sache liegt eben so, daß für die Bergarbeiter der Achtstundentag in kürzester Zeit zu erringen sei. Es ist nicht mehr eine Frage der Theorie, sondern der Praxis. Wenn wir nun einen Beschluß fassen, in welchem

wir unsere Solidarität mit den Bergarbeitern zum Ausdruck bringen, so liegt darin kein Markten und Feilschen. Gegen Gen. Schuhmeier, der von einer Volkserhebung sprach, meint der Referent, daß auch der Massenstreik nichts Anderes sei als eine Volkserhebung. Auch Gen. Hueber habe trotz seiner scharfen Angriffe gegen die Parteivertretung schließlich demselben Gedanken Ausdruck gegeben wie Gen. Dr. Adler. Gegenüber Gen. Resel verweist der Referent darauf, daß es dem Antrage des Gen. Dr. Adler an der nöthigen Bestimmtheit in Bezug auf die Durchführung des Massenstreiks nicht fehle.

Die Resolution des Gen. Dr. Adler hat nicht die Tendenz, den Massenstreik auf die lange Bank zu schieben. Gegenüber dem Gen. Feigl bemerkt Referent, daß ihm die liberale Sozialdemokratie des Gen. Dr. Adler lieber sei als die radikale Sozialdemokratie des Gen. Feigl, weil ihm die erstere für die Bourgeoisie gefährlicher erscheine. Referent dankt dem Herrn Reichsraths-Abgeordneten Pernerstorfer für seinen Appell an die Einigkeit, der sich der Referent ganz anschließt.

Denjenigen Genossen, welche die Verbindung von ökonomischen Fragen mit der Wahlrechtsfrage wünschen, sei eine gefährliche Bundesgenossenschaft entstanden in einer liberalen Zeitung, dem „Wiener Tagblatt", welches demselben Gedanken Ausdruck gegeben hat. Das werde den Genossen die Augen öffnen und ihnen zeigen, daß die Bourgeoisie von der Verknüpfung dieser beiden Forderungen nichts zu fürchten hat. Referent fordert den Gen. Kiesewetter auf, seine Resolution, die sich nur stylistisch von der des Gen. Dr. Adler unterscheide, zu Gunsten der früher eingebrachten Resolution des Gen. Dr. Adler zurückzuziehen, und empfiehlt schließlich die Annahme dieser Resolution.

Vorsitzender: Es liegt ein Antrag von Gen. Dr. Ingwer vor, es sei eine Kommission einzusetzen, welche alle Resolutionen zu prüfen habe, welche dem Plenum eine Resolution zur Annahme vorschlagen soll.

Gen. Dr. Adler: Es ist dies nicht der einzige Antrag, auch Gen. Roscher hat einen ähnlichen Antrag gestellt. Wir werden auf diesem Wege nicht zum Ziele kommen. Wir haben ohnehin eine beinahe namentliche Abstimmung gehabt. Es ist also in einer Kommission unmöglich, eine Einigung zu erzielen, weil jede Gruppe jedes Landes wieder auf ihren Antrag zurückgehen wird. Es bleibt nichts übrig, als daß Sie die Anträge nach der Reihe zur Abstimmung bringen, und zwar alle Anträge auch dann, wenn irgend einer von denselben die Majorität gehabt hätte, und daß hernach jener Antrag, welcher die meisten Stimmen von allen Anträgen gehabt hat, noch einmal einer Gesammtabstimmung unterzogen wird. Wir haben das allergrößte Interesse daran, daß es klar ausgesprochen wird, daß, nachdem sie alle nur in der Form abweichen, daß von dem Antrag, der die Majorität hat, gesagt werden kann, daß er mit Einstimmigkeit angenommen wurde.

Gen. Dr. Ingwer hält seinen Antrag aufrecht.

Der Antrag Ingwer wird abgelehnt.

Der Antrag Adler wird angenommen.

Der Antrag Wagner, für den giltigen Beschluß Zweidrittel-Majorität zu forden, wird abgelehnt.

Gen. Roscher (zur Begründung seines Antrages): Es sind noch nicht alle Mittel für die Durchsetzung des Wahlrechtes erschöpft. Wenn man das letzte Mittel anwenden wolle, so sei es unklug, anzugeben, wann man es in Kraft setzen wolle, auch dann, wenn man heute schon darüber einig wäre. Der Massenstreik lasse sich nicht diktiren. Wenn Gen. Dr. Adler seine Resolution mit meiner früher eingebrachten identisch und nur stylistisch verschieden findet, so bin ich vollständig damit einverstanden, bin aber nicht in der Lage, meine Resolution zurückzuziehen, weil es sich nicht um meinen Namen handelt, sondern schon viele Delegirte unterschrieben

haben. Gen. Dr. Adler sollte aber die beiden Theile nicht verbinden, weil der Achtstundentag ein besonderes Kapitel ist.

Gen. Dr. Adler: Ich habe meinen Antrag schon in meiner Rede begründet. Es liegt mir daran, zu sagen, daß alle die Anträge, die vorliegen, im Wesentlichen denselben Inhalt haben; einzig unterscheiden sie sich darin, daß in meinem Antrag dem Ausdruck gegeben ist, daß wir den Massenstreik für ein Mittel halten, das nur im äußersten Falle anzuwenden ist. Ich möchte mich entschieden dagegen verwahren, daß der Massenstreik als das einzige Mittel erklärt werde, wie es auch im Resel'schen Antrag ist.

Wir müssen mit noch größerer Intensität als bisher weiterarbeiten, wenn alle diese Mittel nichts nützen, dann erst wollen wir, wenn uns die Hartnäckigkeit der Gegner dazu zwingt, dieses anerkanntermaßen gefährliche Mittel anwenden. Nur dieser Eigenschaft des Antrages schreibe ich es zu, daß die überwiegende Anzahl der Genossen hier erklärt hat, sie sei mit meiner Resolution einverstanden.

Es handelt sich weiter um den Zusatzantrag.

Ich habe früher bemerkt, daß der Antrag unter Einem abgestimmt werden sollte; ich glaubte die Abstimmung zu erleichtern. Doch habe ich nichts dagegen, wenn absatzweise gestimmt wird; das ist Sache des Präsidiums. Es liegt in der Nothwendigkeit dieses Zusatzes durchaus keine Konzession an die Bergarbeiter, die hier anwesend sind, sondern an die thatsächlichen Verhältnisse, an die Stimmung der großen Bergarbeiterkreise, die nicht alle in der Organisation stehen. (Zustimmung seitens der Bergarbeiter.) Damit gibt sich der Parteitag keine Blöße. Ich wollte diesen Antrag erst beim Achtstundentag einbringen. Ich thue es zum Zwecke der Klärung der Verhältnisse schon hier. Ich glaube, wir werden jetzt nach Klärung der Diskussion einen Beschluß fassen, womit Alle einverstanden sein können, denn im Wesentlichen sind wir Alle derselben Meinung: wenn es nothwendig ist, den Streik als Mittel anzuwenden.

Die Diskussion war von der größten Wichtigkeit für das gesammte Leben der Partei. Sie hat die Urstimmen hören lassen, nicht die gewohnheitsmäßigen Redner.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 45 Minuten.)

Nachmittagssitzung.

Gen. Popp eröffnet um 3 Uhr die Sitzung. Zur Begründung seines Antrages

Gen. Resel: Ich weise es zurück, daß gesagt wird, mein Antrag unterscheide sich nur stylistisch von dem des Gen. Dr. Adler. Bei mir heißt es, daß der Parteitag anerkennt, daß zur Erringung des Wahlrechtes zum Massenstreik werde gegriffen werden müssen, während die Resolution des Gen. Dr. Adler sagt, daß wir, im Falle die Hartnäckigkeit des Bürgerthums und der Regierung länger anhalten sollte, und wenn alle anderen übrigen Mittel aufgebraucht sind, zur Inszenirung schreiten. Welche Mittel stehen uns aber noch zu Gebote? Versammlungen, Resolutionen, Demonstrationen haben wir schon gehabt, was also sind die anderen Mittel? Daß organisirt und agitirt werden soll, steht auch in meinem Antrage. Es geht nicht an, daß man eine solche Hinausschieberei veranstaltet, die Resolution des Gen. Dr. Adler ist die größte Abblaserei, die jemals existirt hat. Ich glaube, daß es nothwendig ist, uns bereit zu halten. Die „leitenden Grundsätze" sind der reinste Hohn und die Resolution des Gen. Dr. Adler soll die Antwort darauf sein? Ich ersuche Sie, für meinen Antrag zu stimmen; ich bin aber bereit, für den Zusatzantrag des Gen. Dr. Adler, betreffend den Achtstundentag der Bergarbeiter, zu stimmen.

Es wird folgender Antrag eingebracht:

„Die Gefertigten beantragen: Vor der Abstimmung über die eingebrachten Anträge und Resolutionen soll sich der Parteitag einmüthig für den Generalstreik erklären, ohne Rücksicht auf die Art der Durchführung.

Rousar, Radimsky, Krejci, Czasny, Janda, Mück, Klement, Mudra, Schott, Kacovsky."

Gen. Seliger (Teplitz) ist gegen diesen Antrag. Wir würden es machen wie die Liberalen; wenn wir etwas im Prinzip annehmen, müssen wir auch gleich erklären, wie wir es durchführen werden.

Gen. Popp (Wien): Die tschechischen Genossen meinen damit, daß sich der Parteitag prinzipiell mit dem Generalstreik einverstanden erkläre; über die Durchführung, wie und wann, darüber sollen die speziellen Anträge, die vorhanden sind, bestimmen.

Gen. Rousar (Wien): Der Antrag wurde deshalb gestellt, weil die Bourgeoispresse sagte, daß am Parteitage wegen des Generalstreiks große Uneinigkeit sei. Es soll damit nur bekundet werden, daß der Parteitag einheitlich im Prinzip für den Generalstreik ist, daß er aber nur uneinig ist, wie und wann er durchgeführt werden soll.

Der Antrag wird mit allen gegen eine Stimme angenommen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Gen. Hübsch (Wien): Ich würde wünschen, im Antrage des Genossen Dr. Adler statt der Worte „die organisirte Bergarbeiterschaft" einzusetzen „jede gewerkschaftliche Organisation", und dort, wo es heißt „Achtstundentag" — „für die Einschränkung der Arbeitszeit". Dadurch würde allen gewerkschaftlichen Organisationen ermöglicht, den in ihren Kreisen auftretenden Forderungen Rechnung zu ragen. Unter dieser Bedingung stimme er für den Antrag des Gen. Dr. Adler.

Vorsitzender Gen. Popp: Ich habe gegenüber Gen. Wagner, der die Schuld an der mangelhaften Organisation der Bergarbeiter in Böhmen der Wiener Organisation zuschreibt, Folgendes zu berichten: Die Bergarbeiter Böhmens haben Gen. Berner nach Böhmen berufen und ihn als Redakteur des Bergarbeiter-Fachblattes angestellt. Das war der Wunsch der Bergarbeiter selbst. Unsere Ansicht war, den Gen. Wenzel Peter als Redakteur anzustellen. Wir konnten den Bergarbeitern den Redakteur nicht oktroyiren. Es ist also nur ihr eigener Wunsch in Erfüllung gegangen.

Der Referent Gen. Dr. Ellenbogen hat gesagt, daß die Situation in der Parteivertretung selbst ungeklärt war und die Situation sich erst heute nach der Debatte geklärt habe. Ich erkläre, daß diejenigen Genossen, welche in der Parteivertretung den Beschluß über den Generalstreik gefaßt haben, bis heute auf demselben Standpunkt stehen. Allerdings waren die Gen. Dr. Ellenbogen und Adler in der Sitzung nicht anwesend. Ich konstatire dies mit einer gewissen Freude, weil gerade einige Redner gemeint haben, daß nur die Meinung des Gen. Dr. Adler in der Parteivertretung maßgebend sei. Er hat sich später dem Beschlusse akkommodirt. Die Parteivertretung steht heute noch auf dem damaligen, im Zirkulär niedergelegten Standpunkt. Im Zirkulär heißt es: Allerdings wird eine größere Zeit nothwendig sein, um die Vorbereitung zu dieser Aktion, welche in Oesterreich neu ist, in Szene zu setzen. Damit ist gesagt, daß der Generalstreik nicht von heute auf morgen gemacht werde, wie es Genossen aufgefaßt haben, sondern daß die Aktion auf längere Zeit in's Auge gefaßt wird. Auf diesem Standpunkte steht die Parteivertretung bis heute. Wenn es Referent Gen. Dr. Ellenbogen nicht gewußt hat, so ist es seine Sache.

In einer thatsächlichen Berichtigung gegen Gen. Roscher bemerkt Genosse Zeller (Reichenberg), daß in mehreren Sitzungen die Landesvertretung von

Böhmen Stellung genommen hat in dem Sinne, daß es nothwendig sei, sich bezüglich des Massenstreiks klar zu werden, und hat Gen. Kiesewetter den Antrag in dem Sinne eingebracht, wie die Landesvertretung von Böhmen es beschlossen hat. Der beste Beweis, daß die Arbeiterschaft Nordböhmens wirklich für den Massenstreik eintritt, ist der, daß an fünf Orten sich zur Demonstration für das allgemeine Wahlrecht 50.000 Personen versammelt haben. Ich empfehle Ihnen die Resolution des Gen. Kiesewetter zur Annahme.

Gen. Schiller (Reichenberg) erklärt, daß die Nordböhmen in erster Linie für die Resolution des Gen. Kiesewetter und bei Nichtannahme derselben für die Resolution des Gen. Dr. Adler stimmen werden.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag des Gen. Hübsch, welcher lautet:

„Der Parteitag beschließt: Sollte sich die Regierung noch weiter sträuben, den politischen und wirthschaftlichen Forderungen nachzugeben, so wird die Parteivertretung beauftragt, den Generalstreik zu inszeniren und nach Rücksprache mit den Landesorganisationen die Zeit für die Proklamirung desselben festzusetzen,"

wird abgelehnt. Für denselben 11 Stimmen.

Der Antrag des Gen. Kiesewetter, welcher lautet:

„Der vierte Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie erkennt die Nothwendigkeit an, zu einem Massenstreik behufs Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes greifen zu müssen, ohne den Tag des Ausbruches dieses Streiks feststellen zu können, da dieser Zeitpunkt von der Entwicklung der Wahlrechtsfrage abhängt.

Der Parteitag beschließt daher, die Parteileitung zu ermächtigen, im Einvernehmen und mit Zustimmung aller Landes-, respektive Kreisvertretungen den Massenstreik, wenn erforderlich, zu proklamiren,"

wird abgelehnt. Für denselben 29 Stimmen.

Der Antrag Roscher, welcher lautet:

„Der Parteitag hält die Forderungen nach dem Parteiprogramm bezüglich des allgemeinen Wahlrechtes aufrecht, erkennt jedoch, daß es gegenwärtig unmöglich ist, einen Generalstreik zu beschließen, und beschließt, daß die Genossen aller Orte, Provinzen oder Arbeitsbranchen Alles für die Erringung des Wahlrechtes mit Entschiedenheit thun mögen, was möglich ist, und beschließt ferner, daß die Organisation in jeder Richtung ausgebaut, die Agitation für das allgemeine Wahlrecht mit der Aufklärung ausgedehnt und die möglichsten Vorbereitungen zum Generalstreik als letztes Mittel getroffen werden,"

wird abgelehnt. Für denselben 6 Stimmen.

Der Antrag Resel, welcher lautet:

„Der vierte Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie anerkennt, daß zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für das arbeitende Volk zur Waffe des Generalstreiks wird gegriffen werden müssen, setzt aber die Zeit des Ausbruches desselben nicht fest, indem diese von der Entwicklung der Wahlreform abhängt, jedoch haben die Genossen und Genossinnen sich hiezu bereit zu machen. Wann in den Generalstreik einzutreten ist, bleibt der Erwägung der Parteivertretung in Verbindung mit den Kreisorganisationen überlassen,"

wird abgelehnt. Für denselben 23 Stimmen.

Der Antrag Kleedorfer, welcher lautet:

„Der vierte österreichische sozialdemokratische Parteitag beschließt, die Organisation für den Generalstreik mit folgenden Forderungen auf's Aller entschiedenste durchzuführen: 1. Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht. 2. Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich acht Stunden,"

wird abgelehnt. Für denselben 21 Stimmen.

Die Resolution des Dr. Adler, welche lautet:

„Die von der Regierung vorgeschlagene Wahlreform wird als Verhöhnung der Arbeiterschaft mit Entrüstung zurückgewiesen. Der Parteitag erklärt, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit allen der Arbeiterklasse zur Verfügung stehenden Mitteln erkämpfen zu wollen, dazu gehört neben den angewendeten Mitteln der Agitation und Organisation auch der Massenstreik. Die Parteivertretung mit den Vertretern der Organisationskreise wird beauftragt, alle Vorkehrungen zu treffen, um, falls die Hartnäckigkeit der Regierung und der bürgerlichen Parteien das Proletariat zum Aeußersten zwingen sollte, den Massenstreik als letztes Mittel im geeigneten Zeitpunkt anordnen zu können,"

wird mit 66 gegen 42 Stimmen angenommen.

Der Zusatzantrag des Dr. Adler, welcher lautet:

„Unabhängig vom Kampfe um das Wahlrecht ist der Kampf für den Achtstundentag zu führen und ist zu diesen Zwecken in erster Linie alle Anstrengung zunächst auf jenen Punkt zu vereinigen, wo er am ehesten zu erreichen ist.

Der Parteitag erklärt, daß, sobald die organisirte Bergarbeiterschaft den Zeitpunkt gekommen erachten wird, in den Kampf für die Achtstundenschicht zu treten, die gesammte klassenbewußte Arbeiterschaft Oesterreichs deren Kampf mit allen zur Verfügung stehenden Mittel unterstützen wird.

Die Parteivertretung ist verpflichtet, diesen Beschluß durchzuführen,"

wird mit 82 gegen 16 Stimmen angenommen.

Der Zusatzantrag des Gen. Jäger, welcher lautet:

„Sollte der Generalstreik zum Beschlusse erhoben werden, so hat gleichzeitig mit dem Generalstreik (Massenstreik) auch die Verweigerung des Wohnungszinses bis zur Beendigung des Streiks stattzufinden, um nebst den industriellen Unternehmern auch die Hausbesitzer zu treffen,"

wird abgelehnt. Für denselben 21 Stimmen.

Es wird hierauf die Resolution des Gen. Dr. Adler **mit dem Zusatzantrage**, auf welche sich die meisten Stimmen vereinigt haben, nochmals zur Abstimmung gebracht, und **mit allen gegen eine Stimme angenommen**. (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Der Antrag der Genossen des IX. Bezirkes, welcher lautet: „Sollte vo Zusammentritt des nächsten ordentlichen Parteitages irgend welche Wahlreform Gesetz werden, so ist die Parteivertretung verpflichtet, sofort einen Parteitag einzuberufen," wird angenommen, dagegen der zweite Theil des Antrages Hofer, welcher lautet: „Es muß dafür gesorgt werden, und wird den Parteigenossen zur Pflicht gemacht, daß mit jeder, für welchen Verein immer geleisteten regelmäßigen Einzahlung ein Zuschlag von 10 Prozent eingehoben wird. Derselbe Zuschlag hat bei dem Abonnement von Zeitungen, Verkauf von Broschüren, Gelegenheitsschriften u. dgl. zu erfolgen. Bei dem Verkaufe der Blätter ist für jede zweite der erschei-

nenden Nummern ein Kreuzer für den gleichen Zweck zu fordern. Die auf solche Weise für den Streikfond vereinnahmten Beträge sind an die Parteivertretung abzuführen," abgelehnt.

Die übrigen zu diesem Punkte gestellten, nicht genügend unterstützten Anträge gelangen nicht zur Abstimmung.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt und es gelangte nun Punkt 5 der Tagesordnung: **Parteiorganisation** zur Verhandlung.

Der Vorsitzende ertheilte dem Gen. Resel als Referenten über die Kommissionsbeschlüsse das Wort.

Gen. Resel (Graz): Die Kommission hat die Anträge, so weit als möglich war, eingehend berathen und berücksichtigt. Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Organisation, wurde beantragt: „Es hat alljährlich, wenn möglich in den Frühlings- oder Herbstmonaten, ein Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie stattzufinden." Die Kommission empfiehlt die Ablehnung, weil es schon schwer ist, alle zwei Jahre die Mittel zur Abhaltung des Parteitages aufzubringen. Der Antrag zu Punkt 5 „Parteivertretung": „Der Parteitag wählt eine aus fünf Personen bestehende Parteivertretung, welche die Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Dem Redaktionspersonal der Parteiblätter darf kein Mitglied der Parteivertretung angehören," wird zur Ablehnung empfohlen, und zwar deshalb, weil die Parteivertretung selbst einen Antrag eingebracht hat, der bedeutend akzeptabler erscheint, und deshalb, weil es nicht angeht, daß gerade jene Leute, welche am besten informirt sind über die Verhältnisse in der Partei, ausgeschlossen sein sollen, da sie keine Verbrecher sind, welche nicht würdig sind, der Parteivertretung anzugehören.

Der Antrag: „Dort, wo eine Branchenorganisation besteht, hat jeder Parteigenosse gewerkschaftlich organisirt zu sein," wird in dieser Form zur Ablehnung empfohlen, jedoch wurde diesbezüglich ein anderer Antrag angenommen. Gleichzeitig wird der Antrag, „daß Parteigenossen nicht Mitglieder eines bürgerlichen politischen Vereines sein können," zur Ablehnung empfohlen, weil das schon enthalten ist in dem Punkt, „er darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören". Es muß immer bedacht werden, daß es den Genossen am Orte zu beurtheilen überlassen bleibt, ob ein Genosse in diesem bürgerlichen politischen Verein für unsere Partei oder die Partei unserer Gegner thätig ist.

Der Antrag: „Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte. Gegen die Entscheidung steht den Betreffenden die Berufung an die Landes-Konferenz und den Parteitag zu," wird zur Ablehnung empfohlen, weil es sich ja doch nur um Vertrauensstellen handeln kann und da selbstverständlich ohnehin die Genossen des Ortes entscheiden.

Der Antrag: Nach „Vertreter für die Landesorganisation" im 1. Absatz des Punktes 2 der Parteiorganisations-Bestimmungen hinzuzufügen: „welche Wahl alljährlich im Anschlusse an den Parteitag zu erfolgen hat, fiel weg, weil wir den Antrag, daß alljährlich der Parteitag stattzufinden hat," nicht akzeptirt haben.

Der Antrag: „Der vorhergehende Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

„Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen", wird zur Annahme empfohlen mit der Ergänzung: „Die Einberufung des ordentlichen Parteitages."

Der weitere Theil des Antrages zu diesem Punkte wird durch den später zu verlesenden Antrag der Kommission gegenstandslos.

Der Antrag zu Punkt 5 der Parteiorganisations-Bestimmungen: „Absatz 2 des Punktes 5 hat zu lauten: Die Wahl einer zehngliedrigen Kontrol-Kommission erfolgt derart, daß der Parteitag eine Landesorganisation als Kontrol-Kommission bestimmt, welche sich durch fünf vom Parteitage zu wählende, am Orte der Parteivertretung ansässige Genossen zu ergänzen hat, wird zur Ablehnung empfohlen, weil man die Kontrole nicht einer einzelnen Landesorganisation überlassen kann, und es Sache des Parteitages ist, die Kontrole für seine Vertreter zu wählen.

Der Antrag: „Jeder Parteigenosse muß Mitglied seiner Gewerkschaftsorganisation sein," wird zur Ablehnung empfohlen.

Der Antrag 4a zu Artikel II, Bezirksorganisation: „Die Vertrauensmänner der Bezirksorganisation sind der Parteivertretung bekanntzugeben," wurde angenommen. Es wurde weiter ein Antrag in der Kommission gestellt, die Vertrauensleute einer Bezirksorganisation können nicht wieder Vertrauensleute einer zweiten Bezirksorganisation sein; das wurde selbstverständlich angenommen, damit nicht ein Genosse sich in allen möglichen Bezirken herumtreibt.

Antrag 4b. Zu Artikel III, Landesorganisation: „An die Stelle der bisherigen „Landesorganisationen" haben Kreisorganisationen zu treten, welche ein ganzes Kronland oder, wo dies nöthig ist, auch nur einen Theil eines Kronlandes umfassen. Die neuen Organisationskreise haben die Rechte und Pflichten der bisherigen Landesorganisationen."

Dieser Antrag ist deshalb nothwendig, weil z. B. Böhmen in verschiedene Kreise eingetheilt werden mußte wegen der geographischen und sprachlichen Verhältnisse. Böhmen ist das größte Kronland. Die Organisation würde sonst zu schwerfällig funktioniren.

Antrag 4c. Zu Artikel IV Parteitag: „Orte, an welchen eine Frauenorganisation vorhanden ist, haben das Recht, außer dem männlichen Vertreter auch eine Genossin zum Parteitag zu entsenden."

Der diesbezüglich angenommene Antrag lautet: „Orte, an welchen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, außer Genossen auch Genossinnen zum Parteitag zu entsenden."

„Die Kreisvertretungen, sowie die Redaktionen der Parteiblätter haben das Recht, einen Vertreter an den Parteitag zu entsenden, welchem berathende Stimme zukommt."

Dieser Antrag wurde zum Theil angenommen und lautet: „Die Kreisvertretungen, Korporationen, welche von Kreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter an den Parteitag zu entsenden.

Die Vertreter der Redaktionen und Korporationen haben jedoch kein Stimmrecht."

Die Blätter sollen nicht von der Theilnahme an dem Parteitage ausgeschlossen werden. Leute, die gewiß über die Bewegung einen Ueberblick haben, wie es die Vertreter der Kreisorganisationen sind, haben dadurch die Möglichkeit, am Parteitag theilzunehmen.

Antrag 4d. Zu Artikel V, Parteivertretung: „Der Parteitag wählt eine aus 14 Personen bestehende Parteivertretung. Sechs vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Partei-Kontrole."

Diesbezüglich liegt ein Antrag des Gen. Dr. Ingwer vor: Der Artikel V, Parteivertretung, habe künftig zu lauten: „Der Parteitag wählt eine aus 15 Personen bestehende Parteivertretung. Neun vom Parteitag zu bestimmende

Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen sechs Mitglieder der Parteivertretung bilden die Partei-Kontrole.

Der Sitz des engeren Ausschusses ist in Wien, wo seine Mitglieder und zwei Mitglieder von der Kontrole wohnhaft sein müssen. Von den übrigen Kontroloren entfallen: einer auf Böhmen, einer auf Mähren und Schlesien, einer auf Galizien und einer auf die Alpenländer."

Die Kommission erklärt sich mit der Bestimmung des Sitzes der Mitglieder nicht einverstanden. Zudem ist ein Abänderungsantrag der Parteivertretung eingelangt. Die Anträge des Gen. Dr. Ingwer und der Parteivertretung decken sich beinahe, nur bestimmt der Antrag der Parteivertretung den Sitz der Kontrol-Kommission nicht. Die Kommission hat den Antrag mit einem Zusatzantrage des Gen. Pollaczek folgendermaßen angenommen:

„Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Partei-Kontrole.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen. Die Gesammtvertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährig einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Jedem Parteitag hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitag beschlossenen und zurückgewiesenen Anträge Bericht zu erstatten."

Der Antrag Polaczek wurde angenommen. Ferner liegt ein Antrag des Gen. Kleedorfer vor:

„Die Parteivertretung ist berechtigt, Vertrauensleute zu ihren Sitzungen beizuziehen, um über alle Angelegenheiten am Laufenden zu sein."

Die Kommission hat es als selbstverständlich angenommen, daß die Parteivertretung das Recht haben muß, Vertrauensleute beizuziehen. Es erscheint der Antrag daher als überflüssig; außerdem erreicht der Antrag Kleedorfer das nicht, was er bezweckt; daher wurde er abgelehnt. Die Kommission hat beschlossen, die Wünsche des Gen. Kleedorfer dem Obmanne der neuzuwählenden Parteivertretung mitzutheilen, damit sich die Parteivertretung verpflichtet, diesen Wünschen gerecht zu werden.

Der Antrag Silberberg: „Der Parteitag beschließt, daß die niederösterreichische Kontrole die Befugniß erhält, alle, auch die Reichsfonde, ohne jedoch die Reichs-Kontrole zu beeinträchtigen, kontroliren zu können," ist überflüssig, weil ohnehin immer zwei Mitglieder in Wien ansässig sein müssen und wurde daher abgelehnt.

Die Organisationsbestimmungen in ihrer jetzigen Fassung lauten demnach wie folgt:

Partei-Organisation.

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig oder materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es wird den Parteiangehörigen empfohlen, der Organisation ihrer Branchen, respektive einem Bildungs- oder politischen Vereine anzugehören.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

II. Vertrauenspersonen.

Bezirks-Organisation.

Die Vertrauenspersonen werden von den lokalorganisirten Genossen und Genossinnen gewählt. Die Anzahl derselben richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, und bilden diese Vertrauenspersonen zusammen die Bezirks-Organisation. Es kann eine Vertrauensperson nur einer Bezirks-Organisation angehören; die Vertreter der Bezirks-Organisationen sind der Parteivertretung bekannt zu geben. Der Umfang der Bezirks-Organisation wird wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein und wird von der Kreis-Konferenz festgestellt. Die Bezirks-Organisation bestimmt ihre Vertreter für die Kreis-Organisation.

Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig machen, werden Agitationsbezirke ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen gebildet.

Ueber spezielle Fälle im Rayon der Bezirks-Organisation entscheidet die Bezirks-Konferenz, doch ist der Kreis-Konferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie weiter auch der Parteitag Beschlüsse der Kreis-Konferenz aufheben kann. Ohne, oder bis zur Aufhebung derartiger Beschlüsse haben selbe Giltigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung durch die Bezirks-Konferenz die Kreis-, und ohne die Kreis-Konferenz der Parteitag Beschlüsse diesbezüglich fassen.

III. Kreis-Organisation.

Die Kreis-Organisation, welche ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitations-Komité. Dieses befaßt sich mit der Organisation und sorgt für die nöthige Agitation im Kronlande. Gleichzeitig hat die Kreis-Organisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirks-Organisationen möglichst regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden. Nach Möglichkeit sind dieselben zur Deckung der allgemeinen Partei-Auslagen an die Parteivertretung abzuliefern.

Zur Besprechung und Erledigung von Partei-Angelegenheiten tritt die Kreis-Organisation über Berufung des Agitations-Komités nach Bedarf zu einer Konferenz zusammen und entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Kreises.

Die Kreis-Konferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirks-Organisationen des betreffenden Kreises die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

Jede Kreis-Organisation hat an die jeweilige Partei-

vertretung vierteljährlich Bericht über den Stand der Bewegung in dem betreffenden Kronlande zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreis-Organisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreis-Organisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteileitung einzuberufen sind.

IV. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig alle zwei Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der Kreis-Organisationen stattfinden.

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt.

Orte, an welchen eine Frauen-Organisation besteht, haben das Recht, außer Genossen auch Genossinnen zum Parteitage zu entsenden.

Die Kreisvertretungen, Korporationen, welche von Kreis-Organisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter an den Parteitag zu entsenden.

Die Vertreter der Redaktionen und Korporationen haben jedoch kein Stimmrecht.

Der vorhergehende Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer.

V. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Partei-Kontrole.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen.

Die Gesammtvertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährig einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

VI. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

* * *

Das ist die Fassung des Organisations-Entwurfes, wie sie die Kommission für nothwendig befunden hat.

Der Antrag, daß die Vertrauensleute in direkter Wahl gewählt werden sollen, mußte abgelehnt werden. Die Genossen Antragsteller haben gewiß keine Vorstellung, wie man eine solche Wahl vornehmen sollte. Ich halte es für einen wichtigen Punkt, daß eine ständige Kontrole in Wien neben der Parteivertretung vorhanden ist. Auch wird dadurch, daß die Reichs-Kontrole gewählt wird, welche alle Vierteljahre zusammenzutreten hat, um über wichtige Fragen zu berathen, eine innigere Verbindung mit den Provinzen hergestellt und gleichzeitig die Parteivertretung von der Verantwortung, weittragende Beschlüsse allein gefaßt zu haben, entlastet. Im direkten Verkehr mit den Vertretern der Provinz wird man sich besser verständigen als auf schriftlichem Wege.

Die Genossen haben keine Ursache, noch andere Anträge zu stellen. Wir sind mit den bisherigen Organisations-Bestimmungen ausgekommen. Ich empfehle daher den Genossen, den von der Kommission angenommenen Anträgen zuzustimmen.

Gen. Smetana (Wien): Im Laufe des letzten Jahres hat sich die tschechisch-slavische Arbeiterorganisation verdoppelt. Auf dem am 27. Dezember 1893 abgehaltenen Kongreß zu Budweis hat sie ihre eigene Organisation beschlossen, aber auch beschlossen, eine Verbindung mit der deutschen Organisation anzubahnen, und hat es der Leitung anheimgegeben, die Wege zu suchen, welche als die geeignetsten dazu dienen. In politischen und taktischen Fragen gehen wir einheitlich vor. Wir werden daher, weil wir auf Ihre Organisation keinen Einfluß nehmen wollen, an Ihren Berathungen darüber nicht theilnehmen. Wir werden aber selbstverständlich berathen, auf welche Weise es möglich ist, beide Organisationen zu einer politischen Aktion schlagfertig hinzustellen.

Gen. Schuhmeier beantragt, daß der neue Organisations-Entwurf sofort in Druck gelegt und nächsten Tag den Delegirten eingehändigt werde. Er zieht aber nachher den Antrag zurück, da die Drucksachen vom Drucker 24 Stunden vor der Ausgabe der Polizei abgeliefert werden müssen.

Gen. Dr. Adler ersucht die tschechischen Genossen, bei diesem Punkte nicht wegzugehen, da zur innigeren Verbindung mit der tschechischen Organisation zu empfehlen sein wird, daß Vertreter der tschechischen Organisationen von Böhmen, Mähren und Wien für die Parteivertretung in Aussicht genommen werden.

Die tschechischen Genossen erklären hier zu bleiben.

Gen. Hübsch beantragt, daß sofort in die Spezialdebatte eingegangen werde, und zwar Punkt für Punkt.

Gen. Jobst ist überhaupt gegen das Eingehen in eine Spezialdebatte. Nur wer etwas gegen die Beschlüsse der Kommission einzuwenden hat, möge sich zum Wort melden.

Gen. Resel beantragt, daß ganz neue Anträge nicht gestellt werden sollen,

daß nur die Antragsteller, deren Anträge von der Kommission zurückgewiesen wurden, ihre Anträge vertheidigen.

Der Antrag Hübsch wird angenommen.

Die Genossen Silberberg und Koczka sprechen gegen den Antrag Resel.

Der Antrag Resel wird angenommen.

Zum ersten Punkt der Partei-Organisation spricht

Gen. Feigl (Wien) und tritt für den Antrag des IX. Bezirkes ein, daß kein Genosse einem politischen bürgerlichen Verein angehören dürfe, und verweist auf den „Sozialpolitischen Verein", in welchem sich Leute als Genossen geriren, der aber ein bürgerlicher Verein ist. In der Kommission wurde eingewendet, daß z. B. ein Ausnahmszustand kommen könne, und daß wir dann bürgerliche politische Vereine erobern müssen. Ich glaube, daß wir in einem solchen Falle etwas Anderes zu thun haben als solche Dinge.

Was den Antrag betrifft, daß jeder Genosse dort, wo eine Branchenorganisation besteht, derselben beitreten muß, bin ich persönlich nicht für denselben, wohl aber die Genossen, die ich vertrete. Es handelt sich für diese nicht darum, daß jeder Genosse überhaupt einer Organisation, sondern darum, daß er einer gewerkschaftlichen Organisation angehört.

Gen. Reumann glaubt, es sei nicht nöthig, die Beschlüsse des vorigen Parteitages in Bezug auf die Zugehörigkeit zur Partei zu ändern. Es genügt vollkommen, wenn in dem Parteiprogramm ausgeführt wird, daß ein Genosse sich als solcher bethätigen muß. Referent warnt nochmals davor, die Bestimmung bezüglich der Zugehörigkeit zu bürgerlichen politischen Vereinen aufzunehmen, da sich die Nothwendigkeit leicht ergeben kann, daß Parteigenossen in bestehende bürgerliche Vereine eintreten, um dieselben für ihre Zwecke zu gewinnen.

Was speziell die Gewerkschaft anbelangt, so hält Referent es nicht für angezeigt, einen zwingenden Beschluß zu fassen, der ja doch nur platonischer Natur sein kann. Jeder Parteigenosse weiß sehr genau, daß er dort, wo es nothwendig ist, seiner Gewerkschaft beitreten muß; wo keine Branchenorganisation existirt, genügt es vollkommen, einem politischen oder Bildungsvereine anzugehören. Ich mache Sie weiter darauf aufmerksam, daß der Entwurf vor zwei Jahren in gedrängtester Kürze abgefaßt wurde, und zwar deshalb, weil die ganze Organisation lediglich eine Abmachung ist, die zwischen uns getroffen worden ist, die von der Behörde stillschweigend geduldet wird. Es geht nicht an, dieses Statut der Organisation noch näher zu präzisiren. Je mehr Paragraphen sie machen, desto schwerer wird es zu handhaben sein, und umsomehr werden wir der Behörde eine willkommene Handhabe geben, zu sagen, daß diese Organisation jeder gesetzlichen Grundlage entbehre. Ich ersuche Sie daher, in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Kommission die Anträge der Genossen des IX. Bezirkes abzulehnen.

Gen. Silberberg bedauert, daß der Vertreter des IX. Bezirkes erklärte, er habe wohl das Mandat angenommen, er sei aber ein Gegner der Meinungen jenes Bezirkes. Er hat das übrigens mit den betreffenden Genossen abzumachen. Wir empfehlen den Genossen, sich den Organisationen anzuschließen, nämlich der Branchenorganisation 2c. Ich stütze mich gar nicht auf die Beschlüsse der Gewerkschafts-Organisationen, daß jeder Genosse auch einer Gewerkschafts-Organisation anzugehören hat. Man muß endlich dem Schlendrian ein Ende machen, man soll die Genossen dazu erziehen, daß sie ihr Augenmerk weniger auf die Arbeiter-Bildungsvereine verwenden, wo hauptsächlich der Tanz gepflegt wird. (Widerspruch.) Ich urtheile nicht nach der Provinz, sondern nach der Hauptstadt. Man wird vielleicht sagen, es ist möglich, daß Einer einer Branche angehört, welche noch nicht organisirt ist. Dafür ist schon in der Klausel vorgesorgt. Wir müssen den Genossen den Weg zeigen, wo eigentlich die Widerstandsfähigkeit liegt. Die Gewerk-

schafts-Organisation ist die Schule zur politischen. Darum muß dieser Passus aufgenommen werden.

Nun kommt noch eine Kategorie in Betracht. Wir haben auch die akademische Jugend in unserem Kreise. Diese hat keine Gelegenheit, sich zu organisiren. Ich verweise in dieser Hinsicht auf die Briefkastennotiz des Dr. Adler, nach der sich die akademische Jugend richten soll.

Gen. Kleedorfer: In allen Versammlungen heißt es: Die gewerkschaftliche Organisation ist das Rückgrat der politischen Organisation. Wenn dies keine Phrase sein soll, nehmen Sie den Antrag an, daß jeder Genosse der gewerkschaftlichen Organisation angehören muß.

Gen. Pollaczek schließt sich den Aeußerungen des Gen. Kleedorfer an. Man solle beschließen: Jeder Genosse ist verpflichtet, jener Gewerkschaft anzugehören, in welcher er beschäftigt ist. Ist dies unmöglich, hat an deren Stelle die Zugehörigkeit zu einem politischen Verein zu treten, der seinen Sitz an dem betreffenden Wohnort habe.

Es ist von Gen. Hofer folgender Antrag eingebracht worden:

„Es wird den Parteiangehörigen empfohlen, sogenannten bürgerlichen „sozialpolitischen Zwecken" dienenden Vereinen, wie z. B. für „Arbeitsvermittlung" oder „Rechtshilfe", „Volksbildung" u. dgl., welche von der Bourgeoisie in der Absicht gegründet und erhalten werden, den Klassengegensatz zu verschleiern und die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse mit den bestehenden Zuständen zu verringern, als Mitglieder nicht anzugehören.

Nur dort, wo Aussicht vorhanden, die Leitung solcher Vereine in unsere Hände zu bekommen, ist eine Ausnahme zu machen."

Ich empfehle Ihnen auch diesen Antrag zur Annahme.

Gen. Jobst (Falkenau): Ich erkläre mich vollständig mit den Ausführungen der Gen. Kleedorfer und Silberberg einverstanden. Wenn die Genossen einer Gewerkschaft angehören werden, dann sind sie auch gezwungen, sich mit den wirthschaftlichen Fragen zu beschäftigen.

Ich bin auch der Ansicht, daß die Genossen den bürgerlichen politischen Vereinen nicht beitreten sollen, weil sie ja sehr bald wieder hinausgedrängt werden würden. Man kann auch von außen auf diese Vereine einwirken.

Gen. Koczka (Floridsdorf): Ich bin kein Anhänger der Gewerkschaften, weil diese zu große materielle Opfer Jenen auferlegen würden, welche in anderen Organisationen stehen. Es darf in das Statut nicht aufgenommen werden, daß Jener nicht als Parteigenosse betrachtet werde, der nicht in der gewerkschaftlichen Organisation steht. Es ist dagegen gesprochen worden, daß man in den Bildungsvereinen zum Beispiel das Tanzen lehrt. Aber es gibt viele junge Burschen von 14, 15, 16 Jahren, die erst zu Sozialdemokraten gemacht werden müssen; sie verstehen noch nicht die Bedeutung der Bewegung. Wir haben uns lange überlegt, ob wir das Tanzen in unserem Bildungsverein einführen sollen; aber wir haben es gethan, weil dadurch eben jene jungen Leute abgehalten werden, in die Wirthshäuser zu gehen und wir die Möglichkeit haben, sie bei uns für unsere Zwecke zu erziehen.

Jedenfalls dürfen wir keinen bindenden Beschluß auf Angehörigkeit zur Gewerkschafts-Organisation fassen.

Genossin Altmann (Bensen): Ich kann mich Jenen nicht anschließen, welche verlangen, daß man nur in der gewerkschaftlichen Organisation stehen muß. Man darf die Bildungsvereine nicht schädigen. Die Gewerkschaften sind aus den Bildungsvereinen hervorgegangen. Es ist nothwendig, daß man die Arbeiterinnen

in die Organisation hineinziehe. Bei uns in Nordböhmen, wo es viele Arbeiterinnen gibt, finden wir nicht viel organisirte. Die Hauptsache ist, daß die Genossinnen in den Organisationen praktisch arbeiten. Es ist aber eine große Seltenheit bei uns, daß man Frauen in den Ausschuß nimmt. Die Organisation der Arbeiterinnen wird bei uns sehr erschwert. Im vergangenen Jahre sind viele Arbeiterinnen, welche der Organisation beitraten, entlassen worden, dennoch müssen wir unausgesetzt daran arbeiten, die Arbeiterinnen in die Organisation hereinzuziehen.

Der Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Gen. Prähauser (Salzburg): Ich bin mit dem Antrag, daß Parteigenossen den bürgerlichen Vereinen nicht angehören dürfen, nicht einverstanden. Man kann in die Lage kommen, in die Vereine eintreten zu müssen, um die Taktik der Gegner kennen zu lernen. Auch muß ich mich dagegen aussprechen, daß nur Derjenige Parteigenosse ist, welcher der gewerkschaftlichen Organisation angehört. Denn wir können in der Provinz nicht durchführen, daß Jeder der Gewerkschaft beitritt.

Gen. Dr. Adler: Ueber die Frage der Angehörigkeit von Parteigenossen an bürgerlichen Vereinen können die tschechischen Genossen Auskunft geben. Diese haben den tschechisch-nationalen Vereinen nach und nach Mitglieder weggenommen. In der Frage der Gewerkschaften ist es eine absolute Unmöglichkeit, einen Beschluß zu fassen, der die Spitze hat, daß Jeder, der nicht der Gewerkschaft angehört, nicht Parteigenosse ist, weil es eine Reihe von Leuten an vielen Orten gibt, die nicht in der Lage sind, einer Gewerkschaft beizutreten. Im Antrag der Kommission ist enthalten: es wird empfohlen beizutreten. Ich würde nur wünschen, daß ebenso wie die Sozialdemokratie allen Parteigenossen empfiehlt, in die Gewerkschaften einzutreten, die Gewerkschaften empfehlen würden, sich der politischen Partei anzuschließen. (Ruf: Geschieht!) Wir können ohneweiters empfehlen, daß jeder Parteigenosse, wo es möglich ist, einer Gewerkschaft beitrete. Es gibt aber Orte, wo ein großer Ausbeuter-Fabrikant im Stande ist, alle Leute, welche in die Gewerkschaft eintreten, aus der Fabrik hinauszujagen. Deshalb können die Leute nicht in die Gewerkschaft eintreten.

Gen. Haidt (Schärding): Ich bin zwar kein Gegner der Gewerkschaften, aber ich bin dagegen, daß man die Genossen zwingt, einer Gewerkschaft anzugehören. In der Provinz ist der Druck der Fabrikanten oft ein zu großer, als daß wir für den Anfang anders als mit Bildungsvereinen vorgehen. Wir sind dafür, daß die Genossen womöglich den Gewerkschaften beitreten, aber es soll kein Zwang auf sie ausgeübt werden. Wir haben vor Allem auf politischem Boden zu arbeiten, wenn wir auch den Werth der Gewerkschaften nicht verkennen.

Die Sitzung wird um halb 7 Uhr geschlossen.

Fünfter Verhandlungstag am 29. März 1894.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender Popp eröffnet die Sitzung um 9 Uhr Vormittags mit folgender Ansprache:

Ich habe Folgendes zu erklären: Die heutige „Deutsche Zeitung" kann nicht umhin, in der Wuth über den gestern gefaßten Beschluß in der gemeinsten Weise über uns herzufallen und tischt ihren Lesern wieder eine verdammte Lüge auf. Es heißt da:

„Wie wir von kompetenter Seite erfahren, hatte die sozialdemokratische Parteileitung auch die Wiener Schankgewerbegehilfen zur Theilnahme am Parteitag zu bewegen versucht und ihnen zu diesem Zwecke sogar zwei Mandate im Bureau angeboten. Die Gastwirthegehilfen Urnauer und Fried sollten mit zu Vorsitzenden vorgeschlagen werden. Die Schankgewerbegehilfen dankten jedoch für die zugedachte Ehre und lehnten die Beschickung des Parteitages ab, da sie mit den Sozialdemokraten nicht gemeinsame Sache machen wollen."

Ich kann nicht glauben, daß das der Zeitung von den Gastwirthegehilfen mitgetheilt wurde, es scheint eher im Gehirne eines Redakteurs erfunden worden zu sein. Diese hier in dem ausgesprochenen Fabrikantenblatte mitgetheilte Nachricht ist eine direkte Lüge. Die Parteileitung hat nur auf Grund unserer Organisation zum Parteitage eingeladen.

Es wird zur Tagesordnung,

Punkt I, II: Parteiorganisation, übergegangen.

Gen. Köhler (Haindorf): Die Provinzgenossen sind nicht in der Lage, zuzustimmen, daß jeder Genosse der gewerkschaftlichen Organisation angehören muß. Wir in der Provinz haben mit anderen Verhältnissen zu rechnen als die Großstädter. Es wären sonst viele Bauern und Kleingewerbetreibende von uns ausgeschlossen. Darum empfehle ich Ihnen die Annahme der Kommissionsanträge.

Gen. Schinzel (Schönberg) schließt sich den Ausführungen des Genossen Köhler an und wendet sich hauptsächlich gegen die Bestimmung, daß kein Genosse einem bürgerlichen politischen Verein angehören darf. Es ist wichtig, gerade in landwirthschaftlichen Vereinen, die auch politisch arbeiten, unseren Ansichten zum Siege zu verhelfen.

Gen. Roscher (Reichenberg): Die politische Richtung ist seit zwei Jahrzehnten in Oesterreich fest bestimmt. Aber die gewerkschaftliche Organisation ist zurückgeblieben. Wenn es sich für die Zukunft um Massenorganisation handelt, so ist die gewerkschaftliche Organisation die Grundlage dafür. Denn nach dem in Oesterreich gehandhabten Vereinsgesetze ist uns nur in den gewerkschaftlichen Organisationen ohne zu große Chikane von Seite der Behörden möglich, irgendwie unsere Bestrebungen zu fördern. Es ist ja bekannt, daß im Trautenauer und Reichenberger Bezirke in Fabriken Plakate affichirt sind, worin die Arbeiter gewarnt werden, zu politischen Versammlungen zu gehen, weil sie sonst entlassen werden. Um aber eine kräftige Fachbewegung zu veranlassen, ist es nothwendig, daß diesbezüglich vom Parteitage eine Direktive gegeben wird.

Gen. Scheibenpflug (St. Pölten) schließt sich der Ansicht des Genossen Roscher an, daß wir auf Grund der gewerkschaftlichen Organisation auch poli-

tisch am besten vordringen können. Wenn die Kommissionsanträge angenommen werden, so werden die Beschlüsse des Gewerkschafts-Kongresses umgestoßen.

Gen. Stark (Pilsen) spricht sich dafür aus, daß es jedem Genossen zur Pflicht gemacht werde, einer gewerkschaftlichen Organisation anzugehören. Würde man sich dem nicht anschließen, so würde man der österreichischen Gewerkschafts-Organisation den Todesstoß versetzen.

Gen. Gans (Graz) glaubt, daß sich häufig die Nothwendigkeit ergibt, mit Angehörigen anderer Parteien in gewissen Körperschaften, wie Krankenkasse, Schiedsgericht u. dgl., zusammenzusitzen. Es würde sich daher nicht empfehlen, dies durch einen Beschluß unmöglich zu machen.

Gen. Zeller (Reichenberg) empfiehlt ebenfalls den Antrag der Kommission zur Annahme. Gewiß sei es nothwendig, die Gewerkschafts-Organisation zu fördern, aber man darf nicht sagen, daß die Angehörigkeit zu einer solchen Organisation die einzige Grundlage der Parteiangehörigkeit bildet. Eine derartige Auffassung würde thatsächlich eher lähmend als fördernd wirken, man dürfe nicht vergessen, daß die Angehörigkeit zu einem bürgerlichen politischen Vereine noch keineswegs die Zugehörigkeit zu der betreffenden politischen Partei bedeute. Alle Genossen müssen gleichwerthig sein, ob sie einem politischen oder gewerkschaftlichen Vereine angehören. Deshalb empfiehlt Redner die Kommissionsanträge zur Annahme.

Der Referent der Kommission, Gen. Resel (Graz), wendet sich gegen Gen. Koczka, welcher gesagt habe, die englischen Gewerkschaften zeigen am besten, was überhaupt die Gewerkschaften werth seien. Diesen Standpunkt wird keiner der Genossen theilen, indem alle Errungenschaften, die wir im wirthschaftlichen Kampfe machen, durch die gewerkschaftliche Organisation erreicht werden. Es muß ferner darauf Rücksicht genommen werden, daß es durchaus nicht jedem Genossen möglich ist, einer Gewerkschaft anzugehören. Durch die Annahme des Antrages Kleedorfer würden insbesondere die Provinzgenossen geschädigt werden, welchen es häufig nicht möglich ist, einer Gewerkschaft anzugehören. Die Annahme des Antrages, daß kein Genosse einem bürgerlichen politischen Vereine angehören dürfe, würde zu vielen Neckereien Anlaß geben. Den Genossen eines jeden einzelnen Ortes muß es vorbehalten bleiben, dafür zu sorgen, daß kein Parteigenosse eine zweideutige Rolle spiele.

Gen. Prähauser (Salzburg) zur thatsächlichen Berichtigung: Er sei kein Gegner der Gewerkschaften, im Gegentheile, er stehe auf dem Standpunkt, daß sie nach Möglichkeit zu fördern seien.

Gen. Koczka (Floridsdorf) zur thatsächlichen Berichtigung: Er sei kein Gegner der Gewerkschaften, er habe nur erklärt, daß er sich nicht viel von den Gewerkschaften erwarte, gerade so wie von den englischen Gewerkschaften.

Vorsitzender liest Punkt 1 der Anträge zum Organisationsentwurf. Der Antrag Hofer kommt nicht zur Verhandlung.

Gen. Resel berichtet über den Beschluß der Kommission, im 2. Absatze an Stelle des Wortes Parteigenossen „Parteiangehörige“ zu setzen.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Absatz 1 des Punktes I der Parteiorganisation wird nach dem Referentenantrage einstimmig angenommen; er lautet:

> Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig oder materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Absatz 2 (Zusatz): „Es wird den Parteiangehörigen empfohlen, der Organisation ihrer Branche, respektive einem Bildungs- oder politischen Vereine anzugehören“, wird mit 67 gegen 9 Stimmen angenommen.

Absatz 3 wird einstimmig nach dem Kommissionsantrag angenommen und lautet:

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

Punkt II, Vertrauenspersonen, wird einstimmig angenommen.

Referent Resel (Graz) zu Punkt III, Kreisorganisation: Es handelt sich hier lediglich darum, daß den Parteiangehörigen Böhmens Rechnung getragen wird, weil sie nicht eine Landesorganisation bilden können. Die anderen Kronländer werden wie bisher die Kreisorganisationen bilden.

Gen. Behr (Aussig) beantragt, daß der Kreis Teplitz, Teschen, Leitmeritz anerkannt und mit denselben Befugnissen ausgestattet werden wie eine Landesorganisation.

Gen. Hanich (Brünn) empfiehlt denselben Antrag. Ueberall wo ein Blatt erscheint, bildet sich naturgemäß ein Agitations-Komité, dazu sind Geldmittel erforderlich. Wenn daher eine Kreisorganisation zulässig wäre, könnten wir mehr Mittel flüssig machen. Wir Genossen in Böhmen werden uns mit den Landesvertretern in Böhmen auseinandersetzen.

Vorsitzender Popp glaubt, daß diese Dinge nicht vor den Parteitag gehören, das muß das Land selbst ausmachen, das Land muß sich selbst eintheilen.

Gen. Zeller (Reichenberg): Die böhmische Landesvertretung hat den Beschluß gefaßt, eine Landeskonferenz einzuberufen, wo das entschieden wird.

Gen. Resel schlägt vor: Die Kreisorganisationen, welche ein eigenes Kronland umfassen, bilden einen Organisationsbezirk, über die Eintheilung der Kreise hat eine Landes-Konferenz zu entscheiden.

Es liegt ein Antrag vor vom Gen. Rieger (Brünn):

Die Eintheilung der Kronländer in eventuelle Kreisorganisationen ist auf den nächsten Landeskonferenzen der gegenwärtigen Landesorganisationen durchzuführen. (Angenommen.)

Zum IV. Punkt „Parteitag" bemerkt Gen. Feigl (Wien): Bezüglich des Ortes und der Einberufung sind zwei Anträge von der Kommission angenommen worden.

Die Gen. Brügel (Wien) und Roscher (Reichenberg) sprechen für einen alljährlich abzuhaltenden Parteitag, Letzterer wünscht außerdem, daß auch den nicht selbstständigen Arbeitern der Besuch der Parteitage ermöglicht werde.

Die Gen. Jobst (Asch), Lausmann (Eibenberg) und Saska (Innsbruck) schließen sich den Anträgen der Kommission an, nur alle zwei Jahre einen Parteitag abzuhalten.

Gen. Eldersch (Brünn): Es handelt sich nicht nur um die finanziellen Schwierigkeiten, sondern auch um die Durchführung der Parteibeschlüsse. Und diese Durchführung dauert in den Provinzen längere Zeit als in den großen Städten; ich bin daher dagegen, daß alljährlich ein Parteitag stattfinde.

Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Der Antrag des XIX. Bezirkes wird abgelehnt.

Punkt IV wird mit allen gegen zwei Stimmen nach dem Referentenantrage angenommen.

Bei Punkt V befürwortet Referent Resel den Antrag der Parteivertretung mit einem Zusatzantrag des Gen. Pollaczek und spricht sich gegen den Antrag des Gen. Dr. Ingwer aus, welcher lautet: „Der Parteitag wählt eine aus 15 Personen bestehende Parteivertretung. Neun vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen sechs Mitglieder der Parteivertretung bilden die Partei-Kontrole.

Der Sitz des engeren Ausschusses ist in Wien, wo seine Mitglieder und zwei der Kontrole wohnhaft sein müssen. Von den übrigen Kontroloren entfällt einer auf Böhmen, einer auf Mähren und Schlesien, einer auf Galizien und einer auf die Alpenländer";

ferner gegen den Antrag der Genossen des XIX. Bezirkes, welcher lautet: „Der Parteitag wählt eine aus fünf Personen bestehende Parteivertretung, welche die Geschäfte der Partei zu besorgen hat. — Dem Redaktionspersonale der Parteiblätter darf kein Mitglied der Parteivertretung angehören";

ferner gegen folgenden Antrag der Wiener Genossen: „Der Parteitag beschließt, daß die niederösterreichische Kontrole die Befugniß erhält, alle, auch die Reichsfonde, ohne jedoch die Reichskontrole zu beeinträchtigen, kontroliren zu können".

Hierauf wird Punkt V nach dem Kommissionsantrag angenommen und lautet:

> Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Partei-Kontrole.
>
> Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen.
>
> Die Gesammtvertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährig einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.
>
> Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.
>
> Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

Genossin Popp-Dworczak bringt den Antrag ein: „Die Parteivertretung wird vom Parteitag beauftragt, entsprechend dem Parteiprogramme und dem Organisationsentwurfe ihr Augenmerk darauf zu richten, daß in keinem Kronlande Oesterreichs versäumt werde, die weibliche Arbeiterschaft nebst den gewerkschaftlichen auch in die politischen Organisationen einzubeziehen, und es haben nebst der Parteivertretung auch die Landesorganisationen mit allen Mitteln der Agitation dafür zu wirken."

Der Antrag wird nach Begründung durch die Antragstellerin einstimmig angenommen.

Gen. Koczka (Floridsdorf) bringt zu Punkt VI des Organisationsentwurfes die Abänderung zum Antrag: „In Zeile 6 heiße es statt „der Arbeiter" „des Volkes", ferner den Zusatz: „Den Genossen allerorts wird empfohlen, wo unsere Prinzipien schon Wurzel gefaßt haben, für die Gründung geeigneter Vereine zu sorgen." Ueber diese Anträge beschließt der Parteitag nicht in die Debatte einzugehen und abzustimmen, weil sie der Kommission nicht unterbreitet wurden.

Punkt VI des Entwurfes: Vereinswesen, wird nach dem Kommissionsantrage angenommen.

Damit ist der Punkt Organisation erledigt.

Gen. Popp: Die Provinzgenossen wünschen, daß jetzt der Punkt VII, Wahl der Parteivertretung, verhandelt werde.

Gen. Dr. Adler beantragt, es möge eine Wahlkommission eingesetzt werden, welche [illegible] dem Punkte „Maifeier und Achtstundentag" referiren soll.

Gen. Neander (Linz) beantragt, daß noch im Laufe dieses Tages die Wahl der Parteivertretung vorgenommen werde, damit alle Provinzgenossen dabei mitstimmen können.

Gen. Haidt (Schärding) beantragt, daß jedes Kronland einen Vertreter in die Wahlkommission entsende.

Gen. Feigl (Wien) beantragt, daß zuerst der Ort des Sitzes der Parteivertretung bestimmt werde, und daß die Genossen dieses Ortes sich zusammenfinden, um der Kommission Kandidaten vorzuschlagen.

Gen. Zeller (Reichenberg) schlägt als geeignetsten Sitz der Parteivertretung Wien vor, wo der Sitz sämmtlicher Behörden ist und wo man am schnellsten über alle Fragen informirt sein kann.

Gen. Pelikan spricht sich gegen den Antrag Feigl aus.

Es werden die Anträge Adler, Neander, Haidt und Zeller **angenommen.**

Zum IV. Punkt:

„Der Achtstundentag und die Maifeier"

referirt Gen. Schrammel (Wien): Wenn wir blos nach der Maibewegung schließen wollten, die seit Jahren in Oesterreich stattgefunden hat, und nach der Begeisterung, die herrschte, brauchten wir blos auf die Tribüne zu steigen und zu sagen: „Wir beschließen einfach, daß der 1. Mai wieder so wie früher durch Arbeitsruhe gefeiert werde", und damit wäre die Tagesordnung erschöpft. Aber es ist in der vorhergegangenen Debatte vielfach die Erringung des Achtstundentages mit der Erringung des Wahlrechtes verknüpft worden, so daß es nöthig ist, darauf näher einzugehen. Als in Paris im Jahre 1890 die Maifeier beschlossen wurde, lag in ihr etwas Anderes, als man anfangs vermuthete. Es lag in ihr nicht nur der Gedanke der Erringung des Achtstundentages, sondern schon der Volkserhebung, von der Gen. Schuhmeier gesprochen hat. Leider ist der erste Mai nicht in allen Ländern durch Arbeitsruhe gefeiert worden, aber es ist auch nicht möglich, daß sich in jedem Lande die Maifeier so einheitlich gestaltet wie in Oesterreich. Es sind überall verschiedene ökonomische und politische Verhältnisse vorhanden. Deutschland und die anderen Länder haben politische Rechte und können mit diesen ungeheuere Demonstrationen veranstalten, während wir in Oesterreich, die wir vollständig rechtlos sind, jeden Anlaß, der sich ergibt, dazu benützen müssen, um demonstrativ aufzutreten und die Masse des Volkes aufzurütteln. Das österreichische Volk hat gezeigt, daß es die Beschlüsse der internationalen Sozialdemokratie zu würdigen und auszuführen versteht. Im vorigen Jahre wurde der Beschluß, den 1 Mai als Völkerbefreiungstag und Verbrüderung des internationale Proletariats zu feiern, abermals am Züricher Kongreß bekräftigt und beschlossen, und die Völker aller Länder werden diesen Beschluß so durchführen, wie wir in Oesterreich es immer gethan haben und thun werden.

Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit eine bedeutend revolutionärere ist als die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechte, sie ist eine tief einschneidende materielle, wobei auch der Besitzstand der herrschenden Klasse in Frage kommt. England, Frankreich, Amerika und Deutschland stehen wirthschaftlich bedeutend besser als Oesterreich, und die Genossen können weit mehr politische Rechte, weit andere Mittel anwenden als wir. Trotzdem konnten sie bis heute eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht erreichen. Vor Allem handelt es sich ja bei der Verkürzung der Arbeitszeit auch um eine Erhöhung der Löhne und Abschaffung der Stücklöhne, sonst ist der arbeitenden Bevölkerung nicht geholfen. In Oesterreich sind wir schon darum gegen andere Länder mit der Forderung zurück, weil sich der Bauern- und Mittelstand gerade wieder nur durch eine Verlängerung der Arbeitszeit kann

existenzfähig halten. Wir haben also gar keinen Stand in dieser Forderung für uns, und das erschwert den Kampf. Darum ist es mir unerklärlich, daß Genossen, die seit Jahren in der sozialdemokratischen Parteibewegung stehen, in Oesterreich für die verkürzte Arbeitszeit einen Massenstreik inszeniren wollen.

Wohl steht bei den Bergarbeitern die Sache anders. Bei denen ist in gewissen Theilen des Reiches der Achtstundentag eingeführt, und wir wollen nun die wichtigste und größte Branche Oesterreichs, die Bergarbeiter, bei denen schon theilweise der Achtstundentag eingeführt ist, derart unterstützen, daß er bei ihnen überall eingeführt wird. Das wäre freilich ein Anfang, um die Arbeitszeit langsam in allen Branchen einzuführen. Dazu brauchen wir aber das allgemeine Wahlrecht als politisches Kampfmittel. Es ist nicht angezeigt, den Standpunkt des Wirthschaftlichen und des Politischen gegeneinander in's Treffen zu führen. Eine Trennung der politischen und wirthschaftlichen Organisation kann ich mir nicht denken, wohl aber eine getrennte Erkämpfung.

Im Jahre 1893 haben in Oesterreich den 1. Mai gefeiert, und zwar bin ich nur in der Lage primitive Ziffern anzugeben, in Niederösterreich 162.000, in Oberösterreich 6000, Böhmen 683.000, Mähren 45.000, Schlesien 5000, Galizien 25.000, Steiermark 3000, Salzburg 600, Kärnten 2000, in Krain 1000, in Tirol 3000, in Summe 347.900. Diese Zahl kann uns einen Ueberblick über unsere Partei verschaffen, insbesondere auch, wenn man an die Arbeiter denkt, die am 1. Mai in den Fabriken standen und arbeiteten, weil sie nicht anders konnten, da sie sonst ihr Brod verloren hätten.

Wir wissen, wie schwierig die Maifeier ist, wenn wir in's Auge fassen, daß z. B. im vergangenen Jahre die Behörden mit einer Autorität aufgetreten sind, die ihresgleichen sucht, zwar nicht hier in Wien, aber draußen in der Provinz. Ich habe speziell in Nordböhmen die Maifeier mitgemacht; dort wurden in einer Fabrik 400, in anderen zwei- bis dreihundert Arbeiter entlassen, weil sie den 1. Mai gefeiert haben. Dort ist die Gendarmerie mit aufgepflanztem Bajonnet einfach in die Fabrik hineingegangen und hat auf die Tafel geschrieben: Alle, welche am 1. Mai nicht zur Arbeit kommen, werden einfach verhaftet und verurtheilt. In allen einzelnen Gebieten, und ich habe selbst Gelegenheit gehabt, dies zu sehen, waren die Chikanen der Behörden bei der Maifeier kolossale; ich habe aber auch zugleich gesehen — und ich kann es ohne jeden Optimismus betonen — mit welchem Opfermuth, mit welcher Freude die Genossen und Genossinnen an dieser Feier sich betheiligt haben, trotzdem die Gendarmerie mit aufgepflanztem Bajonnet aufgezogen ist, trotz der Chikanirung von Seite der Behörden. Die Referenten bei der Maifeier haben nicht gesagt, daß es morgen schon besser sein wird, sondern alle haben gesagt: An diesem Tage zeigt Ihr Eure Willenskraft und die herrschenden Klassen werden erzittern, wenn das arbeitende Volk erklärt: Ich arbeite heute nicht. Es wurde ihnen gesagt, daß an diesem Tage gezeigt werden soll, daß man Willenskraft besitzt, daß man Verständniß besitzt für die Frage des Achtstundentages und des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Für all dies haben die Genossen die Arbeit eingestellt und den Arbeiterfeiertag gefeiert. Es wäre aber sehr gefährlich, mit der Maibewegung den Massenstreik in Verbindung zu bringen. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß vollkommen selbstständig erkämpft werden. Der Achtstundentag muß in der Weise durchgeführt werden, daß er branchenweise gefordert und erkämpft wird. Und da kommen in allererster Linie die Bergarbeiter in Betracht und der Parteitag hat ja in einer Resolution erklärt, daß die gesammte Arbeiterschaft die Bergarbeiter in diesem Kampfe unterstützen werde. Mir liegt hier ein Antrag vom Gen. Silberberg vor, welcher lautet:

„Der Parteitag beschließt, die österreichischen Delegirten zum internationalen Kongreß in London, falls ein solcher sich nicht schon früher als nothwendig er-

weisen sollte, zu beauftragen, in Bezug des Achtstundentages einen Schritt weiter zu gehen und zu beantragen, daß zum Zwecke der Verwirklichung des achtstündigen Normalarbeitstages eine Kundgebung auf internationalem Wege in Gestalt von Arbeitsruhe, abgesehen von der Maifeier, zu veranstalten sei."

Ich erkläre, daß dieser Antrag absolut nicht durchführbar ist, und zwar deshalb nicht, weil wir ja ohnedies zur Verkürzung der Arbeitszeit zu einer internationalen Verbrüderung einen Feiertag haben und das ist der 1. Mai, und weil in allen anderen Staaten, wenn es auch in Oesterreich nicht nothwendig ist, die Nothwendigkeit besteht, daß auch sie die Arbeit am 1. Mai niederlegen. Wenn wir nun einen zweiten Tag einführen wollen und wenn am Londoner Kongreß beantragt wird, wieder einen Feiertag zu errichten, dann wäre geradezu der 1. Mai vollständig illusorisch gemacht. Ich glaube in Folge dessen, daß dieser Antrag, weil in Oesterreich die Feier zu einer erhabenen gemacht worden ist, weil das österreichische Proletariat für den 1. Mai eingetreten, wir bei diesem Weltfeiertag bleiben und die Verbrüderung des internationalen Proletariats auf diesen Tag allein lassen sollen.

Wir werden festhalten an dem Beschluß des Züricher Kongresses, den 1. Mai als Weltfeiertag zu betrachten. Wir haben in Oesterreich einen schweren wirthschaftlichen Kampf, wir haben ihn in's Auge zu fassen und zu trachten, daß es gerade in Oesterreich durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu einer wirthschaftlichen Verbesserung komme.

Ich erlaube mir, folgende Resolution vorzuschlagen:

„Der Parteitag hält an der Maifeier durch Arbeitsruhe als Demonstration für den Achtstundentag, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und gemäß den Züricher Beschlüssen für die internationale Völkerverbrüderung fest.

Der Kampf für den Achtstundentag soll aber auch praktisch eingeleitet werden und zu diesem Zwecke zunächst mit aller Energie für diejenigen Proletarier, welche dem Ziele am nächsten sind, die Grubenarbeiter, die Achtstundenschicht unter Beihilfe des gesammten Proletariats erkämpft werden."

Es wird in die Debatte eingegangen.

Gen. Mankowsky (Lemberg) erklärt im Namen seiner Genossen, daß sie den 1. Mai feiern wollen und werden. Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein viel schwierigerer. Wir müssen uns möglichst schnell organisiren. Durch Kampf zum Sieg! Ich stimme für die Resolution des Referenten. (Beifall.)

Gen. Hackel (Steyr): Im Auftrage der organisirten Arbeiter von Steyr erkläre ich, daß wir den 1. Mai feiern wollen, doch wird er heuer in Folge der Krisis, die in Steyr eingetreten ist, nicht in derselbe Stärke gefeiert werden. Die Gewerkschaften haben sich verpflichtet, die Lücken auszufüllen. (Beifall.)

Gen. Jorde (Bielitz) verzichtet auf das Wort.

Gen. Roscher (Reichenberg): Ich unterstütze den Antrag des Referenten. Obwohl wir glauben, daß wir auch heuer eine große Maidemonstration haben werden, so haben wir doch eine große Zahl bei uns, die nicht allein die Kontraktbruchfrage durchsprochen haben wollen, sondern auch wünschen, daß man einen direkten Schritt thäte. In einer Fabrik Warnsdorfs verbot man den Arbeitern zu feiern, da traten sie in den Streik, verlangten eine Lohnaufbesserung, und sie haben sie auch erlangt. Die Behörde konnte keine Schritte gegen sie einleiten, wie gegen die Anderen, die zu Hunderten von den Arbeitgebern den Behörden zur Aburtheilung überliefert wurden, hiernach konnten sie wieder weiterarbeiten. (Pfui-Rufe.)

Jede Verkürzung der Arbeitszeit ist ein Kampf gegen die Unternehmer. Es ist daher nothwendig, daß die Arbeiter gegen diese mit allen Mitteln zur Ver-

kürzung der Arbeitszeit arbeiten. Ich habe daher einen Anschluß an die Resolution des Referenten gemacht:

„In Anbetracht, daß der Kampf um den Achtstundentag nicht allein dahin gerichtet ist, denselben gesetzlich von der Regierung zu erlangen, sondern in erster Richtung ein Kampf gegen die Unternehmer, und jede Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter von größter Bedeutung ist, womit auch die Erreichung des Achtstundentages der Verwirklichung näher gebracht wird — empfiehlt der Parteitag den Arbeitern aller Branchen und Orte, immer und ganz besonders zum 1. Mai, wo es möglich ist, eine Verkürzung der Arbeitszeit zu verlangen. Insbesondere ist dies dort zu empfehlen, wo den Arbeitern seitens der Unternehmer verboten wird, den 1. Mai zu feiern."

Wenn die Unternehmer so protzenhaft sind, nicht einmal einen Tag gewähren zu wollen, so gibt es für uns kein Bitten mehr, sondern nur ein Fordern. Als in Oesterreich der Elfstundentag gesetzlich eingeführt wurde, hatten schon viele Branchen den Elfstundentag. Ich empfehle Ihnen daher die Annahme meines Zusatzes zur Resolution des Referenten.

Der Antrag des Gen. Roscher wird genügend unterstützt.

Gen. Jobst (Asch): Es handelt sich darum, ob der 1. Mai durchgeführt wird. Bei uns wurde er das erste Mal in der ganzen Stadt mit Arbeitsruhe gefeiert. Später ist dies nicht zu Stande gekommen, denn man hat viele Leute gemaßregelt.

Auch der Stücklohn erschwert die Arbeitsruhe, denn viele Arbeiter verdienen nur 20 bis 30 kr. im Tag, die sie selbstverständlich nicht entbehren können. Auf der westböhmischen Landes-Konferenz haben wir uns dahin geeinigt, daß der 1. Mai überall, wo es möglich ist, mit Arbeitsruhe gefeiert werde, wo nicht möglich, sollten am Vorabende Versammlungen stattfinden. An allen Orten sollen die Vertrauensmänner dafür sorgen, daß der 1. Mai, wo möglich, mit Arbeitsruhe gefeiert werde.

Gen. Wanek (Pilsen): Die Ansichten, welche wir bei der Debatte für das allgemeine Wahlrecht gehört haben, haben bewiesen, welche Schwierigkeiten vorhanden sind, wenn wir die internationale Einführung des Achtstundentages erstreben. Wir müssen zugeben, es ist nicht möglich für die Arbeiterschaft eines Landes den Achtstundentag zu erreichen. Ich halte dafür, daß es nothwendig ist, einen systematischen Kampf gegen das Kapital zu führen, in dem Sinne, daß ein Fach nach dem anderen in den Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit trete und die Unterstützung der anderen Branchen erhalte. Es hätte auch den Erfolg, daß die unorganisirten Massen der Organisation beizutreten bewogen werden.

Wir müssen nun praktisch in den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Wir können die Regierung auffordern, hier etwas zu machen. Sie beschließt Handelsverträge, Kriegsverträge, die Regierungen treffen internationale Vorkehrungen gegen den Anarchismus. So könnten sie auch international den Achtstundentag regeln, wenn sie es wollten. Wir wissen, daß sie nichts thun werden. Aber es handelt sich darum, der Arbeiterschaft die Augen zu öffnen, daß sie nicht auf Hilfe von oben zu warten hat, sondern wisse, daß sie auf sich selbst angewiesen ist.

Ich erlaube mir folgende Resolution zu beantragen:

Resolution.

„Der vierte Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie beschließt:

In Erwägung, daß die Erlangung des achtstündigen Arbeitstages für die gesammte Arbeiterschaft mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, beschließt der Parteitag, es soll ein Fach nach dem anderen im günstigen Augenblicke in den Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit eintreten.

Zur Sicherung eines guten Erfolges ist das im Kampfe stehende Fach durch alle übrigen Fächer und Organisationen kräftig zu unterstützen.

Die Reihenfolge, in welcher die Fachorganisationen nacheinander in den Kampf eintreten sollen, sowie auch die günstige Zeit, bestimmt die Gewerkschafts-Kommission gemeinschaftlich mit der politischen Organisation und der Parteileitung.

In Erwägung, daß die herrschenden Kreise in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit sich auf den Weltmarkt berufen und die Einführung des achtstündigen Arbeitstages als eine Unmöglichkeit bezeichnen, in weiterer Erwägung, daß dieselben Kreise, respektive die Regierungen internationale Handels- und Kriegsverträge untereinander beschließen, ja sogar Vorkehrungen im Sinne der Reaktion und zur Unterdrückung neuer Ideen, womit die arbeitende Klasse am meisten getroffen werden soll, international verabreden, sei die österreichische Regierung in demonstrativen Versammlungen und Meetings am 1. Mai energisch aufgefordert, die Initiative zu Unterhandlungen mit anderen Industriestaaten behufs einer internationalen gesetzlichen Festsetzung des achtstündigen Arbeitstages zu unternehmen.

Im Falle die Regierung dieser Forderung nicht nachkommt, werden die österreichischen Delegirten des nächsten internationalen Kongresses aufgefordert, dafür zu wirken, daß eine energische Aktion in allen Ländern und Blättern eingeleitet werde.

Karl Wanek, Karl Schott, Josef Steiner, Jan Klement, J. Rouschar, Kovarsky, Hybes, W. Aron, L. Mück, Felix Casny, Ernst Haidt, Resel, Karl Korinek, Stezka, Rezniczek, Johann Cermak, Josef Cech, W. Matauschek, Votava, Cinger."

Ein Protest gegen die Annullirung des Mandates der Genossin **Wyhlidal** wird, weil anonym, nicht verlesen.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 15 Minuten Nachmittags.)

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender: Gen. Popp.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung, um halb 3 Uhr, erklärt Gen. Jäger (Wien): Ich theile Ihnen mit, daß heute Früh die Arbeiter des Gaswerkes Währing die Arbeit eingestellt haben, da sich die Direktion veranlaßt sah, eine Maßregelung vorzunehmen und einen Arbeiter, der bereits 17 Jahre dort beschäftigt war, entließ. Man beabsichtigt, die alten Arbeiter, die in Folge der vor zwei Monaten siegreich durchgeführten Lohnbewegung einen höheren Lohnsatz erhalten, hinaus zu bugsiren und junge, billigere Arbeitskräfte anzustellen. Sämmtliche Gasarbeiter werden heute Abends bei Beginn der Nachtschicht in den ganzen Gaswerken von Wien in Streik eintreten. Es ist ein Erfolg zu erwarten, da die Organisation, obwohl jung, gut ist und die Arbeiter am Platze sein und ausharren werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Gen. Adler: Die Arbeitseinstellung der großen Branche der Gasarbeiter, die sich in sehr schneller Zeit in überraschender Weise organisirt haben, soll noch anders aufgenommen werden, als mit dem sympathischen Beifall, welchen Sie soeben zum Ausdrucke brachten. Ich glaube, daß der Parteitag das Recht und die Pflicht hat, den Gasarbeitern von Wien die Hoffnung auszudrücken, daß dieser Streik siegreich verlaufen möge, und weiters auszusprechen, daß von der Wiener Organisation so viel Kräfte, als momentan vorhanden sind, den Gasarbeitern zur Verfügung gestellt werden. Wir wissen, daß Geldmittel hier nicht in Frage kommen,

denn in 48 Stunden ist die Sache erledigt, so oder so. Es handelt sich nur darum, daß die Gasarbeiter geschulte Genossen an ihrer Seite haben, die ihnen in allen einzelnen Fällen von Konflikten, die durchaus nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegen, zur Verfügung stehen. Ich beantrage, daß der Parteitag den streikenden Gasarbeitern seine Sympathie und Solidarität ausspreche und wünsche, daß die Wiener Lokalorganisation den Streikenden Kräfte zur Verfügung stelle.

Gen. Popp: Da das ein außergewöhnlicher Streik ist, indem nämlich eine ganze Branche in Streik tritt, glaube ich, daß wir den Antrag des Gen. Doktor Adler annehmen können. Ich erwähne das, weil am Montag schon ein Genosse gewünscht hat, der Parteitag solle einem anderen Streik die Sympathie ausdrücken, und das Präsidium diesen Wunsch abgelehnt hat, da es sich nur um einen Fabriksstreik handelte und der Parteitag konsequenterweise dann jedem einzelnen Fabriksstreik besonders seine Sympathie ausdrücken müßte. Hier ist es etwas Anderes, hier handelt es sich um einen Streik einer großen Branche, die ihre junge Organisation zum ersten Male in größerem Maße zu erproben hat.

Der Antrag Adler's wird einstimmig angenommen. (Beifall.)

Genossin Wyhlidal: Ich komme auf die Angelegenheit des anonymen Briefes zurück, in welchem gegen die Nichtanerkennung meines Mandates protestirt wurde. Der Brief war nicht anonym, er ist bestätigt im Namen sämmtlicher Genossinnen von Simmering, die mir sagten, daß sie Protest erheben würden, obwohl ich ihnen abrieth. Die Versammlung, in der ich gewählt wurde, war nicht, wie Gen. Gröbner erwähnte, von zehn, sondern von vierzig Genossinnen besucht. Als ich auf einer Reise war, fand jene zweite Versammlung statt, in welcher mir das Mandat abgesprochen wurde.

Gen. Popp: Dem gegenüber erkläre ich noch einmal, daß das Schreiben anonym ist. Es ist weder ein Bezirksstempel darunter, noch ist eine Bezirksorganisation unterschrieben, auch kein Name, es heißt einfach: „Die Genossinnen Simmerings.“ Das kann aber Jeder darauf schreiben, und man weiß ja dann nicht, mit wem man es zu thun hat. (Sehr richtig!)

In der fortgesetzten Diskussion über den vierten Punkt sagt im Namen der Wiener Genossen

Gen. Schuhmeier: Unsere Stellung zur Maifeier wurde schon auf dem Züricher Kongreß gegeben; ich hebe ausdrücklich hervor, daß es die österreichischen Delegirten dahin brachten, daß in Bezug auf den Weltfeiertag ein Schritt nach vorwärts gemacht wurde. Die Genossen der anderen Länder haben von uns einen Ansporn nach vorwärts erhalten. Es wurde eine Resolution angenommen, welche die deutschen Genossen verpflichtete, dort, wo sich die Arbeitsruhe am 1. Mai durchführen lasse, nicht Stellung dagegen zu nehmen. Demgemäß wird sich heuer auch die deutsche Sozialdemokratie mehr dafür einsetzen, daß die Maifeier eine umfassendere sein werde. Auf dem Züricher Kongreß erklärte weiters Genosse Scheu, daß auch die englischen Gewerkschaften von nun an die Maifeier am ersten Mai durchführen werden.

Für uns in Oesterreich, insbesondere Wien, ist außer Zweifel, was am 1. Mai geschieht. Die Maifeier wird wie im Vorjahre gehalten werden. Dieses Agitationsmittel hat aber noch nicht seine volle Wirkung gethan. Es werden heuer viele Ortschaften in die Maifeier eintreten, die es bisher noch nicht gethan haben. Für uns hier in Wien ist es nicht erst nothwendig, daß der Parteitag beschließen wird, die Maifeier durchzuführen, für uns ist es sicher, daß wir den 1. Mai feiern werden. Nachdem wir aber einen formellen Beschluß fassen sollen, so empfiehlt die Wiener Organisation, als ihren Ideen am entsprechendsten, die Resolution des Gen. Schrammel zur Annahme.

Die Resolution des Gen. Roscher nehmen wir nicht an, sie ist geeignet, uns eine Menge von Streiks auf den Hals zu laden, die verloren gehen werden,

und daran haben wir kein Interesse, durch den Parteitag das Streikfieber, das unsere Mittel nahezu bankerott macht, zu nähren.

Auch gegen die Resolution der tschechischen Genossen wenden wir uns, daß die Regierung aufgefordert werde, die Initiative zu ergreifen zu einer internationalen Maßregel, dahin gehend, den Achtstundentag einzuführen. Das wäre ein Schuß in's Blaue. Das haben wir nicht mit der Regierung, sondern mit den Unternehmern auszumachen. Wir müssen trachten, gestützt auf unsere gewerkschaftliche Organisation, auf die eigene Kraft bauend, die verkürzte Arbeitszeit zu verlangen. Dann ist es aber auch nicht nothwendig, daß die Gewerkschafts-Kommission das Zeichen zum Losschlagen gebe. Wenn Genossen organisirt sind, so werden die wohl nicht erst warten, bis das Zeichen gegeben wird, sie werden wohl besser wissen, als wir, wann der richtige Moment gekommen ist, in den Streik zu treten. (Beifall.)

Die Debatte wird hierauf geschlossen.

Gen. Singer (Berlin): Ich habe mich Anfangs der Debatte zum Wort gemeldet, weil ich — allerdings bin ich darin erfreulicherweise enttäuscht worden — glaubte, daß in dieser Diskussion eine Reihe von Einwendungen gegen das Verhalten der deutschen Genossen fallen werden und ich dann den Standpunkt der deutschen Genossen vertreten wollte. Erfreulicherweise fällt dieser Grund weg und wir sind dafür dankbar. Wenn das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie in der Maifeier ein anderes war als das der österreichischen, so waren wir im Gedanken doch einig. Wenn wir in Deutschland bisher nicht in der Weise den 1. Mai feiern konnten wie die österreichischen Genossen, so hat das Niemand mehr bedauert als die deutschen Sozialdemokraten selbst, im Herzen aber hat jeder deutsche Sozialdemokrat an Ihrer Maifeier theilgenommen. (Beifall.) Ich kann Sie versichern, daß die deutsche Sozialdemokratie die Arbeitsruhe als die richtigste Seite der Maifeier erachtet hat.

Wir haben in Deutschland den Pariser Beschluß des internationalen Kongresses, wie ich überzeugt bin, ebenso aufgefaßt, wie die österreichischen Parteigenossen. Für uns ist die Maifeier, auch darüber kann ich keinen Zweifel lassen, nicht nur der Verkürzung der Arbeitszeit, nicht nur der Sonntagsruhe, nicht nur dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht, nicht einzelnen Dingen gewidmet, sondern die Maifeier galt in Deutschland dem großen Gedanken der Befreiung des Proletariats nach allen Beziehungen. Indem wir die Maifeier begehen, geben wir dem flammenden Protest Ausdruck, dem Protest gegenüber der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, indem wir die Maifeier begehen, kämpfen wir nicht nur für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter, kämpfen wir nicht nur für die Erringung der politischen Rechte der Arbeiterklasse, kämpfen wir nicht nur für die Vermehrung der Rechte auf allen Gebieten des Lebens, sondern indem wir die Maifeier begehen, kämpfen wir gegen die kapitalistische Gesellschaft, organisiren wir den Kampf zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft. (Beifall.) Dieser Gedanke ist es, den die deutsche Sozialdemokratie mit der Maifeier verbindet. Was nützt das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, was nützt die Verkürzung der Arbeitszeit, was nützt die Sonntagsruhe, was nützt das Verbot der Nachtarbeit, was nützt das Fabriks-Inspektorat, obwohl wir die Vortheile dieser Einrichtungen gewiß nicht verkennen, aber sie sind alle nichts weiter als Mittel zu dem großen Zweck, der dahin geht: Befreiung des Proletariats aus dem Banne der Unwissenheit, dem Joch des Kapitalismus und der Sklaverei des Lohnsystems. (Beifall.)

Diese, das ganze Parteiprogramm umfassenden Gedanken sind es, welche die deutsche Sozialdemokratie in die Maifeier hineinlegt, diese Gedanken sind es, die sie bei all ihrer Thätigkeit im Auge hat. Wir in Deutschland, die wir im Kampf gegen die Bourgeoisie, im Kampf gegen die Regierung stehen, wir in Deutschland,

die ohne die Wimper zu zucken, die zwölf Jahre des Sozialistengesetzes vertragen haben, die wir bewiesen haben, daß die große Idee der Sozialdemokratie nicht durch den Polizeiprügel todtgeschlagen werden kann, benützen jede Gelegenheit, um für die Erringung der Einzelfragen allerdings, aber immer nur im Zusammenhang mit den großen Fragen unseres Programms zu agitiren, und wenn die Maifeier in Deutschland nicht dazu benützt worden ist, um in dieser imposanten demonstrativen Form wie die österreichischen Parteigenossen es gethan haben, begangen zu werden, so hat das zum nicht unbedeutenden Theil auch darin seinen Grund, daß die Verhältnisse in Deutschland und in Oesterreich doch etwas verschieden sind, und so sehr wir die, wie die deutsche Sozialdemokratie in diesen drei Tagen erfahren hat, große Reihe von Verschiedenheiten, die innerhalb der Verhältnisse in Oesterreich sich geltend machen, würdigen, ebenso sehr würden die österreichischen Genossen, wenn sie Gelegenheit hätten, die deutschen Verhältnisse näher kennen zu lernen, mit uns begreifen, daß auch in Deutschland die Verhältnisse andere sind, und daß in Folge dessen die deutschen Verhältnisse uns auch eine andere Form der Agitation aufzwingen.

Wir begreifen vollständig, daß hier in Oesterreich der zündende Gedanke des Weltfeiertages, der zündende Gedanke des 1. Mai die Massen mit elementarer Wucht ergriffen hat, wir begreifen, daß die Parteigenossen, die zielbewußte Arbeiterschaft in Oesterreich in der Maifeier all ihren Groll, all ihren Zorn, all ihren Haß gegen die bestehende Gesellschaft zum Ausdruck gebracht hat, um an diesem Tage durch das Aufmarschiren der Massen den herrschenden Klassen zu zeigen, welchen Sinn die Feier hat. Aber sehen Sie, genau dasselbe, was Sie am 1. Mai fühlen und durch eine Massendemonstration an den Tag legen, dasselbe wird den deutschen Sozialdemokraten durch die Ausgabe des Stimmzettels in die Hand gelegt. Wir, die wir aus den letzten Reichstagswahlen als die stärkste politische Partei hervorgegangen sind, haben nicht etwa nur gegen die Militärvorlage, wir haben nicht nur gegen die Vermehrung der stehenden Heere gekämpft, nein, wir haben auch gegen den Militarismus selbst gekämpft, gegen das herrschende System, mit einem Worte, für alle Forderungen, die auf dem Programm der Sozialdemokraten stehen. Dasselbe, was Sie in der Maidemonstration den Gegnern zum Bewußtsein bringen wollen, dasselbe bringen wir in der Wahlbewegung den Gegnern zum Bewußtsein. Jeder Sozialdemokrat, der den Stimmzettel abgibt, gibt denselben Protest ab gegen die bürgerliche Gesellschaft, wie jeder österreichische Demonstrant am 1. Mai. (Zwischenruf.)

Niemand hat ein Recht daran zu zweifeln, daß das, was die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie sagen, wahr ist. (Beifall.) Was wir gelegentlich der Wahl zum Ausdruck bringen, das sagen die eindreiviertel Millionen Stimmen, die für die Sozialdemokratie abgegeben werden, das sagt die Anwesenheit der 44 Abgeordneten im Reichstage. Ich meine, in Deutschland hat die Frage der Art der Durchführung der Maifeier nicht diesen primären Charakter wie in Oesterreich. Für Sie ist die Maidemonstration das einzige Kraftmittel, welches Sie benützen konnten, Sie mußten naturgemäß über die Durchführung der Maifeier anders denken als wir in Deutschland, die wir andere Mittel noch zur Verfügung haben. Die Situation, in der wir uns im Jahre 1890 in Deutschland gegenüber den Ausführungen des Pariser Beschlusses befanden, hat eine gewisse Aehnlichkeit mit der Situation in der Sie sich dem Beschluß des Massenstreiks gegenüber befinden. Sie können sich darauf verlassen, daß die deutschen Sozialdemokraten es gewissermaßen als eine Beleidigung empfinden müßten, hier vor Ihnen erst die Entschlossenheit der deutschen Sozialdemokraten zu vertheidigen, die kein Mensch anzweifeln darf. Aber die deutsche Sozialdemokratie stand im Jahre 1890 allerdings vor einer Situation, wo die Durchführung der Arbeitsruhe in Deutschland eine Kriegserklärung gewesen wäre, nicht in dem Sinne wie unser ganzes

Streben, unsere ganze Agitation eine fortwährende Kriegserklärung ist, sondern eine Kriegserklärung zum Beginn der Schlacht.

Nun will ich Ihnen sagen, Parteigenossen, die deutsche Sozialdemokratie fürchtet keine Schlacht, sie gibt aber die Kriegserklärung nicht eher ab, als sie sich auch stark genug fühlt, die Schlacht voll und ganz zu gewinnen.

In dieser Situation befanden wir uns, Gen. Schrammel hat mit vollem Verständniß die Verhältnisse in Deutschland berührt. Er hat gemeint, man hätte in Deutschland eine gewisse Besorgniß gehabt vor einem Attentate auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Ich kann das nur in bedingtem Sinne zugeben. Denn ich will doch bemerken, daß die Sozialdemokratie in Deutschland sich ein Attentat auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht nicht gefallen lassen würde. Es gibt keine Macht der Erde, mag sie noch so gefürchtet sein und über so große Kraft verfügen, von der die Sozialdemokratie in Deutschland sich das Wahlrecht entreißen ließe. An dem Tage, an welchem der Sieg jener Leute, die uns das Wahlrecht entreißen wollen, errungen sein sollte, an dem Tag muß das Schlachtfeld mit den Leibern der Sozialdemokraten bedeckt sein. (Beifall.) Diese Auffassung und Entschlossenheit der Sozialdemokratie ist in Deutschland bekannt, und ich glaube, es denkt in Deutschland Niemand ernstlich daran, der Arbeiterklasse das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu entreißen.

Im Gegentheil, wir werden in Deutschland in hoffentlich kurzer Zeit uns mit der Erweiterung desselben beschäftigen. Wir sind der Meinung, daß wenn unsere jungen Leute gut genug sind, vor dem Feinde als Kanonenfutter gebraucht zu werden, sie auch gut genug sind, da mitzuberathen, wo sie mit ihren Leibern einzutreten gezwungen sind. Wir wollen die Erweiterung des Wahlrechtes für Jeden, der das zwanzigste Lebensjahr erreicht, wir wollen das Wahlrecht auch für die Frauen. Beifall.) Die Furcht vor einem Attentate auf das Wahlrecht war es nicht, welche die deutsche Sozialdemokratie von der Durchführung der allgemeinen Arbeitsruhe abgehalten hat. Es war im Jahre 1890 die sichere Ueberzeugung, daß unsere Bourgeoisie den willkommensten Anlaß gefunden hätte, um ihrerseits angesichts der wirthschaftlichen Depression diejenigen Einrichtungen zu treffen, die die Lohn- und Lebenslage der Arbeiter herabzudrücken geeignet wären. Andererseits war es die Erkenntniß, daß wir nicht die Kraft hatten, das durchzusetzen, was anzurathen uns zugemuthet wurde. Wir waren der Ueberzeugung, daß die deutsche Sozialdemokratie ihre Kraft nur anwenden darf, wenn sie des Sieges sicher ist. Dies war die Situation, die uns veranlaßte, jenes Mittel damals nicht zu empfehlen, weil wir uns sagen mußten, wir können dieses Mittel nicht durchführen. Inzwischen ist die Frage der Durchführung der Maifeier auch in Deutschland diskutirt worden, und ich sage, daß wir bewundernd den österreichischen Genossen in der Frage der Maifeier den Vorrang lassen. Wir anerkennen, daß, begünstigt durch die Verhältnisse, aber hauptsächlich durch den Muth und die Energie und die zielbewußte Entschlossenheit, das österreichische Proletariat ein Vorbild für die Maifeier gegeben hat, dem nachzustreben auch die deutsche Sozia demokratie von Anfang an entschlossen war. (Beifall.)

Wir haben in Köln den Beschluß gefaßt: „Gemäß den Beschlüssen der internationalen Arbeiter-Kongresse von Paris im Jahre 1889, Brüssel 1891 und Zürich 1893 begeht die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der internationalen Verbrüderung, dem Weltfrieden. Zur würdigen Feier des 1. Mai erstreben wir die allgemeine Arbeitsruhe. Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirthschaftslage in Deutschland zur Zeit nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen dazu im Stande sind, neben den anderen Kundgebungen den 1. Mai auch durch die Arbeitsruhe feiern."

Parteigenossen! Wenn auch einige von Ihnen möglicher-, vielleicht sogar wahrscheinlicherweise diesen Beschluß des deutschen Parteitages nicht weitgehend genug finden, so bitte ich Sie, doch nicht zu verkennen, welch großer prinzipieller Unterschied in Bezug auf die Maifeier in diesen Beschlüssen gegenüber den früheren Entwürfen ist. Von unseren Demonstrationen für den 1. Mai, d. h. für die Forderungen der Arbeiterklasse aller Länder, ist ein- für allemal für Deutschland festgesetzt, daß der einzige Tag, an dem diese Feier stattzufinden hat, der 1. Mai ist. Dasjenige, was Sie in Oesterreich mit so bewunderungswürdigem Geschick und mit so großartigem Erfolge durchgeführt haben, und zwar die Einheitlichkeit der Maifeier, daß nämlich in allen österreichischen Ländern an einem Tage, zu einer Stunde das gesammte klassenbewußte Proletariat für seine Forderungen eintritt, diese Einheitlichkeit der Feier werden wir jetzt auch in Deutschland annehmen. Wir haben festgestellt: Alles, was in Bezug auf den 1. Mai zu sagen, zu fordern, zu agitiren und zu demonstriren ist, das geschieht fortan in Deutschland am 1. Mai, und damit ist — wie auch Sie anerkennen werden — ein bedeutender Schritt in dieser Richtung gethan; und wenn wir in Deutschland heute gegenüber den thatsächlichen Verhältnissen nicht in der Lage sind, unseren Parteigenossen und namentlich auch den nichtorganisirten Genossen jenen Rath zu geben, auf alle Fälle den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, sondern in Köln nur beschlossen haben, daß diejenigen Arbeiter und Arbeiterorganisationen, die dazu im Stande sind, ohne Arbeiterinteressen zu verletzen, das thun sollen, so bedeutet dies doch einen Schritt nach vorwärts. Ich möchte Sie bitten, Ihre Aufmerksamkeit auf das Wort „Arbeiterinteressen" zu lenken; wir haben nicht etwa beschlossen, daß nur Diejenigen durch Arbeitsruhe feiern sollen, deren persönliche Interessen nicht verletzt werden, wir haben es nicht in die Hand jedes einzelnen Genossen gelegt, für sich zu entscheiden, ob seine persönlichen materiellen Interessen dadurch verletzt werden, sondern wir legen den Schwerpunkt der Entscheidung auf die Interessen der Arbeiterorganisationen, auf die Interessen der Partei, indem wir sagen, da, wo diese Arbeiterinteressen, diese Interessen der Gesammtpartei es gestatten, da soll durch Arbeitsruhe gefeiert werden — d. h. also dort, wo die Arbeiterorganisationen sich stark genug fühlen, die Arbeitsruhe durchzusetzen, dort wo diese Arbeiter der Verpflichtung sich bewußt sind, die Opfer dieser Demonstration nach Kräften zu unterstützen — da sollen sie die Arbeitsruhe einführen, um zu zeigen, daß auch in den deutschen Delegirten das Gefühl der Internationalität stark genug ist, um sich über vorübergehende Opfer hinweg zu setzen.

Ich darf nach diesen Auseinandersetzungen hoffen, daß die österreichischen Genossen überzeugt sein können, daß auch in Deutschland die Frage des 1. Mai dieselbe Begeisterung und dieselbe Anerkennung der Wichtigkeit findet, wie in Oesterreich, und wenn — und damit lassen Sie mich schließen — wir in Deutschland auch in Bezug auf die eine Frage vielleicht ein anderes Marschtempo einschlagen, wie die österreichischen Genossen, so seien Sie überzeugt, an dem Kampfe um das Ziel der Arbeiterbewegung, um die Befreiung des Proletariats, um die Befreiung der Menschheit, da werden Sie die deutschen Parteigenossen stets an Ihrer Seite finden, und die deutsche Sozialdemokratie hat keinen größeren Ehrgeiz, als Reihe an Reihe und Schulter an Schulter mit dem Proletariat aller Länder zu marschiren. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Das Wort erhalten noch die Antragsteller:

Gen. Roscher (Reichenberg): Der Schritt, den die Genossen Deutschlands in der Maifeierfrage nach vorwärts gemacht haben, wird uns zu Gute kommen, aber auch den Arbeitern Deutschlands, wenn es sich um die Verkürzung der Arbeitszeit handeln wird. Gegen meinen Antrag hat nur ein Genosse, Schuhmeier, gesprochen, und ich bin erstaunt, daß er, der gestern mit solcher Entschiedenheit für den Generalstreik eintrat, jetzt plötzlich Bangen empfindet, wenn

man den Arbeitern sagt, daß sie Alles benützen mögen, um die Arbeitszeit zu verkürzen, und daß sie am 1. Mai zugleich mit der Arbeitsruhe auch die Verkürzung der Arbeitszeit fordern sollen. Die Arbeiter wollen nicht mehr wegen der Arbeitsruhe allein wochenlang ausgesperrt und wegen Kontraktbruch bestraft werden, sondern wenn sie das schon wagen, wollen sie zugleich nach Verkürzung der Arbeitszeit eine Forderung stellen. Dann könnte ihnen auch nicht mehr geschehen, als wenn sie blos wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai ausgesperrt werden. So manche Unternehmer werden bezüglich der Maifeier andere Saiten aufziehen, wenn sie zu erwarten haben, daß die Arbeiter entschiedene Forderungen stellen. Warum haben wir den 1. Mai 1890 so glänzend durchgesetzt? Weil die Unternehmer Angst hatten. Als sie aber sahen, daß ihnen nichts geschehen sei, koalirten sie sich und sperrten die Arbeiter aus. Wenn schon eine Maßregelung der Arbeiter stattfindet, ist es besser, wenn sie eine Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit stellen und streiken, als daß sie blos wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai ausgesperrt werden. Ich bin auch für den Antrag Schrammel, bitte Sie aber, meinen Zusatzantrag anzunehmen.

Gen. Silberberg (Wien): Wir haben in der Debatte über den Generalstreik erklärt, daß in dieser Frage nicht das allgemeine, direkte Wahlrecht mit der Verkürzung der Arbeitszeit verbunden wird, weil die Verkürzung der Arbeitszeit nur auf internationalem Wege erreicht werden kann. Nach dieser Erklärung müssen wir einen Schritt thun, der geeignet ist, unser Ziel in Bezug auf den Achtstundentag zu erreichen. Es auf dem Wege zu erreichen, wie es Genosse Roscher in seiner Resolution vorschlägt, scheint mir nicht gut möglich. Partielle Streiks haben bisher zur Evidenz gezeigt, daß sie nur unsere Kräfte zersplitterten und eine größere Muthlosigkeit als früher herbeiführten. Die tschechischen Genossen haben einen Antrag eingebracht, der sich bis auf den letzten Absatz im Wesentlichen mit meinem deckt, nur verlangen sie, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf ähnlichem Wege erreicht werde wie bei den Bergarbeitern. Damit ist aber kein stabiler Zustand erreicht, und wenn der Unternehmer will, nimmt er seine Konzession zurück, und der Zustand ist schlimmer als früher.

Die Maifeier hat ihren Charakter seit 1890 verändert. Die Bourgeoisie verkriecht sich nicht mehr wie damals, sie feiert ihn heute mit uns und nimmt daran ohne Furcht Theil. Wir müssen also einen Schritt weiter thun.

Konfiszirt! — — — — — — — — — — — — — — — — — —
— —
— — — — — — — Konfiszirt!

Genau so wie Sie in nationaler Form durch einen Generalstreik das politische Recht des Wahlrechtes eher zu erreichen hoffen, denke ich mir, daß durch eine internationale Maßregel auf die Verkürzung der Arbeitszeit hingearbeitet wird.

Darum empfehle ich Ihnen meine Resolution zur Annahme, die lautet:

„Der Parteitag beschließt, die österreichischen Delegirten zum internationalen Sozialisten-Kongreß in London, falls ein solcher sich nicht schon früher als nothwendig erweisen sollte, zu beauftragen, in Bezug auf den Achtstundentag einen Schritt weiter zu gehen und zu beantragen, daß zum Zwecke der Verwirklichung des achtstündigen Normalarbeitstages eine Kundgebung auf internationalem Wege in Gestalt von Arbeitsruhe, abgesehen von der Maifeier, zu veranstalten sei."

Gen. Wanek (Pilsen) empfiehlt nochmals die Annahme der von ihm gestellten Resolution, weil sie viele Vortheile in sich faßt und den praktischen Erfolg, auf den es bei der Heranziehung der indifferenten Massen am meisten ankommt, eher vor Augen führt. Wenn diese Resolution abgelehnt wird, so erklärt er, für die Resolution des Gen. Silberberg stimmen zu wollen.

Referent Gen. Schrammel (Schlußwort) wendet sich gegen den Antrag Roscher. Wenn auf diesem Parteitag der Antrag angenommen wird, dann können Sie sicher sein, daß in Oesterreich gleichzeitig zehn und fünfzehn Branchen zu streiken anfangen, und daß dann nicht die organisirten, sondern die unorganisirten Arbeiter die Hauptrolle spielen werden. Und da frage ich Sie aufrichtig, ob wir die Mittel haben, die Masse materiell zu unterstützen. Es wäre nach diesem Antrag ein Streik in Permanenz vorhanden. Was Genosse Silberberg vorschlägt, ist im Grunde genommen ein internationaler Generalstreik. Aber wir haben ja schon bei der Debatte über den Generalstreik gesehen, wie schwer es ist, auch nur in einem Lande den Generalstreik zu machen. Genosse Silberberg ist selbst so politisch klug, daß er nicht glaubt, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit gleichzeitig eine Lohnerhöhung stattfinden kann und zwar wegen des Stücklohnes. Der Antrag der tschechischen Genossen deckt sich so ziemlich mit dem Antrag des Gen. Roscher, da auch diese wünschen, daß eine Branche nach der anderen in den Streik tritt. (Zurufe: Werkstättenstreik!) Nun gut! Wir wissen ja, wie Werkstättenstreiks aussehen. In dem Antrag, den wir gestern angenommen haben, liegt ja schon darin, daß der Branchenkampf auf der Tagesordnung steht. Wenn die Bergarbeiter den Achtstundentag haben, ist derselbe für die Textilarbeiter 2c. nur mehr eine Frage der Zeit. Auf so lange hinaus können wir uns nicht einlassen. Ich empfehle Ihnen daher, daß Sie weder den Antrag des Genossen Silberberg, noch des Gen. Roscher annehmen, sondern meinen, der sich mit den Beschlüssen von gestern deckt.

Gen. Roscher ersucht, seinen Antrag, falls er abgelehnt wird, in's Protokoll zu geben.

Neuwahl der Parteivertretung.

Referent Eldersch (Brünn): Ich bin beauftragt, das Resultat der Berathung der Wahl-Kommission bekannt zu geben. In den engeren Ausschuß wurden vorgeschlagen:

Dr. Adler, Dr. Ellenbogen, Popp, Reumann, Schrammel, Schuhmeier, Jäger und von den Slaven: Smetana.

Als Kontrolore aus Wien: Silberberg, Tomschik.

Aus Böhmen: Zeller, von den Slaven Wanek.

Aus Mähren und Schlesien: Rieger.

Aus Galizien: Daszynski.

Aus den Alpenländern: Saska, Ehrlich.

Ich glaube nicht betonen zu müssen, daß die Kommission nach bestem Ermessen die Vorschläge gemacht hat. Es steht selbstverständlich jedem Delegirten frei, Andere als die von der Kommission Vorgeschlagenen zu wählen. Die Kommission erlaubt sich, bezüglich der Ersatzwahl in die Parteivertretung, weil eine diesbezügliche Bestimmung im Organisationsentwurf nicht enthalten ist, den Antrag zu stellen:

„Sollten vor dem Zusammentreten des nächsten Parteitages eines oder mehrere Mitglieder aus der Parteivertretung ausscheiden, so sind von der Kreisvertretung, welcher der Ausgeschiedene angehörte, diesbezügliche Vorschläge zu machen, welche sämmtlichen Kreisvertretungen bekannt zu geben sind, und ist zur Giltigkeit der Wahl die einfache Stimmenmehrheit der Kreisvertretungen nothwendig."

Große (Wien) erklärt, daß Schuhmeier und Jäger die Wahl in die Parteivertretung nicht annehmen werden, und schlägt an deren Stelle vor die Genossen Pelikan und Tomschik, an Stelle Tomschik als Kontrolor Genossen Krapf.

Haidt schlägt vor, eine Frau in die Parteivertretung hineinzuwählen.

Schuhmeier und Jäger lehnen die Wahl in die Parteivertretung ab.

Es wird der Vorschlag, Skrutatoren zu wählen, angenommen und hierauf als Skrutatoren gewählt: Schatzmeier (Villach), Krainer (Mürzzuschlag), Albrecht (Reichenberg).

Es wird ein Antrag eingebracht, daß die Stimmzettel zusammengefaltet und auf Namensaufruf abgegeben werden. (Angenommen.)

Nachdem die Stimmzettel abgegeben, erklärt Gen. Hybesch (Brünn) warum die Tschechen sich der Wahl enthalten haben. Sie bilden eine eigene Organisation in der Partei und wollen die Parteiwahlen nicht beeinflussen. Gen. Radimsky und Redner selbst hätten sich nicht dieser Ansicht angeschlossen und hätten mitgestimmt. Er bittet, die Wahlenthaltung der Tschechen nicht im üblen Sinne auszulegen. (Wird zur Kenntniß genommen.)

Vorsitzender theilt mit, daß die unvollständigen Präsenzlisten neu gedruckt werden, ferner daß auch das Gaswerk Fünfhaus zum Stillstand gebracht worden sei, nachdem die Gasarbeiter ausmarschirt seien. (Stürmischer Beifall.)

Es wird nunmehr zu Punkt 5 der Tagesordnung übergegangen:

Der Arbeiterschutz und das Parlament

Gen. Adler erklärt, sein Referat über die Reform der Gewerbeordnung und die Unfallversicherung vorläufig zurückstellen zu wollen und es wird zu Punkt C

Bruderladen

übergegangen. Das Referat hat Herr Dr. Verkauf (Wien):

Referat Dr. Verkauf: In vorgerückter Stunde gelange ich zum Worte. Fünf Tage haben Sie nunmehr über wichtige und ernste Fragen Berathungen gepflogen. Die begreifliche Erschöpfung wird Ihnen vielleicht die unmuthige Frage aufdrängen: Was will die Bruderladenreform auf dem Parteitage der österreichischen Sozialdemokratie? Gehört sie nicht eher auf einen Kongreß der Bergarbeiter?

Und für Jeden, der auch nur theilweise die Bewegung unter den Bergleuten verfolgt, wird sich daran die zweite Frage knüpfen:

Wie kommt es, daß die österreichische Bergarbeiterschaft ihre gesammte Thätigkeit, ihre ganze Agitation, ihre ganze Kraft auf den einzigen Punkt konzentrirt, für nichts mehr Sinn zu haben scheint, als für die Reform der Bruderladen? Der industriellen Arbeiterschaft insbesondere, welche nur in ganz geringem Maße für einen derartigen Kampf sich interessirt, wird diese Frage sich aufgedrängt haben. Beide Fragen werde ich in meinen Auseinandersetzungen zu beantworten haben.

Wenn ich daran gehe, über Bruderladen zu sprechen, so müssen Sie mir gestatten, Ihnen kurz zu sagen, was die Bruderladen waren, was sie geworden sind. Der genossenschaftliche Geist des Mittelalters hat Vereinigungen der Arbeiterschaft in großer Zahl geschaffen. Zu kirchlichen Zwecken wurden auch die Bergarbeitervereinigungen ursprünglich gebildet. Die Verhältnisse, die Betriebsunfälle, welche bei den Bergarbeitern im Mittelalter in größerem Maße als bei den anderen Gewerben vorkamen, wie heute noch, zwangen zur Gewährung von Unterstützungen, und so verwandelten sich die Bruderschaften in Darlehenskassen. Ein Schritt weiter führte dazu, daß die Bruderladen Unterstützungsvereine und -Kassen wurden. Sie sammelten Mittel der Arbeiter für die Arbeiter, und die Verwaltung dieser Mittel war in den Händen der Arbeiter. Das ist übrigens keine Eigenthümlichkeit des Mittelalters und des fünfzehnten und sechzehnten Jahrhunderts, diese Eigenheit sind wir noch bis in die Vierziger-Jahre dieses Jahrhunderts zu konstatiren in der Lage. Die Gesetzgebung hat ausdrücklich anerkannt: das Vermögen der Bruderladen ist ein Vermögen der Arbeiterschaft. Sie hat sonach dieses Vermögen zu verwalten. Und der zweite Grundsatz, der bei diesen Bruderladen herrschte und von der gesetzgebenden Gewalt anerkannt worden ist, war, daß die weiteste

Freizügigkeit innerhalb des Reiches den Mitgliedern der Bruderladen gesichert sei, das heißt, jeder, der in die Lage kam, eine Unterstützung zu verlangen, erhielt sie, ohne Rücksicht darauf, in welche Bruderlade er eingezahlt hatte. Die Wanderjahre wurden in die Dauer der Arbeit miteingerechnet. Die Verwaltung der Bruderlade lag in den Händen der Knappschaftsältesten, die von der Gesammtheit der Bergarbeiter gewählt wurden und diesen zur Rechnungslegung verpflichtet waren. Diesen Charakter behielt die Bruderlade bis in die Vierziger-Jahre. Nun aber sammelten sich bedeutende Beträge an und langsam begannen die Beamten des Bergbaues Geschmack an der Verwaltung der Bruderladen zu gewinnen. Es ergab sich die Gelegenheit zu diversen Mißbräuchen, die nicht etwa blos in meiner Phantasie existiren, sondern von der Regierung durch mannigfache Verordnungen und Hofdekrete anerkannt worden sind. Diese Möglichkeit zu Mißbräuchen scheint es gewesen zu sein, welche die Beamten veranlaßte, sich in die Verwaltung der Bruderladen einzumischen und sich dieselbe anzumaßen. Das Gesetz vom Jahre 1854, das allgemeine Berggesetz, suchte nun theilweise Ordnung zu schaffen. Und das geschah so, daß bestimmt wurde: Bei jedem Bergwerke ist eine Bruderlade von der Unternehmung zu errichten; diesen Bruderladen müssen sämmtliche Bergarbeiter angehören. Das Gesetz enthielt aber nichts darüber, wer die Beiträge zu leisten habe, nichts darüber, wer die Verwaltung in die Hände zu nehmen habe. Da entschieden die Machtverhältnisse. Die Regierung hatte bis dahin noch anerkannt, daß die Verwaltung den Arbeitern gebühre. Nun aber wurde versucht, die Verwaltung den Arbeitern ganz zu entreißen, und das gelang recht bald. Die Unternehmer bekamen die Verwaltung in die Hand, die Selbstverwaltung der Arbeiter verschwand, und mit ihr oft auch das Vermögen.

Es ist der Glaube verbreitet, daß bei den Bruderladen und beim Bergbau überhaupt patriarchalische Verhältnisse geherrscht hätten. Das ist ein großer Irrthum. Wer die Verhältnisse der Bergarbeiterschaft in den früheren Zeiten studirt, weiß, daß der Bergbau die einzige und erste Großindustrie gewesen ist, daß stets bei den Bergarbeitern ein gewisser Korpsgeist und ein Solidaritätsgefühl den Gewerken gegenüber bestanden, die alle Versuche, patriarchalische Verhältnisse einzuführen, scheitern lassen mußten. Diejenigen, welche die patriarchalischen Verhältnisse jetzt wieder einführen wollen, täuschen sich, wenn sie glauben, daß so etwas rüher vorhanden war.

Die Verhältnisse hatten sich nach dem Gesetze des Jahres 1854 so entwickelt, daß die Arbeiter zwar keine Selbstverwaltung der Bruderladen mehr besaßen, daß die Unternehmer aber dennoch keine Beiträge an die Bruderlade zu leisten hatten, während die Freizügigkeit der Arbeiter gleichzeitig verschwand.

Die österreichische Regierung hat nun in den Sechziger- und Siebziger-Jahren, nicht etwa wegen der Arbeiter, sondern wegen der Industrie — man pflegt so gern die Dinge anstatt der Personen zu setzen, man will nicht sagen die Unternehmer, man sagt die Industrie, man will nicht sagen die Agrarier, man sagt die Landwirthschaft, man will nicht sagen die Bergwerksbesitzer, sondern man sagt die „Bergbau-Industrie" — die Regierung hat also Studien über ein einheitliches Gesetz für den Bergbau unternommen und im Jahre 1876 einen Referentenentwurf veröffentlicht. In diesem Referentenentwurf des Ackerbauministeriums wurde ausdrücklich erklärt, daß eine Reihe von Mängeln den Bruderladen anhafte, besonders, daß die Arbeiter keinen Einfluß auf die Verwaltung haben, ferner, daß die Vermögensverhältnisse der Bruderladen verzweifelte seien, daß deshalb die Invaliditätsunterstützung, die Alters- und die Witwenunterstützung durch die Bruderladen unzureichend seien.

Die Regierung war ferner der Anschauung, daß der Unternehmer zu den Beiträgen herangezogen werden muß und demgemäß gleichfalls einen Einfluß auf die Bruderladen haben solle.

Auf Grund dieser von der österreichischen Regierung geübten Kritik wurde der Entwurf ausgearbeitet. Er ging dahin, daß die Krankenversicherung bei den Bruderladen beizubehalten, alle anderen Zweige neuen Revier-Bruderladen, mit dem entsprechend gesicherten Einfluß der Arbeiter, zu überlassen seien. Allerdings war die Sicherung dieses Einflusses eine platonische.

Was waren aber die krassesten Uebelstände bei den Bruderladen? Die Verwaltung in der Hand der Bergwerksbesitzer, in Konsequenz davon kein Einfluß der Arbeiterschaft, die Bruderladen so ein ungeheueres Machtmittel in der Hand des Unternehmers, wodurch er Alles, was er gegenüber dem Arbeiter wollte, erreichte. Es war demnach eine neue Organisation nothwendig, für's Zweite aber auch eine Sanirung.

Nun werde ich Ihnen ein Kapitel aus der Geschichte österreichischer Gesetzgebung entrollen. Ich werde dabei keine starken Worte gebrauchen, ich werde nur die Thatsachen sprechen lassen. Diese werden aber mächtiger wirken als jedes noch so heftige, noch so leidenschaftliche Wort.

Die Unternehmer hassen nichts so sehr als Agitation, Organisation und Presse, aber nur, wenn sie die Arbeiter verwenden. Für sich verstehen sie vorzüglich diese Mittel zu verwerthen und ausgiebig zu benützen.

In ihrer Presse, die allerdings nicht vom großen Publikum gelesen wird, die nur von den Bergwerksbesitzern und den Referenten im Ackerbauministerium gekannt ist, haben sie es verstanden, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit den Vorschlag des Referentenentwurfes vom Jahre 1876 zu untergraben, ihn als undurchführbar und unpraktisch darzustellen. An der Spitze dieser Agitation stand Direktor Bacher, der mit einer Ueberzeugung, mit der man sonst für eine gute Sache kämpft, nachzuweisen versuchte, daß die Bruderladen keiner Sanirung bedürfen, weil sie so glänzend dastehen, daß sie besser gestellt sind als die Knappschaftskassen Preußens. Mit dem Momente, wo eine andere Organisation eingeführt werde, seien die Bruderladen verloren, gebe es für die Arbeiterschaft keine Unterstützung mehr.

Direktor Bacher hat weiters eine eigenthümliche Anschauung vom Ueberwälzungsproblem. Er meint, es sei gleichgiltig, wer die Beiträge zu zahlen hat, der Unternehmer oder der Arbeiter, der Unternehmer müsse sie in jedem Falle tragen. Wir freilich sind skeptischer, und der Zufall hat uns in der letzten Zeit gerade eine Basis für diese Skepsis gebracht. In Schatzlar wurde auf Grund des Bruderladengesetzes ein neues Statut eingeführt, die Beiträge des Unternehmers auf 6½ Prozent bestimmt, während er bis jetzt offenbar nichts geleistet hatte. Baron Erlanger und die anderen Gewerken erklärten, daß sie nicht in der Lage seien, diese Beiträge zu tragen, und verringerten die Löhne, glauben Sie aber um 6½ Prozent, nein, um 10 Prozent. Ein Beweis, wie sehr Direktor Bacher im Recht war.

Seine Behauptung ging also dahin, es sei ganz gleichgiltig, wem die Beiträge auferlegt werden. Er hat ja Recht, aber nicht darin, daß er sagt, die Unternehmer haben sie jedenfalls zu tragen. Ich will übrigens keine weitgehenden Schlüsse für das Ueberwälzungsproblem ziehen; es mag ja sein, daß in gewissen Fällen eine theilweise Ueberwälzung auf die Konsumenten und nicht auf die Arbeiter stattfindet.

Nur muß man fragen: Was will denn der Herr Bacher mit seinem Antrage? Daß er dadurch nicht das Ueberwälzungsproblem lösen wollte, ist klar. Dahinter steckt Anderes. Wenn die Unternehmer die gesammten Beiträge aus ihrer Tasche — wie sie sagen; aus anderen Taschen, wie wir glauben — zahlen, ist es selbstverständlich, daß die entlassenen Arbeiter keinen Anspruch auf Rückzahlung bei Austritt aus der Arbeit haben. Der Reserveantheil hat schon damals den Unternehmern in die Augen

gestochen. Diesen zu beseitigen war die Absicht des Direktors Bacher bei seinem Vorschlage.

Er wußte zudem, daß in Oesterreich 4000 bis 5000 invalide oder halbinvalide Bergarbeiter sind, die keine Unterstützung bekommen, sondern „durchgeschleppt" werden, wie der technische Ausdruck lautet. Er wollte aber nichts wissen von jenen Tausenden, die einen Rentenanspruch haben, die aber, bevor sie diese Rente erlangen, hinausgeworfen werden. Und wie würde es denn mit den Bruderladen aussehen, wenn diese nicht hinausgeworfen, sondern ihnen die statutenmäßige Rente gezahlt würde?

Herr Bacher meinte endlich, die Bergarbeiter seien in einer günstigen Situation — er muß das wissen, er steht ja mit den Kladnoer Arbeitern in Berührung — sie seien in der Lage, sich etwas zu ersparen, und deshalb sei eine Erhöhung der Rente ganz unnöthig, denn von der Rente allein brauche der Bergmann gar nicht zu leben — man müsse ihm nur einen gewissen Zuschuß geben.

Das sind die Grundgedanken, von denen ausgehend Herr Bacher erklärte: Eine Reform, insbesondere in der Richtung, daß an Stelle der Werks-Bruderladen Revier-Bruderladen und dergleichen treten, sei unnöthig, ja schädlich.

Herr Bacher verstand seine Sache sehr gut, und er hat auch Erfolg gehabt. Das ist die erste Phase des Schicksals der Bruderladenreform. Mit dieser Agitation des Herrn Bacher und Genossen war der Referentenentwurf des k. k. Ackerbauministeriums vom Jahre 1876 gefallen; an seine Stelle trat ein Gesetzentwurf der österreichischen Regierung, welcher ganz anders lautet. Er ging im Wesentlichen dahin, das patriarchalische Verhältniß, welches niemals existirt hat, aufrecht zu erhalten und den Unternehmern ihren Willen zu thun. Bevor nun diese „Reform" zum Gesetz wurde, wurden einige Arbeiter — Vertrauensmänner der Bergwerksbesitzer und der Regierungsorgane — vernommen, ebenso auch die Unternehmer, und die Wünsche der Letzteren wurden erfüllt. Die Regierungsvorlage beließ in Bezug auf die Organisation Alles beim Alten, in Bezug auf die Sanirung erklärt sie: wenn es nicht klappt, dann müsse man die Renten heruntersetzen, wenn das nicht genügt, müsse man mit den Unternehmern unterhandeln, und bleibt auch das fruchtlos, dann muß man die insolvente Bruderlade auflösen.

Das war der Sanirungsplan der österreichischen Regierung. Nun kommt eine neue Phase. Einzelne Abgeordnete — die große Mehrzahl der Abgeordneten versteht ohnedies von der Sache nichts, ebensowenig wie die Regierungsorgane — mußten sich sagen, daß das ein zu arges Ding sei, darunter befand sich auch Abgeordneter Baernreither. Dieser brachte einen Antrag ein, dahingehend, man möge für die Krankenversicherung thatsächlich die Werks-Bruderladen belassen, für andere Versicherungszweige aber Revier-Bruderladen einführen, die dann miteinander in Verbindung treten sollen; außerdem möge man zur Sanirung Staatshilfe in Anspruch nehmen.

Ein schauerndes Wohlgefühl wird Sie durchrieseln, wenn Sie das Wort hören: im österreichischen Parlamente wird von Staatshilfe für Arbeiterkassen gesprochen. Aber dieses Wohlgefühl wird bald verschwunden sein, wenn ich Ihnen sage, der Abgeordnete Baernreuther hatte den Muth, dafür einzutreten, daß der österreichische Staatsschatz von seinem eine halbe Milliarde betragenden Budget jährlich 56.000 fl. zur Sanirung der Arbeiter-Bruderladen verwende.

Das war das erste Mittel der Sanirung.. Das zweite Mittel der Sanirung war die Reduktion der Renten, der liquiden Renten, also von denjenigen Arbeitern, welche schon die Renten beziehen, aber auch der künftigen Renten. Das ist eine Sanirung, der man Anerkennung nicht versagen kann — vom Standpunkt der Unternehmer.

Aber wie stellt sich nun die Regierung dazu? Die Regierung und die Mehrheit des Abgeordnetenhauses erklärte im Ausschusse: quod non, das gilt nicht,

die Werks-Bruderladen dürfen nicht verschwinden, denn die Unternehmer wollen es nicht haben. Bilinski hat gemeint: die altehrwürdige Einrichtung der Bruderladen wollen wir nicht beseitigen, dieses schöne patriarchalische Verhältniß würde zerstört werden, wenn ein so revolutionäres Institut an Stelle der Werks-Bruderladen kommt.

Herr Dunajewski erhebt sich und erklärt: Aus prinzipiellen Gründen sind wir gegen jede Staatshilfe, denn den Anforderungen ist keine Grenze gesetzt; heute beginnen wir mit den Bergarbeitern und nächstens wird — er hat nicht an die Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft gedacht (Heiterkeit), die 300.000 fl. haben ihm damals noch nicht vorschweben können, denn darüber hat man in der Oeffentlichkeit noch nichts gewußt und auch die Regierung nicht. Und wir müssen auch anerkennen, die Regierung hat zur Sanirung des Pensionsfondes die 300.000 fl. für die Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft nicht gegeben. Die „Neue Freie Presse" hat darüber Klarheit geschaffen, sie hat erklärt: die Regierung ist nicht in der Lage, unmittelbar diesem Fond zu helfen, wohl aber ist sie geneigt, auf anderem Wege in dieser Hinsicht etwas für die Gesellschaft zu thun. Die Regierung hat es nicht bei dem guten Willen gelassen, sie hat auf indirektem Wege etwas gethan, sie hat ausgiebig in den Steuersäckel gegriffen, die drei Millionen sind thatsächlich bewilligt worden. Aber als es sich um die Bergarbeiter handelte, hat das Prinzip gegolten: wir gewähren keine Staatshilfe, 56.000 fl. sind es zwar nur, aber dahinter steckt die rotheste Revolution.

Der Sanirungsplan Baernreuther war damit gefallen, an Stelle desselben trat Bilinski und seine Reform. Was will nun Herr Bilinski in dieser vierten Phase? Herr Bilinski erklärt: Auf Grund der Enquête und der Wünsche der Unternehmer werden wir bei den Bergarbeiter-Bruderladen die Sanirung durchführen. Und nun tritt zuerst das Material zu Tage, welches uns zeigt, wie eigentlich die Lage bei den Bruderladen ist. Die Regierung hat im Jahre 1881 und 1882 Erhebungen über die Lage der Bruderladen eingeleitet. Und was hat man gefunden?

Vom versicherungstechnischen Standpunkte hat man gefunden, daß von 261 Bruderladen nur 70 aktiv sind, die anderen Defizit haben. Dieses Defizit wurde versicherungsmäßig mit 21 Millionen Gulden berechnet, eine gegenüber den Anschauungen und Behauptungen des Herrn Bacher eigenthümliche Erscheinung. Dieses Defizit von 21 Millionen Gulden plagte sich nun Bilinski im Schweiße seines Angesichtes verschwinden zu machen Und wie? Vor Allem suchte man das Vermögen der Krankenkassen einzuziehen, ferner wollte man die Unternehmer zu einem gleichen Beitrag wie die Arbeiter heranziehen, man bestimmte, daß Pensionen nicht in der Höhe, wie selbst die Unternehmer es haben wollten, geboten werden sollen, vielmehr nur in einer Höhe von mindestens 100 fl., und endlich erklärte man, daß die Renten, die auf der einen Seite mit 100 fl. gewährleistet sind, auf der anderen Seite, wenn es die Sanirung erfordert, reduzirt werden können.

Das war nun die Vorlage Bilinski, dazu kam noch eine weitere Bestimmung, die uns beschäftigen muß, es sollte die sogenannte Kollektivsanirung eintreten, indem sämmtliche Unternehmer bis 0·9 Prozent der Gesammtlöhne der Bergarbeiter in einen Fond einzahlen und aus diesem Fonde diejenigen Bruderladen Unterstützung erhalten, welche ein Defizit aufweisen.

Es kam nun am 22. Februar 1889 zur Berathung, die Generaldebatte wurde durchgeführt und am Schlusse dieser Generaldebatte erhob sich Abgeordneter Mauthner und erklärte: Die Unternehmerschaft ist gegen diese Kollektivsanirung. Wie kommt der einzelne Unternehmer dazu, für die anderen einzutreten? Welches Moment spricht für eine Solidarität der Unternehmer? Wir verlangen demnach — und ich bitte darauf genauer aufzumerken — wir verlangen, daß die Unternehmerschaft gehört wird, die Unternehmerschaft will die Kollektivsanirung nicht.

Es erhebt sich Herr Bilinski und erklärt: Wir haben ja die Unternehmerschaft gehört und sie war einverstanden. Es erhebt sich Graf Falkenhayn und erklärt dasselbe. Es erheben sich auch andere Mitglieder und erklären das Gleiche. Aber was nützt das? Die Unternehmer haben durch den Mund Mauthner's erklärt, sie wünschen noch einmal in Unterhandlung mit dem Hause zu treten und das Parlament schließt die Diskussion und wartet vom 22. Februar bis zum 7. April, um in der Zwischenzeit die Unterhandlungen mit den Unternehmern zu erneuern. Sie werden begreifen, warum ich von einem Kapitel aus der Geschichte der österreichischen Gesetzgebung sprechen konnte. In dieser Zwischenzeit finden die Berathungen mit den Unternehmern statt. Das Parlament fügt sich dem Willen der Bergwerksbesitzer. Die Kollektivsanirung verschwand; an deren Stelle trat die individuelle Sanirung nach dem Wunsche der Unternehmer. Die individuelle Sanirung bestand darin, daß jeder Unternehmer verpflichtet wurde, sobald ein Defizit bei seiner Bruderlade konstatirt ist, bis zu zwei Prozent des Gesammtlohnes dafür beizutragen, um dieses Defizit zum Verschwinden zu bringen. Was darüber hinausgeht, sollte von den Arbeitern und Arbeiterkrüppeln getragen werden. Auf dieser Basis kommt das Gesetz vom Juli 1889 zu Stande, das sanktionirt und im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wurde.

Nun beginnt die Periode der Thätigkeit der Regierung, der Verwaltung, zur Durchführung dieses Gesetzes. Aber wenn Sie glauben, daß das die letzte Phase ist, so täuschen Sie sich. Die letzte Phase war es nicht. Eben jene Unternehmer, welche an Stelle der Kollektivsanirung die individuelle durchgesetzt haben, begannen jetzt in Versammlungen und in der Presse eine heftige Agitation dafür, daß das Gesetz beseitigt werde.

Eben jene Unternehmer schickten eine Deputation an den Grafen Falkenhayn, durch welche sie verlangten, es möge — hören und staunen Sie — die Durchführung eines publizirten Gesetzes sistirt werden. (Hört! Hört!) Es ist das ein Geheimniß nicht nur für die gesammte Oeffentlichkeit, nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern auch für das Parlament selbst. Ich frage andere Juristen: Ist eine Regierung befugt, die Durchführung eines Gesetzes zu sistiren? Wie dem auch sei, die Regierung läßt sich in neue Unterhandlungen mit den Bergwerksbesitzern ein, wie das Gesetz vom Jahre 1889 abzuändern sei.

Nun erklärten die Herren Unternehmer dem Ackerbauminister: Wir wollen die Sistirung gar nicht in unserem Interesse, sondern es ist unter den Bergarbeitern ein Groll, der zweifellos zum Durchbruch kommen wird, wenn wir versuchen, ihre Renten zu reduziren. Trachten wir, daß andere Bestimmungen hineinkommen, welche weniger die Wuth der Arbeiter heraufbeschwören. Graf Falkenhayn — ich muß ihm dieses Zeugniß ausstellen — hat die Herren ernstlich beim Wort genommen; er hat dem Parlament eine Novelle vorgelegt, in welcher er erklärte: Ihr wollt die Arbeiter nicht benachtheiligen. Gut. Ich will Euch vorschlagen, wie Ihr saniren sollt. Saniret auf folgende Weise: Die bis zum Jahre 1891 liquiden (flüssigen) Renten zahlt Ihr aus Eurem Sacke. Ihr seid es im Stande; die Lage Eurer Industrie ist eine solche, daß Ihr dies zu tragen vermögt. Und wenn wir diese Last beseitigt haben, so ist das Defizit verschwunden, und wi können an die Sanirung für die noch nicht in Provision befindlichen Arbeiter gehen. Ihr könnt ja nicht den Arbeitern, die in Arbeit stehen, zumuthen, daß sie höhere Beiträge zahlen für die Sanirung und gleichzeitig ihre Ansprüche für die Zukunft herabsetzen lassen. Das wäre zu hart.

Es kommt die Novelle vor das Parlament; und was entwickelt sich hier? Der Antrag der Regierung wird vollständig beseitigt. Es kommt eine Novelle, die anders aussieht und die uns die Deklamationen der Unternehmer in einem schönen Lichte erscheinen läßt, die das Mißtrauen, welches im Kreise der Bergleute gehegt wird, rechtfertigt. Das Parlament nimmt den Vorschlag an, und

dieser Vorschlag wird von der Regierung, welche einen entgegengesetzten Antrag eingebracht hat, zur Sanktion der Krone vorgelegt. Der Vorschlag bestimmt, der Sanirungsplan sei in erster Linie von den Bergwerksbesitzern vorzulegen. Was das bedeutet, wissen Sie ja. Es soll in diesem Vorschlage bestimmt werden, wie das Defizit zu beseitigen ist. Damit sie ja nur angespornt werden, die Vorschläge zu machen, wird ihnen sofort eine Eventualbestimmung hinter den Rücken gestellt, in welcher es heißt: So weit Vorschläge nicht einlaufen, wird das Defizit in der Weise vertheilt, daß die Arbeiter und die Unternehmer je zur Hälfte durch Umlagen in 25 bis 30 Jahren das Defizit bezahlen.

Nun sehen Sie, was daraus geworden ist. Während im Gesetze noch die Unternehmer herangezogen werden zur individuellen Sanirung, geht die Novelle anders vor. Die Arbeiter, denen die Renten reduzirt werden, sind herangezogen, die Hälfte des Defizits in 25 bis 30 Jahren zu zahlen. Das ist die Geschichte der Reform der Bruderladen, wie sie sich im österreichischen Parlamente abgespielt hat.

Nun wollen wir diese Gesetzgebung wieder an der Arbeit sehen. Zu diesem Zwecke müssen wir fragen: Wie hat es vor der Reform ausgesehen? Vor der Reform hat die Unternehmerschaft den ausschließlichen Einfluß auf die Bruderladen gehabt. Wie hat sie diesen gebraucht, ich will nicht sagen mißbraucht? Ich werde die Zahlen sprechen lassen. Die Hälfte der Bruderladen hatte unter 100 Mitglieder, zwei Drittel unter 200. Auf einer solchen Basis kann keine Versicherung durchgeführt werden. Was war die Folge davon? Welche Leistungen gewährten diese Kassen? Bei 21 Bruderladen beträgt die Minimalprovision weniger als 10 fl. jährlich. 55 Bruderladen hatten ein Minimum von 10 bis 20 fl.; 48 mit 20 bis 30 fl.; 38 mit 30 bis 40 fl.; 17 mit 40 bis 50 fl. Die weiteren Steigerungen will ich nicht anführen. Hier sind schon die Aristokraten unter den Krüppeln der Bergarbeiter, die über 50 fl. erhalten.

Sie werden glauben, daß die M a x i m a l p r o v i s i o n weit hinausging über diese Grenzen? Hier die Daten: 10 Bruderladen zahlen unter 20 Gulden Maximalprovision nach einem arbeitsvollen Leben von 40 Jahren beim Bergbau, 37 Bruderladen gewähren als Maximum 20 bis 50 Gulden, 70 zahlen von 50 bis 100 Gulden als Maximum. Das steigert sich bei 58 Bruderladen bis 200 Gulden; die mehr gewähren, sind vereinzelt; im Durchschnitt aber beträgt die Maximalrente 7 9 G u l d e n jährlich. Diese Provisionen sind so minimal, daß man noch nicht sagen kann, daß sie die Arbeiterkrüppel übermüthig machen könnten, daß sich dieselben etwa bewogen fühlten, sich frühzeitig dem Müßiggang zu ergeben. Man kennt ja den Brauch, daß sich die Bourgeois nach einem, sagen wir, arbeitsreichen Leben mit fünfzig Jahren zurückziehen und auf ihren Lorberen ausruhen und von reichen Pensionen leben. Wenn es sich aber um die Arbeiter handelt, sorgt man eifrig dafür, daß sie sich ja nicht durch eine hohe Rente gereizt fühlen, sich der Provisionirung zuzudrängen. Das ist ein Gedanke, der immer wiederkehrt und jetzt auch in Witkowitz zum Ausdruck kommt, der darin besteht, daß man verhindert, daß die Arbeiter zu frühzeitig ihre Rente verzehren.

Trotzdem nun diese Rente so mäßig war, haben sich doch Defizite herausgestellt, die im Jahre 1882 21 Millionen Gulden, im Jahre 1889 bereits 28 Millionen Gulden betrugen, während heute sich das Defizit schon auf etliche 30 Millionen gesteigert haben dürfte. Im Einzelnen beträgt das Defizit bei 21 Bruderladen bis 10 Prozent, bei 30 Bruderladen zwischen 20 und 25 Prozent, bei 7 Bruderladen zwischen 25 und 50 Prozent, bei 46 Bruderladen über 50 Prozent. Das war die Situation vor der „Reform". Die Unternehmer hatten die Verwaltung in den Händen, leisteten aber keine Beiträge, „verwalteten" vielmehr die Beiträge der Arbeiter, wie es ihnen beliebte. Wie ist nun die Situation n a ch der sogenannten Reform? Man hat die Scheidung der Krankenversicherung von den anderen Zweigen der Versicherung durchgeführt, ferner wurde den Arbeitern

in der Vertretung eine Zweidrittelmehrheit gewährt, unter dem Vorsitze des Unternehmers. Man hat ferner den Unternehmern einen Beitrag von 50 Prozent auferlegt und endlich einen sogenannten Reserveantheil eingeführt.

Das Alles steht nun im Gesetze, wie ist es aber in Wirklichkeit? Bis heute sind die meisten Bestimmungen noch nicht durchgeführt; selbst die Bestimmungen über die Krankenversicherung sind noch nicht überall zur Durchführung gelangt, und noch weniger sind diejenigen „Reformen" zur Durchführung gelangt, welche die anderen Zweige der Versicherung betreffen. Wohl aber sind die Grenzen festgesetzt, innerhalb welcher sich die Ansprüche der Bergarbeiter zu bewegen haben.

Diese Grenze wird Sie besonders interessiren. Der männliche Arbeiter hat, falls er verunglückt oder invalid wird, auf eine Rente von mindestens 100 Gulden Anspruch, der weibliche auf 50 Gulden jährlich, die Witwe 33⅓ Gulden, jede vaterlose Waise 16⅔ Gulden. Wenn aber die Sanirung es erfordert, kann man damit heruntergehen, früher bis auf die Hälfte, heute sogar bis auf Null, man zahlt gar nichts, wenn die Umlagen nicht genügen.

Zweitens können heute Bergleute, wenn sie im Alter von 40 Jahren zur Arbeit herangezogen werden, aus der Altersversorgung ausgeschieden werden, das ist dem Unternehmer freigestellt. Nun ist der Bergbau nicht mehr so abgeschlossen wie einst, bei günstiger Konjunktur, in der Saison vom Oktober bis März finden Sie, daß landwirthschaftliche und gewerbliche Arbeiter in Massen in die Gruben geschickt werden. Und diese Leute sind nicht vorübergehend dort. Weil sie ein weniger widerstandsfähiges Material gegenüber dem gelernten Bergarbeiter darstellen, läßt man sie weiter in die Gruben einfahren und schickt ältere Arbeiter hinaus, auch weil die neuen oft über 40 Jahre alt sind und man nicht gezwungen ist, für diese die Altersrente zu zahlen. Das ist das zweite Danaergeschenk.

Ein drittes. Die Hüttenarbeiter können jetzt, wenn es dem Unternehmer gefällt, ausgeschlossen werden. Allerdings heißt es mit Zustimmung der Arbeiter, aber deren Widerspruch wird nicht beachtet.

Dieser Abschub hat nun begonnen. Die Hüttenarbeiter werden jetzt in allen Gauen Oesterreichs aus den Bruderladen hinausgeschoben, mit oder ohne Abfertigung, wie es dem Unternehmer gefällt.

Das sind die Wirkungen, welche das gegenwärtige Gesetz auf die kranken und invaliden Arbeiter hat. Nun komme ich auf den Punkt, warum es die Bergarbeiter mit vollem Rechte als ihre erste Aufgabe halten, die Bruderladenreform durchzusetzen, warum sie die Hilfe der ganzen organisirten Arbeiterschaft anzurufen genöthigt sind. Dabei muß ich fragen, was bedeutet nun die Bruderlade für den g e s u n d e n Arbeiter? (Ruf: Sklaverei!) Die Bruderladen sind ein Machtmittel ersten Ranges in der Hand des Unternehmers, das geeignet ist — insbesonders so lange die Bergarbeiterschaft nicht organisirt und aufgeklärt ist — einen Fortschritt der Bergarbeiter in intellektueller und sozialer Beziehung auszuschließen. Das ist der Fall, so lange die Arbeiter nicht von den Bruderladen vollständig befreit sind. (So ist es!) Ich will den Beweis dafür erbringen.

Eine wichtige Bedingung für den Arbeiter jeder Kategorie ist die örtliche und berufliche Freizügigkeit.

Auch der Bergarbeiter muß darauf gefaßt sein, herausgeworfen zu werden aus seinem Berufe und in einem anderen Berufe Hilfsarbeiter zu werden. Auch die Bergarbeiter müssen jederzeit in der Lage sein, aus der Grube hinauszusteigen und sich einem anderen Berufe zuzuwenden. Nun, ist den Bergarbeitern die berufliche Freizügigkeit gesichert? Nein! Warum? Wenn man einen Arbeiter zwingt, bedeutende Beträge anzusammeln, und wenn er fortwährend bedroht ist, sobald er seinen Beruf verläßt oder von der einen Grube in die andere geht, diese Beträge zu verlieren, so hat man ihn an die Scholle gefesselt, er ist ein Leibeigener.

(Lebhafte Zustimmung.) Er kann seine örtliche und berufliche Freizügigkeit nicht zur Thatsache machen. Nun will man uns zwar glauben machen, daß die örtliche Freizügigkeit durch den Reserveantheil ermöglicht werde. Siekennen diesen Begriff. Sie müssen aber bedenken, in welcher Situation die meisten Bruderladen sich befinden.

Sie haben riesige Defizite und so lange das der Fall ist, so lange man nicht Renten zahlen kann, ist von der Ausfolgung des Reserveantheils keine Rede. Auch ist das, was man dem Bergarbeiter ausfolgt, nicht die gesammte Einzahlung, nicht einmal die der Arbeiter, sondern nur ein Partikelchen davon, und wenn sie zu einer anderen Bruderlade kommen, so kann die Bruderlade sie nicht ohneweiters aufnehmen mit allen Ansprüchen; sie müssen entweder höhere Einzahlungen leisten oder sie erhalten geringere Bezüge. Von einer örtlichen Freizügigkeit kann da keine Rede sein.

Aber erst die berufliche Freizügigkeit! Alle Momente, welche bisher vorhanden waren als Hinderniß für einen Uebertritt von einem Werke zum anderen, sind hier in verstärktem Maße vorhanden, denn da gibt es keine Ausfolgung von Reserveantheilen, wenn einer nothgedrungen seinen Beruf verläßt. Jeder böhmische oder steierische Arbeiter, der von Privatpersonen aus seinem Vaterlande vertrieben wurde, erhält keinen Kreuzer von seinen jahrelangen Einzahlungen. Sie wissen, was das für den Arbeiter bedeutet. Aber noch etwas Anderes hat sich gezeigt, was in anderen Ländern zu einem Schrei der Entrüstung unter den Bergarbeitern geführt hat, und es zeigt sich da die Rückständigkeit unserer Bergarbeiterschaft, die mit dem Knebel im Munde ihre eigensten vitalsten Interessen nicht vertreten kann. Es ist das eine Thatsache, die in Oesterreich unbekannt geblieben ist. Graf Westphalen hat im Herrenhause erklärt: Wir Bergwerksbesitzer waren genöthigt, ein Kartell gegen die Bergarbeiter zu schließen, nach welchem einer, der von der einen Grube austritt, in die andere nicht aufgenommen werden kann. Wenn Sie glauben, Graf Falkenhayn habe das für gesetzwidrig erklärt, so täuschen Sie sich. Graf Falkenhayn hat sich damit begnügt, einige schöne Phrasen zu machen, in anderen Punkten dem Grafen Westphalen zu widersprechen, aber das Kartell der Unternehmer hat er nicht als ungesetzlich bezeichnet, dieses Boykottiren und Vernichten zahlreicher Arbeiterexistenzen und Familien hat ihn nicht zu einem einzigen Worte der Entrüstung und der Abwehr veranlaßt.

So sieht die Freizügigkeit der Bergarbeiter aus. Wenn Sie glauben, daß es auf anderen Gebieten besser aussieht, auf dem Gebiete der Koalitionsfreiheit etwa, dann täuschen Sie sich wieder. Alle Organisationsbestrebungen der Bergarbeiter sind lahmgelegt. Wer wagt es denn auf die Gefahr hin, die Ansprüche von jahrelangen Ersparnissen zu verlieren, wie wagt es ein Familienvater, der seine Kraft successive abnehmen fühlt, und diese nimmt bei den Bergarbeitern sehr rasch ab, wie wagt der es, Forderungen aufzustellen, sich einer Bewegung anzuschließen, ich spreche gar nicht von sozialdemokratischer Bewegung, ich spreche von der Bewegung auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung, von der Bewegung, die von der bürgerlichen Klasse in der Theorie als berechtigt anerkannt ist, von der Gewerkschaftsbewegung? Wie wagt es ein solcher Arbeiter, vor den Unternehmer hinzutreten und zu erklären: „Ich vereinige mich mit den Anderen wegen besserer Arbeitsbedingungen"? Er weiß, die Entlassung droht ihm, und nicht die Entlassung allein, auch der Verlust aller jener Ansprüche, die er mühevoll errungen zu haben wähnt.

Es kann also von Koalitionsrecht keine Rede sein, und wenn Sie einen Streik unter den Bergarbeitern — es sind mehr Tumulte und Aufläufe, es sind keine organisirten, vorgeschrittenen Arbeiter, — wenn Sie diese Tumulte verfolgen, werden Sie finden, es sind stets die jungen Leute, welche sich andie Spitze stellen und energisch einschreiten. Und warum? Die haben weniger oder nichts zu verlieren an Ersparnissen, sind ledig, haben noch nicht Pflichten gegen die Familie, nicht an Altersversorgung

zu denken, und deshalb denken sie an die Zeit der Gesundheit, an die Aufbesserung ihrer Lage.

Ein weiterer Mangel zeigt sich auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes. Sie werden es als Fabel betrachten, wenn ich Ihnen sage, daß gerade diejenige Arbeiterschaft, welche am meisten des gesetzlichen Schutzes bedarf, am allerwenigsten in Bezug auf den Arbeiterschutz den industriellen Arbeitern gegenüber erlangt hat.

Bei den Industriearbeitern ist beispielsweise die Frau insofern wenigstens geschützt, daß sie zur Nachtarbeit nicht herangezogen werden kann. Beim Bergbau nicht. Bei der Großindustrie darf die Frau nicht länger als elf Stunden arbeiten. Beim Bergbau gibt es eine solche Bestimmung nicht. Bei der Großindustrie darf ein Kind nicht vor dem 14. Lebensjahre zur Arbeit herangezogen werden. Beim Bergbau ja. Bei der Großindustrie gibt es eine Inspektion über die sanitären Zustände, über die Sicherheitsverhältnisse. Beim Bergbau nicht. Denn was ist das für eine Inspektion, wenn man sie überlasteten Beamten, welche mit schriftlichen Arbeiten im Interesse der Unternehmer beschäftigt sind, überträgt, von denen man weiß, daß sie die Inspektion nicht ausüben können? Seit Jahren wird sie angestrebt, aber sie existirt nicht.

Sie sehen, wie es beim Bergbau mit dem Arbeiterschutz beschaffen ist. Das ist ein Reflex der *mangelnden Organisation*, ein Reflex des Mangels an Koalitionsfreiheit, an Freizügigkeit, ein Reflex endlich jener großen Macht, welche die Bergwerks-Unternehmer besitzen, welche mit den Worten zu kennzeichnen ist: Auf dem Gebiete der Bergbau-Industrie findet eine Verbindung zwischen bürgerlichem und feudalem Druck statt. Alles dies wird Ihnen wohl die Ueberzeugung beigebracht haben, daß ich Recht habe, wenn ich behaupte, daß ein gewisses Hörigkeitsverhältniß beim Bergbau besteht, und das gilt nicht von Oesterreich allein, sondern in demselben Maße von Deutschland. Ich habe es bei jeder Gelegenheit ausgesprochen, daß ein gewisses Hörigkeitsverhältniß existirt, trotz gesetzlicher Verbote. Die Bergleute sind in der That keine freien Arbeiter, der Arbeitsvertrag besteht in noch geringerem Maße für sie wie für die anderen. Wenn Sie schlagende Beweise benöthigen, so kann ich Ihnen authentische Dokumente vorlegen, welche Ihnen zeigen werden, was sich die Unternehmer auf dem Gebiete der Bergbau-Industrie erlauben dürfen. Ich habe hier eine Dienstordnung, welche in verschiedenen Gebieten von Steiermark, dann in den Kohlengebieten um Teplitz Geltung hat. In diesen Dienstordnungen werden mannigfache Bestimmungen aufgenommen, an die wir überall gewöhnt sind. Man nennt die Ordnungen anderwärts Arbeitsordnungen; hier muß aber das Hörigkeitsverhältniß zum Ausdruck kommen, und darum heißt es „Dienst"ordnungen. Also neben diesen gewöhnlichen Bestimmungen enthält diese Dienstordnung auch andere. Den Bergarbeitern wird vor Allem klar gemacht, welche scharfe Mittel die Gesetzgebung bietet, um sie zu erdrosseln. Da wird eine ganze Reihe von strafgesetzlichen Bestimmungen aufgezählt, das Koalitionsgesetz angezogen, eine ganze Reihe von Vorschriften des Strafgesetzes vom Jahre 1852. Das ist gewiß nichts Schönes, aber das würde noch angehen. In welcher Weise kommt aber das zum Ausdruck? Zum Beispiel die Bestimmung über das Koalitionsrecht. Da wird nicht etwa der § 3 des Gesetzes vom 7. April 1870 wörtlich abgeschrieben, die Bergarbeiter könnten sich einbilden, daß das gleiche Recht für sie gilt wie für die Unternehmer. (Sehr gut!) Der Form wegen erklärt der § 3, daß auch Unternehmer gestraft werden können, wenn sie Gewalt anwenden, um Aussperrungen zu erzwingen.

Diesen Glauben müssen wir den Arbeitern benehmen. Man erklärt einfach, das gilt nur für Arbeiter. Es heißt: „Wer, um das Zustandekommen, die Verbreitung oder die zwangsweise Durchführung eines Arbeiterausstandes — Strikes — zu bewirken, Arbeiter an der Ausführung ihres freien Entschlusses, Arbeit zu

nehmen, durch Mittel der Einschüchterung oder Gewalt hindert oder zu hindern sucht, ist einer Uebertretung schuldig u. s. w."

Sie sehen, wie der Paragraph zugerichtet wird. Aber das ist nicht Alles. Es gibt im österreichischen Strafgesetz einen Paragraphen, welcher sich mit der öffentlichen Gewaltthätigkeit durch Erpressung befaßt. Es ist § 98. Dieser sagt:

„Des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit durch Erpressung macht sich schuldig, wer

a) einer Person wirklich Gewalt anthut, um sie zu einer Leistung, Duldung oder Unterlassung zu zwingen . . .

Unter derselben Voraussetzung begeht eben dieses Verbrechen Derjenige, der

b) mittelbar oder unmittelbar, schriftlich oder mündlich, oder auf andere Art, mit oder ohne Angabe seines Namens, Jemanden mit einer Verletzung an Körper, Freiheit, Ehre oder Eigenthum in der Absicht bedroht, um von dem Bedrohten eine Leistung, Duldung oder Unterlassung zu erzwingen, wenn die Drohung geeignet ist, dem Bedrohten mit Rücksicht auf die Verhältnisse und die persönliche Beschaffenheit desselben oder auf die Wichtigkeit des angedrohten Uebels gegründete Besorgnisse einzuflößen..."

Ich bitte Sie, die Bestimmung im Auge zu behalten und zu hören, was die Dienstordnung diesbezüglich sagt. Diese hat sich einen eigenen Wortlaut zurecht gelegt.

„Wer einen Arbeiter (sic!) mittelbar oder unmittelbar, schriftlich oder auf eine andere Art, mit einer Verletzung an Körper, Freiheit, Ehre oder Eigenthum in der Absicht bedroht oder ihm wirklich Gewalt anthut, um ihn zur Unterlassung der Arbeit zu zwingen (sic!), wird mit schwerem Kerker bis zu einem Jahre und unter erschwerenden Umständen bis zu fünf Jahren bestraft."

Und diese Dienstordnung ist vom Revierbergamt Teplitz und Graz bestätigt. „Vorstehende Dienstordnung sammt Anhang," und dieser enthält die aufgezählten Bestimmungen, „wird bergbehördlich bestätigt," heißt es, und unterschrieben sind Dr. Tambor und Rudolf Knapp.

Wenn Sie dies in Betracht ziehen, dann werden Sie allerdings sich sagen müssen: Ist es möglich, ist es denkbar, daß derartige Dinge von behördlichen Organen genehmigt, bestätigt und unterfertigt werden können? Ich will noch immer annehmen, daß es eine einfache Fälschung ist, im Interesse der öffentlichen Moral in Oesterreich. Denn wenn es wahr wäre, daß thatsächlich österreichische Beamte derartige Anpassungen des Strafgesetzes zum Zwecke von gesetzwidriger Bedrohung und Einschüchterung der Arbeiter — denn man will die Arbeiter abschrecken (Zustimmung) — bestätigt hätten, dann würde es außerordentlich traurig, trauriger bestellt sein als wir anzunehmen geneigt waren. (Beifall.) Sie sehen wieder, daß ich Recht hatte, als ich von einem Hörigkeitsverhältniß sprach, daß ich Recht hatte, wenn ich sagte, daß die Bruderladen Machtmittel in der Hand der Unternehmer sind.

Es ist aber noch nicht Alles gesagt.

Welchen Einfluß haben die Arbeiter heute in den bestehenden Bruderladen? Trotz der Zweidrittel-Majorität ist der Einfluß der Arbeiter auf Null reduzirt. Ein kleines Beispiel mag Ihnen das zeigen. Kürzlich haben in Trifail unten Neuwahlen der Arbeitervertreter für die Bruderladen stattgefunden. Den Leitern des dortigen Werkes waren die Neuwahlen unangenehm, weil die Vertrauenspersonen der Arbeiter die Majorität erlangten. Was war die Folge? Es wurde über die Vertrauenspersonen der Arbeiter zur Tagesordnung übergegangen. Nach einiger Zeit wagten die Arbeiter zu fordern, daß ihren Vertretern einer der Kassenschlüssel übergeben werde. Und die Folge davon war: der ganze von den Arbeitern gewählte Ausschuß erhielt die Kündigung. (Entrüstungsrufe.) Ich habe die Eingabe dieser Arbeiter an das Revierbergamt in Händen und habe auch die

Erledigung, welche erfolgte. Diese Erledigung wirft ein eigenthümliches Licht auf unsere Verhältnisse. Dieses Dokument muß der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Erledigung lautet:

Z. 505. An Michael Rostan in Trifail.

Ueber die mit 35 Unterschriften versehene Eingabe ddo. Trifail, den 25. d. M. in Angelegenheit der Kündigung der Ausschüsse der Trifailer Bruderlade und sonstigen Beschwerdepunkte in Betreff der Bruderladenverwaltung wird Folgendes eröffnet:

Es hat die Werksdirektion in Trifail schon unterm 19. d. M. hieher die Anzeige erstattet, daß die Ausschüsse der Trifailer Bruderlade gekündigt werden. Hierüber hat das k. k. Revierbergamt schon mit Erlaß vom 21. d. M. an Herrn Werksdirektor Martin Terpotitz sich dahin verwendet, daß die Kündigung nicht aufrecht erhalten werde. Derselbe hat hierüber am 24. d. M. anher geantwortet und sich ablehnend geäußert und wieder bemerkt, daß die Ausschüsse zur Entlassung kommen. Es gibt kein gesetzliches Zwangsmittel, durch welches die Werksdirektion verhalten werden könnte, von der Kündigung abzugehen, da das Vertragsverhältniß zwischen Werk und Arbeiter innerhalb der gesetzlichen Kündigungsfrist von 14 Tagen von jeder Seite freiwillig gelöst werden kann, auch wenn keinerlei Grund vorhanden ist.

Aus den Eingaben, welche die Werksdirektion anher gerichtet hat, ist zu entnehmen, daß dieselbe unter keinen Umständen mit den jetzigen Ausschußmitgliedern weiter die Bruderlade verwalten will. **Sie hat also offenbar die Kündigung deshalb ausgesprochen, weil durch dieselbe der Ausschuß aus dem Bruderladenverbande tritt.**

Die Werksdirektion hat den hieramtlichen Vorschlag auf Rücknahme der Kündigung so entschieden abgelehnt, daß eine neuerliche Vermittlung auch keinen Erfolg verspricht. Die zwischen Werksdirektor und Ausschüssen wegen der Kündigung bestehende Differenz könnte hierämtlichen Erachtens am ehesten beseitigt werden, wenn die Ausschüsse in einer Eingabe an das k. k. Revierbergamt sich dahin erklären würden, **daß sie ihre Stellen niederlegen** und auch bei der erforderlichen **Neuwahl sich nicht wählen lassen,** daß sie aber wünschen in Arbeit behalten zu werden. Das k. k. Revierbergamt würde diese Eingabe in Abschrift der Werksdirektion mittheilen und sich nochmals wegen Rücknahme der Kündigung angelegentlich verwenden.

Hiezu wäre die Werksdirektion möglicherweise doch zu bestimmen, weil der Beweggrund der Kündigung wegfallen würde.

Die Mannschaft hätte sich neue Ausschußmitglieder zu wählen, welche ihr Vertrauen haben. Uebrigens können auch andere Vermittlungsvorschläge anher gerichtet werden, welche das k. k. Revierbergamt bereitwillig der Werksdirektion Trifail mittheilen wird.

Was die weiteren in der Eingabe der Arbeiter vom 25. d. M. berührten Beschwerdepunkte betrifft, so wäre es nicht im Interesse der Gekündeten und des Gelingens einer Vermittlung, jetzt darüber mit der Werksdirektion zu verhandeln. Es werden aber nach Beendigung der bestehenden Differenzen von hieramtlicher Seite ganz bestimmt Aufträge an die Werksdirektion erlassen werden, damit in Zukunft in jeder Richtung genau nach den Bruderladestatuten vorgegangen werde und geordnete Verhältnisse bei der Verwaltung der Bruderlade geschaffen werden.

(Stampiglienabdruck)
K. k. Revierbergamt. Der k. k. Revierbeamte.
Cilli, 27. Februar 1894. (Unterschrift unleserlich.)

Aus diesem Dokumente, das eine kräftigere Sprache führt als ich und Sie es könnten, sehen wir, wie es mit dem Einfluß der Bergarbeiter auf diese Bruderladen aussieht. Sie haben die Zweidrittelmehrheit im Ausschusse, aber dahinter steht die Kündigung. „Entweder Ihr fügt Euch oder Ihr werdet entlassen; Ihr verliert nicht nur das Brot, sondern auch Eure Ansprüche."

Wir müssen uns nun fragen, was geschehen soll. Die Bergarbeiter haben eine Agitation eingeleitet, die bis jetzt völlige Klarheit noch nicht geschaffen hat. Es ist aber das Wichtigste und Dringendste, diese Klarheit zu bringen. Ich bin überzeugt, daß gerade dieser Parteitag den Ausgangspunkt bilden muß für die Agitation, die sich über Ziele und Wege klar ist.

Das erste Ziel muß lauten: W e g m i t d e n W e r k s - B r u d e r l a d e n, und soweit es nur möglich ist, weg mit der Abschließung der Bergarbeiter von der übrigen Arbeiterschaft. Diese Abschließung ist für sie ein Fluch und auch ein Fluch für die gesammte Arbeiterschaft. Wir haben es auf dem Parteitage gehört, daß fortwährend besondere Interessen vertreten werden. Das würde anders werden, wenn die Abschließung verschwunden ist. Ich sage das, wenn ich auch darin von manchen Vertretern der Bergarbeiter abweiche. In erster Reihe ist es nothwendig, die Bergarbeiter aus ihrer Abschließung herauszureißen. Ich empfehle dem Parteitage, es möge den Bergarbeitern angerathen werden, vor Allem die Unfall- und Krankenversicherung aus den Bruderladen auszuscheiden und gemeinschaftlich mit der übrigen Arbeiterschaft den territorialen Unfallversicherungs-Anstalten und den Krankenkassen beizutreten. Dabei stünden sich die Bergarbeiter bedeutend besser, weil sie heute bei Betriebsunfällen nur 100 fl. garantirt haben, in Zukunft aber 60 Prozent des Lohnes als Maximum erhalten würden. Dazu kommt, daß heute die verunglückten Arbeiter nur dann eine Rente erhalten, wenn sie v o l l s t ä n d i g arbeitsunfähig geworden sind — was auch ein charakteristisches Beispiel für die „patriarchalischen" Zustände beim Bergbau ist.

Um die vielen kleinen Tyrannen, die es überall dort gibt, wo Bruderladen sind, kaltzustellen, wäre es nöthig, eine Reichs-Zentral-Bruderlade einzusetzen. Da ist es nicht möglich, daß jeder kleine und große Beamte, jeder kleine und große Werksbesitzer seinen Einfluß geltend macht, sondern nur ein kleiner Theil derselben, und nicht mit der Macht und der Gewalt, wie es heute der Fall ist.

Es kann dieser Einfluß noch weiter vermindert werden durch ein Vorgehen, das zuerst in Sachsen, diesem so wenig liberalen Lande, geübt wurde, daß dem Bergarbeiter, der seinen Beruf verläßt, entweder die Gesammtheit der bisherigen Einzahlungen ausgefolgt oder das Recht ertheilt wird, durch Weiterzahlung sich den Anspruch auf Rente zu sichern.

Nun lassen Sie mich über die Wege sprechen, die zur Erreichung des Zieles führen können. Vor Allem sei gesagt, daß jeder diesbezüglichen Agitation der Bergarbeiter nur dann entsprechender Nachdruck gegeben wird, wenn die gesammte Arbeiterschaft hinter ihnen steht, ebenso wie es ein eminent wirthschaftliches Interesse der gesammten Arbeiterschaft ist, daß die Bergarbeiterschaft aus diesem Zustande der Hörigkeit gelange. Darum appelliren die Bergarbeiter an Sie und werden Sie diesem Appell auch Folge leisten.

Die Bergarbeiter mögen aber endlich einsehen, daß sie vom Parlamente, das auf dem gegenwärtigen Wahlsystem aufgebaut ist, nichts zu erwarten haben, weder durch Petitioniren, noch durch Entsenden von Deputationen, noch durch Antichambriren bei Ministern und Abgeordneten.

Es ist Alles vergeblich. Dort herrscht vollkommene Unklarheit und kein Mensch kennt sich in dieser Sache aus, und Derjenige, der die schönsten und glänzendsten Versprechungen machen wollte, kann sie nicht halten, weil er die Sache einerseits nicht versteht und auch nicht die Macht besitzt, seine Versprechungen einzulösen.

Die Bergarbeiter müssen wissen, daß insolange von einer Reform der Bruderladen nicht die Rede sein kann, so lange die Wahlreform nicht durchgeführt ist. Die Bergarbeiter müssen darum ohne Verklausulirung für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht im eigensten Interesse eintreten. Es ist überhaupt zu verwundern, wie Schlagworte große Anhängerschaft gewinnen können, Schlagworte, die leicht widerlegt werden, wenn man einen Blick auf die nackte Wirklichkeit wirft. Wir wollen nicht für das Wahlrecht allein eintreten, heißt es, wir wollen gleichzeitig für die wirthschaftlichen Fragen eintreten. Sehen Sie sich die bürgerlichen Kreise an, wie die Politik treiben. Wir wissen, daß ihre Politik für ihr wirthschaftliches Interesse arbeitet, daß sie durch keinen anderen als den parlamentarischen Einfluß Alles erreichen. Wenn diese einen Abgeordneten durchsetzen wollen, so trachten sie damit nichts Anderes als ihren Schutzzöllen, ihrer Agrarpolitik zum Durchbruche zu verhelfen.

Wenn sie für eine Wahl eintreten, die ihnen genehm ist, so geschieht es nicht wegen der liberalen oder konservativen Gesinnung der Abgeordneten, sondern deswegen, weil sie dadurch ermöglichen, daß ihr eigenes wirthschaftliches Interesse vertreten wird. Das Schlagwort: „gleichzeitig politisches und wirthschaftliches Interesse" ist unklar, ist nur ein Hinderniß, mögen Sie mir zustimmen oder nicht, mögen Sie darüber denken, wie Sie wollen, insbesondere ein Hinderniß für die Bergarbeiter. Insolange die Bergarbeiter nicht die volle Klarheit gewinnen, daß ohne Wahlreform keine Reform der Bruderladen möglich ist, gibt es für sie kein Vorwärts, keine Erlösung aus dem heutigen Zustande.

Es kann ein Moment großer Entmuthigung unter der Bergarbeiterschaft eintreten. Diese Entmuthigung muß eintreten, wenn die Bergarbeiter die Voraussetzungen nicht kennen, die vorhanden sein müssen, damit ihre Wünsche erfüllt werden. Deshalb appellire ich an die Vertreter der Bergarbeiter, volle Klarheit zu schaffen und in dieser Richtung thätig zu sein; ich appellire an die gesammte Arbeiterschaft, denn erst dann können Sie hoffen, auf dem langen und schwierigen Wege, der in Bezug auf die Reform der Bruderladen noch bevorsteht, zu einem günstigen Resultate zu kommen. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Es liegt ein Antrag vor:

„Der Parteitag beschließt, die Rede des Dr. Verkauf in's Tschechische zu übersetzen und gedruckt an die Bergarbeiter unentgeltlich zu vertheilen." (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag wird einstimmig unter großem Beifalle angenommen.

Der Vorsitzende erklärt, daß die Nachricht eingelaufen sei, daß nunmehr **in allen fünf Gaswerken die Arbeit eingestellt worden ist.** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Sechster Verhandlungstag am 30. März 1894.

Vorsitzender Zeller eröffnet um 9 Uhr den sechsten Verhandlungstag. Es findet eine Verschiebung in der Tagesordnung statt, weil Dr. Verkauf der Verhandlung über die Fortsetzung des Punktes Bruderladen sonst nicht beiwohnen könnte.

Referent Albrecht (Reichenberg) berichtet über das Resultat der Wahl der Parteivertretung. 97 Stimmen wurden abgegeben, 11 von diesen wurden von der Kommission für ungiltig erklärt, weil sie mangelhaft und unvollständig waren. Berichterstatter fügt aber hinzu, daß diese Stimmen für das Resultat irrelevant sind.

Es entspinnt sich eine Debatte darüber, ob die 11 Stimmen dazugezählt werden sollen oder nicht.

Gen. Mankowski (Lemberg) kann nicht verstehen, wie Stimmen ungiltig sein können.

Gen. Feigl (Wien) macht darauf aufmerksam, daß sich die Majoritätsberechnung durch den Wegfall der 11 Stimmen anders stelle.

Gen. Mankowski beantragt, daß die 11 Stimmen als richtig anerkannt werden.

Gen. Hanich (Steinschönau) beantragt, das Skrutinium zu wiederholen.

Gen. Albrecht (zur Klärung): Als unvollständig wurden jene Stimmzettel bezeichnet, auf welchen weder für die Partei-Vertretung alle acht Namen bezeichnet wurden, und auch jene, wo ein Name zweimal vorkommt.

Gen. Krapf stellt den Antrag, daß diejenigen Stimmen, die im engeren Ausschuß in der Minorität geblieben sind, in der Kontrole zugezählt werden.

Der Antrag Hanich wird angenommen.

Gen. Hofer richtet an das Präsidium die Anfrage, ob das Gerücht richtig sei, daß der Gen. Krapf dem Freilandsvereine angehöre und gegen Wiener Genossen aufgetreten sei.

Vorsitzender Zeller weist diese Anfrage als nicht hiehergehörig zurück.

Der Antrag Mankowski wird abgelehnt.

Gen. Albrecht (Reichenberg) erklärt, daß, wenn die 11 Stimmzettel als ungiltig zu betrachten wären, sich an dem Resultat der Wahl nichts ändern werde.

An der hierauf folgenden Debatte betheiligen sich Koczka, Roscher und Popp.

Gen. Popp erklärt es für unmöglich, daß einzelne Stimmen auf den ungiltig erklärten Stimmzetteln mitgerechnet werden, einzelne nicht. Er beantragt ein neues Skrutinium nach Abzug der 11 ungiltigen Stimmzettel.

Dasselbe wird vorgenommen und ergibt folgendes Resultat:

Von den 86 abgegebenen giltigen Stimmen entfallen für den engeren Ausschuß: auf Gen. Adler 82 Stimmen, auf Gen. Dr. Ellenbogen 81, auf Gen. Dr. Popp 86, auf Gen. Reumann 79, auf Gen. Schrammel 82, auf Gen. Tomschik 45, auf Gen. Smetana 79, auf Gen. Pelikan 36 Stimmen; für die Kontrole: auf Gen. Silberberg 66, auf Gen. Krapf 38 Stimmen; für die Provinz: auf Gen. Zeller 82, auf Gen. Wanek 76, auf Gen. Rieger 83, auf Gen. Daczynski 77, auf Gen. Saska 82, auf Gen. Ehrlich 72 Stimmen.

Demnach haben die Genossen Pelikan und Krapf nicht die absolute Majorität. Es muß daher eine Nachwahl für den engeren Ausschuß und eine für die Kontrole vorgenommen werden. Vorgeschlagen werden Gen. Pelikan zum zweiten Male und für die Kontrole Gen. Kleedorfer.

Gen. Kleedorfer berichtet über den Gasarbeiterstreik, daß die Sache der Gasarbeiter günstig stehe, daß aber in einzelnen Bezirken einzelne wenige Streikbrecher vorgekommen seien. Die meisten von den Streikbrechern seien Professionisten, die für ein bestimmtes Fach engagirt seien. Bedauerlich sei nur, daß die Wiener Gaswerke mit den englischen Gaswerken sich nicht solidarisch erklärt hätten.

Gen. Koczka: Die Streikbrecher vom II. Bezirke sind ausschließlich Christlich-Soziale. Einer von ihnen ist Obmann des christlich-sozialen Vereines in Floridsdorf.

Hierauf wird die Abstimmung über die inzwischen vervielfältigten Resolutionen, den Achtstundentag und die Maifeier betreffend, vorgenommen.

Die Resolution des Gen. Schrammel (Wien) wird angenommen.

Der Zusatzantrag des Gen. Roscher (Reichenberg) zur Resolution des Gen. Schrammel wird mit großer Majorität abgelehnt.

Die Resolution des Gen. Silberberg wird abgelehnt.

Die Resolution des Gen. Wanek wird mit 41 gegen 38 Stimmen angenommen.

Hierauf wird eine Resolution des Gen. Nousar (Wien), welche lautet:

„Der Parteitag protestirt gegen den Ausnahmszustand in Prag und Umgebung, sowie gegen alle Ausnahmsgesetze überhaupt, und erklärt: Wenn dieser Ausnahmszustand bis zum 1. Mai nicht aufgehoben wird, soll auf allen Versammlungen, die an diesem Tage in Oesterreich veranstaltet werden, gegen den Ausnahmszustand protestirt werden,"

einstimmig unter großem Beifall angenommen.

Der Antrag des Gen. Storch (Bensen), wonach jeder Arbeiter die Hälfte seines Taglohnes für am 1. Mai Gemaßregelte oder für Agitationszwecke zur Verfügung stelle, wird, als nicht genügend unterstützt, nicht zur Abstimmung gebracht.

Es wird zu Punkt VI, Parteipresse, übergegangen.

Referent Gen. Popp: Wenn wir einen Rückblick auf die Entwicklung unserer Parteipresse, sowohl deutscher als auch tschechischer Sprache werfen, so können wir mit unserer Agitation vollkommen zufrieden sein. Seit dem letzten Parteitag hat sich die Auflage unserer Parteipresse mehr als verdoppelt. Noch zur Zeit des letzten Parteitages war unsere Presse schwach, und es wurde geklagt, daß es unter dem heutigen Preßgesetz unmöglich sei, unserer Presse eine weitere Verbreitung zu schaffen. Obwohl nun das Preßgesetz noch nicht geändert ist, hat doch die Zähigkeit unserer Parteigenossen es vermocht, unserer Presse einen großen Aufschwung zu geben. Am letzten Parteitag hatte die „Arbeiter-Zeitung" eine Auflage von 12.000. Während der Wahlrechtsbewegung stieg sie auf 22.000, seither sie nicht etwa zurückgegangen, sondern stabil geblieben ist. Später stellte sich heraus, daß es nicht mehr genügte, wenn die „Arbeiter-Zeitung" einmal wöchentlich erscheint. Daher hat die Parteivertretung, und die Wiener Organisation hat dem zugestimmt, beschlossen, das Blatt zweimal wöchentlich erscheinen zu lassen. Wir hatten geglaubt, daß beim zweimaligen Erscheinen die Auflage um 6000 zurückgehen und eine Auflage von 32.000 Exemplaren wöchentlich bleiben werde. Es steht aber günstiger. Die „Arbeiter-Zeitung" hat Montag 15.000, Donnerstag 18.000 Exemplare Auflage.

Die Auflagen der deutschen Parteiblätter stellen sich folgendermaßen:

1.	„Arbeiter-Zeitung" (Wien)	15.000 / 18.000	2mal	wöchentlich
2.	„Volkstribüne" (Wien)	8500	„	monatlich
3.	„Arbeiterinnen-Zeitung" (Wien)	5500	„	„
4.	„Glühlichter" (Wien)	9100	„	„
5.	„Arbeiterwille" (Graz)	2500	„	„
6.	„Beobachter" (Graz)	2300	„	„
7.	„Volkszeitung" (Dornbirn)	1200	„	„
8.	„Freigeist" (Reichenberg)	5000	„	„
9.	„Nordböhmischer Volksbote" (Steinschönau)	2000	„	„
10.	„Gesellschafter" (Aussig)	2200	3mal	„
11.	„Fackel" (Aussig)	1200	1mal	„
12.	„Volksstimme" (Teplitz)	1500	„	„
13.	„Volkswacht" (Eger)	1400	„	„
14.	„Volksfreund" (Brünn)	3000	„	„
	Summe	78.400		

Wenn wir bedenken, daß unser Blätter nicht nur von Denjenigen gelesen werden welche sie kaufen, sondern von je mindestens 6 bis 10 Personen, so erstreckt sich der Leserkreis unserer Blätter auf mehr als eine halbe Million. Ebenso ist es mit den tschechischen Blättern.

Politische Blätter:

„Socialni Demokrat" (Graz)	4000
„Delnické Listy" (Wien)	5200
„Rovnost", Wochenblatt (Brünn)	5200
„Svornost" (Aussig)	1400
„Hlas Lidu" (Proßnitz)	1800
„Svoboda" (Kladno)	1300
„Posel Lidu" (Pilsen)	2850
„Pravo Lidu" (Königgrätz)	1800
Summe	23.550

Wir haben nebstbei eine ganze Reihe von Fachblättern, die nicht nur fachlich gehalten sind, sondern auch zu den politischen Fragen Stellung nehmen. Auch diese Fachblätter haben einen bedeutenden Aufschwung genommen. Sie haben in Wien eine Gesammtauflage von 42.150.

Im Einzelnen stellt sich die Sache folgendermaßen:

„Bäcker-Zeitung"	2mal	monatlich	1200	
„Bauarbeiter"	„	„	3000 / 2000	Sommer / Winter
„Drechsler-Fachblatt"	„	„	2400	
„Eisenbahner"	„	„	5200	
„Einigkeit" (Buchbinder)	„	„	1000	
„Eisenbahner-Zeitung"				
„Fachorgan der Bekleidungs-Industrie"	„	„	1200	
„Graphische Nachrichten"	„	„	1650	
„Metallarbeiter-Zeitung"	„	„	9500	
„Organisator"	„	„	2500	
„Arbeiterschutz"	„	„	2400	
„Tischler-Zeitung"	„	„	3000	
„Gewerkschaft"	„	„	2500	
„Vorwärts" (Org. d. Buchdrucker)	1mal	wöchentlich	5600	
„Freie Hutmacher-Zeitung"	2mal	monatlich	2200	
Summe			45.350	

In der Provinz haben die Fachblätter eine Auflage von 12.900.

„Die Solidarität“ (Gablonz)	3000
„Textilarbeiter“ (Reichenberg)	6400
„Glückauf“ (Brüx)	3500
Summe	12.900

Auch die tschechischen Fachblätter sind stark geworden. Die Gesammtauflage beträgt 21.700.

Fachblätter:

„Textilnik“ (Brünn)	3000
„List Krejčich“ (Brünn)	1100
„Trubl Listy“ (Prag)	1700
„Kovodelniki“ (Prag)	4300
„Odborné Listy“ (Mähr.-Ostrau)	3000
„Obnnonik“ (Prag)	1000
„Veleslavin“ (Prag)	1200
„Typograf“ (Prag)	500
„Mlynač“ (Prag)	1200
„Pekař“ (Prag)	1300
„Na zdar!“ (Brüx)	3400
Summe	21.700

Die tschechischen humoristischen Blätter haben zusammen 8900 an Auflage.

„Zumbera“ (Pilsen)	2900
„Raple“ (Brünn)	6000
Summe	8900

Dann ist noch ein freireligiöses Blatt in Brünn „Červanky“ mit einer Auflage von 6200, die tschechische Frauenzeitung „Zensky List“ mit 2700.

Alle diese Blätter sind bedeutend gestiegen und nicht zum Geringsten durch die Wahlrechtsbewegung, die das arbeitende Volk auf unsere Blätter aufmerksam gemacht hat.

Die Mai-Festschrift vom Jahre 1893 war in einer Auflage von 60.000 gedruckt worden, davon wurden 55.000 abgesetzt. Im Jahre 1892 war die Auflage 23.000. Eine Reihe von Broschüren hat guten Absatz gefunden, so auch die „Politische Volksbibliothek“.

Bevor ich auf die Blätter näher eingehe, werde ich den Kassabericht der „Arbeiter-Zeitung“ bringen und dabei einige nöthige Aufklärungen geben. Am letzten Parteitag mußte ich berichten, daß die „Arbeiter-Zeitung“ ein Defizit hatte, weil wir mit einer Druckerei in Verbindung standen, die nicht genügend eingerichtet war. Es konnte die Zeitung nicht zur rechten Zeit in der nöthigen Auflage abgegeben werden. Es kamen nach dem Parteitag die deutschen Genossen nach Wien, wir haben mit ihnen über die Verhältnisse der „Arbeiter-Zeitung“ Rücksprache genommen und sie ersucht, falls es ihnen möglich sei, uns dazu zu verhelfen, daß wir uns von der Druckerei losmachen könnten. Die deutschen Genossen haben versprochen zu thun, was sie können, und haben thatsächlich im Jahre 1892 einen Betrag von 10.000 M. zur Unterstützung der Partei gesendet, und zwar für die Zwecke der „Arbeiter-Zeitung“. Mit diesem Gelde haben wir einen Theil der Schulden in der Druckerei gezahlt.

Es ist allerdings noch eine Schuld vorhanden, welche aber in regelmäßigen Raten zu jährlich 1000 fl. gezahlt wird. Die „Arbeiter-Zeitung“ ist finanziell sichergestellt. Im Jahre 1892 betrugen die Einnahmen mit den 10.000 Mark der deutschen Genossen 41.760 fl. 45 kr.; die Ausgaben 35.398 fl. 82 kr. Im

Jahre 1893 haben sich die Einnahmen ohne Saldo von 1892 auf 52.344 fl. 39 kr. erhöht. Die Ausgaben betrugen 56.216 fl. 56 kr., und wird dieser höhere Ausgabenposten dadurch richtiggestellt, daß einige tausend Gulden an die Druckerei gezahlt wurden. Mit Ende 1893 blieb ein Saldo von mehr als 2000 fl.

Die Parteivertretung stellt nun den Antrag:

„Die „Arbeiter-Zeitung“ ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt.“

Dem entgegen stellen die Wiener Genossen den Antrag, und zwar die Genossen des IX. Bezirkes:

„Die „Arbeiter-Zeitung“ ist das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie; die Entscheidung über administrative Angelegenheiten und Anstellungen verbleibt den Wiener Genossen.“

Das ist aber ein großer Widerspruch. Wenn die „Arbeiter-Zeitung“ das Organ der gesammten Partei ist, ist es nicht möglich, daß eine einzelne Organisation über die administrativen Angelegenheiten und Anstellungen entscheide, sondern es kann nur die gesammte Partei, resp. ihre Vertretung, darüber entscheiden. Auch der Antrag der Genossen des XIX. Bezirkes, daß „die „Arbeiter-Zeitung“ künftighin volksthümlicher zu schreiben sei“, kann ich nicht empfehlen. Es ist nöthig, daß ein Blatt da ist, das für die vorgeschritteneren, politisch gebildeten Genossen vorhanden ist. Als die „Volkstribüne“ gegründet wurde, wurde hervorgehoben, daß sie bestimmt sei, populärer, für die Massen, die erst in die Partei einbezogen werden sollen, zu schreiben. Es liegt noch ein Antrag der Wiener Genossen vor, daß über die Verwaltung der Landes-Parteiblätter den betreffenden Landes-Konferenzen, über die der Blätter der Gesammtpartei an den Parteitag ein detaillirter Bericht zu erstatten sei, und daß dieser dem Protokolle vollinhaltlich beigefügt werde. Dieser Antrag ist überflüssig, da unsere Organisationsstatuten bestimmen, daß die Landesorganisationen vierteljährlich an die Parteivertretung Bericht zu erstatten haben, und darin auch über die Parteiblätter berichten werden. Die Wiener Genossen haben die Möglichkeit der Kontrole der „Arbeiter-Zeitung“, da ja zwei Mitglieder der Kontrole in Wien wohnhaft sind.

Weiters wird beantragt:

„Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ ist als Organ der niederösterreichischen Landesorganisation zu erklären.“

Auf den letzten Parteitagen wurde schon beschlossen, die Parteileitung zu beauftragen, für die Arbeiterinnen als Parteiorgan zu wirken, sie selbstständig zu machen. Dadurch schon ist die „Arbeiterinnen-Zeitung“ nicht mehr Landesorgan, sondern Organ der Gesammtpartei. Deshalb beantragt die Parteivertretung diesen Antrag abzulehnen und dafür zu beschließen:

„Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ ist Unternehmen der Gesammtpartei.“

Schon am letzten Parteitage wurde beantragt, die „Glühlichter“ für die Partei zu übernehmen. Dagegen wurde von Dr. Adler gesprochen und der Antrag abgelehnt, weil die „Glühlichter“ passiv waren. Mittlerweile ist der damalige Eigenthümer und Herausgeber der „Glühlichter“ von der Bildfläche seiner Gewerkschaft verschwunden; er hat sich an die Parteivertretung gewendet, das Blatt für die Partei zu übernehmen, um es nicht an Private übergeben zu müssen. Die Parteivertretung hat sich doch entschlossen, die „Glühlichter“ zu übernehmen, weil sie dachte, daß die „Glühlichter“ thatsächlich im Stande sind, für die Partei zu wirken. Das ist auch der Fall. Während wir die Zeitung mit einem Schuldenstand von 1800 fl. übernommen haben, ist der jetzige Stand derart, daß wir 626 fl. abgezahlt, bei einem Buchhändler, der den Vertrieb für Deutschland hat, ein Aktivsaldo von 500 fl. und einen Kassastand von 450 fl. haben. In kurzer Zeit wird also die Zeitung der Partei einen Ueberschuß liefern, den die Partei ganz gut brauchen kann.

Ein Organ der Landesvertretung kann es nicht sein, die Parteivertretung hat das Blatt übernommen, trotz des Beschlusses des Parteitages und hat ihr Vorgehen, wie ich ausgeführt habe, wohl gerechtfertigt.

Wir stellen den Antrag:

„Die „Glühlichter" sind Unternehmung der Gesammtpartei und deren eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonde zu."

und empfehlen den Antrag der Genossen des IX. Bezirkes abzulehnen.

Die Genossen des XVII. Bezirkes beantragen:

„Es soll ein Verein, dessen Wirkungskreis sich über ganz Oesterreich erstreckt, gegründet werden; diesem Verein soll als einzige Aufgabe die Agitation für ein täglich erscheinendes Parteiorgan und die Aufbringung der Mittel hiezu zufallen. Der Jahresbeitrag zu diesem Verein soll mindestens 1 fl. betragen, und soll jeder Parteigenosse, dem dies möglich ist, Mitglied dieses Vereines sein."

Die Frage eines täglich erscheinenden Blattes scheitert immer noch an den mangelhaft vorhandenen Mitteln. Wir anerkennen die Nothwendigkeit eines solchen, umsomehr als die „Arbeiter-Zeitung" das so reichlich einlaufende Material nicht bewältigen kann. Wir können diese Angelegenheit momentan nicht lösen, lassen sie jedoch nicht aus dem Auge. Wir finden jedoch den vorgeschlagenen Verein als in dem jetzigen Momente nicht zweckentsprechend und empfehlen die Ablehnung des Antrages.

Ein weiterer Antrag, der von den Genossen des XIX. Bezirkes eingebracht wurde, lautet:

„Es ist in der sozialistischen Presse für eine Beilage unterhaltenden Inhaltes zu sorgen, zu welchem Zwecke nach dem Muster der deutschen „Neuen Welt" eine solche für die gesammte Parteipresse in der erforderlichen Höhe der Auflage gegründet werde."

Das ist heute noch eine Unmöglichkeit. Wir haben in der „Gleichheit" eine Unterhaltungsbeilage gehabt, doch ist die Sache viel zu kostspielig. Auch der „Vorwärts" hat eine Unterhaltungsbeilage, über welche aber sehr viele Beschwerden einlaufen. Wenn jedoch die Partei genügende Mittel hat, dann wird gewiß auch für eine genügende Unterhaltungsbeilage gesorgt werden. Auf den Roman können wir nicht verzichten, weil wir uns sagen, daß, wenn auch die Genossen diesen Roman nicht lesen, doch die Frauen ihn lesen, und wenn er ihnen gefällt, dann auch für die Verbreitung des Blattes eintreten.

Ein weiterer Antrag der Genossen des XIX. Bezirkes lautet:

„Die stenographischen Protokolle des Parteitages haben längstens zwei Monate nach Abhaltung desselben und fortan in einheitlicher Form zu erscheinen."

Zu diesem Antrage bemerkt der Referent: Nach jedem Parteitage hat es einige Monate gedauert, bis es möglich war, das Protokoll herauszugeben und dies mag wohl auch die Ursache des geringen Absatzes gewesen sein. Diesmal ist dafür Sorge getragen worden, daß das Protokoll schon acht Tage nach dem Parteitage erscheint, was allerdings bedeutende Kosten verursacht. Es kosten die Stenographen, die das Protokoll zusammenstellen, bedeutend mehr als früher, wo wir mit den Stenographen gespart und Genossen herangezogen haben. Die Provinzgenossen haben bisher zu den Kosten der Protokolle gar nichts beigetragen; die Protokolle erschienen spät, wurden nicht abgesetzt und es ergab sich ein bedeutendes Defizit.

Dieser Parteitag wird dafür ausschlaggebend sein. Sollte auch das diesjährige Protokoll, welches schon acht Tage nach Schluß des Parteitages erscheint, nicht den gewünschten Absatz finden, dann werden wir von der Herausgabe eines Protokolles überhaupt Abstand nehmen müssen. Wir mußten nämlich

bei den früheren Protokollen, um die Exemplare billig absetzen zu können, eine sehr große Auflage herstellen, von welcher der größte Theil unverkauft in der Administration liegt. Man kann auch nicht, wie viele Genossen es wünschen, diese Protokolle billig abstoßen, da bisher die Abrechnung noch nicht stattgefunden hat. Wir dürfen uns übrigens nicht von vornherein darauf einlassen, daß viele Genossen darauf rechnen, daß das Protokoll später billiger abgegeben wird und daher mit dem Einkaufe zögern.

Ich hoffe aber, daß diesmal die Sache anders werden wird, daß das Protokoll besser verbreitet werden wird. Es ist dadurch der Antrag überflüssig, er würde sich nur auf einen späteren Parteitag beziehen. Es hängt aber von diesem Parteitage ab. Wenn das Protokoll diesmal gut hinausgeht, ist der Antrag überflüssig. Das Verhandlungsprotokoll eines jeden Tages wird sofort gedruckt.

Es liegt weiters vor der Antrag: „Parteiprogramm und Organisationsentwurf sind in Druck zu legen und um möglichst billigen Preis zu kolportiren." Wir haben nach jedem Parteitag das Programm separat drucken lassen und um den Preis von 2 kr. hinausgegeben. Es hat auch einen großen Absatz gefunden, aber das Protokoll wurde dadurch geschädigt.

Ferner stellen die organisirten Arbeiter von Meran und Bozen den Antrag, der vierte österreichische Parteitag möge beschließen, so bald als thunlich ein Blatt in italienischer Sprache oder vorläufig alle Monat italienische Flugschriften herauszugeben, und berufen sich auf den Beschluß des Wiener Gewerkschafts-Kongresses.

An die Herausgabe eines Blattes in italienischer Sprache ist so lange nicht zu denken, als wir nicht einen Fond zur Verfügung haben, um das Blatt auf längere Dauer zu erhalten. Es geht hier gerade so, wie den deutschen Genossen mit den Polen. Die deutsche Parteileitung muß das polnische Blatt regelmäßig unterstützen, sonst könnte dasselbe nicht erscheinen. Die deutschen Genossen können das thun, weil sie die Mittel dazu haben. Es müßte auch ein Genosse vorhanden sein, der die Redaktion übernimmt, das wäre leichter möglich. Es ist aber mit der Verbreitung schwer. In Triest beispielsweise, wo der Ort wäre, um ein Blatt herauszugeben, ist es wegen der Paschawirthschaft der Polizei unmöglich gewesen. Es müßte in Wien erscheinen und da wäre die Verbreitung schwierig. Anders ist es mit den Flugschriften in italienischer Sprache. Die Verbreitung derselben wird die Partei besorgen. Ich bitte demnach, den Antrag abzulehnen mit der Motivirung, daß von Zeit zu Zeit Flugschriften in italienischer Sprache herausgegeben werden sollen.

Der letzte Parteitag hat sich auch damit befaßt, ob nicht ein Blatt gegründet werden soll, welches speziell für unsere Bauern berechnet ist, und nachdem ja die Agitation unter den Bauern thatsächlich immer mehr und mehr Fuß faßt, wäre das sehr gut. Wir haben aber leider in unserer Partei sehr wenig Genossen, die wirklich die agrarischen Fragen so kennen würden, wie es nothwendig wäre. Wir haben in den Alpenländern so grundverschiedene Verhältnisse gegen Mähren und Böhmen, es ist daher sehr schwer, ein Blatt herauszugeben, welches sich speziell mit dem ackerbautreibenden Volk befassen würde. Gen. K o c z k a stellt den Antrag neuerdings. Ich glaube aber kaum, daß die Schwierigkeiten schon behoben sind.

Die Genossen wissen, daß die Parteivertretung Verbindungen angeknüpft hat mit dem Wanderlehrer L o s e r t h, in dem Glauben, daß er, der unter den Bauern verkehrt, die Verhältnisse unter den Bauern sehr genau kennen müsse und dadurch eine Kraft gewonnen sei. Leider haben wir mit Loserth eine Erfahrung gemacht, die Sie Alle kennen, nachdem er sich auf die fixe Idee der Aenderung des bürgerlichen Gesetzbuches geworfen hat. Wenn uns nun Gen. K o c z k a Jemanden nennen kann und die Garantie wird leisten können, daß er im Stande ist, eine

solche Zeitschrift herauszugeben, wird sich wohl der Parteitag nicht dagegen sträuben. Auch die Parteivertretung hätte sich nicht dagegen gesträubt, wenn eine Person dagewesen wäre. Meines Wissens ist eine solche Kraft nicht vorhanden, ich kann mich daher dem Antrag nicht anschließen. Folglich bleibt nichts übrig als zu beschließen: Die Parteivertretung wird beauftragt, wenn die Möglichkeit geboten ist, ein Blatt herauszugeben, es auch thatsächlich herauszugeben.

Es ist noch zum Punkt „Parteipresse“ ein Brief eingelangt des Genossen Meisenbichler, X. Bezirk, welcher wünscht, daß die Broschüren der Partei in einheitlichem Format erscheinen mögen. Ich empfehle die Berücksichtigung dieses Wunsches.

Die Beschlüsse der früheren Parteitage gehen dahin, daß möglichst wenige Blätter von den Genossen gegründet werden, die nicht nothwendig sind, damit sich die bestehenden Blätter besser entwickeln können. Es sind aber trotzdem, wie es heißt, über Wunsch der einzelnen Bezirksorganisationen, wieder mehrere neue Blätter erschienen, und zwar in Aussig die „Fackel“, in Teplitz die „Volkstribüne“, in Tirol und Vorarlberg über Wunsch der Landesorganisation die „Volkszeitung“. Für dieses letztere Blatt ist eine gewisse Nothwendigkeit vorhanden, weil in den Alpenländern keine Parteiblätter erscheinen und der Kampf gegen die Klerikalen zu führen ist. Aber nicht so ist die Nothwendigkeit für Teplitz vorhanden. Der Parteitag muß eine Abhilfe schaffen, indem er beschließt, daß dort, wo nicht die unbedingte Nothwendigkeit vorhanden ist, kein neues Blatt gegründet werden soll.

Vorsitzender bringt folgende Anträge zur Verlesung:

„Der Parteitag beschließt, das in Lemberg erscheinende jüdische Jargonblatt „Der Arbeiter“ als Parteiorgan anzuerkennen und die Parteivertretung zu beauftragen, eine Subvention von 15 (fünfzehn) Gulden monatlich zur Erhaltung dieses Blattes zu gewähren.

Fraenkl, Mankowski, Resel, Zelaszkiewiecz, Koczka, Knoll, Ingwer, Brügel, Charlotte Glas, Hanich, Daszynski, Walter, Tomschik, Kleedorfer, Silberberg.“

Antrag.

„Die Redaktionen unserer Parteiblätter werden beauftragt, sich das Verlagsrecht für den „Arbeiter-Kalender“ und die „Mai-Festschrift“ zu erwerben. Karl Schiller.“

„Wir beantragen, daß, um die Bauern zu gewinnen, populäre und billige Schriften herauszugeben seien.

Behr, Hermann, Seliger, Schiller, Albrecht, Hammit, Rieger, Haidrich, Polke, Köhler, Preibisch, Peukert, Trübenecker, Ingwer, Bill, Schrammel.“

Antrag Ignaz Saska.

„Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, ehebaldigst die nothwendigen Vorkehrungen zur Herausgabe einer mindestens monatlich einmal in zwangloser Folge erscheinenden periodischen Arbeiter-Zeitung in italienischer Sprache zu schreiten.

Jakob Prähauser, Jos. Gans, Saska, M. Zelger, Stefan Hackl, Joh. Filzer, A. Gerin, Korinek, Resel, Rousar, Ernst Haidt, Klement, Anton Janda, Jos. Steiner, Wels, Gstöttner, Ehrlich, Kosaritzky.“

Gen. Albrecht (Reichenberg) erklärt im Namen der Partei-Kontrole, daß alle Bücher und Kassen in Ordnung befunden worden seien, und bittet, der Partei-

vertretung bezüglich der Verwaltung der „Arbeiter-Zeitung", „Arbeiterinnen-Zeitung", und „Glühlichter" das Absolutorium zu ertheilen.

Gen. Kleedorfer wünscht, daß eine Kommission für die Prüfung der Anträge eingesetzt werde.

Gen. Hübsch spricht dagegen, Gen. Dr. Adler wäre für den Antrag Kleedorfer, wenn dadurch die Debatte verkürzt würde. Da dies aber nicht zu erwarten ist, und es nicht scheinen soll, als ob die Parteivertretung nicht wünsche, daß Manches vor dem Parteitage zur Sprache gebracht werde, was in der Kommission gesagt werden könnte, so ist er gegen den Antrag Kleedorfer. Der Antrag Kleedorfer wird hierauf abgelehnt.

Ferner liegt ein Antrag zur Verbreitung monatlicher Flugschriften in italienischer Sprache vor, dann ein Antrag zur Unterstützung eines in Polen in jüdischem Jargon erscheinenden Blattes mit 15 fl. monatlich.

Gen. Feigl (Wien): Durch den Antrag der Parteivertretung, daß die „Arbeiter-Zeitung" Zentralorgan der Sozialdemokratie werden soll, wird den Wiener Genossen aller Einfluß entzogen. Der größte Theil der Blätter wird in Wien abgesetzt. Scheinbar wird es jetzt besser, da sich zwei Kontrolore in Wien befinden. Aber es fragt sich, ist die Wiener Organisation berechtigt, die Kontrolore zu interpelliren, sind diese verpflichtet, der Wiener Organisation Aufschluß zu geben? Ich frage den Gen. Popp, ist die „Arbeiter-Zeitung" dann kein Zentralorgan, wenn die Wiener Genossen einen Einfluß auf die Administration der „Arbeiter Zeitung" haben? Was den Antrag betrifft, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" das Organ der niederösterreichischen Landesorganisation bleiben soll, so glauben wir, daß kein Grund vorliegt, warum sie es nicht sein soll. Am letzten Parteitage hat sich die Genossin Popp dagegen ausgesprochen, daß die Parteivertretung auf die „Arbeiterinnen-Zeitung" einen Einfluß haben soll. Bezüglich der „Glühlichter" habe ich dasselbe zu sagen. Wenn die Anträge angenommen würden, dann hätten wir in ganz Wien und Niederösterreich nur die „Volkstribüne", ein vierzehntägig erscheinendes Blatt.

Gen. Schuhmeier (Wien): Es handelt sich keineswegs um eine Angelegenheit der Wiener Genossen, sondern über Alles, was Parteiorgan heißt, hat die gesammte Partei zu verfügen. Was die Anträge betrifft, freue ich mich, daß die „Arbeiter-Zeitung" endlich, gerade auf Wunsch der Provinzgenossen, offiziell als das anerkannt wird, was sie seit Jahren war, das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie. Ich habe auch nichts dagegen, daß die „Glühlichter" und die „Arbeiterinnen-Zeitung" Organe der Gesammtpartei werden. Besonders bezüglich der „Glühlichter" bin ich dafür, da wir damit der Parteivertretung Mittel in die Hand geben, die sie nothwendig braucht, um für diejenigen Provinzen, die nicht das Geld haben, aufzukommen, Referenten hinzuschicken u. s. w. Entschieden bin ich aber gegen den Antrag der Parteivertretung, daß „über Personalfragen in Redaktion und Administration dieser Blätter die Gesammtpartei entscheiden" soll. Wir haben eine Preß-Kommission eingeführt, weil die große Wiener Organisation einfach wünscht, daß die Bücher stets in Ordnung geführt werden, weil sie auf dem Laufenden erhalten bleiben will. Nach dem Antrage der Parteivertretung fürchten wir, daß wir dann gar nichts mehr dreinzureden hätten. Wir wünschen, daß die „Arbeiter-Zeitung" uns vierteljährig einen Bericht erstatte, wie es mit ihr steht. Es handelt sich weiters um die Postenbesetzung, von der wir verlangen können, daß sie im Einvernehmen mit den Wiener Genossen vorgenommen wird. Sonst kann es dazu kommen, daß die Parteivertretung Jemanden anstellt, der aber nicht das Vertrauen der Lokalorganisation genießt, und die Folge wären fortwährende Stänkereien. Ich bitte Sie also, jenen Antrag der Parteivertretung abzulehnen und damit einen diesbezüglichen Beschluß der niederösterreichischen Landes-Konferenz zu bestätigen. Noch gegen einen Antrag

spreche ich mich aus, gegen den Antrag Koczka, der will, daß die Parteivertretung eine Bauern-Konferenz einberufe, und zwar blos dazu, um eine Bauernzeitung herauszugeben. Ich glaube, daß wir bei einer Bauern-Konferenz ganz Anderes zu besprechen hätten, als die Bauernzeitung. Ich kenne die bäuerlichen Verhältnisse auch und zweifle daran, daß heute, selbst wenn wir einen Redakteur hätten, die Vorbedingungen für ein Bauernblatt vorhanden sind. Wenn wir übrigens Geld besitzen, haben wir zunächst noch andere Blätter zu unterstützen, z. B. das jüdische Blatt in Galizien.

Ein sozialdemokratisches Bauernorgan ist gegenwärtig unmöglich. Wenn wir dem Bauern etwas Rechtes bieten wollen, müssen wir zuerst eine Bauernorganisation haben. Die ist noch nicht durchführbar, weil die Bauern viel zu weit zurück sind. Das Einzige, was möglich ist, ist, daß man in Beilagen neben unserer Kost auch den Bauern etwas ihnen Genießbares bietet.

Wenn eine größere Zahl der Bauern unsere Blätter lesen und abonniren wird, können wir an eine eigene Bauernzeitung denken.

Ich bitte also, den Antrag Koczka's abzulehnen und im Interesse der ganzen Partei-Organisation den Antrag der Wiener Genossen anzunehmen, daß ihnen ein bescheidener Einfluß auf die Kontrole gewahrt wird.

Gen. Silberberg (Wien): Der ganze Parteitag hat in seiner Einstimmigkeit bewiesen, daß es keinen Unterschied zwischen Wiener und Provinz-Interessen gibt, daß das Interesse der sozialdemokratischen Partei gemeinsam ist. Deshalb kann auch bei der Presse nicht vom speziellen Interesse die Rede sein. Aber es ist nicht lediglich ein lokales Interesse, ob Sie den Wienern eine Kontrole zugestehen.

Wir verlangen dies im Interesse der Partei selbst, weil wir die Parteivertretung in dieser Angelegenheit zum großen Theil entlasten. Es kann bei Besetzung von Stellen eine gewisse Freundschaft existiren, und ich möchte nicht, daß eine Vetternwirthschaft einreiße. Wir verlangen, daß die Parteivertretung Vorschläge zu erstatten habe, der niederösterreichischen Kreisvertretung bleibt es aber überlassen, die Entscheidung über die Vorschläge zu treffen. Wir vermeiden dadurch auch, daß, wie es so oft geschieht, in kleinlichen Dingen den Mitgliedern der Parteivertretung Vorwürfe gemacht werden, und übernehmen einen Theil der Verantwortung.

Redner vertheidigt seinen Antrag auf Vorbereitung eines täglich erscheinenden Organes und erklärt, daß die Schwierigkeiten der Preßbestimmungen, ebenso wie bei der jetzigen Erscheinungsform, auch später werden vermieden werden. Ein täglich erscheinendes Blatt sei gerade für die Provinz nothwendig, da die Genossen draußen oft nur durch unsere Zeitung über Alles, was auf politischem und wirthschaftlichem Gebiete vorkommt, sich auf dem Laufenden erhalten.

Gesetzt den Fall, daß die Wahlreform abgeändert wird, wird es unbedingt nothwendig sein, ein tägliches Blatt zu haben, um jeden Schlag, der gegen uns geführt wird, zu pariren.

Redner appellirt daher an die Parteigenossen, den Fond für ein täglich erscheinendes Blatt durch Beiträge zu stärken; er ist überzeugt, daß, wenn dies einmal der Fall sein wird, daß wir ein täglich erscheinendes Blatt haben, wir bis zum nächsten Parteitage eine Verdopplung der österreichischen Sozialdemokratie zu verzeichnen haben werden.

Gen. Dr. Adler (Wien) bespricht die eingebrachten Anträge. Mit Bezug auf den Antrag, die „Arbeiter-Zeitung“ volksthümlicher zu schreiben, verweist Redner darauf, es sei sehr schwer, volksthümlich zu schreiben, umsomehr als schon der Begriff des „Volksthümlichen“ nicht so leicht zu fassen ist. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat übrigens sich auch ihren Leserkreis erzogen. Die Fremdwörter lassen sich nicht vollständig vermeiden; auch sei es ja nothwendig, daß die Genossen

auch Fremdwörter lernen. Es geschehe übrigens das Mögliche, die Fremdwörter zu vermeiden. In Bezug auf ein italienisches Blatt glaubt Redner im Widerspruch mit Gen. Popp, es werde nothwendig sein, ein solches Blatt zu gründen; doch darf der Parteitag uns hier nicht die Hände binden. Mit dem Antrage der polnischen Genossen erklärt sich Redner einverstanden, doch bittet er, die ziffermäßige Feststellung der Subventionssumme fallen zu lassen.

Redner wendet sich hierauf zum Antrage der Genossen des IX. Bezirkes und sagt: Sie wählen eine Parteivertretung, welcher Sie die schwierigsten Fragen anvertrauen; wenn aber Jemand in die Administration eingesetzt werden soll, so verlangt das demokratische Gefühl — wie Gen. Schuhmeier sagt — daß da die Wiener Genossen das bestimmen. Die Anstellungsfrage ist durchaus nicht eine so wichtige; diejenigen Genossen aber, die im Geschäfte stehen, müssen den maßgebenden Einfluß darauf haben, mit wem sie zusammen arbeiten sollen. Fürchten Sie nicht, daß wir Jemanden in eine Stelle bringen werden, der Ihnen entschieden mißliebig ist; so dumm sind wir nicht. Wir werden uns ja jedenfalls mit der Lokalorganisation in's Einvernehmen setzen, aber wir müssen uns das Recht vorbehalten, die Bedenken der Lokalorganisation auf ihren Werth zu prüfen. Es muß Jemanden geben, der über kleine Feindschaften und Vortheile erhaben, in diesen Dingen entscheidet. Es ist nicht gut möglich, daß wir den Organismus eines großen und komplizirten Unternehmens Genossen unterordnen, die ja die beste Absicht haben, aber nicht den erforderlichen Einblick in die Geschäfte. Ich glaube daher, daß Sie damit etwas verlangen, was für die Wiener Lokalorganisation ohne Werth ist.

Der anderen von Gen. Schuhmeier vertretenen Forderung, daß vierteljährig von der „Arbeiter-Zeitung“ ein Bericht über den Stand des Blattes an die Lokalorganisation zu erstatten sei, schließt sich Redner vollkommen an; er würde sogar vorschlagen, die schon heute bestehende Preß-Kommission mit der weiteren Funktion einer Beschwerde-Kommission zu bekleiden.

Nicht nur die Berichterstattung wollen wir, wir wollen auch eine Beschwerde-Kommission, und wenn behufs einer Anstellung eine Beschwerde einlaufen wird — sie wird nicht einlaufen, das sage ich von vornherein, weil wir nur solche Leute anstellen, bei welchen kein Widerstand sich ergibt — müssen wir die Möglichkeit haben, ungerechten Einwürfen gegenüber appelliren zu können an eine über Kleinlichkeiten erhabene Behörde, und das ist die Parteivertretung, die von der gesammten Partei gewählt wurde.

Den Antrag Schuhmeier, Punkt 1, akzeptiren wir ohneweiters, aber auch, wenn er gar nicht gestellt wäre, würden wir fortwährend berichten müssen und werden weiter berichten. Es wird nicht schwer fallen, Widersprüche, die sich zwischen der Wiener Lokalorganisation und der Gesammtpartei ergeben, zu lösen. Diese Schwierigkeiten werden sich lösen lassen, indem, soweit der Umstand, daß das Zentralorgan auch ein Lokalorgan ist, es gestattet, ihnen der gebührende Einfluß durch Einsicht u. s. w. auch gewahrt ist; darüber hinaus kann aber die Wiener Lokalorganisation für sich nicht mehr in Anspruch nehmen als jede andere Organisation im Lande. Ich zweifle nicht, daß das ohne Schwierigkeit sich vollziehen wird. Sie werden mir aber bei diesem Antrag des Parteiausschusses Eines entgegenhalten können, nämlich daß in der gesammten Parteivertretung eine Anzahl Angestellter der „Arbeiter-Zeitung“ selbst sitzen.

Das ist ja richtig, aber, Genossen, diese bilden eine Minorität, Sie sind nach der Seite hin sicher. Zweitens müssen Sie von der gesammten Parteivertretung doch immerhin die Meinung haben, daß sie so selbstständig ist, um sich von den drei Leuten nicht einfangen zu lassen, oder wenn Sie sie nicht für so gescheit halten, dürfen Sie sie nicht wählen. Sie haben zwei Wiener als Kontrolore, und es ist wirklich ein geringes Vertrauen, das Sie zu den von Ihnen selbst aus-

zesuchten Kontroloren haben, wenn Sie darüber hinaus noch einen weiteren Einfluß haben wollen. Ich verlasse diesen Gegenstand, ich glaube, die Sache wird sich sehr einfach machen.

Es kommt nun das tägliche Blatt. Daß wir ein tägliches Blatt brauchen, das spüren Alle, und zwar nicht nur die Wiener Genossen, sondern auch die Provinzgenossen. Es kommt nicht darauf an, ob die Genossen überall in der Lage sind, das Blatt zu haben. Die politische Vertretung in einem täglichen Blatte wäre weit schlagfertiger, als sie jetzt möglich ist. Es handelt sich nur um das Wie. Es ist hier auseinandergesetzt worden, wie wir mit dem objektiven Verfahren, mit dem § 23 des Preßgesetzes fertig geworden sind. Aber der § 23 ist ein Paragraph, welcher sich jetzt zweimal in der Woche mit Füßen treten läßt; ob er sich sechsmal in der Woche mit Füßen treten lassen wird, ist eine andere Frage. Ein täglich erscheinendes Blatt ist dem objektiven Verfahren ganz anders ausgesetzt als ein zweimal wöchentlich erscheinendes, es ist ganz anderen Bedingungen unterworfen. Ich zweifle nicht, daß wir auch dieser Schwierigkeit gewachsen sein werden, aber leichtsinnig darangehen dürfen wir nicht. Wir verlangen, wenn ein tägliches Blatt verlangt wird, einen Gründungsfond, welcher sicher verloren ist. Es wäre ein bedeutend größerer Schaden, wenn wir ein solches Blatt gründen und aus Mangel an Mitteln wieder einstellen würden. Außerdem verlangen Sie von einem täglichen Blatte der Sozialdemokratie mit Recht, daß es technisch wie redaktionell auf der Höhe steht; wir brauchen keine glänzenden Namen, aber wir müssen auf die anderen Einkünfte verzichten. Schmutzige Einkünfte haben wir nicht. Ohne schmutzige Einkünfte lebt heute kein einziges Wiener Blatt. Es muß erst durch die Opferwilligkeit der Genossen die Möglichkeit zum Beginn geschaffen werden. Wenn Sie also den Antrag des Gen. Silberberg annehmen, wird die Parteileitung einen Appell ergehen lassen. Wann die Mittel beisammen und die anderen Bedingungen, um mit der Gründung vorzugehen, da sein werden, das müssen Sie der Parteivertretung zu beurtheilen überlassen.

Vorsitzender Karl Hermann und Genossen stellen den Antrag:

„Es soll bei der Herausgabe des Kalenders darauf Bedacht genommen werden, daß in demselben die Erzählungen und Novellen, welche darin erscheinen, populär gehalten sind, weil dieselben als Agitationsprodukt unter der fernstehenden Masse erzieherisch wirken sollen, daher auch mehr Absatz finden würden."

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Gen. Behr stellt den Antrag, daß der Redakteur des Zentralorgans vom jeweiligen Parteitage zu wählen sei.

Es gelangt eine Zuschrift der Lemberger Bauarbeiter und des Genossen Plechanoff zur Verlesung.

Hierauf wird die Vormittagssitzung um halb 1 Uhr geschlossen.

Nachmittagssitzung.

Beginn halb 3 Uhr.

Vorsitzender Zeller gibt das Resultat der Nachwahlen in die Parteivertretung bekannt. Es wurden 81 Stimmen abgegeben. In den engeren Ausschuß erhielt Pelikan 46, Hueber 4, Wutschl 2, Ingwer 3, Feigl 3, Preßl 3, Krapf 3, Bretschneider 2, Hofer 3, Silberberg 2, Frau Popp 1, Kleedorfer 8 Stimmen; in die Kontrole: Kleedorfer 47, Hueber 24, Krapf 8, Hofer 2, Bretschneider 2, Feigl 1, Frau Popp 1 Stimme.

Es erscheinen sonach in den engeren Ausschuß Pelikan, in die Kontrole Kleedorfer gewählt.

Gen. Resel bringt folgenden Antrag ein:

„Der Parteitag anerkennt die Nothwendigkeit des laut Beschluß des dritten Parteitages von den Laibacher Genossen herausgegebenen slovenischen Blattes „Delavec", und fordert die Parteileitung auf, den Bestand dieses Blattes durch finanzielle Unterstützung zu fördern."

Der Antrag wird unterstützt.

Die Bergarbeiter beantragen Unterbrechung des Punktes „Presse" und Fortsetzung der Berathung des Punktes „Bruderladen". Nach kurzer Debatte, an der sich Stark (Falkenau) dafür, Schuhmeier (Wien), Köhler (Haindorf) dagegen aussprechen, wird der Antrag angenommen.

Der Parteitag setzt den Punkt „Bruderladen" fort.

Cingr (Mähr.-Ostrau): Herr Dr. Verkauf hat in seiner gestrigen Rede in ausgezeichneter Weise die Nachtheile, Mängel und Fehler der Bruderladen geschildert. Ich will speziell die Mähr.-Ostrauer Bruderlade besprechen. Die Bruderladen sind die ärgste Sklavenkette der Bergarbeiter. Die Bergarbeiter müssen sich Alles gefallen lassen, ohne dagegen mucksen zu können. Auf den Werken des Grafen Wilczek in Mähren sind Leute seit 18 Jahren beschäftigt, welche noch kein Bruderladenstatut zu Gesicht bekommen, trotzdem es durch das Gesetz vorgeschrieben ist, daß jeder Bergarbeiter das Statut der Bruderladen zu bekommen habe. Die Wahlen der Aeltesten für die Bruderladen werden durch die Vorgesetzten gemacht. Bei der Nordbahn kann der Vorsitzende nach dem Artikel 68 der Bruderladen alle Beschlüsse der Bruderlade sistiren. Die Zweidrittel-Majorität ist in Folge des Artikels der Bruderlade ganz illusorisch gemacht. Der Werk-Kommissär Riedl hat sich in der Generalversammlung der Grubenältesten ausgedrückt, das neue Gesetz vom Jahre 1889 mit den Ergänzungen vom Jahre 1891 und 1892 habe auch seine Grenzen für die Unternehmer. Wo an Renten über 100 Gulden den Arbeitern bewilligt werden, sei der gute Wille der Werkbesitzer maßgebend. Bei der Bemessung der Renten gehe man in betrügerischer Weise gegen die Bergarbeiter vor. So pensionire man in den Rothschild'schen Werken in Mähr.-Ostrau nach 290 Schichten im Jahre, während die Bergarbeiter faktisch im Jahre 350, ja noch viel mehr machen. Den Bergarbeitern wird bei der Bemessung der Pension nur eine Schicht pro Tag angerechnet, während faktisch 1½ Tage gemacht werden. So werden die Bergarbeiter in Bezug auf ihre Pension verkürzt. Weiters verbietet das Berggesetz die Arbeit unter Tag für jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren. Trotzdem beschäftigt man jugendliche Arbeiter unter 14 Jahren unter Tag. In Folge der Ueberanstrengung erreichen die Bergarbeiter nur ein Durchschnittsalter von 33 Jahren. Im Rothschild'schen Hüttenwerk Wittkowitz hat man unlängst den Arbeitern ganz ungünstige Statuten aufdrängen wollen; aber die Arbeiter haben diese Statuten zurückgewiesen. Ein Artikel aus der letzten Nummer des „Arbeiterschutz" schildert die Wirthschaft in dem Rothschild'schen Hüttenwerk Witkowitz. Daß dies auf Wahrheit beruht, geht daraus hervor, daß auf diese Notiz keine Erwiderung eingeschickt worden ist. Redner empfiehlt eine Resolution, welche die Bergarbeiter einbringen werden.

Gen. Große (Wien) stellt den Antrag auf Schluß der Rednerliste. (Angenommen.)

Gen. Cingr ergänzt seine Ausführungen dahin: In den neuen Statuten heißt es, daß der Bergarbeiter vom 14. Lebensjahre bis zum 65. Jahre dort arbeiten muß, um eine Rente von 190 Gulden zu bekommen. Er müßte 51 Jahre arbeiten, während die Bergarbeiter durchschnittlich nur 33 Jahre alt werden.

Gen. Saska (Innsbruck) zu einer Mittheilung: Der Zufall hat mir etwas in die Hände gespielt, was für uns interessant ist. Die Schneider von Bozen befinden sich im Streik, und es befindet sich ein Schneidermeister aus Bozen hier, der trachtet, Schneider aus Wien nach Bozen zu bringen, um den Streik zu brechen. Dieser legitimirt sich mit einer magistratlichen telegraphischen Legitimation, welche zeigt, daß der Magistrat von Bozen mit diesem Unternehmer in Verbindung steht und so den Lohnkampf der Schneider erschwert. Gestern wollte er zwanzig Schneider mit der Westbahn nach Bozen befördern, wurde aber auf dem Bahnhof von einer Menge Genossen umringt, welche die Leute abhielten, nach Bozen zu gehen. Er zeigte auch, unbewußt dessen, was das bedeutet, ein Telegramm, daß der Magistrat von Bozen eingegriffen habe, indem die streikenden Schneidergehilfen sämmtlich ihre Entlassung schon erhalten haben. Ich fordere den Parteitag auf, die Genossen der Schneiderbranche auf die Versuche dieses Meisters, den Streik durch Wiener Schneidergehilfen zu brechen, aufmerksam zu machen. (Bravo!)

Gen. Stark (Falkenau) erklärt gegenüber verschiedenen Aeußerungen, daß die Organisation der Bergarbeiter keine schlechte sei, indem 67 Fachvereine, politische und eine Menge Bildungsvereine bestehen. Weiters stellt er fest, daß in den Bergwerksbezirken während der Wahlrechtsbewegung viele Versammlungen stattgefunden haben. Nur eine kurze Zeit versuchte die von Heiman herausgegebene und von den Christlich-Sozialen und Antisemiten unterstützte „Freie Meinung“ in Karbitz die Bergarbeiter von der Wahlrechtsbewegung und der Bewegung für den Achtstundentag fernzuhalten. Als aber Dr. Lueger in Karbitz gesprochen hatte und seine Rede in der „Freien Meinung“ abgedruckt wurde, war das Todesurtheil über die „Freie Meinung“ gefällt.

Ueber die Bruderladen hat Dr. Verkauf Alles gesagt; wir können Wort für Wort unterschreiben. Die den Arbeitern im 1. Absatz des § 17 des Bruderladengesetzes im Ausschusse zugesicherte Zweidrittel-Majorität wird durch den 2. Absatz, nach welchem der Bergwerksbesitzer den Vorsitz führt, illusorisch gemacht. Eine einzige Bruderlade im Falkenau-Egerer Bezirk, deren Ausschuß sich auf eine Organisation stützen kann, hat es durchgesetzt, daß wenigstens keine Rente unter 100 Gulden gezahlt wird. Im Falkenauer-Bezirk, auf dem Radler Werk, ereignete sich eine Verunglückung; ein Arbeiter wurde durch den Mangel einer Schutzvorrichtung erschlagen; ein anderer, namens Josef Weber, war Augenzeuge und sagte in diesem Sinne vor Gericht aus. Dafür wurde er von der Werksverwaltung bestraft, er wurde entlassen und um seine Provision gebracht. Wir haben nicht einmal die Möglichkeit, uns einen Rechtsanwalt zu nehmen. Wir haben ein sogenanntes Schiedsgericht, in welchem die Werksverwaltung maßgebend ist. Wer sich an's Schiedsgericht wenden muß, ist schon verloren. Nach der Entscheidung des Schiedsgerichtes kann der Arbeiter keine Rechtshilfe mehr in Anspruch nehmen.

Dieses Institut hat eine Menge Bergarbeiter um ihre Existenz gebracht. In Schatzlar zum Beispiel wurden viele Arbeiter entlassen, die heute noch anderwärts, trotz aller Bemühungen, keine Arbeit erhielten.

Ein weiterer drückender Punkt ist die Bestimmung der theilweisen Erwerbsunfähigkeit. Sobald ein Arbeiter nicht mehr vollkommen zum Bergbau fähig ist, sollte er Anspruch auf Provision haben. Aber die Aerzte, die unter dem Einflusse der Unternehmer stehen, anerkennen die theilweise Erwerbsunfähigkeit nicht, und der Arbeiter bekommt in der Regel keine Provision. Redner führt Beispiele an, unter Anderem, daß ein Arbeiter in den Plutoschächten verunglückte und seine Witwe mit zwei Kindern eine monatliche Provision von fl. 2·50 erhielt. In Steiermark erhilt ein Arbeiter nach jahrelanger Arbeit eine äußerst geringe Provision, über sein Ansuchen wurde ihm von der Behörde die Lizenz zu einer Drehorgel

ertheilt, auf der er jetzt spielen kann: O schönes Bergmannslos! oder: O Du mein Oesterreich!

Wie steht es nun um die Versuche der Bruderladenreform? Es wurde in vielen Versammlungen vorgeschlagen, die Revier-Bruderladen zusammenzulegen. Wir haben eine Petition mit 21.000 Unterschriften durch Grafen Kaunic dem Parlament überreicht. Freilich sind wir zur Ueberzeugung gelangt, daß dies ein nutzloser Schritt ist, und wir lassen unsere Petition für die Achtstundenschicht, für die wir 25.000 Unterschriften schon gesammelt haben, zu Hause, wo sie besser aufgehoben ist als im Papierkorb des Abgeordnetenhauses.

Weiters ist die Ausscheidung der Kranken- und Unfallversicherung aus der Bruderlade und eine einheitliche Alters- und Witwen- wie Waisenversorgung für ganz Oesterreich nothwendig. Wir müssen aber die Erkenntniß weiter verbreiten, daß von der Regierung nichts zu erreichen ist. Es wurde beim Beschluß über den Generalstreik von einer Konzession an die Bergarbeiter gesprochen. Das ist nicht ganz richtig. Wir wären mit die Ersten gewesen, die für die politischen Rechte und die Wahlreform eintreten, darüber ist kein Wort zu verlieren, aber wir können mit viel mehr Muth in die Heimat zurückkehren und nunmehr eine kräftige Agitation entwickeln, eine Bewegung anregen, die durch und durch gesund ist und in der Sache einen Umschwung bewirken wird, der uns sicher vorwärts bringen wird.

Ich empfehle Ihnen aus diesen Rücksichten die Annahme der folgenden Resolution:

Die bitteren Erfahrungen der Bergarbeiter haben sie belehrt, daß die Bruderladen in ihrer heutigen Form den Anforderungen einer vernünftigen Arbeiter-Lebensversicherung in keiner Weise entsprechen, sie haben aber auch gezeigt, daß die Werks-Bruderladen in den Händen der Werksbesitzer und ihrer Beamten zu einem mächtigen Mittel der Unterdrückung geworden sind, mit welchem die Arbeiter um ihr Koalitionsrecht, sowie um ihre berufliche und örtliche Freizügigkeit gebracht werden.

Die unaufhörlichen Bemühungen der Bergarbeiter in Versammlungen, Kongressen und Bruderladen-Konferenzen, durch Petitionen und Deputationen bei Parlament und Regierung, um Werks- und Bruderladen in Landesbruderladen umzuwandeln, sind an dem Widerstand der Unternehmerschaft und deren übermäßigen Einfluß im Parlament und Regierung gescheitert, trotzdem auch diese noch ein bedeutendes Machtmittel für die Gewerke gebildet hätten. Insbesondere ist die mit 21.000 Unterschriften aus Böhmen versehene Petition der Bergarbeiter, welche der Graf Kaunic dem Parlament überreichte, gänzlich unbeachtet geblieben.

Der Parteitag empfiehlt deshalb den Bergarbeitern, fortan rücksichtslos nur ihr eigenes Interesse im Auge zu behalten und deshalb anzustreben:

1. Die Ausscheidung der Kranken- und Unfallversicherung von den Bruderladen und Ueberweisung zu den derzeit bestehenden territorialen Unfallversicherungs-Anstalten und Krankenkassen;

2. die Vereinigung aller Bruderladen Oesterreichs zu einer Reichs-Zentral-Bruderlade.

Der Parteitag spricht seine Ueberzeugung dahin aus, daß vom gegenwärtigen Parlamente irgend welche sachgemäße Reform der Bruderlade **nicht** zu erwarten ist. Voraussetzung dafür ist vielmehr eine einschneidende Aenderung des Wahlrechtes.

Der Parteitag fordert die Bergarbeiter zu energischer Agitation für die Bruderladenreform auf und sichert ihnen hiebei die werkthätige Unterstützung der gesammten Arbeiterschaft zu.

Gen. Wagner (Brüx) erklärt, daß er ein so ausgezeichnetes und sach-

[illegible] des Referat, wie das des Re[illegible], nicht erwartet habe. Bei uns in der Umgebung von Brüx, erklärt Redner, beruhen die Bruderladen auf durchwegs schwindelhafter Basis. Die Bergbesitzer operiren mit Polizei und Behörden gegen uns. Ich bin für die Ausscheidung der Krankenversicherung aus dem Bruderladengesetze. Als im Jahre 1882 eine Enquête über die Bruderladen angestellt wurde, hat Bacher selbst die Experten sich ausgesucht; selbstverständlich nur Leute, die sehr gut ausgesehen haben, mit dicken Bäuchen und goldenen Ringen am Finger, da konnte man in Wien nicht glauben, daß es den Leuten schlecht geht. Ein Schüler Bacher's ist der Bergdirektor Kreuzberg, dieser hat die Arbeiter gezwungen, zu erklären, daß sie statt fl. 1·20 nur 70 kr. verdienen, und danach wird dann die Rente bemessen. Man sieht also die Willkür der Bergbesitzer und ihrer Organe. In der Bruderlade in Seferan haben Leute 40 bis 50 Jahre gespart. Die Leute erhielten keine Bestätigung ihrer Einzahlungen und wie es zur Provisionirung kam, war kein Geld da. Dann haben die Arbeiter sich noch verpflichten müssen, daß sie auf ihre Ansprüche verzichten, widrigenfalls sie entlassen wurden. Schließlich hat man gegen diese Leute noch das Vagabundengesetz in Anwendung gebracht. Wo bleibt da die Freizügigkeit? Man zwingt da die Arbeiter zur Annahme der „Dienstordnungen"; viele gehen, während andere, durch bitterste Noth gezwungen, unterschreiben. Solche Vorfälle ereignen sich in Böhmen tagtäglich. Wir sind den Berg- und Bezirks-Kommissionen rückhaltslos ausgeliefert. Jetzt sollen wir in Folge der schlechten Wirthschaft in den Bruderladen statt 6 Prozent volle 12 Prozent vom Lohngulden entrichten müssen, was wir nicht erschwingen können. Redner empfiehlt die Annahme der von Gen. Stark vorgeschlagenen Resolution und erklärt, daß er bekehrt und ganz anderer Ansicht nach Hause gehe.

Gen. Mudra (Liboschin bei Kladno): Die Bruderladen schaden nicht nur den Bergarbeitern, sie belasten auch viele Gemeinden. Dadurch, daß der Arbeitgeber zum Vorsitze der Bruderladen bestimmt wird, hat das neue Bruderladengesetz keinen Werth für die Arbeiter. Ich kenne einen Arbeiter, der fünf Kinder hat, der obendrein krank ist und wegen eines Streiks ausgeschlossen wurde. Er ist dann der Gemeinde zur Last gefallen. Wir haben eine Petition verfaßt und 21.000 Unterschriften gesammelt. Wenn diese Petition keinen Erfolg haben sollte, werden wir gezwungen sein, andere Wege einzuschlagen.

Gen. Schott (Falkenau): Wir haben Arbeiter im Revier, welche schon 15 Jahre in die Bruderladen zahlen und die Statuten noch nicht kennen. Ich bin beauftragt worden, auf dem Parteitage zu beantragen, daß er sich um die Bruderladen annehmen möchte. Im Jahre 1892 haben wir eine Versammlung abgehalten, wo wir über die Bruderladen sprechen wollten. Wir mußten erst beim Bezirkshauptmann betteln, daß wir sprechen durften. Wenn ein Bergarbeiter aus der Bruderlade austritt, bekommt er, wenn er erklärt, er geht in keine Bruderlade mehr, einen Reservea ntheil, ein paar Kreuzer. Die Unternehmer nehmen junge Arbeiter auf und die alten, welche pensionsfähig werden, entlassen sie. In einer Bruderladenversammlung, wo Gen. Stark sprach, wurde ihm, weil er kein Bruderladenmitglied war, das Wort entzogen.

Die Bergarbeiter in Falkenau haben erklärt, daß sie nicht nur den Achtstundentag wollen, sondern auch die Abschaffung der Akkordarbeit auf die Tagesordnung setzen werden.

Gen. Prähauser (Salzburg): In den bisherigen Ausführungen wurde wenig davon gesprochen, wie es jenen Arbeitern geht, die in den ärarischen Bruderladen sind. Ich will trotzdem darauf verzichten, das auszuführen. Vor drei Jahren habe ich auf dem Parteitage die Verhältnisse der Salinenarbeiter geschildert. Die Folge war, daß ich, als ich nach Hause zurückkehrte, von Gendarmen erwartet und abgeführt wurde. Ich wurde zwar nicht bestraft, aber die Beamten wurden befördert. (Heiterkeit.)

Ein Jahr später war es ebenso. Ich halte es für überflüssig, hier zu sprechen, damit der Beamte, der vor drei Jahren vielleicht Adjunkt war und jetzt Hüttenverwalter ist, in Folge meiner Ausführungen gar zum Bergrath befördert wird. (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, daß in dem Moment, wo auch die Bergarbeiter für die Erringung des Wahlrechtes eintreten, es auch viel leichter sein wird, die elenden Bruderladenverhältnisse abzuändern. (Bravo!)

Vorsitzender verliest einen Antrag des Gen. Roscher (Reichenberg): Im Punkt III der Prinzipienerklärung soll im 1. Absatze von Punkt 10 ein neuer Punkt eingeschaltet werden, welcher folgendermaßen lautet:

„Das heutige Bruderladengesetz soll aufgehoben und die Arbeiter des Bergbaues denselben gewerbegesetzlichen Bestimmungen wie die Arbeiter der Industrie unterstellt werden."

(Genügend unterstützt.)

Gen. Krejci (Wien): Im Jahre 1891 bestanden 304 Privat-Bruderladen, 35 ärarische (Silber- und Bleibergwerke) und 19 in Salinenbergwerken, zusammen 358 Bruderladen. Die Bruderladen, mit Ausnahme der Salinen, hatten 127.197 Mitglieder und 20.918 „Theilnehmer". Bei den Salinenbruderladen waren 2847 Mitglieder und 1379 „Theilnehmer". Alles in Allem 152.541 Angehörige der Bruderladen. Anspruchberechtigte Weiber und Kinder sind bei den privaten und ärarischen Bruderladen 215.601 Personen, bei den Salinen 6806, zusammen 222.407. Provisionisten gibt es bei den privaten und ärarischen Bruderladen 11.547 Männer, 14.649 Weiber, 9392 Kinder, zusammen 35.588 Personen; bei den Salinen 906 Männer, 1020 Weiber, 561 Kinder, zusammen 2487 Personen. Die Einnahmen betrugen im Jahre 1891 3,119.027 fl., die Ausgaben 2,764.605 fl., der Vermögensstand 17,601.454 fl.

Ich verweise auf die niedrigen Renten; ein Veteran in den ärarischen Silberbergwerken in Pribram erhielt fl. 5.58 monatlich. Die Bewegung unter den Bergarbeitern ist in Folge der Gebundenheit an die Bruderlade und schlechter Löhne absolut unmöglich.

Die Oesterreichische Staatseisenbahn-Gesellschaft besitzt in Böhmen und Ungarn Gruben. Es kommt vor, daß Arbeiter von Böhmen nach Ungarn und von Ungarn wieder nach Böhmen versetzt werden. Dann verlieren sie den Anspruch auf die Bruderlade. Die Bergarbeiter von Cis- und Transleithanien sollen daher eine Reichsbruderlade verlangen.

Gen. Resel (Graz): Wie die Lage der Bergarbeiter ist, können Sie aus den Bücheln der Trifailer Gewerkschaftsfassung entnehmen, aus welchen hervorgeht, daß die Leute im ganzen Jahre nichts Anderes beziehen als Kukuruz, Fisolen und Kartoffeln. Ein Bergarbeiter konnte sich nur zu Weihnachten um 5 kr. Thee und 3 kr. Limonie gestatten.

Der Durchschnittslohn in den Seegraber Bergwerken ist für Häuer 1 fl., für erwachsene Arbeiter 84 kr., für die Arbeiter unter 16 Jahren und für die Weiber 50 kr. Hier ist es noch besser als in Trifail und Sagor. Nach dem jetzigen Bruderladengesetz ist die mindeste Rente für Männer 100 fl., für Frauen 50 fl. Es existirt auch eine gesetzliche Bestimmung, wonach die Rente auf die Hälfte gesetzt werden kann. Also eine Frau kann bei einem Unfall 25 fl. jährliche Rente bekommen! Die Bergarbeiter wären daher besser daran, wenn sie der allgemeinen Unfallversicherung unterstehen würden.

Das neue Bruderladengesetz, von dem man gesagt hat, daß es die Freizügigkeit hebe, bessert nichts. Im Jahre 1892 wurde ein Gesetz eingebracht, wonach einem Bergarbeiter von seinem Lohn 10 bis 15 fl. vorenthalten werden sollen, die der Unternehmer für sich behalten könnte, wenn ein Bergarbeiter die Arbeit unbefugt verläßt. (Hört! Hört!)

Auf die Verwaltung der Bruderlade haben die Bergarbeiter nicht den

geringsten Einfluß. Redner verliest ein Schriftstück der Bezirkshauptmannschaft Cilli, das sich auf einen von Dr. Verkauf vorgebrachten Fall bezieht.

Der Bezirkshauptmann von Cilli ist darin derselben Ansicht wie das Revierbergamt. Daß die Bergarbeiter schon längst der Ansicht sind, daß, wenn die Bruderladen-Ausschußmitglieder entlassen werden können, sie bei den Bruderladen nichts zu erreichen im Stande sind, beweist eine im Jahre 1892 in Voitsberg angenommene Resolution, in welcher es heißt, daß Bruderladen-Ausschußmitglieder wegen ihrer Thätigkeit und Fürsorge für die Mitglieder der Bruderlade nicht entlassen werden dürfen und bei Nachweisbarkeit einer solchen Entlassung die Urheber derselben einer Strafe verfallen und die Entlassenen wieder aufgenommen werden.

In derselben Resolution ist auch Aehnliches enthalten wie in der Resolution des Gen. Stark.

Zur Entschuldigung der Bergbehörde will ich erwähnen, daß die Bergbehörden zu Cilli in die Dienstordnung die Bestimmungen hineingenommen haben, daß Niemandem, der der Bruderlade angehört, definitiv gekündigt werden darf, was aber annullirt wurde. In einem Artikel der „Grazer Tagespost" vom 7. April heißt es: „Die Trifailer Kohlenwerks-Gesellschaft hatte im Jahre 1887 im Einvernehmen mit der Bergbehörde und den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft ihre seit dem Jahre 1859 bestandene Arbeits- und Aufsichtsordnung den neuen Anforderungen entsprechend geändert." Wie dieses Einvernehmen aussieht, will ich sagen. Ich habe hier einen Brief, in welchem ein Bergarbeiter schreibt, daß die Bruderladen-Ausschußmitglieder nicht mehr verlangen, als daß jeder Arbeiter, welcher einzahlt, auch zu seinem Rechte kommt. Er schreibt, daß der Direktor Terpotitz der Trifailer Kohlengewerkschaft verlangt, daß die Ausschüsse Alles zu seinen Gunsten beschließen und zu seinen Gunsten folgen. Ueberhaupt haben die Ausschüsse gar kein Recht und gar keinen Schlüssel von der Bruderladenkasse. Während dieser Zeit sind zehn Pensionisten in Pension getreten, ohne daß die Ausschüsse etwas wissen, was einer bekommt.

Sie sehen, daß das Verlangen der Bruderladen-Ausschüsse ein sehr geringfügiges war, aber trotzdem wurden sie entlassen. Wir könnten noch eine Unmenge hinzufügen. Wir sehen daraus, daß die Bergbehörde nichts Anderes ist als ein Werkzeug, das der Direktion machtlos gegenübersteht. Erinnern wir uns ferner, daß den Vorsitz bei den Ausschußsitzungen der Werksbesitzer oder Direktor hat. Man kann sich vorstellen, daß der Direktor, wenn er den Vorsitz hat und ein Bruderladen-Ausschußmitglied es wagt, ihm entgegenzutreten, er nicht viel Geschichten mit ihm macht. Es ist nicht nur unter den alten Bruderladen viel Unrecht vorgekommen, sondern auch unter den neuen.

Daß die Werksbesitzer nicht für die Zentralisation der Bruderladen sind. kann ich sofort beweisen. Im Voitsberg-Köflacher Revier will der Direktor mit aller Gewalt die Revier-Bruderlade weg haben und er hat diesbezüglich — und die Bergbehörde hat sich dazu hergegeben — das Statut geändert. In die Bruderlade dürfe Niemand mehr aufgenommen werden. So will man die Bruderlade saniren. Wie man vorgeht, bewies der im Jahre 1892 ausgebrochene Streik. Die Alten, welche Anspruch auf Provision haben, wurden entlassen, und so macht man es auch jetzt. Wenn eine Bruderlade nicht zu saniren ist, trachtet man, die alten Leute hinauszubringen, um die Bruderlade zu entlasten. In die Statuten der Krankenkasse einer Bruderlade hat man die Bestimmung hineingenommen, daß aus der Krankenkasse noch insbesondere zu bestreiten sind: 1. Die Kosten der kirchlichen Feierlichkeit am Geburtstage Seiner Majestät des Kaisers, am Frohnleichnams- und Barbaratage. 2. Bergmusik. 3. Schulbeitrag.

Das ist schon ein nach dem neuen Bruderladengesetz geändertes Statut. Sie sehen, was die Herren mit dem neuen Statut treiben. Wir sind der Ansicht, daß

es am besten ist, die Bruderladen so bald wie möglich wegzubringen. Wie lange dieses Durcheinander mit den Bruderladen unter den Bergarbeitern noch dauern wird, geht daraus hervor, daß es in einem Sanirungsvorschlage heißt: „Der Abgang per fl. 22.891·10 wird in dreißigjährigen Annuitäten à 1324 fl. gedeckt; hiezu haben jährlich die Mitglieder 662 fl. und ebenso die betheiligten Gewerkschaften 662 fl. nach Verhältniß der bei ihnen beschäftigten Mitglieder zu leisten." Die Verwaltung der Bruderladen, die bisher in den Händen der Werksbesitzer gelegen, die Werksbesitzer tragen Schuld daran, wenn in den Bruderladen nicht das nöthige Geld ist, weil sie zur Sanirung der Bruderladen beizutragen sich weigern.

Die Ansicht der Bergarbeiter ist, daß es die Pflicht der Werksbesitzer wäre, zur Sanirung der Bruderladen beizutragen. Aber aus dem neuen Gesetzentwurf kann man ersehen, daß keine Aussicht dazu vorhanden ist, daß die Unternehmer dazu verhalten werden sollen. Daher ist es am besten, wenn die Bruderladen überhaupt beseitigt würden, und ich empfehle Ihnen daher die Resolution des Gen. Stark.

Wie es mit der heutigen Altersversorgung aussieht, geht daraus hervor, daß, wie die Genossen von Voitsberg erzählen, bei der Auszahlung auf jedem Schacht sieben bis acht Werkelleute stehen, welche nichts Anderes sind als invalide Bergarbeiter. Einer dieser Leute bekommt eine Provision von fl. 2·85 monatlich. Die Funktion der Schiedsgerichte ist elend, das Sagorer Schiedsgericht hat die seit zwei Jahren eingebrachten Klagen noch nicht erledigt. Sorgen wir dafür, daß die Bergarbeiter aufgeklärt werden, daß es am besten ist, wenn sie die Bruderladen zum Teufel jagen.

Gen. Ehrlich (Graz): Ich will von den obersteierischen Revieren sprechen. In Aussee in Obersteier, wo Salinenarbeiter sind, ist ein Arbeiterverein gegründet worden, und die Blätter schrieben, daß es den Sozialisten nicht gelingen werde, die Salinenarbeiter zu gewinnen, da dieselben glänzend situirt seien. Ich erkundigte mich nun über die Löhne, und dieselben sind: Beim Eintritt in die Arbeit bekommen die Arbeiter einen Taglohn von 60 Kreuzer, nach mehreren Jahren steigt der Lohn bis auf 90 Kreuzer, Professionisten erhalten höchstens einen Gulden pro Tag. Jetzt wurde der Lohn um 10 kr. erhöht, aber in einer Kurstadt wie Aussee genügt diese geringe Erhöhung doch keineswegs. Was die Bruderladen in Obersteier anbelangt, hat die Alpine Montan-Gesellschaft, als sie die kleineren Werke im Eisenerz-Vordernberger Bezirk ankaufte, die Statuten aller Werke kassirt, und nur die zwei schlechtesten Statuten wurden beibehalten. Es ist das ein Statut vom Jahre 1858, in welchem gar nichts bestimmt ist, wie viel ein Bergarbeiter an Provision bekommen soll, es ist dies blos dem Ausschuß, respektive Bruderlade-Vorstand, d. h. der Bergverwaltung vorbehalten. Seit damals wurde das Statut sechsmal geändert, aber so, daß nur das, was etwa noch Gutes darin war, hinauskam. Dazu kommt noch ein Statut vom Jahre 1836, das noch in Kraft ist für jene Arbeiter, welche mit sogenanntem Dekret angestellt sind.

Bisher wurden die Schiedsgerichte bei den Bruderladen nicht erwähnt, die auch eine Triebfeder für die Bergarbeiter sind, die Aufhebung der Bruderladen zu fordern. Redner führt einen Fall aus Trifail an, in welchem einem Bergarbeiter, der beim Schiedsgerichte Einspruch erhoben hatte, daß ihm, trotzdem er einen doppelten Beinbruch erlitten hatte und für den Bergbau unfähig geworden war, keine Provision zugesprochen wurde, die Rückersetzung der Advokatenkosten mit fl. 53·92 von Seite der Bergdirektion pfändungsweise abbegehrt wurde. Nur dem Einschreiten der Genossen war es zuzuschreiben, daß der Verkauf der Keusche des armen Arbeiters verhindert wurde.

Redner begrüßt im Namen der obersteierischen Bergarbeiter die vom Genossen Stark vorgelegte Resolution und erklärt für dieselbe stimmen zu wollen.

Gen. Roscher (Reichenberg) begründet die von ihm vorgelegte Resolution.

Es genügt nicht allein die Sonderung der Kranken- und Unfallversicherung von der Bruderlade. Das heutige Bruderladengesetz muß aufgehoben und die Bergarbeiter unter das Gewerbegesetz gestellt werden. Eine solche Forderung widerspricht nicht den Prinzipien der Sozialdemokratie, wir wollen damit auch nicht beweisen, daß wir uns für das Gewerbegesetz erwärmen. Wir haben uns ja im Prinzipe für eine Reform der Gewerbeordnung ausgesprochen. Ich glaube aber, daß die Bergarbeiter, die den Achtstundentag noch nicht gesetzlich, nur auf Grund ihrer Stellungnahme gegenüber den Unternehmern erreicht haben, eine Verkürzung der Arbeitszeit innerhalb des Gewerbegesetzes am ehesten erringen können, wie es auch bei anderen Branchen möglich sein wird.

Gen. Neumann (Wien) spricht sich entschieden gegen den Antrag Roscher's aus. Der Antrag entspreche nicht den Wünschen der Bergarbeiter. Sie wollen sich die Ansprüche, die sie sich erworben haben, sichern — der Antrag Roscher nimmt ihnen die Sicherung der von ihnen erworbenen Ansprüche in Bezug auf Unterstützung, Alters-, Witwen- und Waisenversorgung. Den Wünschen der Bergarbeiter entspreche vielmehr die Resolution Stark. Auch würde er nicht empfehlen, einen neuen Punkt in die Prinzipien-Erklärung aufzunehmen. Er glaubt, daß der Parteitag nicht berufen ist, den Bergarbeitern etwas aufzuoktroyiren, was sie ganz bestimmt schädigen würde. Bezüglich der Arbeitszeit muß bemerkt werden, daß die Bergarbeiter auf dem Standpunkte der Erringung des Achtstundentages stehen und es sich daher nicht empfiehlt, sie in die Gewerbeordnung einzubeziehen, die ja den Elfstundentag festgesetzt hat. Redner empfiehlt daher die Ablehnung des Antrages Roscher.

Gen. Dr. Adler (Wien) schließt sich in Bezug auf die Resolution Roscher dem Gen. Neumann an. Es müsse aber auch gehandelt werden. Schon auf der Reichs-Konferenz vom Jahre 1893 wurde beschlossen, es möge sich mit der Bergarbeiterbewegung mehr befaßt werden, und zwar ist es nothwendig, daß diese Frage nicht nur in den Provinzen, sondern auch in Wien besprochen werde. Redner glaubt im Namen der Parteivertretung die Erklärung abgeben zu können, daß in der allernächsten Zeit hier in Wien und in allen Hauptstädten eine Agitation sich entwickeln wird. Zu diesem Zwecke verlangen wir aber die Unterstützung der Bergarbeiter selbst.

Referent Dr. Verkauf (zum Schlußwort) will nur noch aus praktischen und taktischen Gründen einen Punkt hervorheben, nämlich die Frage der Sanirung im Falle, daß dasjenige durchgeführt werden solle, was der Parteitag beschließt. Es ist die Frage: Wie sieht die Sanirung aus, wenn eine Reichs-Zentral-Bruderlade errichtet werden sollte. Die Frage wird nicht nur von Feinden, sondern auch von Freunden mit Recht aufgeworfen. Ich will daher in kurzen Worten ausführen, wie ich mir die Sache denke. Heute ist es eine dringende Nothwendigkeit, daß bei den Bruderladen das sogenannte Deckungsverfahren durchgeführt wird. Ich will in kurzen Worten die Differenzen zwischen dem Deckungs- und dem Umlageverfahren hervorheben. Das erstere fordert solche Einzahlungen von den Versicherten und Unternehmern, daß jederzeit aus dem vorhandenen angesammelten Kapital unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Aufzehrung dieses Kapitals die Renten bemessen werden können. Wenn also ein Werk etwa eingestellt wird, müssen die Renten der Anspruchsberechtigten gedeckt sein. Beim Umlageverfahren, wie es auch in Deutschland bei der Unfallversicherung durchgeführt ist, werden am Ende des Jahres die Auslagen des abgelaufenen Jahres festgestellt; diese werden dann auf die verschiedenen Theilnehmer, die die Einzahlungen zu leisten haben, umgelegt. Es ist klar, daß beim Deckungsverfahren viel größere Beiträge aufgebracht werden müssen, als beim Umlageverfahren.

Mein Projekt in Bezug auf die Sanirung basirt auf diesem Unterschied. Es ist einleuchtend, daß bei einzelnen Bruderladen nothgedrungen das Deckungs-

verfahren stattfinden muß. Denn wenn ein einzelnes Werk eingeht, muß alles Vermögen vorhanden sein, das zur Bestreitung der Renten nothwendig ist. Sonst müssen die Anspruchsberechtigten um ihre Ansprüche kommen. Bei der ganzen Großindustrie ist es ganz gut möglich, daß man mit einem Umlageverfahren sein Auslangen findet. Die ganze Großindustrie geht nicht zu Grunde. Wiewohl ich nun im Prinzip das Deckungsverfahren vorziehe und speziell als Vorzug der österreichischen Gesetzgebung auf diesem Gebiete anerkenne, das Deckungsverfahren gegenüber dem deutschen Umlageverfahren eingeführt zu haben, muß ich doch sagen, bei einem so außergewöhnlichen Falle einer Sanirung sind wir anstatt auf Grund der strengen Durchführung des Deckungsverfahrens durch eine Kombination von Umlage- und Deckungsverfahren in der Lage, eine Sanirung herbeizuführen. Das vorhandene Vermögen geht dann auf die Zentral-Bruderlade über, die Auslagen der Zentral-Bruderlade werden nicht mehr gedeckt, sondern umgelegt, dabei aber in höherem Maße als nothwendig ist, damit der Reservefond dennoch gesteigert und die Umlage sich nicht jährlich in zu großen Maße vermehre. Denn das ist die Eigenthümlichkeit des Deckungsverfahrens, daß die Beiträge von Jahr zu Jahr sich steigern. Um allzu exorbitante Steigerungen zu verhüten, ist es nothwendig, daß das Umlageverfahren nicht ganz rein durchgeführt, sondern etwas mehr eingehoben wird. Auf dieser Grundlage ist es nöthig, eine Sanirung durchzuführen. Allerdings müßte dabei aber auch der Staat einigermaßen in Kontribution gesetzt werden, und allerdings müßten die Herren Unternehmer, die bis 1892 nichts gezahlt oder nur geringe Bruchtheile für die Bruderladen beigetragen haben und die, trotzdem sie nichts gezahlt haben, die Mißwirthschaft und schlechte Verwaltung auf dem Gewissen haben, gleichfalls zu irgend einer Betheiligung herangezogen werden. Auf diese Weise ist ohne versicherungstechnische Untersuchungen und jahrelange Studien, wie sie bei uns seit 1882 angestellt werden, eine Sanirung der Bruderladen in ganz absehbarer Zeit durchführbar. Ich habe dies vorgebracht, damit Sie draußen, wenn Sie über die hier gefaßten Beschlüsse Rechenschaft ablegen, auch Rede und Antwort stehen können.

Weiteres vorzubringen, halte ich nicht für erforderlich. Das Material ist genügend erschöpft und ich fürchte, Ihre Geduld in noch höherem Maße in Anspruch zu nehmen. Ich schließe damit, daß ich Sie bitte, der Resolution des Genossen Stark Ihre Zustimmung zu ertheilen. (Lebhafter Beifall.)

Es wird hierauf der Antrag Simon Stark zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen. (Bravo!)

Der Antrag Roscher wird abgelehnt.

Es wird zum Punkt VI **„Parteipresse“** zurückgegangen.

Es liegt ein Antrag des Gen. Haidt (Schärding) vor:

„Beim Punkt „Parteipresse“ ist je ein Redner für und ein Redner gegen die Anträge zuzulassen, doch steht es jedem Antragsteller frei, seinen Antrag, wenn es noch nicht geschehen, zu begründen.“

Nach kurzer Debatte angenommen.

Gen. Roscher erklärt diesen Antrag für undurchführbar.

Auf Antrag des Gen. Dr. Adler wird der Beschluß annullirt.

Gen. Czasny (Proßnitz, tschechisch) empfiehlt entgegen den Ausführungen des Gen. Koczka die Herausgabe blos von Flugblättern.

Gen. Behr (Aussig) wendet sich gegen den Antrag, daß die Wiener Genossen allein die Anstellungen bei der Parteipresse zu besorgen haben. Es könnte sich vielleicht die Nothwendigkeit ergeben, daß Leute aus der Provinz, welche den Wiener Genossen nicht sympathisch sind, gerade bei den Parteiorganen angestellt werden. Redner empfiehlt die Annahme des Antrages, daß der Parteitag den Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ zu wählen hat. Es wird sich wohl nicht in allen Fällen thun lassen, daß ein Parteitag über die Anstellung eines Redakteurs

entscheidet. Man wird dann den Redakteur provisorisch anstellen müssen. Der Parteitag soll jedesmal eine Neuwahl (nicht in dem Sinne, daß immer ein anderer Redakteur werden muß) vornehmen.

Was den Antrag betrifft, daß zur Agitation unter den Bauern Flugschriften ausgegeben werden sollen, so ist es schwer, unter den Bauern Boden zu gewinnen. Die Bauern geben sehr schwer Geld heraus. Deshalb müssen die Flugschriften sehr billig und volksthümlich geschrieben sein.

Gen. Köhler (Haindorf): In unserer Organisation beharren wir darauf, daß die „Arbeiter-Zeitung", die „Arbeiterinnen-Zeitung" und die „Glühlichter" Organe der Gesammtpartei seien. Mit der Haltung der „Arbeiter-Zeitung" sind wir vollständig einverstanden. Bezüglich der Bauernzeitung schließe ich mich dem Antrag des Gen. Behr an. Wir brauchen Broschüren, um bei den Bauern zu wirken. Der Kalender, wünsche ich, möge volksthümlicher geschrieben werden. Auch wünschen wir, daß der Kalender in Wien herausgegeben werde und die Form des „Neuen Welt-Kalender" habe.

Gen. Jobst (Asch) spricht sich gegen die Herausgabe eines Bauernblattes und gegen den Antrag des Gen. Silberberg bezüglich des Vereines zum Zwecke der Geldsammlung für ein tägliches Blatt aus. Durch das in Böhmen neu herausgegebene Blatt „Volksstimme" werden die in Böhmen bereits bestehenden Blätter geschädigt werden. Auch glaubt Redner, daß kein Bedürfniß für dieses Blatt vorhanden sei, und daß es mit Schulden arbeiten werde.

Hierauf werden die Verhandlungen abgebrochen und die Sitzung um $^{1}/_{2}7$ Uhr Abends geschlossen.

Siebenter Verhandlungstag am 31. März 1894.

Beginn der Sitzung halb 9 Uhr Vormittags.

Vorsitzender Gen. Zeller (Reichenberg).

Die Diskussion über den Punkt „Parteipresse" wird fortgesetzt.

Gen. Saska (Innsbruck): Die Verhältnisse in Tirol und Vorarlberg liegen derart, daß wir ein italienisches Blatt gründen, denn es ist unmöglich, anders als durch die Presse bei der italienischen Arbeiterschaft einzudringen. Die Schwierigkeiten bei der Gründung eines italienischen Blattes sind wohl groß und wir begnügen uns damit, daß die Parteivertretung beauftragt wird, ehestens Vorkehrungen zu treffen, daß in kürzester Zeit die Herausgabe einer mindestens monatlich einmal erscheinenden Agitationsschrift in italienischer Sprache ermöglicht werde. Wir haben nicht allein mit den Südtirolern zu rechnen, sondern auch mit den Italienern, die im ganzen Reiche verbreitet sind. Viele Fabrikanten ziehen dort, wo sich die Deutschen die niederen Löhne und die jetzige Behandlungsweise nicht gefallen lassen, italienische Arbeiter heran. Um diese für unsere Partei und die Fachorganisation zu gewinnen, müssen wir eine italienische Presse zur Verfügung haben. Die Früchte werden nicht ausbleiben. Die italienische Arbeiterbewegung wird entsprechende Fortschritte machen. In Orten, wo es möglich ist, ohne die Presse mit der italienischen Arbeiterschaft Fühlung zu nehmen, erklären sich die Italiener mit den Deutschen solidarisch. Am 1. Mai haben die italienischen Maurer in Bozen und Meran mit den Deutschen gefeiert.

Wegen Mangel an Sprachkenntnissen fehlt es uns an Agitationskräften, die müssen durch die Presse ersetzt werden. Wenn uns nichts zur Verfügung steht, können wir nichts machen.

Was die Gründung einer Bauernzeitung anlangt, bin ich nicht dafür, trotzdem wir in der Landbevölkerung schon Anhang haben, jetzt schon für eine solche einzutreten, es genügt, nach dem Antrage Behr für entsprechende Flugschriften zu sorgen.

In Bezug auf die Provinzpresse möchte ich, daß der Bezirks-Konferenz die Entscheidung überlassen bleibt, ob sie es für nothwendig findet, innerhalb ihres Wirkungskreises ein Blatt zu gründen, und daß sich nicht die ganze Partei einmischt. Gerade seit wir in Tirol und Vorarlberg die Volkszeitung haben, breitet sich unsere Bewegung weiter aus, und wir wollten gerne unser Blatt wöchentlich erscheinen lassen.

Gen. Neander (Linz): Die oberösterreichische Landes-Konferenz wollte ein eigenes Blatt für Oberösterreich gründen, wir in Linz haben uns dagegen gewehrt, weil wir die Zahl der passiven Blätter nicht vermehren, sondern die jetzt bestehenden Blätter unterstützen wollen, um letztere leistungsfähiger zu stellen.

So nothwendig auch eine Agitation unter der Landbevölkerung ist, muß ich mich doch dem Antrage Koczka, eine Bauernzeitung zu gründen, entgegenstellen. Man muß nicht gerade mit dem Momente, wo man in die Agitation eintritt, mit einer Zeitung kommen. Der Antrag des Gen. Behr ist praktischer. Die Beilage „Bauernstube" hat sich bewährt, weil dadurch die Bauern für die anderen Sachen auch Verständniß bekommen.

Ich bin beauftragt, dafür einzutreten, daß die „Arbeiter-Zeitung“, die „Arbeiterinnen-Zeitung“, die „Glühlichter“ in's Eigenthum der gesammten Partei übergehen. Die Wiener Organisation verlangt Einfluß auf die Zeitungen. Wir haben den Wienern schon zwei Stimmen in der Kontrole zugestanden. In Bezug auf Personenfragen stehe ich auf dem Standpunkte, daß die Parteivertretung den einzigen Einfluß habe. Man spricht hier so viel von Mißtrauen, daß wir bald Mißtrauen in dieses Mißtrauen haben werden. (Heiterkeit.) Es sieht die Sache wie ein Kampf um die Herrschaft aus; wenn die Einen behaupten, daß nichts daran wäre, warum bewerben sie sich so darum?

Wir wollen auch in Bezug auf das Inseratenwesen den Wunsch ausdrücken, daß die Inserate etwas gesichtet und nicht Inserate, wie sie in den bestehenden Tagesblättern vorkommen, aufgenommen werden. Bei einem täglich erscheinenden Blatte hat es einen Haken, da die Kosten der bisherigen Zeitung schwer zu erschwingen sind. Wir aus Oberösterreich stimmen für die Anträge der Parteivertretung.

Gen. Seliger (Teplitz) begründet seinen Antrag, die in Teplitz erscheinende „Volksstimme“ als Parteiorgan anzuerkennen. Er schildert die Entstehungsgeschichte dieses Blattes. Nachdem sich die Nothwendigkeit gezeigt hat, ein eigenes Blatt in Teplitz zu haben, haben sich die Genossen von Teplitz zuerst mit den Genossen in Aussig in's Einverständniß gesetzt, damit eines der beiden in Aussig erscheinenden Blätter („Fackel“ und „Freigeist“) fortan nach Teplitz verlegt werde. Berner war jedoch damit nicht einverstanden und so sah man sich veranlaßt, ein eigenes Blatt in Teplitz zu gründen, und zwar hauptsächlich auch deshalb, um ihn (Redner) in Teplitz als Redakteur zu erhalten, da man einen Agitator für Teplitz brauchte.

Redner bittet, die „Volksstimme“ als Parteiorgan zu erklären, nicht etwa, um die Unterstützung der Partei zu erlangen, sondern um das Renommée des Blattes zu heben.

Gen. Koczka (Floridsdorf) spricht sich sehr entschieden für die Annahme seines Antrages, betreffend die Gründung einer selbstständigen Bauernzeitung, aus. Er sei schon seit dem Jahre 1890 für diese Idee eingetreten und arbeite seit dieser Zeit fortwährend daran. Es handle sich keineswegs darum, daß er (Redner) Redakteur werde, sondern darum, daß durch ein selbstständiges Bauernblatt die Agitation unter den Bauern fortwährend in Athem gehalten werde. Redner glaubt, daß in der Redaktion der „Volkstribüne“ genug Material vorhanden ist, um auch ein selbstständiges Bauernblatt herauszugeben. Es genüge nicht, Flugschriften herauszugeben, die ja immer nur eine einzige Frage behandeln und nur in sehr langen Zwischenräumen erscheinen. Wenn man sagt, daß man zuerst Bauernversammlungen abhalten und eine Organisation schaffen soll, so würde gerade umgekehrt eine selbstständige Bauernzeitung sehr viel für eine Organisation bedeuten, eine Zeitung, die für die Interessen der Bauern auf Grund des Hainfelder Programms eintritt.

Redner gibt die Versicherung, daß er in seinem Bezirke (Floridsdorf) 500 bis 600 Abonnenten für eine Bauernzeitung zusammenbringen und daß auch in den meisten Organisationsbezirken 70 und mehr Abonnenten aufgebracht werden könnten. Sollte sein Antrag, so wie von der Landes-Konferenz, auch vom Parteitage abgelehnt werden, so werde man ihm keinen Vorwurf machen können, wenn er die Sache selbstständig in die Hand nehme.

Gen. Zadnik (Triest): Ich kann mich nicht vollständig dem Antrage des Gen. Saska anschließen. Das italienische Blatt müßte, wie Gen. Popp gesagt hat, in Wien erscheinen. In Triest bieten die Polizeiverhältnisse ein unüberwindliches Hinderniß. Drei andere Hindernisse sind noch da: Mangel an Kraft, Un-

klarheit der Leute, leidenschaftlicher Nationalismus. Es fehlen die Vorbedingungen für die Organisation der italienischen Arbeiter. Ich bin aber dafür, daß von Zeit zu Zeit Flugschriften oder Broschüren herausgegeben werden. Es sind in Italien neuerdings Uebersetzungen von deutschen Schriften erschienen, die sich zur Agitation eignen. Aber die Genossen machen keine Propaganda.

In Triest z. B. ist die „Lotta di classe“ nicht zu sehen, obwohl es leicht und gefahrlos wäre, sie zu verbreiten. Ich schließe mich der Resolution des Genossen Resel an, die slovakische Bevölkerung steht uns näher als die italienische. Betreffs der „Arbeiter-Zeitung“ bin ich dafür, daß sie Zentralorgan wird und, um der Lokalnörgelei die Spitze abzubrechen, der Zusatz gemacht wird, daß im Einvernehmen mit der österreichischen Landesorganisation die administrativen Angelegenheiten geregelt werden.

Gen. Brügel (Wien) wünscht, daß nach dem Muster der deutschen „Neuen Welt“ eine Unterhaltungsbeilage für die gesammte Presse gemacht wird. Der Durchführung dieses Antrages stellt sich nur das finanzielle Hinderniß entgegen. Der heute bestehende Theil der „Arbeiter-Zeitung“, der der Unterhaltung gewidmet sein soll, ist in keiner Weise entsprechend. (Gen. Dr. Adler: So!) Daß die „Arbeiter-Zeitung“ volksthümlich geschrieben werden soll, war nur ein Wunsch der Genossen, kein Antrag. Die Genossen haben darauf hingewiesen, daß seit einer längeren Zeit eine Artikelserie über Naturwissenschaft erscheint, die wissenschaftlich auch interessant, aber durchaus nicht dem Fassungsvermögen der Arbeiter angepaßt ist. (Gen. Dr. Adler: Oho!) Ich erinnere nur daran, daß vor einigen Tagen ganze Formeln von Integral- und Differential-Mathematik vorgekommen sind. Bezüglich des Romanes sind die Genossen des XIX. Bezirkes der Ansicht, es mögen sich nicht so lange Romane bandwurmartig durchschlingen, es mögen vielmehr kurze Erzählungen gebracht werden. Wir wollen für alle Wochenblätter eine einheitliche Unterhaltungsbeilage. Hatte doch auch die „Gleichheit“ eine solche Unterhaltungsbeilage.

Der Antrag bezüglich Herausgabe des stenographischen Protokolls ist durch die über alle Erwartung rasche Fertigstellung desselben hinfällig geworden.

Ich glaube nicht, daß durch die Kolportage des Parteiprogramms das stenographische Protokoll beeinträchtigt wird, es handelt sich da um andere Kreise. Es gibt eine große Zahl Indifferenter, die nicht die Parteiprotokolle kaufen, die aber leichter dazu zu haben sein werden, den Organisationsentwurf und das Programm vielleicht um einen Kreuzer zu kaufen.

Bezüglich der Fremdwörter wäre es wünschenswerth, statt einen „Sprechsaal“ zu eröffnen, in Klammern das deutsche Wort beizufügen. Ich schließe mich dem Antrag der Genossen des XIX. Bezirkes an.

Gen. Fraenkel (Lemberg): Eine spezielle Kontrole würde die „Arbeiter-Zeitung“, das Organ der Gesammtpartei, in eine größere Abhängigkeit von der niederösterreichischen Landesorganisation stellen, das wollen wir nicht; ich bin daher gegen den Antrag des Gen. Schuhmeier. Betreffs des Jargonblattes bemerke ich, daß wir Tausende von jüdischen Proletariern in Galizien für die Bewegung gewinnen können. Sie unterscheiden sich von den Christen dadurch, daß sie alle lesen. Sie sind zwar Analphabeten im Sinne der Statistik, weil sie keine zivilisirte Sprache lesen. Sie lesen aber alle im Jargon. Bekanntlich ist unter den Juden eine große Literatur, kleine Historien mit Märchen und Fabeln, die sogenannten „Maanses“, verbreitet. Diese werden um 2, 3 kr. verkauft. Wir sind überzeugt, daß wir Viele gewinnen können. Die Ziffer in meinem Antrag habe ich nur darum gegeben, um anzudeuten, daß es sich um eine kleine Summe handelt, verzichte aber auf eine ziffermäßige Feststellung, wenn es für besser erachtet wird. Es genügt, wenn der Parteitag beauftragt wird, das Blatt zu unterstützen.

Gen. Haidt (Schärding): Mit einer Bauernzeitung kann nicht viel ge-

macht werden. In Oberösterreich bekommen die Bauern die Zeitungen geschenkt, sie werden sich daher schwer dazu bewegen lassen, Blätter zu kaufen. Anders ist es mit den Flugschriften, die zu einem Spottpreise herausgegeben werden können. „Der Bauernfreund" mußte zu den Liberalen abschwenken, von denen er sich unterstützen ließ. Wenn wir mit der Agitation vorwärts schreiten, so werden die Bauern auch die Arbeiterblätter lesen.

Vorsitzender verliest einen Brief des Gen. Krapf (Wien), ferner eine Erklärung der Genossen des XVII. Bezirkes, dahingehend, daß die Genossen des XVII. Bezirkes ihren Antrag behufs Gründung eines Vereines zur Aufbringung der Geldmittel zur Ermöglichung des täglichen Erscheinens der „Arbeiter-Zeitung" zu Gunsten des Antrages Silberberg zurückziehen. In der Zuschrift wird behauptet, daß die Redaktion, respektive Administration vorläufig die Beschlüsse der Preß-Kommission einfach nicht respektirt. (Siehe Inserat „Peter's Nachfolger".)

Gen. Schuhmeier (Wien): Gen. Dr. Adler hat gemeint, daß die Preß-Kommission nicht verschwinden wird; die Preß-Kommission wurde von der Landes-Konferenz eingesetzt und kann erst auf der nächsten Landes-Konferenz wieder beseitigt werden. Gen. Dr. Adler hat gemeint, daß die Preß-Kommission genug mit den Beschwerden zu thun habe. Das wollen wir absolut nicht haben.

Was die Anstellung bei der Parteipresse betrifft, so hat die Parteivertretung bisher immer den Nagel auf den Kopf getroffen, sie würde es auch in Zukunft treffen, aber ich glaube, daß wenn unser Antrag angenommen würde, wir in vollster Harmonie arbeiten würden.

Was die Bauernzeitung betrifft, so sind die in die Bewegung gezogenen Bauern Sozialdemokraten und begnügen sich mit der Kost, die wir ihnen bieten, und brauchen keine separate Kost. Ich stimme mit Gen. Haidt hierin überein.

Was die Unterstützung des polnischen Blattes betrifft, so soll ein bestimmter Betrag ausgeworfen werden.

Gen. Grünwald (Wien): Ich habe Ihnen einen Antrag vorgelegt, welcher die Zentralisirung der Parteiorgane bezweckt: er lautet:

> Der Parteitag beauftragt die aus der Landes-, respektive Kreisorganisation gewählten Preß-Kommissionen, die in ihrem Lande, respektive Kreise erscheinenden Parteiorgane nach über eigenes Ermessen zu bestimmendem Bedarfe zu kontroliren und hierüber an die Reichs-Kontrole zu berichten.

Wenn in einem jeden Lande die Lokal-Preß-Kommissionen die Kontrole der im Lande erscheinenden Parteiorgane übernehmen würden, dann würden auch die weitläufigen Debatten auf dem Parteitage ausgeschlossen sein.

Gen. Roscher (Reichenberg): Ich habe mich betreffs der Kontrole zum Worte gemeldet. Für mich geht aus der Zusammensetzung der Kontrole hervor, daß die Kontrole ihre Funktion nicht erfüllen kann, weil die Verständigung nur in einer Hauptfrage zu umständlich wäre. Es muß eine bestimmte Korporation das Recht zu handeln haben. Ueber Alles, was die Parteivertretung thun soll, soll einer Korporation, welche jederzeit in der Lage ist, einzugreifen, die Kontrole zugesprochen werden, mit dem Vorbehalt, daß die schon gewählte Kontrol-Kommission über dieser steht.

Ich muß mich schließlich gegen die Gründung einer Bauernzeitung aussprechen und bin nur für die Herausgabe von Flugschriften. Den Antrag betreffs der Jugendschriften unterstütze ich.

Gen. Gerin (Wien, italienisch) stimmt dem Antrage Saska zu. Genosse Dr. Adler hat finanzielle Verhältnisse dagegen angeführt. Das ist aber nicht

vollbeweisend. Es gibt nicht nur in Südtirol Italiener, auch in Friaul, im ganzen Küstenlande. Wie in Tirol der Klerikalismus, bedrängt dort der Nationalismus unsere Partei. Beiden gegenüber müssen wir energisch auftreten. Wenn von Italien die Arbeiter dort mit Parteiblättern und von uns aus mit solchen Blättern in italienischer Sprache überschwemmt werden, werden die Arbeiter nicht dem konzentrirten Feuer der Agitation widerstehen können und werden für uns gewonnen.

Gen. Eldersch (Brünn) referirt, daß der Arbeiter-Kalender im Jahre 1893 einen Reinertrag von fl. 868·38 abgeworfen hat, wovon 300 fl. zum Ersatze eines Kautionsverlustes verwendet wurden. Die Anträge, daß sämmtliche Parteiblätter als Verleger zeichnen, sowie daß die Erzählungen populärer geschrieben werden sollen, akzeptirt er. Es ist vorgesorgt worden, daß der Kalender in belletristischer Beziehung reicher ausgestattet wird als bisher.

Gen. Rieger (Brünn) vertritt den Antrag, aus dem Kalender das Jahrmarktsverzeichniß, das 29 Seiten beansprucht, auszuscheiden und den Platz für Besseres zu verwenden.

Gen. Hybes (Brünn) ersucht im Namen des Gen. Prohaska (Budweis), das Blatt der südböhmischen Parteigenossen „Budoucnost", das durch die Staatsanwaltschaft hart bedrängt wird, durch Abonnements wenigstens in den Vereinen zu unterstützen.

Gen. Hauschka (Wien) begründet den Antrag, daß die „Arbeiter-Zeitung" volksthümlicher geschrieben und im Sprechsaal die Fremdworte verdolmetscht werden. Er verweist im Verlauf der Rede auf die „Gerechtigkeit", die sich durch Anpassung der Schreibweise in viele Kreise der Bauern und Kleingewerbetreibenden eingeschlichen hat. Er fordert die „Volkstribüne" auf, der „Gerechtigkeit", die einen Artikel der ersteren Zeitung, „Klerikale Waffen", aufgegriffen und geschmäht hat, doch endlich zu erwidern. Sonst verliert die „Volkstribüne" ihre Wirkung als Agitationsmittel.

Gen. Schuhmeier (Wien — zu einer persönlichen Berichtigung): Es geht nicht an, daß die „Volkstribüne" aufgefordert wird, daß sie auf die Anwürfe der „Gerechtigkeit" antwortet. Sonst könnten die Verfasser des Artikels in der „Gerechtigkeit" glauben, ich bin durch den Parteitag gezwungen worden. Ich habe als Herausgeber der „Volkstribüne" in dem Blatte zu Gunsten unserer Idee etwas Besseres zu thun, als mich mit der „Gerechtigkeit" herumzuschlagen.

Referent Popp (zum Schlußwort): Ich muß mich zunächst gegen die Ausführungen des Gen. Feigl wenden, welcher gesagt hat: Ist denn die „Arbeiter-Zeitung" nicht Zentralorgan, wenn die Wiener Genossen auf die Anstellung Einfluß haben? Ich wundere mich, daß eine Parteivertretung gewählt wurde, der man die verantwortungsvollsten Dinge anvertraut, aber nicht die Anstellung einzelner Personen. Gegen Schuhmeier bemerkt Referent, daß selbst die Anstellung von Falzern Streitigkeiten und Vorwürfe zur Folge gehabt hat. Wir haben nämlich früher arbeitslose Buchbinder zur Expedition verwendet; da aber in Folge dessen die Expedition drei Tage gedauert hat, mußten wir gelernte Expeditoren anstellen, die das in drei Stunden besorgen. Man hat uns aber deshalb lebhafte Vorwürfe gemacht. Eine weitere Mißhelligkeit betrifft den heutigen Administrator Stern. Derselbe ist gegenwärtig Mitglied einer Gewerkschaft, nämlich der der Meerschaumdrechsler.

Gen. Feigl: Vor dem Parteitag hat er sich einschreiben lassen, damit Sie das sagen; ich war dabei.

Referent Popp: Ich bitte mir nicht solche Unterschiebungen zu machen. — Wir hatten in der Administration verschiedene Mißhelligkeiten; Niemand konnte sich da zurechtfinden. Gen. Höger hat uns, da wir einen geschulten Menschen brauchten, den Stern empfohlen und ihn als anständigen Menschen bezeichnet. Wir

haben ihn akzeptirt, und heute kann ich sagen: Er ist ein anständiger Mensch und seiner Funktion gewachsen. Deshalb, weil dieser Mensch nicht Allen zu Gesichte steht, wird er von allen Seiten angefeindet und werden der Parteivertretung die lebhaftesten Vorwürfe gemacht. Die Wiener Genossen sagen: Wir verlieren den ganzen Einfluß auf die Parteivertretung. Das ist unrichtig. Die „Arbeiter-Zeitung" hat ihren größten Absatz in Wien, und eben dadurch haben die Wiener den größten Einfluß. Wenn sich die „Arbeiter-Zeitung" den Wiener Verhältnissen nicht anpassen würde, könnte sie gewiß nicht in so großer Auflage in Wien Verbreitung finden. Die Parteivertretung geht aber noch weiter und sagt: Es wird speziell ein Theil der „Arbeiter-Zeitung" so gehalten, daß die Wiener Genossen auf denselben vollständigen Einfluß haben.

Selbstverständlich muß sich die Kontrole auch auf die finanzielle Seite erstrecken, und wenn die Kontrolore ihre Pflicht ernst nehmen, so werden sie auch die Kontrole der Kassagebahrung alle Wochen oder alle 14 Tage vornehmen, und wenn sie eine Unregelmäßigkeit finden, werden sie sofort die Reichs-Kontrole einberufen.

Es wurde angedeutet, es könnte sich bei der Anstellung eine „Vetternwirthschaft" herausbilden. Gen. Silberberg hat gesagt, es ist noch nicht geschehen, aber es könnte geschehen. Die Wiener Genossen verstehen, worauf Gen. Silberberg angespielt hat. Es ist gefährlich, wenn ein Genosse solche Anspielungen macht, insbesondere wenn es ein intelligenter Genosse ist, der sich sehr konkret auszudrücken weiß. (Gen. Wels: Vetternwirthschaft!) Gen. Wels veranlaßt mich, diesen konkreten Fall dem Parteitag vorzulegen:

Als im Oktober, gerade als die Wahlrechtsbewegung ihren Höhepunkt erreicht hatte, beschlossen wurde, die „Arbeiter-Zeitung" zweimal wöchentlich erscheinen zu lassen, mußte das Personal für die Expedition um zwei Personen vermehrt werden, und nun sind Vorschläge gemacht worden; ein Buchbinder, gegen den ja nichts eingewendet wurde, und ein zweiter Genosse sind angestellt worden, der Bruder meiner Frau, der Gen. Dworzak; aber damals hat noch Niemand eine Ahnung gehabt, daß die damalige Genossin Dworzak meine Frau werden wird. Dworzak ist nicht auf meinen Antrag angestellt worden, sondern auf den Vorschlag des Gen. Dr. Adler, der damals noch keine Ahnung gehabt hat, daß die Genossin Dworzak meine Frau wird. Das ist also die Vetternwirthschaft, auf welche Gen. Wels anspielt. Gen. Dworzak ist Weber, er steht in der Organisation seit langer Zeit. Der Mann hat fünf Kinder und ist mit seiner Familie langsam verhungert, in Folge dessen hat Gen. Adler den Antrag gestellt, daß er akzeptirt werden soll, aber die Parteivertretung hat ihn nicht allein akzeptirt, sondern es wurde in dieser Angelegenheit dem Landesausschuß berichtet und im Einvernehmen mit demselben ist der Gen. Dworzak angestellt worden. Nachträglich erst hat sich der Sturm erhoben, es hat geheißen, der Mensch hat Schulden u. s. w., es hat sich aber herausgestellt, daß das nicht wahr ist.

Wenn der Gen. Wels ruft „Vetternwirthschaft", soll er mich berichtigen und das Gegentheil beweisen. Nun, Genossen, es sind das Alles kleinliche Streitigkeiten, man soll nicht immer nörgeln, nicht die großen Fragen aus den Augen lassen und das Lebensinteresse der Partei dabei vernachlässigen. Diese Nörgeleien sind eingerissen, und diese sind es, welche die Parteivertretung veranlaßt haben, den Antrag beim Parteitag zu stellen. Ich erkläre aber nochmals, daß wir den Wiener Genossen den größtmöglichen Einfluß in jeder Beziehung vorbehalten, schon aus praktischen Klugheitsgründen. Gen. Schuhmeier hat aber auch angeführt und stellt den Antrag, den die niederösterreichische Landesorganisation beschlossen hat. Genossen, die niederösterreichische Landesorganisation hat das Recht, einen Beschluß zu fassen, der Parteitag hat aber das Recht, Beschlüsse der niederösterreichischen Landesorganisation aufzuheben. Der Parteitag ist dazu kompetent.

Ich anerkenne das, was die Wiener Genossen wollen, weil ich weiß, daß sie es gut meinen, weil die Genossen sehr viel dazu beigetragen haben, daß die Partei auf dem jetzigen Standpunkte steht. Wenn sie sich fürchten, daß bei der Besetzung ein Mißbrauch getrieben werden kann, so kann ja in der Redaktion, auf welche sie sich des Einflusses begeben haben, ein noch größerer Mißbrauch getrieben werden.

Der Gen. Feigl hat sich dagegen ausgesprochen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" Organ der Gesammtpartei sein soll, und er hat gesagt, daß die damalige Genossin Dworzak selbst gewünscht hat, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" unter der Landesorganisation stehe. Daraus folgt nur, daß sie der Ansicht war, daß der Parteitag das Blatt in seine Kompetenz nimmt. Aber Gen. Feigl deduzirt, daß die Genossin Dworzak das Blatt dem Landesausschuß überweisen wollte. Die Genossin Dworzak wollte aber nur, daß der Parteitag sofort die „Arbeiterinnen-Zeitung" als selbstständiges Organ erkläre, damit die Frage nicht von der Parteivertretung verschleppt werde. Gen. Feigl wird sich auf das Protokoll berufen, und obwohl ihm meine Frau, bevor er auf die Tribüne getreten ist, gesagt hat, daß das Protokoll in diesem Punkte nicht richtig ist, so hat er es doch hier gesagt.

Auf die „Glühlichter" brauche ich nicht zurückzukommen. Ich wünsche aber nicht, daß, wie Gen. Dr. Adler es wünscht, gesagt werde, es wird ein italienisches Blatt erscheinen, wenn es möglich ist; es soll präzise gesagt werden, ob es möglich ist oder nicht. Man soll nicht Gelegenheit zu Vorwürfen geben, daß man die Möglichkeit nicht ergriffen habe; wir haben vor zwei Jahren Jugendschriften herauszugeben beschlossen, wenn es möglich ist, und sie sind noch nicht erschienen, es liegt wieder ein Antrag darüber vor. Man soll lieber nichts in Aussicht stellen, wenn keine Hoffnung auf Verwirklichung vorhanden ist. Sie können aber die Parteivertretung beauftragen, daß alle Vorkehrungen zu treffen sind, um das italienische Blatt herauszugeben.

Was die Unterstützung des polnischen Jargon-Blattes betrifft, so bin ich für eine genau bestimmte Unterstützungssumme. Ich unterstütze den Antrag, wenn der Parteivertretung die Mittel durch einen Beschluß des Parteitages geboten werden.

Der Antrag Grünwald ist überflüssig in Folge der Bestimmung des Organisationsentwurfes, daß vierteljährig die Berichte der Bezirks-Kommissionen an die Reichs-Kontrole erstattet werden müssen. Zum Berichte gehört auch der Bericht über die Presse, und die Reichs-Kontrole muß der Kontrole der Kreisorganisation Glauben schenken.

Der Antrag Resel bezweckt die Anerkennung und Unterstützung des slovenischen Blattes „Delavec". Die Nothwendigkeit des Blattes ist schon auf dem letzten Parteitage anerkannt worden und die Parteileitung wird, wenn die slovenischen Genossen das Blatt als richtig geleitet anerkennen, als Organ der Partei nach Möglichkeit unterstützen.

Den Antrag Silberberg in Betreff Gründung eines täglich erscheinenden Blattes empfehle ich zur Annahme. Es ist nothwendig, irgend etwas zu thun, um einen Schritt vorwärts zu kommen.

Der Antrag Schiller ist schwer durchführbar. Bei den österreichischen Zensurverhältnissen kann es leicht vorkommen, daß etwas, was hier nicht beanständet wird, anderwärts konfiszirt wird und wir dürfen die Schrift nicht verbreiten. Uebrigens ist die Mai-Festschrift schon in Wien konfiszirt worden. Die Staatsanwaltschaft hat 13.000 Exemplare mit Beschlag belegt, was der Partei einen großen Schaden verursacht hat. Beim Kalender ist, da die Brünner Staatsanwaltschaft strenger ist als die Wiener, die Gefahr geringer und der Vertrieb wäre, wenn alle Blätter als Verleger zeichnen, leichter.

Bezüglich des Antrages Hermann erwähne ich, daß immer daran gedacht

wurde, daß die Erzählungen im Kalender populärer gehalten werden. Die Mitarbeiter solcher Kalender stehen nicht immer in den Kreisen unserer Partei, unsere Genossen sind nicht immer gute Novellisten, und man kann nur daran denken, die Sache in der Zukunft immer besser zu machen.

Der Gen. Köhler beantragt, daß das Format des Kalenders geändert werde. Dafür muß das Kalender-Komité sorgen, das sich bisher bewährt hat.

In Bezug auf den Antrag Wels bemerke ich, daß schon auf dem letzten Parteitage ein ähnlicher Beschluß gefaßt wurde. Das Bedürfniß ist vorhanden und prinzipiell haben wir nichts dagegen, daß der Antrag angenommen wird.

Der Antrag der Genossen des XIX. Bezirkes geht dahin, die „Arbeiter-Zeitung" populärer zu schreiben, die Fremdwörter zu erklären und eine Unterhaltungsbeilage herauszugeben.

Der Gen. Brügel hat sich darüber beschwert, daß die Aufsätze des Dr. Lampa für das Fassungsvermögen der Leser zu schwer geschrieben sind. Ich bedauere sehr, daß das Gen. Brügel gesagt hat. Soviel mir bisher bekannt ist, sind diese Aufsätze allgemein anerkannt worden. Die Nachfrage darnach ist so groß, daß diese Aufsätze in Buchform erscheinen werden. Sie haben überdies die Anerkennung der deutschen Genossen gefunden, die sich an uns gewendet haben, ihnen dieselben zum Abdrucke zu überlassen. Weil wir dieselben in Buchform erscheinen lassen, haben wir diesem Ansuchen nicht willfahrt. Es war also ein glücklicher Wurf, den Dr. Lampa als Mitarbeiter der Zeitung zu acquiriren.

Was die Unterhaltungsbeilage anlangt, ist es schwer, hier etwas Populäres und zugleich Belehrendes zu bieten. Es werden die Romane aber nach wie vor in der „Arbeiter-Zeitung" erscheinen.

In Bezug auf die seit dem letzten Parteitag gegründeten Blätter ist Folgendes zu erwähnen:

Was das in Tirol und Vorarlberg gegründete Blatt betrifft, so habe ich den dortigen Genossen gar keinen Vorwurf gemacht; das Blatt ist über Beschluß der Landes-Konferenz erschienen und in Folge dessen als Parteiorgan anzuerkennen.

Dagegen muß ich die Ablehnung des Antrages, die „Volksstimme, die in Teplitz erscheint, als Parteiorgan anzuerkennen, beantragen. Gen. Seliger hat ganz offen gesagt, das Blatt sei gegründet worden, um ihn in Teplitz als Agitator zu erhalten. Das geht aber absolut nicht an. Wenn wir in jedem Orte für einzelne Agitatoren ein Blatt gründen wollten, wohin würde das führen? Diese Angelegenheit ist übrigens der Entscheidung der am 8. April zusammentretenden Landes-Konferenz zu überlassen.

In Bezug auf die Anregung Gen. Neander's bezüglich des Inseratenwesens, bemerkte ich, daß bei der Aufnahme der Inserate ohnedies mit der größten Sorgfalt vorgegangen wird; vollständig kann man, wie es wiederholt ausgeführt wurde, die Inserate nicht entbehren, weil sonst der Bestand des Blattes in Frage gestellt werden könnte.

Wenn nun die Wiener Preß-Kommission sich darüber beschwert, daß die Parteivertretung oder Administration sich dem Beschluß der Preß-Kommission nicht füge, dann soll sie sich nur beschweren. Meines Erachtens aber ist die Preß-Kommission überhaupt nicht befugt, Beschlüsse zu fassen, sie hat nur zu kontroliren und kompetenten Ortes zu berichten.

Die Preß-Kommission hat den Beschluß gefaßt, daß ein Inserat nicht hineinkommt („P. Peter's Nachfolger" — es hat sich um eine Arbeiteraufnahme gehandelt). Die niederösterreichische Landesorganisation hat aber den Beschluß gefaßt, daß bei solchen Inseraten immer die betreffende Organisation zunächst gefragt werden muß, ob sie etwas dagegen einzuwenden hat. Dieser Beschluß wurde auch durchgeführt und hat die betreffende Organisation (Wäschebranche) die Zustimmung ertheilt.

Gen. Wels: Das ist nicht wahr!

Gen. Popp: Ich muß doch bitten, mir keine Unwahrheit vorzuwerfen. Ich kann das durch die Zuschrift der betreffenden Organisation nachweisen. Ich habe mir bis jetzt nie eine bewußte Unwahrheit zu Schulden kommen lassen und muß den Gen. Wels warnen, solche Vorwürfe zu erheben. Wenn man das draußen hört, wie soll da das Vertrauen zur Parteileitung gehoben werden?

Gegenüber Gen. Koczka bemerkt Referent, Gen. Schuhmeier als Redakteur der „Volkstribüne" könne nicht Alles aufnehmen, sondern nur das Brauchbare. Wenn Gen. Koczka die Sache auf eigene Faust unternimmt, so wird sein Erfolg umso größer sein, wenn etwas Leidliches zu Stande kommt; wenn aber nicht, so wird er auch die Blamage über sich ergehen lassen müssen.

Gegenüber Gen. Hauschka bemerkt Referent, man könne nicht auf jeden Unsinn antworten; die Antwort müßte derb ausfallen und das thue man nicht immer gern.

Zum Schlusse bittet Gen. Popp, die Anträge der Parteivertretung anzunehmen, was der Gesammtpartei nur zum Nutzen gereichen kann. (Beifall.)

Gen. Schiller (Reichenberg) zieht seinen Antrag mit Rücksicht auf die Darstellung des Referenten Gen. Popp zurück.

Gen. Silberberg (Wien — zur thatsächlichen Berichtigung): Er habe mit dem Wort „Vetternwirthschaft" auf keinen konkreten Fall angespielt.

In der Preß-Kommission wurde von dem Obmann der Wäschebranche der Antrag gestellt, daß das Inserat von Peter's Nachfolger nicht angenommen werden dürfe, weil er ein Ausbeuter schlimmster Sorte ist. Wenn er die Kompetenz nicht hatte, im Namen der Gewerkschaft zu sprechen, so ist das eine eigenmächtige Handlungsweise, und kann die Preß-Kommission keine Schuld treffen.

Das Inserat ist beanstandet worden, und es ist dessen ungeachtet in der „Arbeiter-Zeitung" erschienen. Diese Angelegenheit wird übrigens bei der nächsten Sitzung der Lokalorganisation in Wien Gegenstand der Tagesordnung sein.

Gen. Wels (Linz — zur thatsächlichen Berichtigung): Die Genossen von der Provinz werden vielleicht glauben, daß die Wiener Krakehler sind. Gen. Popp hat die Sache so dargestellt, als ob ein Genosse beliebig eine Erregung in einem Bezirke hervorrufen könnte. In jedem Bezirk sind verschiedene Strömungen, und diesen geben wir Ausdruck. Die betreffende Anstellung hat darum böses Blut gemacht, weil dieser Genosse früher ein „Unabhängiger" war.

Vorsitzender Gen. Zeller konstatirt, daß die Provinzgenossen die Wiener nicht für Krakehler halten.

Gen. Schuhmeier (Wien — zur thatsächlichen Berichtigung): Es handelt sich nicht blos um den Gen. Stern. Der ist ein Ehrenmann und soll bleiben.

Der Hanser schickt uns zum Parteitag Clichés, die Eigenthum der Partei sind. (Hört!) Das kommt heraus, wenn eine solche Versöhnungspolitik getrieben und wenn Leute herangezogen werden, die in der Partei so wirthschaften.

Gen. Jobst (Asch — zur thatsächlichen Berichtigung): Ich habe dem Gen. Seliger keinen Vorwurf wegen Gründung des Teplitzer Blattes gemacht, ich wollte nur klarstellen, wie die Lage für die Blätter in Böhmen steht.

Gen. Saska (Innsbruck — zur thatsächlichen Berichtigung): In meinem Antrag war nicht davon die Rede, daß das italienische Blatt in Triest erscheinen solle, wie Gen. Zadnik meinte.

Ferner hat Gen. Popp von einer italienischen Zeitung gesprochen, während in meinem Antrag nur von einer Agitationsschrift die Rede war.

Gen. Zadnik (Triest — zur thatsächlichen Berichtigung): Ich habe nur gesagt, ich könne mich nicht für der Antrag erwärmen, weil die Vorbedingungen nicht vorhanden sind.

Gen. Popp (zur thatsächlichen Berichtigung) erklärt, er habe von dem Antrag des Gen. Saska überhaupt nicht gesprochen.

Gen. Dr. Adler zu einer Mittheilung: Sie erinnern sich an den Prozeß der Genossin Glas, Sie erinnern sich, daß sie vier Monate Kerker erhalten und daß der Oberste Gerichtshof dieses Urtheil aufgehoben hatte. Eben hat die neuerliche Verhandlung stattgefunden und Genossin Glas wurde freigesprochen.. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag der Parteivertretung

„Die „Arbeiter-Zeitung" ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt,"

wird einstimmig angenommen.

Der Antrag

„Die „Glühlichter" und die „Arbeiterinnen-Zeitung" sind Unternehmungen der Gesammtpartei, und deren eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifond zu,"

wird mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Der Antrag

„Ueber Personalfragen in Redaktion und Administration dieser drei Blätter entscheidet definitiv die Gesammt-Parteivertretung,"

wird mit 39 gegen 36 Stimmen abgelehnt.

In der Abstimmung über die Anträge zum Punkt VI: Parteipresse wird der Antrag der Genossen des IX. Bezirkes:

„Die „Arbeiter-Zeitung" ist das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie," ferner der Antrag: „Die „Arbeiterinnen-Zeitung" ist Organ der niederösterreichischen Landesorganisation" und der Antrag: „Die „Glühlichter" sind Organ der niederösterreichischen Landesorganisation" als durch die frühere Beschlüsse für erledigt erklärt. Der Antrag: „Die Entscheidung über administrative Angelegenheiten und Anstellungen verbleibt den Wiener Genossen," wird

von Gen. Feigl zu Gunsten des Antrages Schuhmeier zurückgezogen.

Der Antrag derselben Genossen:

„Die Parteivertretung wird aufgefordert, zu Gunsten der Preßreform eine große Preßreformbewegung, ähnlich der Wahlrechtsbewegung, in ganz Oesterreich einzuleiten,"

wird angenommen.

Der Antrag der Genossen des XVII. Bezirkes:

„Es soll ein Verein, dessen Wirkungskreis sich über ganz Oesterreich erstreckt, gegründet werden; diesem Verein soll als einzige Aufgabe die Agitation für ein täglich erscheinendes Parteiorgan und die Aufbringung der Mittel hiezu zufallen. Der Jahresbeitrag zu diesem Verein soll mindestens 1 fl. betragen, und soll jeder Parteigenosse, dem dies möglich ist, Mitglied dieses Vereines sein,"

wird zurückgezogen.

Der Antrag:

„Es ist in der sozialistischen Presse für eine Beilage unterhaltenden Inhaltes zu sorgen, zu welchem Zwecke nach dem Muster der deutschen „Neuen Welt" eine solche für die gesammte Parteipresse in der erforderlichen Höhe der Auflage gegründet werde,"

wird abgelehnt.

Der Antrag:

„Parteiprogramm und Organisationsentwurf sind in Druck zu legen und um möglichst billigen Preis zu kolportiren,"

wird angenommen.

Der Antrag:

„Die stenographischen Protokolle des Parteitages haben längstens zwei Monate nach Abhaltung desselben und fortan in einheitlicher Form zu erscheinen,"

ist durch die betreffs Herausgabe der Protokolle bereits getroffenen Maßnahmen als gegenstandslos zu betrachten.

Es wird der Wunsch ausgedrückt, die „Arbeiter-Zeitung" sei künftighin volksthümlicher zu schreiben, auch sei ein „Sprechsaal" zur Erklärung der vorkommenden Fremdwörter darin zu eröffnen.

Der Antrag der Genossen Merans:

„Die organisirten Arbeiter von Meran und Bozen stellen den Antrag, der IV. österreichische Parteitag möge beschließen, so bald als thunlich ein Blatt in italienischer Sprache oder vorläufig alle Monate italienische Flugschriften herauszugeben. Wir berufen uns auf den Beschluß des Wiener Gewerkschafts-Kongresses,"

wird angenommen.

Der Antrag des Gen. Koczka:

„In Erwägung dessen, daß die Prinzipien der Sozialdemokratie unter der ackerbautreibenden Bevölkerung immer mehr und mehr Wurzel fassen, und in weiterer Erwägung, daß die mündliche Agitation am Lande sich als unzureichend erweist und ein Organ zur Aufrechterhaltung der Fühlung und zur Verständigung mit der Landbevölkerung, sowie zur Aufklärung und Organisirung derselben sehr nothwendig ist, beschließt der Parteitag, es ist mit Verständigung der uns bereits nahe stehenden Landbevölkerung an die Herausgabe der Bauernzeitung zu schreiten und zu diesem Zwecke eine Bauern-Konferenz einzuberufen,"

wird abgelehnt.

Der Antrag des Gen. Hermann:

„Es soll bei Herausgabe des Kalenders darauf Bedacht genommen werden, daß in demselben die Erzählungen und Novellen, welche darin erscheinen, populärer gehalten sind, weil dieselben als Agitationsprodukte unter der fernstehenden Masse erzieherisch wirken sollen, daher auch mehr Absatz finden würden,"

wird angenommen:

Gen. Schiller hat seinen Antrag, betreffend das Verlagsrecht aller Parteiblätter für den Arbeiter-Kalender, zurückgezogen.

Der Antrag des Gen. Schuhmeier:

„Der vierte Parteitag anerkennt den nachfolgenden Beschluß, welcher auf der zweiten niederösterreichischen Landes-Konferenz gefaßt wurde:

Die niederösterreichische Landes-Konferenz beschließt:

1. Die Parteileitung wird aufgefordert, der niederösterreichischen Landesorganisation, respektive der Wiener Lokalorganisation allvierteljährlich über den Stand der „Arbeiter-Zeitung" Bericht zu erstatten;

2. jede Postenbesetzung im Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation vorzunehmen,"

wird angenommen.

Der Antrag Kleedorfer

„Der vierte Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie beschließt, daß die Fach- und Arbeiterblätter erst dann berechtigt sind, Aufrufe zur allgemeinen Sammlung für Streiks zu veröffentlichen, wenn die Gewerkschafts-Kommission im Einvernehmen mit der Kronlands-Zentralleitung den Streik gutgeheißen hat,"

wird abgelehnt.

Der Antrag Prähauser ist durch die Annahme des Antrages der Meraner Genossen erledigt.

Der Antrag des Gen. Saska

„Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, ehebaldigst die nothwendigen Vorkehrungen zur Herausgabe einer mindestens monatlich einmal in zwangloser Folge zu erscheinenden periodischen Arbeiter-Zeitung" in italienischer Sprache zu schreiten,"

wird angenommen.

Der Antrag Behr

„daß, um die Bauern zu gewinnen, populäre und billige Flugschriften herauszugeben seien,"

wird angenommen.

Der Antrag Fraenkel

„Der Parteitag beschließt, das in Lemberg erscheinende jüdische Jargonblatt „Der Arbeiter" als Parteiorgan anzuerkennen und die Parteivertretung zu beauftragen, eine Subvention von 15 Gulden monatlich zur Erhaltung dieses Blattes zu gewähren,"

wird angenommen.

Der Antrag des Gen. Silberberg

„Der Parteitag beschließt, die „Arbeiter-Zeitung" in möglichst kürzester Zeit täglich erscheinen zu lassen.

„Zum Zwecke der Durchführung dieses Beschlusses erklärt der Parteitag unverzüglich eine Agitation einzuleiten, welche darauf hinausläuft, durch außerordentliche Sammlungen einen Gründungsfond zu schaffen, der es ermöglicht, das dringendste Bedürfniß der Partei zu erfüllen.

„Die Parteivertretung wird beauftragt, diesen Beschluß durchzuführen.

„Sollten jedoch Umstände eintreten, die es ermöglichen, ohne die oben angeführten Vorbedingungen das tägliche Erscheinen der „Arbeiter-Zeitung" zu ermöglichen, so erhält die Parteivertretung hierin freie Hand,"

wird mit 56 gegen 5 Stimmen angenommen.

„Der Antrag Seliger

„Der Parteitag erklärt die in Teplitz erscheinende „Volksstimme" als Parteiorgan,"

wird abgelehnt.

Der Antrag Resel

„Der Parteitag anerkennt die Nothwendigkeit des über Beschluß des III. Parteitages von den Laibacher Genossen herausgegebenen slovenischen Blattes „Delavec" und empfiehlt der Parteivertretung, das Weitererscheinen dieses Blattes durch finanzielle Unterstützung zu fördern,"

wird einstimmig angenommen.

Der Antrag Grünwald

„Der Parteitag beauftragt die aus der Landes- resp. Kreisorganisation gewählten Preß-Kommissionen, die in ihrem Lande resp. Kreise erscheinenden

Parteiorgane nach eigenem Ermessen zu bestimmenden Bedarfe zu kontrolliren und hierüber an die Reichs-Kontrole zu berichten,"

wird angenommen.

Der Antrag Rieger

„Die Herausgeberschaft des österreichischen „Arbeiter-Kalenders" wird aufgefordert, in Zukunft das Jahrmarktsverzeichniß nicht mehr in den Kalender aufzunehmen, da das betreffende Verzeichniß zu viel Raum beansprucht und der Erfolg, der von der Aufnahme dieses Verzeichnisses erwartet wurde, ausgeblieben ist,"

wird angenommen.

Der Antrag Beer

„daß der Redakteur des Zentralorganes vom jeweiligen Parteitage zu wählen ist,"

wird abgelehnt.

Der Antrag Wels

„Der Parteitag wolle beschließen, daß die Parteivertretung beauftragt wird, eine Jugendliteratur zu schaffen,"

wird angenommen.

Hiemit ist der Punkt der Tagesordnung „Parteipresse" erledigt.

Zum Punkt V Der Arbeiterschutz und das Parlament
a) Reform der Gewerbeordnung,
b) Ausdehnung der Unfallversicherung,
ergreift das Wort Referent Gen. Dr. Adler.

Gen. Dr. Adler: Der Parteitag hat viel gearbeitet. Aber es ist nicht mehr möglich, auch den Punkt „Arbeiterschutz und das Parlament" und „Ausdehnung der Unfallversicherung" zu behandeln, denn man dürfte nicht oberflächlich über diesen Punkt hinweggehen. Bei dieser Gelegenheit muß nothwendig ein anderer Punkt erörtert werden, weil darüber ein Beschluß gefaßt werden muß. Es ist Ihnen nicht unbekannt, daß für den August dieses Jahres die Züricher Genossen im Einverständniß mit den übrigen Reformparteien in der Schweiz einen internationalen Kongreß nach Zürich einberufen haben, um über Arbeiterschutz zu sprechen. Es handelt sich darum, ob wir diesen Kongreß beschicken sollen oder nicht. Wir schlagen Ihnen vor, das nicht zu thun, und zwar aus folgenden Gründen. Die Schweizer Genossen leben unter Verhältnissen, die es ihnen möglich machen, mit den Angehörigen von anderen Parteien, mit Christlich-Sozialen, Liberalen u. s. w. an der Sozialreform des Arbeiterschutzes zu arbeiten. Sie haben für ihre Verhältnisse vollständig Recht. Mit Männern wie Herr Dr. Decurtins zusammenzuarbeiten, ist stets möglich und stets eine Ehre. Für uns aber, die wir mit Leuten zu thun haben, die ich nicht näher charakterisiren will, die den Arbeiterschutz nur ausbeuten, um ihre Zwecke zu fördern, für uns ist ein Zusammenarbeiten mit Anderen nicht möglich. Es ist aber auch für die Sozialdemokratie nicht nothwendig. Die internationale Sozialdemokratie hat auf dem internationalen Kongreß zu Paris, in Brüssel und in Zürich so unzweifelhaft und so prinzipiell ihre Stellung in Bezug auf Arbeiterschutz festgelegt, daß wir es nicht nothwendig haben, in dieser Beziehung nochmals eine Erklärung abzugeben. Im Gegentheil, wenn wir mit Vertretern anderer Parteien zu einer Einigung kommen wollten, müßten wir von unseren weitergehenden prinzipiellen Forderungen auf die schwächlichen Forderungen der anderen Leute zurückgehen. Das können wir nicht, das wollen wir nicht, das brauchen wir nicht. Die Arbeit der Sozialdemokratie ist ohnehin dem Arbeiterschutz in allererster Linie gewidmet. Darum schlagen wir Ihnen vor, der Parteitag möge folgende Resolution beschließen: Der Parteitag erklärt:

„Der für August 1894 einberufene Arbeiterschutz-Kongreß in Zürich wird von der österreichischen Sozialdemokratie nicht beschickt, da sie in ihrem Programm und in ihren Beschlüssen des Pariser Sozialisten-Kongresses ihre Forderungen in Bezug auf Arbeiterschutz festgestellt hat und die gesammte Thätigkeit der Sozialdemokratie auf deren Durchsetzung gerichtet ist. Das gemeinsame Vorgehen mit bürgerlichen Parteien könnte nur auf Kosten unserer prinzipiellen Haltung durch Konzessionen an rückständige Parteien ermöglicht werden. Aus diesem Grunde wünscht der Parteitag dem Züricher Kongreß besten Erfolg, hat aber keine Veranlassung, ihn zu beschicken."

Diese Resolution wird einstimmig angenommen.

Zum 8. Punkt der Tagesordnung „Sonstige Partei-Angelegenheiten" wird von den tschechischen Genossen folgende Resolution beantragt:

„Mit Bezug auf die Auflösung der Gemeindevertretung von Lomnitz bei Jicin, die wegen Abhaltung der zu Ostern von der „Omladina" einberufenen Volksversammlung im dortigen Rathhause erfolgte, spricht der Parteitag sein Mißfallen über das Vorgehen der Regierungsorgane aus."

Gen. Albrecht (Reichenberg) spricht sich dagegen aus.

Gen. Krejci (Wien) spricht sich dafür aus.

Die Resolution wird angenommen.

Bezüglich der Berathung über Aenderung des Parteiprogramms beantragt Dr. Adler im Einverständniß mit dem Antragsteller Seidel (Krumau), daß alle Anträge über das Programm der Parteivertretung zugewiesen werden, welche am nächsten Parteitag darüber zu referiren hat.

Dieser Antrag wird angenommen.

Der Antrag der Genossen des IX. Wiener Bezirkes: „Die Parteivertretung wird beauftragt, dem nächsten Parteitage den Entwurf eines revidirten Parteiprogramms vorzulegen und zwei Monate vor Zusammentritt des nächsten Parteitages zu veröffentlichen," wird einstimmig angenommen.

Gen. Wels (Wien) wünscht, daß sich die Parteivertretung mit der Regelung des Rechtsschutzwesens befasse, damit man in der Bezirksorganisation wisse, wohin man sich in Rechtsfällen zu wenden habe und nicht von Pontius zu Pilatus laufen müsse.

Gen. Rieger (Brünn) stellt den Antrag: „Die Entscheidung darüber, ob die „Volksstimme" als Parteiorgan anerkannt werden soll, bleibt der nächsten Landes-Konferenz der deutschen Landesorganisation in Böhmen überlassen."

Dieser Antrag wird angenommen.

Gen. Bauer (Wien) vertritt den Antrag der Genossen des XI. Bezirkes:

„Es sei ein Unterstützungsfond zu gründen, um alle jene Genossen unterstützen zu können, welche durch die Parteiorganisation und Agitation gemaßregelt werden, da es erwiesene Thatsache ist, daß uns so mancher tüchtige Genosse verloren gegangen ist, weil er eben nicht so unterstützt werden konnte, wie es nothwendig gewesen wäre, da unser Agitationsfond dem nicht entsprechen konnte."

Gen. Hübsch (Wien) stellt den Antrag:

„Der Parteitag beschließt: Neben Verwendung der Sammlungen in den Blättern für den Inhaftirtenfond, die zu diesem Zwecke ungenügende sind, ist ein Theil der Einnahmen aus den Blättern, die der Parteivertretung unterstehen, zur Gründung eines Unterstützungsfond für inhaftirte Genossen zu verwenden. Derselbe darf nur für Genossen und deren Angehörige verwendet werden. Die Verwaltung des Fondes untersteht der Parteivertretung.

Gen. Schuhmeier (Wien) spricht sich gegen beide Anträge aus. Es sei nicht möglich, einen Unterstützungsfond zu gründen, um Alle zu unterstützen, die gemaßregelt werden. Es würde dies die Ursache von Geschäftsmacherei sein. Gegen den Antrag Hübsch spricht der Umstand, daß wir auch die Familien Jener unterstützen müssen, die im Kampfe gegen die heutige Gesellschaft gefallen sind, wenn sie auch den Kampf mit Mitteln führen, die schlecht sind und von uns nicht als richtig anerkannt werden.

Die Anträge Hübsch und der Genossen des XI. Bezirkes Wien wurden abgelehnt.

Der Antrag des Gen. Neumann:

„Der nächste Parteitag hat in einem Provinzorte stattzufinden. Es wird der Parteivertretung anheimgegeben, einen hiezu geeigneten Ort ausfindig zu machen,"

wird angenommen, nachdem sich Gen. Wels (Wien) dagegen, Bauer (Wien) und Roscher (Reichenberg) dafür erklärt haben.

Der Antrag des Gen. Stark:

„Es sollen in Zukunft nur einheitliche Blocks sowohl für die Partei als auch für die Gewerkschaften eingeführt werden, wovon ein Drittel einer jeden Organisation an die Parteileitung, die Hälfte an die Landes- oder Kreisorganisation und ein Drittel an die Gewerkschafts-Kommission abgeliefert werden muß,"

wird abgelehnt.

Der Antrag des Gen. Schiller:

„Die durch den Verkauf von Blocks einlaufenden Gelder sollen in Zukunft auf folgende Art vertheilt werden:

Die Lokalorganisation erhält 40 Prozent
Die Bezirksorganisation erhält 20 „
Die Landesorganisation erhält 20 „
Die Reichsorganisation erhält 20 „

wird abgelehnt.

Der Antrag des Gen. Behr:

„Ich beantrage, daß auf dem nächsten Parteitage nicht blos Wiener Genossen referiren,"

wird angenommen.

Der Gen. Krejci (Wien) beantragt folgende Resolution:

„Mit Hinblick auf die Prinzipien des Hainfelder Programmes überhaupt, und auf den Absatz i 7 derselben insbesondere erklärt der Parteitag: Die sozialdemokratische Partei strebt die Gleichberechtigung in jeder Hinsicht an, verurtheilt jede Unterdrückung von irgend einer Nationalität zu Gunsten der anderen."

Redner weist in der Begründung der Resolution darauf hin, daß bei der Aufstellung der Kandidatenliste anläßlich der Reichenberger Wahl in die Unfallversicherung die tschechischen Parteigenossen nicht berücksichtigt wurden."

Vorsitzender Gen. Zeller (Reichenberg) erklärt, daß sich bei dieser Gelegenheit die Reichenberger Genossen an die Prager Genossen gewendet haben. Von den Vertrauensmännern in Prag wurde jedoch keine Antwort auf unsere Aufforderung gegeben. Es trifft daher die Schuld nur diejenigen, welche die Antwort nicht ertheilt haben, nicht uns.

Die Resolution des Gen. Krejci wird hierauf einstimmig angenommen.

Gen. Dr. Adler begründet folgende Resolution:

„Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, eine energische Aktion einzuleiten, um die zum Zwecke polizeilicher Verfolgung der Sozialdemokratie auf Grund von Ausnahmsgesetzen und gesetzwidriger Auslegung der Schubgesetze massenhaft erfolgte Beschränkung der Freizügigkeit für Sozialdemokraten endlich zu beseitigen,“

mit dem Hinweise darauf, daß jetzt noch, trotzdem die Wiener Ausnahmsgesetze vor langer Zeit aufgehoben wurden, viele Arbeiter, die damals ohne Ursache auf Grund der Ausnahmsverordnungen ausgewiesen wurden, nicht nach Wien zurückkehren dürfen. Die Ruhe in Wien würde nicht mehr gestört sein, wenn z. B. Gen. Hybeš nicht acht Tage, sondern ein Jahr in Wien zubringen würde. In Prag und an anderen Orten ist ohne Ausnahmszustand dasselbe der Fall. Das Festhalten an der früheren Ausweisung ist nur Eigensinn der Behörden und der Polizei. Um diesem Mißbrauch der Schubgesetze entgegenzutreten, wollen wir eine kräftige Agitation einleiten und dazu erbitten wir Ihre Zustimmung.

Der Antrag wird angenommen.

Gen. Kleedorfer (Wien) begründet seinen Antrag, der dahingeht: Der Parteitag beschließt, daß die Fach- und Arbeiterblätter Aufrufe zu allgemeinen Sammlungen und Streiks erst dann aufnehmen dürfen, wenn sie die Gewerkschafts-Kommission im Einvernehmen mit der Kronlands-Zentralleitung gutgeheißen hat.

Gen. Dr. Adler glaubt nicht, daß ein solcher Beschluß von Nutzen sein könne; die Redaktionen können nicht warten, bis ein solcher Beschluß herunterkommt. Wir sind z. B. auch durch den Gasarbeiterstreik überrascht worden, könnten wir uns der Verpflichtung entziehen, den Aufruf zu veröffentlichen? Gewiß nicht. Ich bitte Sie daher, diesen Antrag abzulehnen.

Gen. Smetana (Wien) glaubt, daß der Antrag etwas Gutes hat; deshalb, da wir heute oft mit Streiks zu thun haben, die ohne Ueberlegung geführt werden; er möchte den Antrag soweit modifiziren, daß die Gewerkschafts-Kommission nur solche Streiks unterstützt, die im Einverständniß mit ihr ausgebrochen sind.

Gen. Kleedorfer (Wien) erklärt, daß sein Antrag nur die Ausführung der Beschlüsse der Gewerkschafts-Kommission sei.

Gen. Dr. Adler hätte prinzipiell gegen den Antrag des Gen. Kleedorfer nichts einzuwenden, aber er könne nicht früher ausgeführt werden, bevor die Gewerkschafts-Kommission in's volle wirksame Leben eingetreten ist. Daß wir etwa Aufrufe annehmen, wo Leute leichtsinnig in den Streik eintreten, ist ja ausgeschlossen; wir nehmen Aufrufe nur dann auf, wenn sie von einer Organisation ausgehen. Man kann den prinzipiellen Beschluß fassen und sobald es möglich ist, werden wir ihn auch ausführen, bis der Zusammenhang zwischen den einzelnen Organisationen wirklich hergestellt ist.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Kleedorfer abgelehnt.

Der Antrag der Genossen des XVII. Bezirkes:

„Die Partei hat sich in Zukunft nicht nur an Reichsrathswahlen, sondern auch an Landtags-, Gemeinderaths- und Bezirksausschußwahlen zu betheiligen,“

wird angenommen.

Gen. A. Bauer (Wien) beantragt:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, die Organisation der in der Reichshauptstadt beschäftigten Arbeiter italienischer Zunge zu versuchen.“

Gen. Silberberg spricht dagegen, weil wiederholt in dieser Richtung unternommene Versuche gescheitert sind.

Gen. Dr. Adler erklärt, der Antrag sei überflüssig. Es seien ohnehin schon italienische Agitatoren für diesen Zweck in Wien.

Der Antrag Berner (Aussig):

„Der Parteitag beschließt die Errichtung eines Parteiarchivs. In demselben sind alle von der Partei herausgegebenen Druckschriften in wenigstens je einem Exemplar, sowie nach Möglichkeit alle Schriftstücke in Originalien oder Abschriften zu hinterlegen, welche für die Parteigeschichte von Bedeutung sind. Die Durchführung dieses Beschlusses obliegt der Parteivertretung,"

wird angenommen.

Der Antrag Hofer (Wien):

„Das industrielle und gewerbliche Proletariat, welches in Großstädten oder Industriebezirken konzentrirt ist, wird durch Gewerkschaften, Fach- oder Bildungsvereine, sowie durch die an solchen Orten lebhaftere politische Agitation leichter unserer Partei gewonnen, als das ländliche Proletariat, welches größtentheils aller dieser Organisationsmittel entbehren muß. Der Parteitag beschließt daher, die Landesorganisationen haben der Organisation des ländlichen Proletariats das größte Augenmerk zu schenken, ihre tüchtigsten agitatorischen Kräfte weniger in den Städten, als am flachen Lande zu verwenden und bei Gründung von Vereinen denselben solche Titel zu geben, welche es allen Ortsangehörigen möglich machen, denselben beizutreten,"

wird angenommen.

Ueber den Antrag Seidel (Kruman):

„Der Parteitag wolle beschließen:

Die Parteileitung wird beauftragt, mit den Parteileitungen der anderen Länder und Nationen behufs Ernennung einer internationalen Kommission, welche die Grundzüge der künftigen Gesellschaftsordnung ausarbeiten und dieselben dem internationalen Kongresse 1896 zu London zur Begutachtung und Genehmigung vorlegen soll, in Verbindung zu treten,"

wird beschlossen, zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag der Genossen des XIX. Bezirkes:

„Die Landagitation seitens der politischen Vereine in den Städten ist von den einzelnen Landesvertretungen zu regeln,"

wird von Gen. Koczka bekämpft, während Gen. Schuhmeier, um unnütze Geldausgaben zu vermeiden, die Annahme des Antrages empfiehlt.

Der Antrag wird hierauf angenommen.

Der Antrag der Genossen von Meran:

„Die organisirten Arbeiter Merans ersuchen, der Parteitag möge beschließen, mindestens alle drei Monate einen Referenten nach allen österreichischen Provinzen zu senden, wo eine Organisation vorhanden ist, um die breite Volksmasse aufzuklären; wir sind gerne bereit, Opfer zu bringen, so weit es in unseren Kräften liegt,"

wird angenommen.

Der Antrag des Gen. Seidel auf Abänderung des Parteiprogrammes entfällt zufolge des früher diesbezüglich gefaßten Beschlusses.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft.

Vorsitzender Gen. Zeller: Ich statte im Namen des Präsidiums Euch Genossen den Dank ab, daß Ihr es uns erleichtert habt, die Aufgaben des diesjährigen Parteitages zu Ende zu führen. Wenn in früheren Jahren der Parteitag einberufen wurde, um die Organisation zu befestigen, damit wir uns gegenseitig besser kennen lernen, so kann man vom diesjährigen Parteitage konstatiren, daß er Beschlüsse gefaßt hat, die für die Zukunft von Bedeutung sein werden und sein müssen. Es wurde schon erklärt, daß der diesjährige Parteitag ein Markstein in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung sein wird. Er wird es nicht blos

sein für die Geschichte der Arbeiterbewegung in Oesterreich, sondern auch für die der anderen Länder, für die internationale Arbeiterbewegung. Die Bedeutung unserer Beschlüsse läßt sich in diesem Momente nicht ermessen. Die Zukunft wird zeigen, was wir geleistet haben.

Und nun, Genossen, wird es unsere Pflicht sein, an unserer Aufgabe weiter zu arbeiten, wenn wir nach Hause gekommen sind, Sorge zu tragen, daß die Beschlüsse, welche gefaßt wurden, verwirklicht werden. Damit dies geschieht, wird es noch größerer Arbeit bedürfen als bisher.

Konfiszirt! —

Nach einer Schlußrede des Gen. Hybes (Brünn) in tschechischer Sprache wurde der vierte Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie geschlossen.

Stehend singen die Delegirten das „Lied der Arbeit“ und Hochrufe auf das Wahlrecht durchbrausen den Saal.

(Schluß der Sitzung 3/4 3 Uhr.)

Nachträglich eingelangte Situationsberichte.

Zentralmähren.

Der Hauptpunkt der Arbeiterbewegung innerhalb unseres Organisationskreises ist Brünn. Die Arbeiter, soweit sie ihre Klassenlage erkannt haben, organisiren sich einestheils gewerkschaftlich, anderentheils in Arbeiter-Bildungsvereinen. In Brünn bestehen fast ausschließlich gewerkschaftliche Organisationen (Arbeiter-Bildungsverein nur ein einziger), am flachen Lande sind die Arbeiter-Bildungsvereine vorherrschend. In einigen Fachorganisationen Brünns sind blos tschechische Arbeiter organisirt, oder besser gesagt: einige Branchen bestehen blos aus tschechischen Arbeitern, in anderen ist die Nationalität gemischt. Zu den ersteren gehören die Fachvereine: der Textilarbeiter mit sieben Ortsgruppen (davon eine deutsche) und fünf Lesezimmern, die Fachvereine der Schneider, der Schuhmacher, der Rothgerber, der Tischler, der Faßbinder, der Bauarbeiter, der Bäcker, die Ortsgruppe des Vereines der Sattler, Riemer und Taschner, der Arbeiterinnen-Fachverein der Textil-Industrie; zu den letzteren die der Metallarbeiter mit acht Sektionen und fünf Ortsgruppen, die Fachvereine der Maler und Anstreicher, der Buchbinder, der Handschuhmacher und die Ortsgruppe der Eisenbahnbediensteten. Alle diese Vereine, mit Ausnahme des der Maler und Anstreicher, der zwei Ortsgruppen der Riemer, Sattler und Taschner und der der Eisenbahnbediensteten und des Arbeiterinnenvereines der Textil-Industrie sind Landesorganisationen, die Fachvereine der Textilarbeiter, der Metallarbeiter, der Tischler, der Schuhmacher und der Schneider haben auch Filialen außerhalb des zentralmährischen Organisationskreises.

Die Ortsgruppen des Textilarbeitervereines befinden sich in Brünn, dann je eine: in Hussowitz, Schimitz, Julienfeld und Lösch; die Lesezimmer befinden sich je eines: in Bilowitz, Zbejschau, Posoritz und zwei in Brünn.

Der Metallarbeiterverein hat Ortsgruppen in Lösch, Rositz, Julienfeld, Adamsthal und Blansko, die Sektionen sämmtlich in Brünn.

Bildungsvereine tschechischer Genossen bestehen außer dem Brünner: in Hussowitz, Obřan, Malomeritz, Horakov, Boskowitz, Olomoncan, Jedovnitz, Lazanka, Pozoritz, Rositz, Latein und Eibenschitz. Politische Vereine, die der Partei dienen, bestehen in unserem Organisationskreise: Der „Politicky klub“ in Brünn und der politische Verein „Volnost“ in Lösch.

In Brünn leidet das Vereinsleben durch den Mangel geeigneter Vereinslokale, dafür aber werden alle Arbeiterangelegenheiten während der Arbeitspausen ziemlich häufig in den Fabriken besprochen.

Im abgelaufenen Jahre hat die zentralmährische Organisation 170 Volks- und Vereinsversammlungen in Mähren, 112 Volks- und Vereinsversammlungen in Böhmen und acht Versammlungen in Niederösterreich veranstaltet. Der politische Verein von Brünn („Politicky klub“) hat außerdem noch in Mähren 89 öffentliche Vereinsversammlungen abgehalten. Versammlungen der Brünner Fachvereine und freie Versammlungen der einzelnen Branchen sind da nicht mitgerechnet.

Die Rothgerber hielten im Jahre 1893, in welchem sie einen Streik durch-

führten, der die Herabsetzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden und eine kleine Lohnerhöhung bei den geringer entlohnten Arbeitern zur Folge hatte, die meisten Versammlungen ab.

Die Agitation der tschechischen Genossen ist ganz selbstständig, aber in großen politischen Fragen verbinden sie sich mit den deutschen Genossen in Brünn zu gemeinsamen Schritten. So haben sie sowohl die großen Meetings für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht am 18. und 19. Juni, welche verboten waren, wobei es zum Zusammenstoße zwischen den Arbeitern und der Polizei und Militär kam, weshalb 46 Personen zusammen zu 17 Jahren, 3 Monaten und 3 Tagen Kerker und Arrest verurtheilt wurden, als auch die Meetings am 24. Juli auf dem Winterhollerplatze und am 8. Oktober auf dem Weißen Berge bei Julienfeld, an welchen 20.000 Menschen theilgenommen haben, gemeinsam durchgeführt.

Desgleichen haben wir gemeinschaftlich zu demselben Zwecke, als das Ministerium Taaffe zurücktrat und das Ministerium Windischgrätz die Regierungsgeschäfte übernahm, am 27. November in Brünn und dessen Umgebung neun Volksversammlungen einberufen, bei welchen in sechs Versammlungen deutsch und böhmisch und in den übrigen nur böhmisch gesprochen wurde. In einer sprachen nur Frauen, und zwar deutsch und böhmisch.

Eine ähnliche Aktion haben wir gemeinschaftlich durchgeführt am Vorabend des Wiederzusammentrittes des Reichsrathes am 21. Februar 1894. Diesmal waren alle Versammlungen noch zahlreicher besucht als am 27. November 1893. Die Tagesordnung lautete: Die Wahlreform und das Parlament.

Weitere große Meetings für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht haben die slavischen Genossen des Berichtskreises im Jahre 1893 abgehalten in: Lösch, Lazanka, Zbejschau, Posoritz und Hussowitz.

Als politische Partei sind wir organisirt in Lokalorganisationen. Solche bestehen: in Brünn drei, dann je eine in Hussowitz, Schimitz, Julienfeld, Königsfeld, Obran, Lösch, Posoritz, Kunstadt, Rositz, Lazanka und Boskowitz.

Parteiangelegenheiten erledigen wir in Konferenzen, zu welchen die Lokalorganisationen je zwei Vertrauensmänner entsenden.

Die politische Verfolgung, der wir ausgesetzt sind, ist ziemlich bedeutend. Im Jahre 1893 wurden verurtheilt: Der Redakteur der „Cervánky" vom Schwurgerichte wegen Verbrechens der Religionsstörung zu zwei Monaten schweren Kerkers, dann wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obsorge zu acht Tagen und jetzt ist gegen ihn wieder eine strafgerichtliche Untersuchung eingeleitet wegen Vergehen gegen § 24 des Preßgesetzes. Die Redakteure der „Rovnost", „Rasple", „Zensky List", und der zweite Redakteur der „Cervánky", sowie der Redakteur des Fachblattes der Bekleidungs-Industrie wurden wegen Preßvergehen zu 20, respektive 50 fl. Geldstrafe verurtheilt. Gen. Spera wurde wegen eines Briefes, den er an einen Gendarm in Kardasch-Retschitz deshalb schrieb, weil er den Abonnenten der „Rasple", eine Nummer, in welcher er kritisirt und abgebildet war, abnahm, mit der Versicherung, daß dieselbe konfiszirt ist, was nicht wahr war, zu vier Wochen und wegen einer § 2-Versammlung in Böhmisch-Trübau zu fünf Wochen Arrest verurtheilt. Außerdem wurde eine größere Anzahl Genossen wegen Kolportage verurtheilt und jetzt sind wieder mehrere strafgerichtliche Untersuchungen abgeschlossen und haben bereits einige Anklagen erhalten wegen verschiedener Preßdelikte und zwar: der Herausgeber des „Kalendár delnictva cesko-slovanského" (§ 65 St.-G.) Gen. Komprda und der gewesene Redakteur der „Cervánky" Gen. Spera. Neue Untersuchungen wegen Reden in Versammlungen sind eingeleitet gegen die Genossin Fanny Pávek, die Genossen Josef Hybes, Anton Nemec aus Brünn und Josef Kalab aus Lösch.

Gen. Franz Horák wurde vor 14 Tagen wegen einer Rede in Trebitsch ebenfalls angeklagt, aber freigesprochen.

Die „Cervánky" haben den vierten Redakteur, weil drei schon wegen Verbrechen verurtheilt worden sind und deshalb auf Jahre die bürgerlichen Rechte ihnen genommen wurden.

Die slavische Bevölkerung in Mähren ist noch ziemlich klerikal gesinnt und deshalb haben die tschechischen Genossen einen schweren Kampf zu führen, wenn sie immer neue Orte der Sozialdemokratie erobern sollen. Die Situation kennend, haben die Herren Pfarrer und Kapläne den Muth überall, in der Kirche, bei den christlichen Uebungen und auch in der Schule gegen uns in einer Weise zu agitiren, die jedenfalls ihresgleichen nicht findet. Zum Beispiel hat der Pfarrer von Schlapanitz, als der Textilarbeiter-Verein dort ein Lesezimmer gründen wollte, von der Kanzel erklärt: „Wenn wirklich bei uns ein sozialistischer Verein zu Stande kommen sollte, so es würde mir nicht möglich sein, weiter unter Euch zu verbleiben; ich müßte um Uebersetzung in ein anderes Ort bitten."

Aber trotz alledem dringen die tschechischen Genossen immer weiter vor auch auf dem flachen Lande und werden heute wenige Orte im Berichtskreise sein, wo sie nicht schon eingedrungen wären und wo sie nicht Genossen hätten.

Kampfesmuthig und energisch werden sie weiter wirken und kämpfen bis zum vollständigen Siege.

Für die Organisation·
Josef Hybes.

Kreisorganisation Kuttenberg.

Die Kreisorganisation umfaßt die Bezirke Kuttenberg, Kolin, Kaurim und Podebrad. Sie besteht aus zwölf Lokalorganisationen und verfügt über zehn Vereine mit rund 900 Mitgliedern. Zwei Vereine (in Czaslau und Kanek) sind in Bildung begriffen. Die Bewegung ist noch ganz jung und hat sehr viel unter der Willkür der Bezirkshauptleute zu leiden. Oeffentliche Vereinsversammlungen und Vorträge sind 124 abgehalten worden.

Ostböhmische Kreisorganisation.

Die ostböhmische Kreisorganisation besitzt in 35 Orten Organisationen. Sie verfügt über 39 Vereine mit 2765 Mitgliedern. Davon sind 37 Bildungsvereine, ein politischer und ein Fachverein. An 13 Orten bestehen Lokalorganisationen. Kreis-Konferenzen wurden vier abgehalten, öffentliche Volksversammlungen nur fünf. Die ostböhmischen Bezirkshauptmänner wollen noch nicht begreifen, daß das Versammlungsrecht auch für die Arbeiter giltig ist und verbieten rundweg jede öffentliche Versammlung. Dafür haben die ostböhmischen Genossen eine Unzahl § 2-Versammlungen abgehalten.

Die Organisation verfügt über ein politisches Blatt, „Pravo lidu", welches in Kuklena-Königgrätz erscheint und 1800 Abonnenten besitzt. Seit Bestand dieses Blattes hatte der Redakteur desselben mindestens 50 Verhöre zu bestehen, zweimal wurde er gestraft. Politische Prozesse hatten 46 Personen zu bestehen, die zusammen zu 331 Tagen Arrest verurtheilt wurden.

Westmährische tschechische Kreisorganisation, mit dem Sitze in Trebitsch.

Die Kreisorganisation besteht aus zehn Lokalorganisationen, verfügt über einen politischen Verein mit 200 Mitgliedern, fünf Fachvereine mit 360 Mitgliedern und mehrere Bildungsveine. Versammlungen wurden in den letzten zwei Jahren 67 abgehalten, darunter zwei Meetings, zwei Frauenversammlungen und eine Kreis-Konferenz. 17 Versammlungen wurden verboten. Fünf Genossen wurden zu 43 Tagen Arrest und 28 fl. Geldstrafe verurtheilt und fünf Genossen befinden sich noch in Untersuchung.

Deutscher Organisationsbezirk Tetschen.

Im Gerichtsbezirke Tetschen bestehen folgende Vereinigungen: Fortbildungsverein für Bodenbach und Umgebung, welcher gegenwärtig 220 Mitglieder zählt. Der Verein gewährt Rechtsschutz und Arbeitslosenunterstützung. Weiters besteht ein Volks-Bildungsverein für Rosendorf und Umgebung, welcher 130 Mitglieder zählt. Der Fachverband der Drechsler Böhmens, Sitz Bodenbach, welcher gegenwärtig 230 Mitglieder zählt, hat fünf Ortsgruppen errichtet, nachdem die Statuten zweimal wegen ganz geringfügiger Ursachen zurückgewiesen und erst das dritte Mal zur Kenntniß genommen worden waren. Der Verein gewährt Rechtsschutz in gewerblichen Streitfällen und zahlt Arbeitslosenunterstützung an gemaßregelte Genossen. Der Verein zählt so wenig Mitglieder wegen dem schlechten Geschäftsgange in der Steinnußknopfbranche, wo diese Arbeiter schon vom Oktober 1893 bis heute innerhalb 14 Tagen nur sechs Tage arbeiten konnten. Des Weiteren besteht in Altstadt eine Ortsgruppe des Fachvereines der Textilarbeiter, welche 150 Mitglieder zählt, und eine Ortsgruppe der graphischen Fächer in Tetschen mit 40 Mitgliedern. Dann eine Ortsgruppe der Verkehrsbediensteten in Bodenbach mit 80 Mitgliedern und eine Ortsgruppe der keramischen Branche in Bodenbach mit 20 Mitgliedern. Endlich sind die Statuten eines Bildungsvereines für Tetschen und Umgebung bereits der Statthalterei vorgelegt. Was die politische Organisation anbelangt, so hält dieselbe so ziemlich Schritt mit der gewerkschaftlichen. Das zeigt wohl die letzte Reichsrathswahl im Landgemeinden-Wahlbezirke Tetschen-Warnsdorf-Schluckenau u. s. w., wo im politischen Bezirke Tetschen allein 39 Wahlmännerstimmen und in den übrigen Bezirken 10 Stimmen auf unseren Genossen entfielen, obwohl Genossen Rudolf Wedlich die Agitation allein überlassen blieb. Es fand am 26. März in Bodenbach eine Bezirks-Konferenz statt, wo über diese Wahl verhandelt wurde und es wurde der Beschluß gefaßt, den Parteitag zu ersuchen, er möge den politischen Vereinen „Vorwärts“ in Reichenberg und „Gerechtigkeit“ in Aussig, welche nicht eine einzige Versammlung betreffs dieser Wahl abhielten, sowie auch dem „Gesellschafter“ in Aussig, welcher weder eine Aufforderung noch einen Artikel schrieb, ebenso dem „Freigeist“ in Reichenberg, welcher nicht viel mehr an dieser Wahl sich betheiligt hat, eine entsprechende Rüge zu ertheilen. Obwohl wir keine Delegirten entsenden können, so folgen wir doch im Geiste Eueren Verhandlungen und bringen ein dreifaches Hoch der internationalen Sozialdemokratie.

Mit Brudergruß und Handschlag für die Genossen des Gerichtsbezirkes Tetschen

Johann Itza,
derzeit. Bezirks-Vertrauensmann.

Bericht aus Mährisch-Ostrau.

Im Jahre 1893 sind zwölf Volksversammlungen abgehalten worden, zwei wurden verboten, eine aufgelöst. In Schlesien wurden sieben Volksversammlungen einberufen, sechs von denselben verboten; vom Metallarbeiter-Fachverein wurden sechs öffentliche Vereinsversammlungen abgehalten, dazu drei Bezirkskonferenzen, neun vertrauliche Versammlungen, zehn Delegirtensitzungen.

Im Jahre 1894 wurden neun Volksversammlungen einberufen, sieben von denselben verboten; außerdem wurden fünf öffentliche Vereinsversammlungen der Metallarbeiter abgehalten, drei politische vertrauliche Versammlungen, sechs vertrauliche wegen der Bruderlade in Witkowitz, eine Bezirkskonferenz. Die Frauen-Volksversammlung, welche am 25. März abgehalten

werden sollte, wurde von der Bezirkshauptmannschaft nach § 6 ganz einfach verboten.

Der Bergarbeiter-Fachverein hat 1200 Mitglieder, und hat fünf öffentliche Versammlungen einberufen; eine wurde verboten, vier abgehalten. Weiter hat er vier Monatsversammlungen abgehalten.

Die Gruppe des Schneider-Fachvereines hat zwei öffentliche Versammlungen abgehalten, zwei wurden verboten.

Auf § 2 wurden 15 Versammlungen einberufen und 14 abgehalten, eine verboten.

Zuschriften und Telegramme.

Bukarest, 20. März 1894.

Werthe Genossen!

Mit großem Vergnügen haben wir die Einladung der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs zu Ihrem Kongresse zur Kenntniß genommen. Leider sind wir außer Stande, dieser Einladung Folge zu leisten und wenigstens einen Delegirten zu entsenden, der die Gefühle der Solidarität, welche die Arbeiter Rumäniens mit den Eurigen verbinden, zum Ausdrucke bringt.

Empfanget daher auf diesem Wege unsere herzlichsten Glückwünsche, daß Euer Kongreß die besten Früchte zeitige. Wir Sozialdemokraten Rumäniens verfolgen dasselbe Ziel wie Ihr: den Sieg des internationalen Proletariats, der Solidarität aller Arbeiter ohne Unterschied der Rasse und Religion über die internationale Bourgeoisie.

Es lebe die sozialdemokratische Arbeiterschaft Oesterreichs! Es lebe das internationale Proletariat!

Für die sozialdemokratische Arbeiterpartei Rumäniens:

Der Generalrath.

* * *

Paris, 23. März 1894.

Werthe Genossen!

Ich bedauere unendlich, daß meine Gesundheit und noch andere Gründe es mir unmöglich machen, den Parteitag, zu welchem Sie so freundlich waren, mich einzuladen, zu besuchen und die Sozialisten Oesterreichs, die sich in einem schweren Kampfe für die Sache der Menschheit befinden, zu beglückwünschen. Die Kämpfe, welche die Sozialisten aller Länder zu bestehen haben, sind nur Episoden im großen Kampfe der Menschheit. Der Sieg und der Fortschritt bei Euch bedeuten den Sieg und den Fortschritt bei den anderen Völkern.

Im Namen der revolutionären Sozialisten, wie auch im eigenen Namen sende ich Euch die herzlichsten Glückwünsche, daß Ihr siegreich kämpfet unter derselben Fahne, unter welcher meine russischen Brüder noch unter größeren Schwierigkeiten als Ihr zu kämpfen haben.

Es lebe die internationale Sozialdemokratie, die errichten wird das künftige Reich der Gerechtigkeit und der Vereinigung aller Arbeiter.

Peter Lawroff.

* * *

London, 22. März 1894.

Dem österreichischen Parteitag

danke ich herzlich für die mir freundlichst zugesendete Einladungskarte, die persönlich zu benützen ich leider verhindert bin. Ich übersende aber nichtsdestoweniger den versammelten Delegirten der Partei meine aufrichtigsten und wärmsten Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf ihrer Arbeiten.

Der diesjährige Parteitag hat besonders wichtige Aufgaben zu erfüllen. Es handelt sich in Oesterreich um die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechtes, jener Waffe, die in der Hand einer klassenbewußten Arbeiterschaft weiter trägt und sicherer trifft als das

kleinkaliberige Magazinsgewehr in der Hand des gedrillten Soldaten. Die herrschenden Klassen — Feudaladel wie Bourgeoisie — sträuben sich aus allen Kräften dagegen, den Arbeitern diese Waffe zu überliefern. Der Kampf wird langwierig und heftig sein. Aber wenn die Arbeiter die politische Einsicht, die Geduld und Ausdauer, die Einmüthigkeit und Disziplin beweisen, denen sie nun schon so viele schöne Erfolge verdanken, so kann der endliche Sieg ihnen nicht entgehen. Auf ihrer Seite kämpft die ganze geschichtliche, die ökonomische wie die politische Nothwendigkeit. Und mag auch das volle, gleiche Wahlrecht nicht auf den ersten Schlag erkämpft werden, schon jetzt dürfen wir ein Hoch ausbringen den künftigen Vertretern des Proletariats im österreichischen Reichsrath.

F. Engels.

* * *

Stuttgart, den 22. März 1894.

Werthe Genossen!

Für Eure Einladung zum Parteitag sage ich Euch besten Dank. Leider verhindern mich dringende Arbeiten, ihr Folge zu leisten, so sehr es mich auch gerade zu diesem Parteitag zieht. Denn derselbe wird von besonderer Bedeutung, seine Verhandlungen werden von besonderem Interesse sein.

Er findet Aufgaben vor, die nicht nur ausnehmend verantwortungsreich und wichtig, sondern auch besonders schwer zu lösen sind. Als es galt, der Partei ein Programm und eine Organisation zu geben, konnte man dabei die Erfahrungen und die Forschungen der Genossen anderer, ökonomisch und politisch höher entwickelter Länder, namentlich Deutschlands, zu Rathe ziehen. In dem Kampf um's Wahlrecht, der jetzt entbrannt ist, und namentlich in der Frage des politischen Streiks, die ja so sehr die Gemüther bewegt, können die österreichischen Genossen sich an keine fremden Beispiele halten.

Wohl hat die Geschichte der Arbeiterbewegung bereits zwei Beispiele politischer Streiks zu verzeichnen: Das eine der Ausstand von 1842 in England, das andere der belgische Streik des vorigen Jahres, jener verunglückt, dieser erfolgreich, beide hervorgegangen aus einem Kampf um's Wahlrecht. Aber wie verschieden waren die Verhältnisse, unter denen sie stattfanden, von den jetzigen Verhältnissen Oesterreichs! England wie Belgien sind hochentwickelte Industrieländer ohne zuverlässige stehende Armee. Beide Male fiel der Streik zusammen mit einem, namentlich in England, heftigem Kampf zwischen zwei bedeutenden Fraktionen der besitzenden Klassen, und beide Male kam es zum Streik erst, nachdem durch eine längere Reihe von Jahren — in England von 1835 bis 1842, in Belgien von 1886 bis 1893 — eine mächtige Wahlrechtsbewegung die gesammte Volksmasse auf's Tiefste aufgewühlt hatte.

In Oesterreich, einem ökonomisch rückständigen Agrikulturland, einem Lande des Militarismus, rüstet sich die Sozialdemokratie nach kaum einjähriger allgemeiner Agitation für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, dieses einer Koalition der besitzenden Klassen zu entreißen: das ist eine Situation, wie sie noch nicht dagewesen ist, die einzig in ihrer Art dasteht. Sie allein bezeichnet schon einen Triumph des österreichischen Proletariats und eine Bankerotterklärung der herrschenden Klassen; sie beweist ebensosehr deren Schwäche, Feigheit und Rathlosigkeit wie die Kühnheit und Kraft des organisirten Proletariats Oesterreichs.

Diese Eigenschaften verbunden mit seiner Einsicht und Besonnenheit sind es, die aus der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung seit dem Parteitag von Hainfeld eine Kette von Siegen gemacht haben; sie sind es, die alle Gewähr bieten, daß das organisirte Proletariat und seine Vertretung sich der gegenwärtigen Situation völlig gewachsen zeigen, so ausnehmend schwierig und beispiellos sie auch ist, und so mannigfaltig auch die Fragen sind, die ihrer Lösung harren.

Käme eine solche Fülle der mannigfaltigsten und schwierigsten Fragen vor ein bürgerliches Parlament, es würde nicht in so vielen Monaten damit fertig, als dem Partei-Kongreß Tage zur Verfügung stehen. Aber die Arbeiter wissen auch auf dem Gebiete des Parlamentarismus besser zu arbeiten als die Bourgeois. Das österreichische Arbeiterparlament von 1894 wird seine Aufgaben in der kurzen, ihm zugemessenen Zeit zur Erledigung bringen, und zwar in einer Weise, davon bin ich fest überzeugt, daß es einen neuen hervorragenden Markstein in der Siegesbahn des Proletariats bildet. Es wird sie erledigen

den Genossen zum Nutz,
den Gegnern zum Trutz.

Ich wünsche den Arbeiten des Parteitages den besten Erfolg.
Es lebe die internationale Sozialdemokratie!

Mit herzlichem Gruß

K. Kautsky.

* * *

Mailand.

Die sozialistische Arbeiterpartei Italiens ist verhindert, einen Vertreter zu entsenden, und beglückwünscht die österreichischen Sozialisten zum Kampfe um das allgemeine Wahlrecht. Der brüderlichen Solidarität versichert Turati.

* * *

Göteborg.

An den österreichischen Partei-Kongreß! Der Parteitag der schwedischen sozialdemokratischen Partei, welcher in Göteborg versammelt ist und augenblicklich die schnelle Eroberung des allgemeinen Stimmrechtes als politische Hauptfrage behandelt, sendet Gruß und Glückwunsch zur fortgesetzten erfolgreichen Arbeit für unser gemeinsames Ziel, insbesondere wünschend, daß Ihre Beschlüsse die schnelle Emanzipation unserer österreichischen Brüder aus der politischen Knechtschaft fördern mögen.

Es lebe die Sozialdemokratie! Carleson.

* * *

Bern.

Wir senden Euch unsere besten Grüße und Wünsche. Hoch die Sozialdemokratie! Hoch die politische und gewerkschaftliche Organisation des arbeitenden Volkes!

Kongreß des schweizerischen Gewerkschaftsbundes:
Keel, Seidel.

* * *

Karlsruhe, Baden.

Die Landesversammlung der badischen Sozialdemokratie in Karlsruhe sendet den österreichischen Genossen herzlichen Gruß und besten Erfolg.

Im Auftrage Dreesbach.

* * *

Essegg.

Die erste Arbeiterversammlung in Slavonien auf dem Boden des Klassenkampfes sendet Gruß. Wineker ausgewiesen. Essegger Genossen.

* * *

Agram. Für die Parteigenossen Kroatiens und Slavoniens die Redaktion „Sloboda“.
Aich. Die organisirten Porzellanmaler Westböhmens.
Atzgersdorf. Die Genossen Atzgersdorfs.
Baerringen. Die zielbewußten Arbeiter.
— Die Handschuhmacher.
— Versammelte Parteigenossen.
Bautsch. Parteigenossen.
Bielitz. Metallarbeiter.
— Die organisirten Arbeiterinnen.
Bodenbach. Versammelte Vertrauensmänner des Gerichtsbezirkes Tetschen.
Brünn. Bäckerarbeiter.
— Tschechische Parteigenossen.
— Metalldreher.
— Metallarbeiter.
Brüsau. Parteigenossen.
Bubna. Parteigenossen.
Bukarest. Deutsche Parteigenossen.
Budapest. Ungarländischer Tischlertag.
— Redaktion der „Arbeiterpresse“.
— Die tschechische Organisation.
Bürgstein. Parteigenossen von Johannesdorf und Bürgstein.
Chrast. Die Organisation.
Cöln. J. N. Hoffmann.
Datschitz. Versammelte Parteigenossen.
Deutsch - Altenburg. Parteigenossen Hainburgs und Deutsch-Altenburgs.
Dornbirn. Die sämmtlichen Organisationen.
— Die organisirten Kleingewerbetreibenden Dornbirns und Vorarlbergs.
Eger. Parteigenossen.
Fünfkirchen. Parteigenossen.

Gera. Oesterreichische Parteigenossen.
Gablonz. Parteigenossen des Gablonzer Bezirkes.
Genf. G. Plechanow.
Graslitz. Sozialdemokraten.
Graz. Die organisirten Arbeiterinnen.
Hullein. Die organisirten Genossen.
Humpoletz. Parteigenossen.
Iglau. Parteigenossen.
Innsbruck. Parteigenossen.
Karlsbad. Parteigenossen.
— Versammelte deutsche und böhmische Parteigenossen.
Klagenfurt. Die Bezirksorganisation.
Königinhof a. d. Elbe. Genossen im Bezirke.
Krakau. Parteigenossen.
Kreibitz. Genossen Hackl u. Fischer.
Krems. Die Genossen im Waffenrock des k. k. 5. Landwehrbataillons.
— Parteigenossen.
Krumau. Organisirte Genossen von Krumau und Umgebung.
Leitmeritz. Parteigenossen.
Lemberg. Bauarbeiter.
— Maurerarbeiter.
London. Louise Kautsky-Freyberger.
Lugos. Lokalorganisation.
Mährisch-Trübau. Lokalorganisation.
Marienwerth. Lokalorganisation Marienwerth und Grasseth.
Melk. Parteigenossen.
München. Genossen Jonek u. Reinwald.
— Oesterreichische Parteigenossen.
Mürzzuschlag. Parteigenossen.
Neuberg. Zielbewußte Hüttenarbeiter.
Neu-Czernowitz. Genosse Hlavac und Kocka.
Neunkirchen. Parteigenossen.
Nimburg. Parteigenossen.
Obergrafendorf. Versammelte Arbeiter des Pielach- und Traisenthales.
Piesting. Feilenarbeiter.
Pilsen. Vereinigte Knopfdrechsler.
Podhlowitz. Parteigenossen.
Prag. Genossen von Prtos.
— Josef Krapka.
Preßburg. Die organisirte Arbeiterschaft.
Raudnitz. Die Organisation.
Reichenau. Parteigenossen.
Reichenberg. Metallarbeiter.
Roßbach. Parteigenossen.
Siebenhirten. Volksversammlung.
Sobieslau. Parteigenossen.
St. Pölten. Arbeiterschaft.
Taus. Parteigenossen.
Temesvar. Redaktion „Volkswille".
Teplitz. Tschechische sozialdemokratische Organisation.
— Organisirte Berg- und Hüttenarbeiter Turn, Teplitz und Umgebung.
Ternitz. Ternitzer Genossen.
Teschen. Organisirte Arbeiter.
Trebitsch. Tschechische Parteigenossen.
Troppau. Delegirte der Buchdrucker Schlesiens bei der Generalversammlung.
— Arbeiter der graphischen Fächer.
Voitsberg. Parteigenossen.
Wels. Adolf Schreiber.
Wien. Versammelte streikende Hutarbeiter und Arbeiterinnen von Ita in Penzing.
— Verbandstag der Eisen- und Metallarbeiter Oesterreichs.
— Tschechische Volksversammlung im II. Bezirk.
— Perlmutterknopfdrechsler im XVI. Bezirk.
— Erster Verbandstag der Textilarbeiter Oesterreichs.
— Zielbewußte Lehrlinge der westlichen Bezirke.
Wiesenthal. Richard Stumpe.
Znaim. Bezirksorganisation.
Zürich. P. Wolfgang Koller.

Partei-Organisation

beschlossen am vierten Parteitage zu Wien 1894.

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig oder materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es wird den Parteiangehörigen empfohlen, der Organisation ihrer Branchen, respektive einem Bildungs- oder politischen Vereine anzugehören.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

II. Vertrauenspersonen.

Bezirks-Organisation.

Die Vertrauenspersonen werden von den lokalorganisirten Genossen und Genossinnen gewählt. Die Anzahl derselben richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, und bilden diese Vertrauenspersonen zusammen die Bezirks-Organisation. Es kann eine Vertrauensperson nur einer Bezirks-Organisation angehören; die Vertreter der Bezirks-Organisationen sind der Parteivertretung bekannt zu geben. Der Umfang der Bezirks-Organisation wird wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein und wird von der Kreis-Konferenz festgestellt. Die Bezirks-Organisation bestimmt ihre Vertreter für die Kreis-Organisation.

Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig machen, werden Agitationsbezirke ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen gebildet.

Ueber spezielle Fälle im Rayon der Bezirks-Organisation entscheidet die Bezirks-Konferenz, doch ist der Kreis-Konferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie weiter auch der Parteitag Beschlüsse der Kreis-Konferenz aufheben kann. Ohne, oder bis zur Aufhebung derartiger Beschlüsse haben selbe Giltigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung durch die Bezirks-Konferenz die Kreis-, und ohne die Kreis-Konferenz der Parteitag Beschlüsse diesbezüglich fassen.

III. Kreis-Organisation.

Die Kreis-Organisation, welche ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitations-Komité. Dieses befaßt sich mit der Organisation und sorgt für die nöthige Agitation im Kronlande. Gleichzeitig hat die Kreis-Organisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirks-Organisationen möglichst regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden. Nach Möglichkeit sind dieselben zur Deckung der allgemeinen Partei-Auslagen an die Parteivertretung abzuliefern.

Zur Besprechung und Erledigung von Partei-Angelegenheiten tritt die Kreis-Organisation über Berufung des Agitations-Komités nach Bedarf zu einer Konferenz zusammen und entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Kreises.

Die Kreis-Konferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirks-Organisationen des betreffenden Kreises die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

Jede Kreis-Organisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich Bericht über den Stand der Bewegung in dem betreffenden Kronlande zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreis-Organisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreis-Organisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteileitung einzuberufen sind.

IV. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig alle zwei Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der Kreis-Organisationen stattfinden.

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt.

Orte, an welchen eine Frauen-Organisation besteht, haben das Recht, außer Genossen auch Genossinnen zum Parteitage zu entsenden.

Die Kreisvertretungen, Korporationen, welche von Kreis-Organisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter an den Parteitag zu entsenden.

Die Vertreter der Redaktionen und Korporationen haben jedoch kein Stimmrecht.

Der vorhergehende Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer.

V. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Partei-Kontrole.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen.

Die Gesammtvertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährig einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

VI. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von politischen Parteiblättern sollen nur dann erfolgen, wenn ein nachweisbares Bedürfniß vorhanden ist und ihr Bestand gesichert erscheint, und wenn vor

Allem die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte vorhanden sind. Blätter, die gegründet werden ohne Zustimmung des Parteitages oder der Kreis-Konferenz, haben so lange von der Partei nicht unterstützt zu werden, bis sie von einem Parteitage oder einer Kreis-Konferenz anerkannt werden.

Die „Arbeiter-Zeitung" ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt.

Die „Glühlichter" und die „Arbeiterinnen-Zeitung" sind Unternehmungen der Gesammtpartei, und deren eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifond zu.

Sprechregister.

Berichtigungen.

Auf Seite 12 unter Parteibericht **Krain**, zweiter Absatz, vierte Zeile soll es heißen **drei** freigesprochen und nicht vier.

Auf Seite 26 unter Parteibericht **Schlesien**, Bielitz, ist noch zu ergänzen: Wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung drei Genossen freigesprochen; wegen unbefugter Kolportage und Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung von vier Genossen drei freigesprochen, ein Genosse zu 10 fl. Geldstrafe verurtheilt.

Auf der Präsenzliste fehlen noch folgende Namen:

Dr. Verkauf Leo, Wien.

Bei **Galizien** muß es richtig heißen **Zelaszkiewicz** und nicht Koczakiewicz.

Unter **Böhmen**: Felix Czasny, Proßnitz, soll unter **Mähren** eingeschaltet werden.

Inhalts-Verzeichniß.

Druck von L. Bergmann & Co. in Wien.

